

20
10



Der Postbank Konzern in Zahlen 2010

		01.01. – 31.12.2010	01.01. – 31.12.2009 ¹
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.805	3.097
Verwaltungsaufwendungen	Mio €	-2.934	-2.864
Ergebnis vor Steuern	Mio €	315	-398
Konzerngewinn	Mio €	138	76
Cost Income Ratio gesamt	%	77,1	92,5
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	5,7	-7,8
nach Steuern	%	2,5	1,5
Ergebnis je Aktie	€	0,63	0,35
		31.12.2010	31.12.2009
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	214.684	226.609
Kundeneinlagen	Mio €	116.201	111.067
Kundenkredite	Mio €	109.303	108.971
Risikovorsorge	Mio €	1.764	1.641
Eigenkapital	Mio €	5.627	5.251
Kernkapitalquote	%	8,1	6,6
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	20,36	20,86
Langfristrating			
Moody's		A1 / Ausblick negativ	Aa3 / Ausblick Rating under Review
Standard & Poor's		A / Ausblick stabil	A- / Ausblick positiv
Fitch		A+ / Ausblick stabil	A+ / Ausblick stabil
Informationen zur Aktie			
		31.12.2010	31.12.2009
Aktienkurs zum Stichtag	€	20,80	22,88
Aktienkurs (01.01. – 31.12.)	Hoch €	27,80	26,86
	Tief €	19,47	6,81
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	4.551	5.006
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

Meilensteine im Jahr 2010

- I 25. Februar 2010 Die Postbank veröffentlicht ihr Konzernergebnis für das Jahr 2009, das mit einem Konzerngewinn von 76 Mio € abschloss.
- I 24. März 2010 Erfolgreich platziert die Postbank ihren vierten Hypothekendarlehenpfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd €.
- I 29. April 2010 Die Hauptversammlung der Postbank findet in Frankfurt am Main statt. Sämtlichen Beschlussvorschlägen wird mit breiter Mehrheit zugestimmt.
- I 22. Juni 2010 Die Postbank gibt bekannt, dass sie zum 1. Juli 2010 im Rahmen ihres Strategieprogramms Postbank4Future 277 Filialen der Deutschen Post übernimmt.
- I 12. September 2010 Die Deutsche Bank AG kündigt ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot an die freien Aktionäre der Postbank an, verbunden mit dem Ziel, die Postbank noch im Jahr 2010 zu konsolidieren.
- I 7. Oktober 2010 Die Angebotsunterlagen zum Übernahmeangebot für die Postbank werden von der Deutschen Bank veröffentlicht. Der Angebotspreis beträgt 25,00 € je Postbank Aktie.
- I 29. November 2010 Die Deutsche Bank gibt bekannt, dass das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot für 23.080.965 Postbank Aktien angenommen wurde, was einem Anteil von 22,02 % an Grundkapital und Stimmrechten der Postbank entspricht.
- I 1. Dezember 2010 Die Postbank kündigt den Verkauf ihrer indischen Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. an ein Erwerberkonsortium um die Dewan Housing Finance Ltd. an. Die Transaktion wird voraussichtlich im Verlauf des ersten Quartals 2011 abgeschlossen und steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der indischen Aufsichtsbehörde National Housing Bank.
- I 10. Dezember 2010 Die Deutsche Bank AG veröffentlicht, dass sie durch die US-amerikanische Kartellbehörde die Genehmigung zur Übernahme der Deutschen Postbank AG erhalten hat. Ihre Beteiligung an der Postbank beträgt nunmehr 51,98 %.
- I 17. Dezember 2010 Der Aufsichtsrat wählt mit Wirkung zum 1. Januar 2011 Rainer Neske zu seinem Vorsitzenden.

Finanzkalender 2011

- I 30. März 2011 Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2010
- I 11. Mai 2011 Ergebnis zum 31. März 2011
- I 24. Mai 2011 Hauptversammlung, Frankfurt am Main
- I 4. August 2011 Ergebnis zum 30. Juni 2011
- I 9. November 2011 Ergebnis zum 30. September 2011

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

Postbank Konzern Geschäftsbericht 2010

Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden und mehr als 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Unser Kerngeschäft ist das Geschäft mit Privatkunden, daneben sind wir im Firmenkundengeschäft sowie in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

Die positive Entwicklung unseres Kundengeschäfts der vergangenen Jahre verdanken wir insbesondere einer attraktiven, auf die Bedürfnisse unserer Zielgruppen zugeschnittenen Produktpalette und unserer im deutschen Bankenmarkt einzigartigen Vertriebsoberfläche. Aufbauend auf diesen Stärken, werden wir auch unsere Innovationskraft und die Servicequalität unseres Hauses weiter steigern. Auch künftig wollen wir mit neuartigen Produkten und Prozessen sowie mit exzellenten Dienstleistungen dem Markt einen Schritt voraus sein.

In weit höherem Maß allerdings verdanken wir den Erfolg unseren Kunden, die uns ihr Vertrauen schenken. Vertrauen braucht zweierlei: Transparenz und Dialog. Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Geschäftsbericht zum einen klar und deutlich über uns und unser Geschäft informieren. Zum anderen möchten wir zeigen, wie wir unsere Rolle als kundenorientiertes Serviceunternehmen verstehen und wie wir sie mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch in Kooperation mit starken Partnern ausfüllen.

Inhalt

Der Konzern 2010

An unsere Investoren

- 4 Brief an die Aktionärinnen und Aktionäre
- 8 Vorstand
- 10 Aktionäre und Aktie

Unsere Geschäftsfelder

- 12 Retail Banking
- 16 Firmenkunden
- 18 Transaction Banking
- 19 Financial Markets

Unsere Verantwortung

- 20 Bericht des Aufsichtsrats
- 28 Corporate Governance Bericht inklusive Erklärung zur Unternehmensführung
- 42 Mitarbeiter
- 44 Nachhaltigkeit

Postbank Journal



Das Geschäftsjahr 2010

Konzernlagebericht	Konzernabschluss	Weitere Informationen
48 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	103 Gesamtergebnisrechnung	177 Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
49 Angaben nach § 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	104 Bilanz	178 Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
51 Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	105 Eigenkapitalveränderungsrechnung	179 Bilanz Mehrjahresübersicht
52 Mitarbeiter	106 Kapitalflussrechnung	180 Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht
52 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2010	108 Anhang – Notes	182 Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
55 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	141 Segmentberichterstattung (Note 42)	184 Gremien
57 Segmentberichterstattung	176 Bestätigungsvermerk	186 Glossar
59 Bilanzentwicklung		192 Adressen
60 Nachtragsbericht		
61 Risikobericht		
96 Prognosebericht		

Zeichenerklärung

 Querverweis mit Seitenzahlangebe

 Internetverweis

 Servicehinweise

Umschlag

U2 Kennzahlen

U3 Meilensteine

U3 Finanzkalender

U4 Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Postbank hat im Jahr 2010 einen deutlichen Turnaround geschafft. Wir haben mit einem Ergebnis vor Steuern von 315 Mio € die Verluste der beiden Vorjahre hinter uns gelassen. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 konnten wir unser Ergebnis um mehr als 700 Mio € steigern. Diese erfreuliche Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus einer deutlichen Erhöhung unserer Gesamterträge. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 23 %. Dies ist wiederum ganz überwiegend auf das starke Wachstum des Zinsüberschusses aus unserem Kundengeschäft zurückzuführen. Aber auch eine weitere positive Entwicklung kommt zum Tragen: Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben im abgelaufenen Geschäftsjahr – wie erwartet – im Vergleich zu den Vorjahren deutlich nachgelassen. Auch die Risikovorsorgenotwendigkeit im Kreditgeschäft war deutlich rückläufig und lag am unteren Ende unserer eigenen Erwartungen wie auch erneut spürbar unter dem durchschnittlichen Niveau europäischer Banken.

Die gute Entwicklung im Geschäftsjahr 2010 lässt sich insbesondere an den Ergebnissen unserer operativen Geschäftsbereiche – Retail Banking, Firmenkundengeschäft und Transaction Banking – ablesen.

Im Retail Banking konnten wir das Ergebnis vor Steuern um 25,1% auf 897 Mio € steigern. Im Vordergrund stand hier das Wachstum des Überschusses aus dem zinstragenden Kundengeschäft. Die Postbank ist im Bereich der Spar- und der Sichteinlagen, aber auch im Kundenkreditgeschäft – insbesondere in der Baufinanzierung mit unseren Marken BHW und DSL – führend im deutschen Markt. Durch eine konsequent wertorientierte Neugeschäfts- und Bestandssteuerung ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, die Beiträge aus diesen Produktbereichen zum Gesamtergebnis deutlich zu steigern. Positive Wirkung entfalten hierbei auch die bereits umgesetzten Initiativen unseres Ende 2009 aufgesetzten Strategieprogramms Postbank4Future. Mit ihm haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Bank durch eine noch konsequentere Ausrichtung auf die Kundenbedürfnisse, die Erhöhung der Servicequalität und eine deutliche Verschlinkung unserer Produktpalette noch attraktiver für unsere Kunden zu machen. Wesentlicher Meilenstein im Jahr 2010 war die Übernahme von weiteren 277 Filialen der Deutschen Post AG – damit verfügt die Postbank über ein Netz von mehr als 1.100 Filialen. Durch diese Maßnahme sowie die mit Shell und OBI geschlossenen Kooperationen bei der Bargeldversorgung ist es uns gelungen, unsere Präsenz in Deutschland nochmals zu erhöhen. Mit dem Angebot von ca. 13.000 Kontaktpunkten und zusätzlich dem Zugang über das mehrfach ausgezeichnete Internet-Banking sowie das Telefon-Banking sind wir für unsere Kunden flächendeckend

erreichbar. Unsere Position als Privatkundenbank Nummer 1 in Deutschland haben wir damit weiter gefestigt und die Basis für künftiges Wachstum gelegt.

Im Firmenkundengeschäft, das wir mit rund 30.000 Kunden mit Schwerpunkt in Deutschland betreiben, haben wir 2010 ein Ergebnis vor Steuern von 382 Mio € erreicht. Das entspricht einer Steigerung um 413 Mio € gegenüber 2009. Auch hier profitieren wir von einer guten Volumenentwicklung und weiterhin attraktiven Margen. Wesentlich zu der Ergebnisverbesserung trug auch eine deutlich rückläufige Risikovorsorgenotwendigkeit bei. Hier ziehen wir den Nutzen aus der sehr erfreulichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere in Deutschland, aber auch in ausländischen Immobilienmärkten. Insgesamt betrug unsere Ausleihungen an Firmenkunden und im gewerblichen Immobilienkreditgeschäft gut 30 Mrd €. Das Firmenkundengeschäft hat sich in den vergangenen Jahren als solides zweites Ertragsstandbein der Postbank etabliert. Mit der Ausrichtung als „Bank für das Wesentliche“ und einer hohen Verlässlichkeit – auch in schwierigen Marktphasen – ist ebenfalls in diesem Geschäftsfeld der Grundstein für eine erfolgreiche Weiterentwicklung gelegt worden.

Im Transaction Banking wickelten wir 2010 erstmals mehr als 8 Milliarden Zahlungsverkehrstransaktionen ab und konnten so das Ergebnis auf 61 Mio € steigern. Die Postbank ist mit einem Marktanteil von rund 20 % größter Anbieter in Deutschland. Über die Abwicklung des Zahlungsverkehrs für unsere eigenen Kunden hinaus vertrauen uns auch andere namhafte Kreditinstitute die Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs auf unserer hocheffizienten IT-Plattform an.

Spürbare Fortschritte haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr auch bei dem Abbau der kapitalmarkt-induzierten Bestände und Risiken gemacht, der ganz entscheidend vom Geschäftsbereich Financial Markets vorangetrieben wurde. Ein entsprechendes Programm hatten wir bereits im dritten Quartal 2008 beschlossen. Insgesamt konnten wir unseren Finanzanlagebestand im Jahr 2010 um 27 % auf 59 Mrd € verringern. Das strukturierte Kreditersatzgeschäft wurde noch deutlicher – nämlich um 41 % auf 3,7 Mrd € – reduziert. Durch diesen Abbau wird die Ergebnissituation der Postbank künftig weit weniger als in vorangegangenen Perioden von der Entwicklung an den Kapitalmärkten abhängig und sehr viel stärker von den stabilen Beiträgen des Kundengeschäfts dominiert sein.

Von dem Abbau der Finanzanlagebestände hat im abgelaufenen Geschäftsjahr auch die Entwicklung der Kernkapitalquote profitiert. Sie stieg – auch bedingt durch die Einführung verbesserter Modelle zur Messung unserer Risiken – signifikant von 6,6 % auf 8,1 %. Somit konnten wir die Kapitalausstattung der Bank seit Ausbruch der Finanzmarktkrise deutlich stärken und werden diesen Weg – wie angekündigt – u. a. durch eine volle Thesaurierung der Ergebnisse der Geschäftsjahre bis einschließlich 2012 fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Abschluss des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots und dem Erreichen einer Beteiligungsquote von rund 52 % wurde die Postbank im Dezember 2010 Teil des Deutsche Bank Konzerns – eines der leistungsfähigsten und stabilsten Finanzkonzerne der Welt. Die Postbank wird die sich hieraus ergebenden Chancen, ihr Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit einem weiterhin eigenständigen Markenauftritt und unter Beibehaltung der Rechtsform weiter auszubauen, aktiv zum Wohle aller Stakeholder nutzen. In den kommenden Monaten werden wir intensive Gespräche über die Ausgestaltung der künftigen Zusammenarbeit führen und Wege zur Erreichung von Ertrags- und Kostensynergien definieren. Wir gehen selbstbewusst in diese neue Phase unserer Zusammenarbeit. Die Postbank betrachtet die Mehrheitsübernahme nicht als Bedrohung ihrer Identität, sondern sieht in der neuen Gesellschafterstruktur eine Erfolg versprechende Grundlage für die Weiterentwicklung ihrer Kernkompetenzen.

Wesentlich wird hierbei die Unterstützung unserer Mitarbeiter sein, die durch ihr Engagement im abgelaufenen Geschäftsjahr ermöglicht haben, dass die Postbank die Folgen der Finanzmarktkrise aus eigener Kraft bewältigen und im Kundengeschäft deutlich zulegen konnte. Dafür darf ich mich im Namen des gesamten Vorstands der Postbank ganz herzlich bedanken.

2011 werden wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, um die Erfolge des Jahres 2010 fortzuschreiben und die Postbank – aufbauend auf einer weiterhin guten Entwicklung im Kundengeschäft und einer konsequenten Fortsetzung des Abbaus von kapitalmarktbezogenen Beständen und Risiken – in eine nachhaltig verbesserte Ergebnissituation zu führen.

Bonn, 30. März 2011

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Jütte
Vorsitzender des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG





V. l.: Marc Heß, Ralf Stemmer, Stefan Jütte (Vorsitzender), Dr. Mario Daberkow, Dr. Michael Meyer, Hans-Peter Schmid, Horst Küpker

Aktionäre und Aktie: Deutsche Bank erwirbt Mehrheitsanteil an der Postbank

I DAX profitiert vom Wirtschaftsaufschwung in Deutschland

Aktionäre können sich über eine insgesamt erfreuliche Wertentwicklung deutscher Aktien im Jahr 2010 freuen. Der DAX stieg, getrieben durch den günstigen Konjunkturverlauf in Deutschland, um 16%. Der Leitindex der Eurozone, der EURO STOXX 50, hingegen konnte mit einem Rückgang von 6% der positiven Entwicklung des DAX nicht folgen. Zurückzuführen ist dies zum einen auf die Wirtschaftsprognosen, die für die gesamte Eurozone weniger optimistisch ausfallen als für Deutschland. Zum anderen bildete die Verschuldungssituation einiger europäischer Staaten im zurückliegenden Jahr ein dominierendes Thema an den Märkten, das sich insbesondere belastend auf Aktien aus dem europäischen Banken- und Versicherungssektor auswirkte.

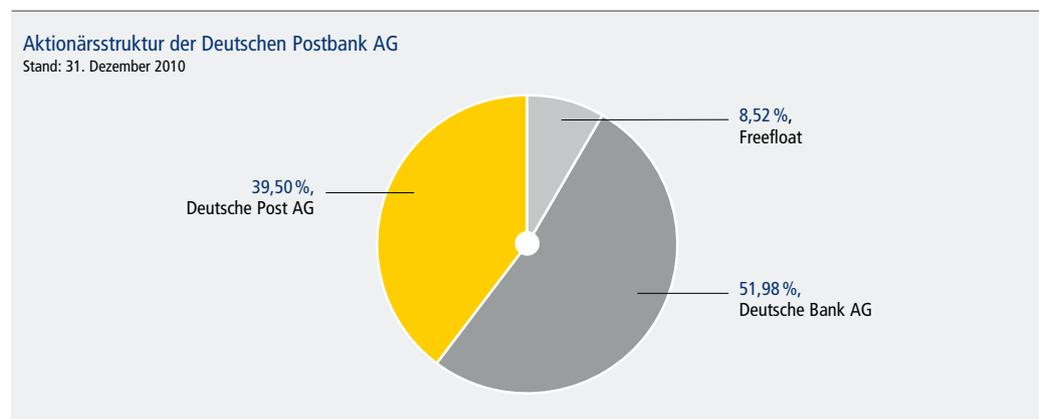
I Entwicklung der Postbank Aktie unter besonderen Einflüssen

Der Kursverlauf der Postbank Aktie war 2010 wesentlich von der Spekulation um eine Übernahme durch die Deutsche Bank AG (nachfolgend: Deutsche Bank) und schließlich von dem am 12. September 2010 angekündigten freiwilligen Übernahmeangebot beeinflusst. Während der Angebotsfrist – bis zum 24. November 2010 – bewegte sich der Aktienkurs in etwa auf Höhe des Angebotspreises von 25 €. Nach Auslaufen des Übernahmeangebots holte die Postbank Aktie die Abwärtsbewegung nach, die der europäische Bankenindex bereits zuvor zu verzeichnen hatte. Insgesamt sank der Kurs der Postbank Aktie 2010 um 9%, nachdem er im Vorjahr mit einem Plus von 48% deutlich hatte zulegen können.

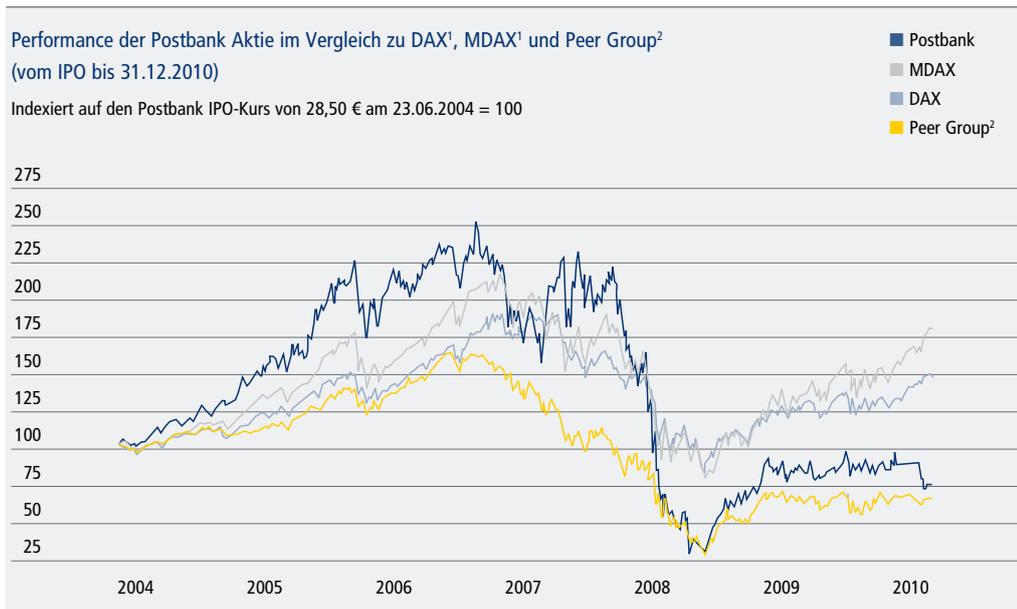
I Übernahmeangebot für Aktien im Streubesitz

Im Zuge des Übernahmeangebots wurden der Deutschen Bank mehr als 21% der Anteile an der Postbank angedient; das entspricht gut zwei Dritteln der zu diesem Zeitpunkt im Streubesitz befindlichen Aktien. Die Deutsche Bank konnte damit ihre Beteiligung auf knapp 52% erhöhen. Die Deutsche Post AG (nachfolgend: Deutsche Post) hält weiterhin 39,5% der Anteile an der Postbank. Da gleichzeitig der Streubesitz der Postbank Aktie unter 10% fiel, entschied der Arbeitskreis Aktienindizes der Deutschen Börse, die Postbank Aktie aus dem MDAX herauszunehmen. Die Aktie gehört seit dem 8. Dezember 2010 keinem Index der Deutschen Börse AG mehr an.

Die folgende Grafik veranschaulicht die Aktionärsstruktur der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2010. Nachdem die Deutsche Post bereits im September 2008 einen Vertrag zum Verkauf ihrer Postbank Aktien an die Deutsche Bank bekannt gegeben hatte, veröffentlichten die beiden Parteien im Januar 2009 eine geänderte dreiteilige Transaktionsstruktur. Danach erwarb die Deutsche Bank Anfang März 2009 im ersten Schritt



von der Deutschen Post im Zuge eines Aktientauschs 22,9% der Anteile an der Postbank. Für den Übergang des verbliebenen Aktienpakets der Deutschen Post in Höhe von 39,5% vereinbarten die Parteien zum einen eine Pflichtumtauschleihe im Umfang von 27,4% und zum anderen Optionsrechte in Höhe von 12,1%.



Quelle: EcoWin ¹DAX und MDAX jeweils als Preisindex
²Banco Popular Espanol, Banco Popolare, Unicredit, Banco Espírito Santo, Erste Bank, Svenska Handelsbanken, Swedbank, Royal Bank of Scotland jeweils in lokaler Währung

Kennzahlen unserer Aktie		2004	2005	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2010	+/- in 2010
Jahresschlusskurs	€	32,50	49,00	63,97	60,75	15,50	22,88	20,80	-9,1 %
Höchstkurs ²	€	34,18	50,84	65,45	74,72	67,10	26,86	27,80	3,5 %
Tiefstkurs ²	€	27,73	32,16	48,21	43,41	12,19	6,81	19,47	185,9 %
Ergebnis je Aktie	€	2,65	3,00	4,24	5,22	-5,26	0,35	0,63	80,0 %
Kurs-Gewinn-Verhältnis ³		12,3	16,3	15,1	11,6	-	65,37	33,0	
Anzahl der Aktien	Mio Stück	164,0	164,0	164,0	164,0	218,80	218,80	218,80	unv.
Marktkapitalisierung ³	Mio €	5.330	8.036	10.491	9.963	3.391	5.006	4.551	-9,1 %
Eigenkapital inkl. Neubewertungsrücklage	Mio €	4.766	5.061	5.207	5.225	4.952	5.251	5.627	7,2 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern		14,0 %	14,9 %	18,9 %	19,2 %	-23,3 %	-7,8 %	5,7 %	
Ausschüttungssumme (für 2010: Vorschlag)	Mio €	205	205	205	205	0	0	0	0
Dividende je Aktie (für 2010: Vorschlag)	€	1,25	1,25	1,25	1,25	0	0	0	0

¹Vorjahreszahlen angepasst
²2004: 23.06 bis 31.12.
³basierend auf dem Jahresschlusskurs

Retail Banking: Servicequalität weiter verbessert

Im Privatkundengeschäft konnte die Postbank insbesondere beim Ergebnis kräftig zulegen und so maßgeblich zum deutlich gestiegenen Konzernergebnis beitragen. Wichtige Impulse hierzu leisteten insbesondere das Spar-, das Bauspar- und das Baufinanzierungsgeschäft. Auch die kundenorientierte Modernisierung der Girokontenmodelle und des Ratenkredits zeigte positive Wirkung.

Der Erfolg der Bank im Retail Banking beruht auf der – mit rund 14 Millionen – großen Zahl unserer Kunden, denen alle wesentlichen Bankprodukte des täglichen Bedarfs angeboten werden. Unser Profil im Privatkundengeschäft wollen wir mit dem Ende 2009 aufgesetzten Strategieprogramm weiter schärfen. Im Mittelpunkt stehen dabei eine Erhöhung der Servicequalität sowie die bedarfsgerechte Fokussierung des Produktspektrums.

Schwerpunkt der Maßnahmen im Hinblick auf die Verbesserung unserer Leistungen für die Kunden bildete im Jahr 2010 der weitere Ausbau unserer Serviceinfrastruktur. Mitte des Jahres haben wir dazu 277 Filialen der Deutschen Post AG übernommen und – wie im Rahmen unserer Kooperationen geplant – die letzten von rund 1.300 Shell-Stationen sowie von 180 OBI-Heimwerkermärkten mit unseren Geldautomaten ausgestattet. Damit verdichtete sich das Netz unserer Bargeldquellen auf rund 3.000.

I Girokonto noch attraktiver, Sichteinlagen gestiegen

Im zurückliegenden Jahr haben wir die Postbank Girokonten durch die Verbesserung weiterer Ausstattungsdetails nochmals spürbar aufgewertet. Nachdem wir die Bemessungsgrenze des monatlichen Zahlungseingangs von 1.250 € auf 1.000 € gesenkt haben, profitieren jetzt noch deutlich mehr Kunden entgeltfrei von den Vorteilen des Postbank Giro plus Kontos. Bei dem Premiumkonto Giro extra plus sind Verfügungen per Kreditkarte an Geldautomaten im Ausland nun kostenfrei. Der mit der Shell-Kooperation verbundene Tankrabatt für unsere Kunden kommt allen Giro-Kunden gleichermaßen zugute.

Der Gesamtbestand an privaten Girokonten lag am Jahresende 2010 unverändert bei 4,9 Millionen. Damit behauptete sich die Postbank auch 2010 als größter Anbieter in diesem Produktsegment am deutschen Markt.

Die Sichteinlagen bestätigten den positiven Trend des Vorjahres: Mit einer Steigerung um 1,4 Mrd € auf 20,1 Mrd € zum Jahresende übertrafen wir den Vorjahreswert um 7,5 %.

Zusatzinformationen zum Retail-Kundengeschäft

		Bestand 2010		Marktanteile 2010	
Private Girokonten	Mio	4,94	%	5,2*	
Spareinlagen	Mrd €	56,8	%	6,4	
Bauspareinlagen	Mrd €	17,0	%	13,1	
Private Baufinanzierung inkl. Portfolioankäufe	Mrd €	74,0	%	9,3	
Privatkredite	Mrd €	3,9	%	2,5	
Depotvolumen	Mrd €	12,4	%	n.a.	

* Letzte verfügbare Marktdaten von Dezember 2009, konstantes Marktvolumen für Ende 2010 angenommen.

| Spargeschäft mit hoher Einlagenstabilität

Im Mittelpunkt der Vertriebs- und Vermarktungsaktivitäten standen im gesamten Jahr 2010 die attraktiv verzinsten Produkte Postbank Aktiv-Sparen mit zusätzlichem Bonus für die Aufstockung von Einlagen sowie Postbank SparCard direkt, die ausschließlich über die Vertriebswege Telefon und Internet angeboten wird.

Nach dem Rekordzuwachs von 2009 führte die Postbank die Strategie einer massiven Volumenausweitung bewusst nicht fort, sondern konzentrierte sich 2010 auf die Stabilisierung des Bestands auf hohem Niveau. Der Bestand an Spareinlagen und Tagesgeldern belief sich Ende 2010 auf rund 56,8 Mrd € und lag damit lediglich um 0,7 % unter dem Volumen zum Vorjahresende in Höhe von 57,2 Mrd €.

Das kumulierte Bruttoneugeschäft des gesamten Sparmegments blieb mit 6,3 Mrd € erwartungsgemäß deutlich hinter dem 2009 erzielten Rekordvolumen von 17,1 Mrd € zurück. Gleichwohl konnte die Postbank im Einlagengeschäft den Marktanteil wie im Vorjahr bei 6,4 % behaupten.

| Baufinanzierungsbestände auf hohem Niveau stabil

Das Baufinanzierungsgeschäft der Postbank wird im Rahmen einer Zwei-Marken-Strategie betrieben. Die Postbank Tochter BHW Bausparkasse und die DSL Bank, als Geschäftsbereich der Postbank geführt, besitzen jeweils eigenständige, komplementäre Geschäftsmodelle. Während sich BHW als Baufinanzierer der Postbank unmittelbar an den privaten Kunden wendet, versteht sich die DSL Bank als Partnerbank der Finanzdienstleister.

Um Überschneidungen bei Produkten und Vertriebsprozessen abzubauen und Synergiepotenziale zu nutzen, wurden die beiden Marken 2010 durch die organisatorische Zusammenführung verschiedener Aufgabenbereiche enger miteinander verzahnt. Zudem haben wir zur leichteren Auswahl für unsere Kunden die Profile der Produktsortimente geschärft und aufeinander abgestimmt. Damit ist die Postbank bestens gerüstet, auch zukünftig ihre Marktanteile im wichtigen Geschäftsfeld Bausparen und Baufinanzierung zu sichern und auszubauen. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hierfür halten wir nach wie vor für günstig.

Das Neugeschäftsvolumen in der privaten Baufinanzierung lag mit 8,0 Mrd € um rund 3,6 % unter dem Niveau des Vorjahres. Der Rückgang ist die Folge einer adjustierten Neugeschäftssteuerung, bei der wir uns stärker auf risikoarmes, deckungsstockfähiges Geschäft konzentrieren und eine weniger aggressive Konditionsgestaltung verfolgen.

Auffallend war der im Vergleich zum Vorjahr stark, nämlich um 57 %, gestiegene Anteil der Forward-Darlehen am Gesamtgeschäft. Zahlreiche Kunden nutzten die niedrigen Zinsen, um sich günstige Konditionen für die Zukunft zu sichern.

Der gesamte Baufinanzierungsbestand der Postbank lag zum Jahresende 2010 bei 74,0 Mrd € und zeigte sich damit gegenüber dem Jahresende 2009 als nahezu stabil. Unser Marktanteil belief sich auf 9,3 %.

I Aufschwung im Bausparneugeschäft

Der deutsche Markt für Bausparprodukte war 2010 von einem erfreulich deutlichen positiven Trend geprägt. Die Postbank, die in diesem Markt über ihre Tochter BHW Bausparkasse agiert, konnte das beantragte Neugeschäft mit einem Volumen von rund 12,1 Mrd € im Vorjahresvergleich kräftig um 12,0 % steigern und überflügelte damit das Marktwachstum von 10,9 %.

Wesentliche Impulse kamen aus dem Geschäftszuwachs in den Vertriebskanälen Filiale und Kooperationspartnergeschäft, die den Hauptvertriebskanal, die Vermittler der Postbank Finanzberatung AG, zunehmend ergänzen.

Die Qualität unserer Bausparprodukte wurde 2010 erneut bestätigt. So erhielt die BHW Bausparkasse von n-tv und der unabhängigen Finanzberatung FMH die Auszeichnung als beste Bausparkasse 2010 und wurde von Handelsblatt und FMH für den besten Wohn-Riester-Bauspartarif prämiert.

I Ratenkreditgeschäft weiter auf Erfolgskurs

2010 stand für die Branche im Zeichen der Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie. Diese bringt für Banken umfangreiche Informations- und Erläuterungspflichten sowie eine Beschränkung in der Kommunikation von Zinssätzen gegenüber den Verbrauchern mit sich und erweitert darüber hinaus die Kündigungsmöglichkeiten für die Kreditnehmer.

Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel, uns noch stärker als fairer und verlässlicher Partner im Bewusstsein unserer Kunden zu verankern, stellte die Postbank das Jahr 2010 im Ratenkreditgeschäft unter das Leitmotiv „Transparenz und Flexibilität“. Davon leiteten sich sowohl eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Qualität unserer Beratung ab wie auch die Entwicklung besonders kundenfreundlicher Konditionen, wie beispielsweise kostenlose Sondertilgungen, verlängerte Widerrufsfristen und eine wettbewerbsorientierte Anpassung der Preisstruktur.

Dies wurde mit einem Neugeschäftsvolumen von 1,36 Mrd € klar honoriert. Vor allem das Kooperationsgeschäft mit Anbietern wie dem Vergleichsportal check24 sowie mit der Deutschen Bank wuchs kräftig und erzielte einen Anteil am Neugeschäft von 16 %. Auch das DSL-Geschäft, das sich auf die Vermittlung von Spezialprodukten für individuelle Kundenbedürfnisse konzentriert, setzte seinen Wachstumskurs kontinuierlich fort. Sein Anteil am Neugeschäft erhöhte sich mit rund 388 Mio € auf ca. 30 %.

Bei einem Bestand von 3,9 Mrd € an Ratenkrediten, und damit 8,3 % mehr als noch 2009, lag der Marktanteil der Postbank am Jahresende 2010 bei 2,5 %.

Auch im Bereich des Ratenkreditgeschäfts wurden die Leistungen der Postbank von unabhängiger Seite bestätigt: Im Oktober kürte das Deutsche Institut für Service-Qualität in Zusammenarbeit mit n-tv die Postbank zur besten Filialbank in diesem Feld. Die Postbank – so ergab die Studie – überzeugte mit dem besten bonitätsabhängigen Ratenkredit sowie durch eine gute Bedarfsanalyse und geringe Wartezeiten. Im Rahmen der Bewertung der Kooperationspartner von check24 belegte die Postbank mit ihrem Ratenkredit den ersten Platz in der Kategorie Kundenzufriedenheit.

I Wertpapier-Depotvolumen gestiegen

Der deutsche Kapitalmarkt war 2010 maßgeblich von zwei divergierenden Einflüssen bestimmt: auf der einen Seite von dem sehr positiven Konjunkturtrend sowie der damit verbundenen günstigen Entwicklung der Aktienmärkte und auf der anderen Seite von einer nachhaltigen Verunsicherung der Privatanleger als Folge der Verschuldungskrise einiger Industrieländer.

Dies spiegelt sich auch im Wertpapierneugeschäft der Postbank wider, das sich 2010 mit rund 1,9 Mrd € leicht unter Vorjahresniveau (–5 %) bewegte. Das Gesamtvolumen der in den Depots unserer Kunden gehaltenen Wertpapiere hingegen stieg gegenüber dem Vorjahr um 11,7 % auf 12,4 Mrd €.

Die Postbank hat das Jahr 2010 genutzt, um auch im Wertpapiergeschäft ihre Position weiter zu verbessern. Dazu gehörte die Konzentration auf ein noch klarer profiliertes Produktangebot. Der Abbau nicht erforderlicher Komplexität wird sich auch auf die Beratungsqualität im Wertpapiergeschäft förderlich auswirken.

Der Trend zu defensiven Anlagen im Wertpapiergeschäft blieb auch 2010 deutlich spürbar. So wurden beispielsweise Stufenzins- und Floater-Anleihen der Postbank und von X-Markets, einer Geschäftseinheit der Deutschen Bank, insbesondere im ersten Halbjahr stark nachgefragt und trugen mit 270 Mio € erstmals wesentlich zum Neugeschäft bei. Rückläufig zeigte sich hingegen das Neugeschäft mit offenen Immobilienfonds. Die Schließung verschiedener Fonds und die Veröffentlichung geplanter gesetzlicher Neuregelungen führten zu einer merklichen Kaufzurückhaltung in dieser Asset-Klasse.

Retail Banking¹



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 57, bzw. Note 42, S. 141

Segmentergebnis	2010 Mio €	2009 Mio €
Gesamterträge	3.473	3.222
Verwaltungsaufwand	–2.232	–2.189
Ergebnis vor Steuern	897	717
Cost Income Ratio	64,3 %	67,9 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	39,4 %	32,5 %

Firmenkunden: Positionierung als Kernbank für den Grundbedarf im Mittelstand

Im Segment Firmenkunden fasst die Postbank ihre Dienstleistungen zusammen, die sie im Geschäft mit Firmenkunden überwiegend in Deutschland sowie im Bereich der nationalen und der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung erbringt.

I Weitere Stärkung unseres Mittelstandsgeschäfts

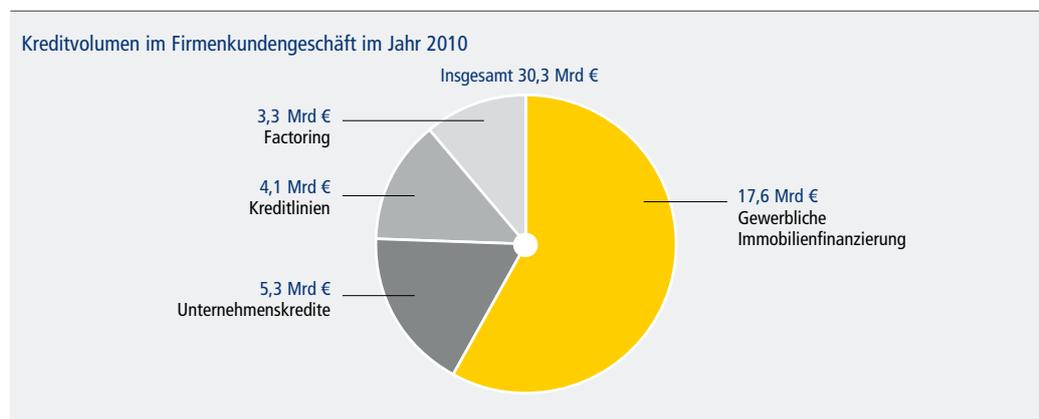
Die Postbank bietet ihren rund 30.000 Firmenkunden ein bedarfsorientiertes Portfolio von Zahlungsverkehrs- und Anlageprodukten, ergänzt um standardisierte Kreditprodukte sowie ausgewählte Factoring- und Leasing-Lösungen. In Einzelfällen werden auch standardisierte Lösungen aus dem Bereich derivativer Sicherungsgeschäfte angeboten. Hauptzielgruppe ist der klassische deutsche Mittelstand, dem die Postbank als verläSSLicher und leistungsstarker Partner bundesweit zur Seite steht. Ihre Position als Kernbank für den deutschen Mittelstand, die die täglichen Grundbedarfe der Unternehmen abdeckt, will die Postbank auch in Zukunft sichern und ausbauen. Hierzu wird die Vertriebsoberfläche kontinuierlich weiterentwickelt und mit der Retail-Plattform verzahnt, wodurch es möglich wird, zugleich Synergie- und Skaleneffekte zu heben.

I Konzentration auf ein standardisiertes Produkt- und Leistungsangebot

Sowohl den standardisierten Zahlungsverkehr als auch individuelle Lösungen effizient, reibungslos und in sehr großen Stückzahlen abzuwickeln, gehört nach wie vor zu den Kernkompetenzen der Postbank – ein wesentlicher Bestandteil unseres Leistungsversprechens an die Firmenkunden. Die Leistungsstärke der Postbank gründet dabei auf der Performanz unserer Transaktionsplattform und der Kompetenz unserer Zahlungsverkehrsspezialisten.

Das Geschäft mit Firmenkrediten ist in den vergangenen Jahren strategiekonform spürbar gewachsen, im Wesentlichen getragen von der sehr guten Entwicklung bei klassischen standardisierten Finanzierungsvarianten wie kurzfristigen Geldmarktkrediten, Investitions- und Förderdarlehen, aber auch bei Konsortialkrediten und der Partizipation an Schuldscheindarlehen. Das Kreditgeschäft wurde unverändert nach Maßgabe der bewährten risikobewussten Kreditvergabe politik der Postbank betrieben; vor dem Hintergrund des seit 2008 belasteten Marktumfelds wurden die Kriterien der Risikobewertung entsprechend angepasst. In der Unternehmensfinanzierung tritt die Postbank seit 2008 zusätzlich in ausgewählten Fällen auf Anfrage hin auch als Arrangeur von strukturierten Finanzierungen für den Mittelstand am Markt auf.

Abgerundet wird das standardisierte Produktangebot durch klassische Anlagemöglichkeiten, in erster Linie Produkte aus den Bereichen Tages- und Termingeld sowie derivative Absicherungsinstrumente für das Zins- und Währungsmanagement.



I Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Die gewerbliche Immobilienfinanzierung bildet – neben den skizzierten Kernaktivitäten – eine weitere Säule des Firmenkundengeschäfts. Hier ist die Postbank hauptsächlich im zentral- und westeuropäischen Markt aktiv. Darüber hinaus agiert sie über eine Niederlassung in New York auch in den USA und über eine Filiale in London in Großbritannien.

Mit ihrem marktweit anerkannten Know-how und den gewachsenen Geschäftsbeziehungen hat die Postbank eine gute Ausgangslage geschaffen, um sowohl im Inland als auch im Ausland weiterhin risikobewusst zu wachsen.

Die ausländischen VertriebsEinheiten begleiten vor allem institutionelle und gewerbliche Investoren bei Investitionsprojekten in Kontinentaleuropa. Darüber hinaus beteiligen wir uns an Finanzierungskonsortien, die von vor Ort vertretenen namhaften nationalen und internationalen Banken geführt werden. Neugeschäft haben wir insbesondere in den ausländischen Einheiten im Jahr 2010 nur sehr selektiv abgeschlossen. Insgesamt wurden in der gewerblichen Immobilienfinanzierung im Berichtsjahr 2,6 Mrd € neu generiert (Vorjahr: 4,0 Mrd €).

Zur weiteren Optimierung der Steuerung dieses Geschäftsfelds werden derzeit organisatorische Verbesserungen umgesetzt. Die vier Portfolios New York, London, EU und Inland werden zu diesem Zweck unter eine einheitliche Leitung gestellt.

I Stabiles Firmenkundengeschäft im Jahr 2010

Zum Jahresende 2010 lag der Kreditbestand im Firmenkundengeschäft im Vergleich zum Vorjahresende mit 30,3 Mrd € nahezu auf Vorjahreshöhe (30,4 Mrd €). Die hierin enthaltene gewerbliche Immobilienfinanzierung war um 0,4 Mrd € auf 17,6 Mrd € rückläufig. Das Anlagevolumen unserer Firmenkunden hingegen wuchs um 17,4 % auf 22,3 Mrd €. Auch die Zahl der im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr abgewickelten Transaktionen stieg, und zwar um 1,4 % auf 820 Millionen.

I Positionierung als Kernbank ausbauen

Im Firmenkundengeschäft ist es Ziel der Postbank, ihre Position als wichtiger und verlässlicher Partner des deutschen Mittelstands zu festigen und weiter auszubauen.

Unverändert halten wir an der Strategie fest, uns als „Mittelstandsbank für den täglichen Bedarf“ zu etablieren. Dazu wird die Postbank ihren rund 30.000 Firmenkunden weiterhin mit bedarfsgerechten Produkten rund um die Finanzierung, den Zahlungsverkehr und die Geldanlage sowie selektiv dem Bilanzstrukturmanagement zur Verfügung stehen. Wir wollen den Kundenbestand sichern, ausbauen und nachhaltig festigen, selbstverständlich unter Beibehaltung unserer risikobewussten Kreditvergabepolitik.

Firmenkunden¹

Segmentergebnis	2010 Mio €	2009 Mio €
Gesamterträge	762	456
Verwaltungsaufwand	-172	-185
Ergebnis vor Steuern	382	-31
Cost Income Ratio	22,6 %	40,6 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	65,2 %	-5,7 %



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 58, bzw. Note 42, S. 141

Transaction Banking: Weiteres Wachstum im Jahr 2010

Im Geschäftsfeld Transaction Banking bietet die Postbank auf Basis modernster Technologien alle Abwicklungsleistungen rund um Zahlungsverkehr, Konto und Kredit. Bereits seit 2004 erbringen wir über unsere Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG (BCB) Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr auch für Dritte.

I Transaktionsvolumen leicht gestiegen

Im Geschäftsjahr 2010 wickelte die BCB rund 8 Milliarden Transaktionen ab und erhöhte das Volumen damit gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Milliarden. Weniger stark, als für das Geschäftsfeld erwartet, fielen die Effekte aus Mengen- und Umsatzrückgängen aus. Sie konnten durch den konjunkturbedingten Anstieg der Zahlungsverkehrstransaktionen und das Neugeschäft kompensiert werden.

I Neugeschäft und Restrukturierung

Seit Februar 2010 gehört auch die HSH Nordbank zu den Kunden der BCB. Die IT-Migration und die schrittweise Übernahme der Zahlungsverkehrsabwicklung verliefen planmäßig, sodass die BCB seit Ende 2010 den gesamten in- und ausländischen Zahlungsverkehr der HSH Nordbank über ihre IT-Plattformen abwickelt.

Nachdem die BCB die Mandantin Deutsche Bank im ersten Halbjahr schon bei der Migration der Berliner Bank unterstützt hatte, wickelt sie seit dem dritten Quartal auch Teile des Zahlungsverkehrs der Berliner Bank ab.

Bereits Anfang 2010 hatte die Commerzbank angekündigt, den Zahlungsverkehr der von ihr übernommenen Dresdner Bank wieder selbst abwickeln zu wollen. Die Rückführung erfolgt schrittweise seit Mitte 2010 und soll im zweiten Quartal 2011 abgeschlossen sein. Entsprechende Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb der BCB sind angelaufen. Die Postbank Tochter hatte die Zahlungsverkehrsabwicklung für die Dresdner Bank 2004 übernommen.

I Trend zum beleglosen Zahlungsverkehr ungebrochen

Unter Annahme einer weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung rechnet die BCB-Gruppe auch für 2011 mit einer moderaten Steigerung des mengeninduzierten Zahlungsverkehrs bei ihren bestehenden Mandanten. Wie bereits 2010 wird ein weiterer Volumenrückgang im beleghaften sowie eine leichte Steigerung im beleglosen Zahlungsverkehr erwartet. Zudem ergeben sich weitere Effekte aus der fortschreitenden Substitution der Europäischen Standardüberweisung durch SEPA-Zahlungen. Insgesamt waren schon im Berichtsjahr 98,2 % des über die Postbank abgewickelten Zahlungsverkehrs beleglos.

Der Verlust der Mandantin Commerzbank wird in geringem Umfang durch Neugeschäft mit bestehenden Mandanten, im Wesentlichen aber durch sukzessiv wirkende Restrukturierungsmaßnahmen und damit eine Entlastung der Kostenseite teilweise kompensiert werden.

Transaction Banking¹

Segmentergebnis	2010 Mio €	2009 Mio €
Gesamterträge	350	350
Verwaltungsaufwand	-308	-317
Ergebnis vor Steuern	61	39
Cost Income Ratio	88,0 %	90,6 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	-	-



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 58 , bzw. Note 42, S. 141

Financial Markets: Erfolgreich bei Publikumsfonds und Pfandbriefemission

Kernaufgaben des Segments Financial Markets sind die Sicherung der Konditionsbeiträge des Kundengeschäfts, die Steuerung der Liquiditätsrisiken der Bank sowie die Generierung von Zusatzerträgen durch ein aktives Risikomanagement.

Neuer Bereich: Chief Operating Office Financial Markets

Financial Markets gliedert sich in drei Bereiche. Das Treasury steuert die aus den Kundengeschäften resultierenden Marktpreisrisiken und ist darüber hinaus für die wesentlichen Teile der Finanzanlagen der Bank am Kapitalmarkt verantwortlich. Der Bereich Liquiditäts- und Kapitalmanagement sichert zu jedem Zeitpunkt die Zahlungsfähigkeit der Bank und gewährleistet diese u. a. durch die Emission von Jumbo-Pfandbriefen und die Platzierung unbesicherter Anleihen. Der dritte, im Jahr 2010 neu geschaffene Bereich Chief Operating Office Financial Markets stellt die Verzahnung mit den Tochtergesellschaften bei der Verwaltung der Finanzanlagen sicher und steuert das Portfolio an strukturierten Kreditprodukten, das im Rahmen definierter Risikominderungsstrategien weiter abgebaut werden soll.

Die dem Segment Financial Markets zugeordneten Tochtergesellschaften in Frankfurt am Main und in Luxemburg sind für die Verwaltung und das Management von Publikums- und Spezialfonds verantwortlich. Die Deutsche Postbank International S.A. in Luxemburg ist darüber hinaus als zugelassene Vollbank u. a. bei Privat- und Firmenkunden engagiert.

Postbank Publikumsfonds mit guter Performance

2010 war für die Postbank Publikumsfonds ein sehr erfolgreiches Jahr: Alle von PFS (Deutsche Postbank Financial Services) aktiv gemanagten aktienorientierten Fonds entwickelten sich nicht nur absolut betrachtet sehr zufriedenstellend, sondern zeigten auch im Marktvergleich eine überdurchschnittliche Performance. Besonders erfreulich ist die gelungene Platzierung von Protekt Plus II als Nachfolgeprodukt zu einem sehr erfolgreichen absolute-return-orientierten Fonds. Mit über 3 % Rendite übertraf er in seinem ersten – von Niedrigzinsen geprägten – Jahr die Wertentwicklung einer Zinsanlage deutlich und nahm damit im Wettbewerbsvergleich eine sehr gute Position ein.

Erfolge bei Finanzanlageergebnis und Risikoabbau

Das Jahr 2010 war an den Finanzmärkten maßgeblich von einer Krise bei europäischen Staatsanleihen geprägt. Die Zinsentwicklung trug dazu bei, den Bestand an Finanzanlagen im Rahmen des Programms zum Abbau von kapitalmarktbezogenen Beständen und Risiken deutlich von 72,4 Mrd € auf 59,0 Mrd € zu reduzieren. Hierin enthalten ist das strukturierte Kreditersatzgeschäft, das von 5,8 Mrd € auf 3,7 Mrd € zurückgeführt wurde. Die Bank wird den Weg des Abbaus dieser Bestände auch im Jahr 2011 weiter beschreiten.

Pfandbriefe als günstige Refinanzierungsquelle

Ende März 2010 platzierte die Postbank ihren ersten mit einer zehnjährigen Laufzeit konzipierten Jumbo-Hypothekpfandbrief im Volumen von 1 Mrd €, ausgestattet mit dem Bestrating AAA der Ratingagenturen S&P, Moody's und Fitch. Seit Erlangung der Pfandbrieflizenz hat die Postbank damit bereits Jumbo-Pfandbriefe im Volumen von 7,0 Mrd € erfolgreich begeben und sich damit als einer der bedeutenden Emittenten in diesem Marktsegment etabliert.

Financial Markets¹

Segmentergebnis	2010 Mio €	2009 Mio €
Gesamterträge	159	178
Verwaltungsaufwand	-87	-90
Ergebnis vor Steuern	85	60
Cost Income Ratio	54,7 %	50,6 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	10,5 %	8,1 %



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 58, bzw. Note 42, S. 141

Bericht des Aufsichtsrats



Sehr geehrte Aktionärinnen, sehr geehrte Aktionäre,

die Gesamtwirtschaft konnte sich im Geschäftsjahr 2010, insbesondere in Deutschland, deutlich von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erholen. Trotz dieser positiven Tendenzen wurde die Finanzdienstleistungsbranche auch im Jahr 2010 weiterhin durch die Verwerfungen am Kapitalmarkt beeinflusst. Die Diskussionen über die stärkere Regulierung der Finanzmärkte und die damit einhergehenden Maßnahmen werden auch in den nächsten Jahren ein zentrales Thema für die Finanzdienstleistungsindustrie bleiben.

Durch die konsequente Weiterführung des 2009 gestarteten Konzernstrategieprogramms Postbank4Future konnte die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch: Postbank) auch in einem weiterhin für Banken schweren Umfeld ihre Marktposition nachhaltig stärken.

Die Erreichbarkeit der Postbank wurde durch den Kauf von 277 Filialen der Deutsche Post DHL, die Fortführung der erfolgreichen Kooperationen mit OBI und Shell sowie die Erhöhung der Anzahl an Geldautomaten weiter ausgebaut. Damit konnte die Postbank in den Bereichen Spar und Giro ihre traditionelle Stärke nutzen.

Das Geschäftsjahr 2010 war auch geprägt von der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Postbank durch die Deutsche Bank AG. Die Kapitalmehrheit wurde Anfang Dezember 2010 überschritten. Dieser Schritt gibt der Postbank Sicherheit für ihre zukünftige Entwicklung in einem starken Konzernverbund. Das 2008 mit der Deutschen Bank AG gestartete Kooperationsprojekt wurde 2010 erfolgreich fortgeführt. Die neuen Mehrheitsverhältnisse bei der Postbank bilden die Ausgangsbasis, um die erfolgreiche Zusammenarbeit auch in Zukunft weiter auszubauen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Wir haben den Vorstand regelmäßig beraten, überwacht und waren in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Der Vorstand hat uns im Geschäftsjahr 2010 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance, der strategischen Maßnahmen sowie über wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben informiert. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert und stand in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

I Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2010 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt sieben Sitzungen zusammengefunden. Zwei Beratungen wurden im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung und eine in Form einer Telefonkonferenz abgehalten. In sämtlichen ordentlichen Sitzungen wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche, geschäftliche und strategische Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung, die Compliance sowie das aktive Risikomanagement unterrichtet. Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Entwicklung der Finanzkrise sowie die Auswirkungen zukünftiger regulatorischer Änderungen. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig aktuelle Informationen über das Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Der Vorstand informierte uns ferner über kritische Engagements der Deutschen Postbank AG, deren mögliche Auswirkungen auf die Risikosituation der Bank und ergriffene Gegenmaßnahmen. Die einzelnen Themen haben wir intensiv hinterfragt und diskutiert.

Es haben, bis auf Herrn Cordes, sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats an mehr als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen, die im Geschäftsjahr auf die Dauer ihrer Amtszeit entfielen, teilgenommen.

In der ersten Sitzung am 10. März 2010 haben wir die Auszahlung der variablen Vergütung des Vorstands sowie die Ziele des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 intensiv diskutiert. Dem Vorstand wurde, auch auf eigenen Vorschlag hin, für 2009 keine Jahreserfolgsvergütung ausbezahlt. Nach umfassender eigener Beratung und vorhergehender Erörterung und Empfehlung durch den Prüfungsausschuss hat der Aufsichtsrat den Jahres- und den Konzernabschluss 2009 der Deutschen Postbank AG gebilligt. Ferner haben wir uns durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die Ergebnisse der Prüfung der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V. (DPR-Prüfung) und über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2009 berichten lassen. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung haben wir mit dem Vorstand die Änderungen in der Risikostrategie und die Einführung verfeinerter Risikomodelle erörtert. Weitere Themen der Beratung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat waren der gemeinsame Bericht zur Corporate Governance und die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung 2010. Weiterhin wurden wir über den Status des Kooperationsprojekts mit der Deutschen Bank unterrichtet und haben hierüber beraten.

Schwerpunkt der zweiten Aufsichtsratssitzung am 10. Juni 2010 war die Geschäftsentwicklung im Konzern. Der Vorstand hat uns über die aktuelle Finanzlage berichtet und ging dabei auch auf die Lage in den einzelnen Geschäftssegmenten ein. Weitere Themen der Beratungen waren die Risikoberichterstattung einschließlich der Risikostrategie, die Verlängerung der Vorstandsverträge von Herrn Stemmer und Herrn Küpker, die jährlichen Compliance- und Revisionsberichte sowie die Ergebnisse der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats. Ferner haben wir uns über den Status des Strategieprogramms Postbank4Future und des Kooperationsprojekts mit der Deutschen Bank informieren lassen und haben darüber beraten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung in der dritten Aufsichtsratssitzung des Jahres am 24. September 2010 waren, neben den Standardthemen Geschäftsentwicklung und Risikoberichterstattung, der Personal- und Sozialbericht sowie die von der Deutschen Postbank AG verfolgte Girostrategie. Weiterhin haben wir uns mit Änderungen zur Geschäftsordnung des Aufsichtsrats aufgrund der neuen Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp) und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) für Wertpapierhandelsunternehmen und mit den Entwicklungen im Kooperationsprojekt mit der Deutschen Bank befasst.

In der letzten ordentlichen Sitzung des Geschäftsjahres am 26. November 2010 lagen die Schwerpunkte der Beratungen auf dem Bericht über die aktuelle Geschäftslage, der Geschäftsplanung 2011 und der zukünftigen strategischen Ausrichtung der Deutschen Postbank AG. Die Geschäftsplanung einschließlich der Segmentplanungen haben wir ausführlich mit dem Vorstand erörtert und diskutiert. Weitere Themen der Sitzung waren die Zielkomponenten des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 sowie die Veränderungen durch die am 13. Oktober 2010 in Kraft getretene Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Institutsvergütungs-Verordnung (InstitutsVergV)). Wir haben uns über die Neuerungen des Deutschen Corporate Governance Kodex informieren lassen und die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG) beschlossen. Ferner hat uns der Vorstand in der Sitzung über die Möglichkeiten der

Zusammenarbeit im Bereich Core Banking mit der Deutschen Bank AG berichtet. Dem geplanten Verkauf der Deutschen Postbank Home Finance Ltd. haben wir zugestimmt.

In der außerordentlichen Sitzung am 15. September 2010 hat der Aufsichtsrat die Ankündigung des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots der Deutschen Bank AG intensiv diskutiert. Ein eigens hierzu gegründeter Sonderausschuss wurde mit der Bewertung des Angebots beauftragt. Dieser hat im Geschäftsjahr zwei Mal getagt und wurde nach Erfüllung seiner Aufgaben wieder aufgelöst.

In der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung am 19. Oktober 2010 wurden uns nach ausführlichen Beratungen im Sonderausschuss die Ergebnisse der Bewertung des Übernahmeangebots der Deutschen Bank AG umfassend dargelegt und im Aufsichtsrat intensiv besprochen. Im Anschluss an die Beratungen wurde die Stellungnahme von Vorstand und Aufsichtsrat zum Übernahmeangebot der Deutschen Bank AG veröffentlicht.

Themen der Telefonkonferenz des Aufsichtsrats am 21. Dezember 2010 waren die Wahl des neuen Aufsichtsratsvorsitzenden sowie die Neubesetzung des Personalausschusses.

In fünf Umlaufverfahren haben wir insbesondere Mitbestimmungsrechte in Tochtergesellschaften innerhalb des Postbank Konzerns ausgeübt, die Wahl des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden vorgenommen und Ausschusswahlen durchgeführt.

I Interessenkonflikt

Herr Dr. von Heydebreck und Herr Steinmüller haben dem Aufsichtsrat mögliche Interessenkonflikte zu Entscheidungen hinsichtlich der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank AG sowie hinsichtlich der Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und der Neubesetzung des Personalausschusses angezeigt. Sie haben an keiner Beratung oder Abstimmung des Aufsichtsrats oder seiner Ausschüsse, diese Themen betreffend, teilgenommen. Die Herren Dr. Appel, Rosen, Prof. Dr. Ernst, Dr. Petram und Bauermeister haben dem Aufsichtsrat einen möglichen Interessenkonflikt zu Entscheidungen hinsichtlich der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank AG angezeigt. Sie haben sich bei der diesbezüglichen Beschlussfassung der Stimme enthalten.

I Arbeit der Ausschüsse

Wir haben zur Intensivierung unserer Arbeit – abgesehen von dem oben genannten Sonderausschuss zur Bewertung des Übernahmeangebots der Deutschen Bank AG – sechs Ausschüsse gebildet. Deren Aufgabe besteht zum einen in der Vorbereitung der Beschlussfassung im Aufsichtsrat durch Erteilung von Empfehlung. Zum anderen sind ihnen bestimmte in die Kompetenz des jeweiligen Ausschusses fallende Entscheidungsbefugnisse – soweit gesetzlich zulässig – von uns übertragen worden. Der jeweilige Ausschussvorsitzende berichtete über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig an das Aufsichtsratsplenum.

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner regulären Ausschüsse zum 1. Februar 2011:

Aufsichtsrat			
Rainer Neske (Vors.)	Rolf Bauermeister	Dr. Tessen v. Heydebreck	Lawrence A. Rosen
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Wilfried Boysen	Dr. Peter Hoch	Eric Stadler
Wilfried Anhäuser	Prof. Dr. Edgar Ernst	Elmar Kallfelz	Werner Steinmüller
Marietta Auer	Annette Harms	Prof. Dr. Ralf Krüger	Gerd Tausendfreund
Dr. Hugo Bänziger	Timo Heider	Dr. Hans-Dieter Petram	Renate Treis
Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)		Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck	Frank Bsirske (Vors.)	Dr. Hans-Dieter Petram
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler	Rainer Neske (stv. Vors.)	Renate Treis
Kreditausschuss (§ 11 GO AR)		Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Elmar Kallfelz	Rainer Neske (Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger	Dr. Tessen v. Heydebreck	
Marietta Auer	Renate Treis		
Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)		Vermittlungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Elmar Kallfelz	Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Werner Steinmüller	Frank Bsirske (stv. Vors.)	Elmar Kallfelz
Wilfried Anhäuser	Gerd Tausendfreund		

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und der Abberufung von Mitgliedern des Vorstands sowie die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands, die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss hat im letzten Jahr vier Mal getagt. Gegenstand der Beratungen waren Vorstandsangelegenheiten, die Prolongation von Organkrediten und die Prüfung der Effizienz der Aufsichtsratsstätigkeit.

Der Kreditausschuss ist zuständig für Kreditentscheidungen, grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung, die Gewährung von Organkrediten, soweit nicht der Präsidialausschuss zuständig ist, und spezielle Investitionsentscheidungen. In fünf Sitzungen hat er auftragsgemäß über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen beraten. Darüber hinaus hat der Kreditausschuss Berichte über das Kreditrisiko entgegengenommen und diese sowie die Kreditrisikostategie regelmäßig mit der Geschäftsleitung erörtert. Der Vorstand hat den Kreditausschuss in sämtlichen Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen und Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Deutsche Postbank AG informiert. Hierbei wurden vereinbarte Portfoliostrukturen in den Sitzungen eingehend besprochen und Maßnahmen zum Abbau von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit den auf regulatorische Anforderungen bezogenen Risikoprojekten beschäftigt. Um hierbei übergreifende Themen effizient begleiten zu können, haben Kredit- und Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet. Daneben hat der Kreditausschuss in insgesamt 49 Umlaufverfahren Beschlüsse gefasst.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum acht Mal. Gegenstand der Beratungen waren – im Beisein des Wirtschaftsprüfers – die intensive Begleitung der Jahresabschlussprüfung sowie die Erörterung der Rechnungslegung und der Risikoüberwachung. Ferner hat sich der Prüfungsausschuss ausführlich mit dem Risikocontrolling und der Compliance der Deutschen Postbank AG beschäftigt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. In seinen Sitzungen hat er sich umfassend mit den Ergebnissen der DPR-Prüfung sowie den Prüfungsergebnissen des Wirtschaftsprüfers und der Internen Revision befasst und die Abarbeitung der Feststellungen während des gesamten Geschäftsjahres eng begleitet. Der Ausschuss hat sich regelmäßig über die aktuellen Änderungen im regulatorischen Umfeld und deren Auswirkungen auf die Deutsche Postbank AG informieren lassen. Weiterhin wurde er fortwährend über den Status hierzu laufender Projekte durch den Vorstand informiert und hat diese kritisch hinterfragt. Zudem hat sich der Ausschuss mit der möglichen Konsolidierung der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG bei der Deutschen Bank AG und deren Auswirkung auf den Postbank Konzern beschäftigt. Im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Prüfungsausschuss den Halbjahresbericht und die Quartalsberichte 2010 vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen des Personalwesens der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2010 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in der Personalausschusssitzung waren die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns, die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG sowie geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Er hat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Sitzung abgehalten.

Der Vermittlungsausschuss ist ein gesetzlich zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet an den Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Der für die Bewertung des Übernahmeangebots der Deutschen Bank AG eingerichtete Sonderausschuss tagte im Geschäftsjahr 2010 zwei Mal. Er hat sich mit der Auswahl eines Anbieters zur Erstellung einer Fairness Opinion sowie der Auswahl einer Rechtsanwaltskanzlei für die Begleitung des Verfahrens beschäftigt. In seiner zweiten Sitzung hat der Ausschuss die ihm vorgelegte Fairness Opinion mit den beauftragten Dienstleistern umfassend erörtert, hinterfragt und dem Aufsichtsrat eine Beschlussempfehlung gegeben.

I Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2010 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Sie hat auch den vom Vorstand nach § 312 AktG aufgestellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen („Abhängigkeitsbericht“) geprüft. Über das Ergebnis dieser Prüfung hat der Abschlussprüfer berichtet und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Ferner hat der Abschlussprüfer gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zur Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratssitzung berichtet und für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat in der Aufsichtsratssitzung über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss berichtet.

Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung und der Prüfung des Abhängigkeitsberichts zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss. Wir billigen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt. Dem vom Vorstand zugeleiteten und erläuterten Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns haben wir uns nach eigener Prüfung angeschlossen. Wir haben nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts.

| Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

In der Besetzung des Vorstands der Deutschen Postbank AG gab es im Geschäftsjahr 2010 keine Änderungen.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Veränderungen ergeben:

Herr Sommer und Herr Schulte haben ihre Mandate im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG zum Ablauf des 30. Juni 2010 niedergelegt. Als Nachfolger wurden durch das Amtsgericht Bonn Herr Bsirske und Herr Heider in den Aufsichtsrat bestellt. Herr Bsirske wurde durch den Aufsichtsrat zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Vermittlungsausschusses sowie zum Vorsitzenden des Personalausschusses gewählt. Ferner ist Herr Cordes zum Ablauf des 5. November 2010 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Im Dezember 2010 hat Herr Dr. Appel sein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG zum Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Nach Bestellung von Herrn Neske in den Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG durch das Amtsgericht Bonn am 17. Dezember 2010 wurde dieser vom Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zum Aufsichtsratsvorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Personalausschusses gewählt.

Der Vorsitz im Präsidial-, im Nominierungs- und im Vermittlungsausschuss wurde von ihm qua Amt übernommen.

Ferner wurde Herr Dr. Bänziger am 1. Februar 2011 durch das Amtsgericht Bonn in den Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG bestellt.

Wir danken den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern für ihr Engagement und ihre langjährige Unterstützung in diesem Gremium.

I Corporate Governance

Der Deutsche Corporate Governance Codex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 löst die Fassung vom 18. Juni 2009 ab.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG wurde vom Vorstand und vom Aufsichtsrat zuletzt am 26. November 2010 abgegeben. Im Geschäftsjahr 2011 wurde diese am 8. Februar 2011 ergänzt. Jeweils nach Abgabe der Erklärung wurde sie den Aktionären auf der Internetseite des Unternehmens dauerhaft zugänglich gemacht.

Einer der Schwerpunkte der Neuentwicklung im Deutschen Corporate Governance Kodex war gemäß Ziffer 5.4.1 DCGK die Empfehlung der Beachtung von Vielfalt (Diversity) bei der Besetzung des Aufsichtsrats und gleichzeitig die Empfehlung an den Aufsichtsrat, konkrete Ziele zur Umsetzung der Diversity zu definieren.

Der Empfehlung der neu gefassten Ziffer 5.4.1 des DCGK wurde zum Zeitpunkt der Abgabe der Erklärungen am 29. November 2010 und am 8. Februar 2011 noch nicht entsprochen, da die besondere Bedeutung der Thematik eine angemessene Behandlung im Aufsichtsrat erforderte, die im erforderlichen Umfang bis dahin noch nicht möglich war. Diese sollte im Geschäftsjahr 2011 erfolgen.



In seiner Sitzung am 15. März 2011 hat der Aufsichtsrat über die Empfehlung in Ziffer 5.4.1 DCGK erneut beraten und entsprechende Ziele benannt. Er hat zudem eine Aktualisierung der Entsprechenserklärung beschlossen. Die Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats sind im Corporate Governance Bericht ab Seite 28 näher erläutert.

Am 17. Dezember 2010 ist Herr Rainer Neske, am 1. Februar 2011 Herr Dr. Hugo Bänziger jeweils als neuer Vertreter der Anteilseigner in den Aufsichtsrat bestellt worden. Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 des DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Herr Rainer Neske ist Vorstand Deutsche Bank AG, Head of Private & Business Clients. Herr Dr. Hugo Bänziger ist Vorstand Deutsche Bank AG, Chief Risk Officer. Der Aufsichtsrat hat intensiv über eine dadurch denkbare Abweichung von den Empfehlungen des DCGK beraten.

Es ist aus Sicht des Aufsichtsrats sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.

Auch wenn Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK nach Auffassung des Aufsichtsrats auf Konzernbeziehungen daher nicht zugeschnitten ist und vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber von der Regelung erfasst werden, haben sich Vorstand und Aufsichtsrat vorsorglich entschieden, diesen Umstand im Interesse lückenloser Transparenz offenzulegen und diesbezüglich eine Abweichung vom Deutschen Corporate Governance Kodex zu erklären.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 15. März 2011

Der Aufsichtsrat



Rainer Neske
Vorsitzender

Corporate Governance Bericht

inklusive Erklärung zur Unternehmensführung

In dieser Erklärung berichtet die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch: Postbank) gemäß Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) bzw. gemäß § 289a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung und zur Corporate Governance. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen.

I Kodexneuerungen

Die Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex am 18. Juni 2009 veröffentlichten Fassung wurden von der Kommission mit der am 26. Mai 2010 von ihr veröffentlichten Version überarbeitet.

Die Neuregelungen betrafen verschiedene Themen, darunter u. a. die Klarstellung in Ziffer 4.1.1 DCGK, wonach die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung zu erfolgen hat. Der Nachhaltigkeitsgedanke hat bei der Unternehmensführung der Postbank bereits Tradition. Neben der Orientierung an klaren Konzernwerten im täglichen Geschäft steht hierfür die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen sowie Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben (weitere Informationen erhalten Sie über die Webseite www.postbank.de/nachhaltigkeit).



Eine weitere Akzentuierung im neu gefassten DCGK besteht darin, bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen (Ziffer 4.1.5 DCGK), bei der Bestellung von Vorständen (Ziffer 5.1.2 DCGK) und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.1 DCGK) auf Vielfalt (Diversity) zu achten. Die angemessene Berücksichtigung von Frauen steht dabei im Vordergrund.

Die Berücksichtigung von weiblichen Potenzialträgern u. a. bei Entwicklungsprogrammen für Führungskräfte wie dem Junior-Management-Programm gewinnt bei der Postbank immer mehr an Bedeutung. Die Teilnahme am Projekt „Frauen in Karriere“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gibt der Postbank die Möglichkeit, an neuesten Entwicklungen und Erkenntnissen zu partizipieren, um diese im Unternehmen umzusetzen.

Vorstand und Aufsichtsrat haben sich dafür ausgesprochen, bei der Besetzung von Organ- und Führungsfunktionen auf Vielfalt zu achten und insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anzustreben. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 15. März 2011 konkrete Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats im Sinne der Ziffer 5.4.1 DCGK benannt, wie dies bereits in der Entsprechenserklärung vom 29. November 2010 angekündigt worden war.

Diese Ziele sehen insbesondere vor, dass der Aufsichtsrat bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten wird. Bei anstehenden Neuwahlen oder einer Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 20 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören drei Frauen dem Aufsichtsrat an. Dies entspricht 15 % der Mitglieder. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl mindestens zu wahren und bis zum Jahr 2017 auf 30 % zu erhöhen.

Außerdem soll dem Aufsichtsrat eine angemessene Anzahl an Mitgliedern mit internationaler Erfahrung angehören. Dabei kann auch die Tätigkeit im Management international tätiger Konzerne berücksichtigt werden. Unter Berücksichtigung der Ausrichtung der Postbank hat der Aufsichtsrat sich das Ziel gesetzt, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Die Ziele sehen darüber hinaus vor, dass der Aufsichtsrat so besetzt sein soll, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer breit aufgestellten Bank

sichergestellt ist. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Postbank Konzerns als wesentlich erachtet werden.

Es soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Postbank AG angehören. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Keine wesentlichen Wettbewerber in diesem Sinne sind die Deutsche Bank AG als Konzernobergesellschaft und deren Konzerngesellschaften. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden.

Aufsichtsratsmitglieder sollen für die Wahrnehmung des Mandats über ausreichende zeitliche Kapazitäten verfügen. Diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitglied des Vorstands einer börsennotierten Aktiengesellschaft sind, nehmen insgesamt nicht mehr als drei konzernexterne Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate in Aufsichtsgremien von Gesellschaften mit vergleichbaren Anforderungen wahr.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht – wie schon bisher – eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt bzw. bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der dritten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 72. Lebensjahres stattfindet.

Um sicherzustellen, dass der Aufsichtsrat die Aufgaben als Überwachungsorgan des Unternehmens ordnungsgemäß wahrnimmt, legt der Deutsche Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.4.1 DCGK) den Mitgliedern des Aufsichtsrats die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in die Hand. Die Postbank unterstützt insoweit bei der Themenfindung und gegebenenfalls bei der Zusammenstellung geeigneter Seminarangebote.

I Entsprechenserklärung

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Gremien der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Gremien der Deutschen Postbank AG haben sich im vergangenen Geschäftsjahr mit den Themen des überarbeiteten DCGK auseinandergesetzt und ihre Governance nach Maßgabe der Änderungen überprüft.

Im Hinblick auf die Empfehlung nach Beachtung von Vielfalt (Diversity) bei der Besetzung des Aufsichtsrats sowie auf die Empfehlung an den Aufsichtsrat, konkrete Ziele zur Umsetzung der geforderten Diversity zu definieren, haben Vorstand und Aufsichtsrat im vergangenen Geschäftsjahr zunächst eine Abweichung von der Empfehlung des DCGK erklärt.

Am 29. November 2010 erklärten Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam:

„Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG erklären, dass seit der ergänzten Entsprechenserklärung vom 18. Dezember 2009 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 18. Juni 2009 entsprochen wurde und die Absicht besteht, künftig den Empfehlungen des Kodexes in der geltenden Fassung vom 26. Mai 2010 mit der nachfolgend benannten Einschränkung zu entsprechen:

Nach der neu gefassten Ziffer 5.4.1 Deutscher Corporate Governance Kodex soll der Aufsichtsrat konkrete Ziele für seine Zusammensetzung benennen, die unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenkonflikte, eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsrats-

mitglieder und Vielfalt (Diversity) berücksichtigen und eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Den Anforderungen der neu gefassten Ziffer 5.4.1 DCGK wird zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Erklärung noch nicht entsprochen, da die besondere Bedeutung der Thematik eine angemessene Behandlung im Aufsichtsrat erfordert, die im erforderlichen Umfang noch nicht möglich war und im Geschäftsjahr 2011 erfolgen soll.“

In der Aufsichtsratssitzung am 15. März 2011 hat der Aufsichtsrat konkrete Ziele für seine Zusammensetzung benannt. Die am 29. November 2010 erklärte Abweichung von Ziffer 5.4.1 DCGK besteht seitdem nicht mehr.

Zudem empfiehlt der DCGK, potenzielle Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern der Gesellschaft zu vermeiden. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich am 8. Februar 2011 entschlossen, im Interesse lückenloser Transparenz, diesbezüglich eine Abweichung zum DCGK zu erklären:

„Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Die Deutsche Bank AG hält seit dem 3. Dezember 2010 mehr als 50 % der Postbank Aktien und ist damit Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG. Seit dem 17. Dezember 2010 ist Herr Rainer Neske, Vorstand Deutsche Bank AG, Head of Private & Business Clients, und seit dem 1. Februar 2011 ist Herr Dr. Hugo Bänziger, Vorstand Deutsche Bank AG, Chief Risk Officer, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.

Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG auf Konzernbeziehungen nicht zugeschnitten. Erfasst werden vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich vorsorglich dennoch entschieden, eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK zu erklären.

Es besteht die Absicht bei Vorstand und Aufsichtsrat, auch künftig den Empfehlungen des Kodexes in der geltenden Fassung vom 26. Mai 2010 mit den vorgenannten Einschränkungen zu entsprechen.“

Die Anregungen des DCGK werden ebenfalls umgesetzt mit den Ausnahmen, dass die Hauptversammlung nur bis zum Beginn der Generaldebatte im Internet übertragen wird und die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft für Aktionäre, die nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen, aus technischen Gründen bis zum Vorabend der Hauptversammlung erreichbar sind, nicht jedoch während der Hauptversammlung. Für Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zur Abstimmung erreichbar.

I Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Konzernwerte der Deutschen Postbank AG, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Postbank Konzern sowie der Lieferanten ausrichten soll, sind im „Code of Conduct“ sowie im „Supplier Code of Conduct“ dokumentiert. Die Kodizes sind für die leitenden Angestellten des Konzerns verbindlich. Wort und Geist dieser Werte finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Die Kodizes spiegeln die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln wider.

Die folgenden sieben Konzernwerte bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- | Exzellente Qualität liefern
- | Nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden schaffen
- | Offenen Umgang pflegen
- | Nach eindeutigen Prioritäten handeln
- | Unternehmerisch handeln
- | Integrität nach innen und außen leben
- | Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Darüber hinaus besitzt bei der Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. So werden die Grundsätze der Nachhaltigkeit in einem Nachhaltigkeitsleitbild zusammengefasst.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit ist das Ziel der Deutschen Postbank AG. Im Vordergrund stehen hierbei die Förderung von sozialen Aspekten, der Schutz der Umwelt sowie der Beitrag zu einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld. Es ist das Selbstverständnis der Postbank, einen aktiven Beitrag für den Klimaschutz sowie zum gesellschaftlichen Umfeld der Bank zu leisten, weshalb Nachhaltigkeit ein wichtiger Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Dadurch will die Postbank ihren Unternehmenserfolg langfristig sichern sowie das Leitbild der Nachhaltigkeit jedem einzelnen Mitarbeiter nahebringen. Nach unserem Selbstverständnis soll Nachhaltigkeit tatsächlich gelebt und nicht nur gedacht werden.

Die Deutsche Postbank AG verpflichtet sich, ihren Mitarbeitern attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen. Als Unternehmen ist die Postbank ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der sie agiert. So hat sie das Ziel, einen Mehrwert für ihre Stakeholder zu schaffen.

Diesem Leitbild fühlt sich die Deutsche Postbank AG als größte Privatkundenbank Deutschlands verpflichtet. Zur Umsetzung der Ziele wurde im Jahr 2010 die alte Struktur der vier Schwerpunkte (Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter, Gesellschaft) durch die Einführung des Drei-Säulen-Modells abgelöst. Diesem Modell entsprechend, wurde die Nachhaltigkeit in die drei Bereiche soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit neu strukturiert. Weitere Informationen über die Nachhaltigkeit bei der Postbank erhalten Sie über die Webseite www.postbank.de/nachhaltigkeit.



| Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Ganz im Sinne seiner durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe nimmt der Vorstand seine Führungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat kommt seinen Überwachungs- und Beratungsaufgaben nach. Die Aktionäre und damit Eigentümer der Deutschen Postbank AG üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er vertritt die Gesellschaft nach außen und führt die Geschäfte. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Unternehmensleitung. Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG bestand im Geschäftsjahr aus sieben, zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht er aus acht Mitgliedern, welchen jeweils ein Verantwortungsbereich als Ressort zugewiesen ist. Die Zuständigkeiten sind aufgeteilt in die Ressorts Konzernsteuerung, Finanzen, Retail, Filialvertrieb, IT/Operations, Financial Markets, Ressourcen/Kredit und seit Anfang des Jahres 2011 das Chief Risk Office. Die Funktion des Chief Risk Officer war im Geschäftsjahr 2010 dem Ressort Konzernsteuerung angegliedert.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Vorstände untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und die Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung sind dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher

Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Sowohl die Ziele als auch den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung stimmt der Vorstand regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab.

Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Beschlussmehrheiten, die dem Gesamtvorstand vorbehaltenen Angelegenheiten und die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt. Über Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung und Tragweite für die Gesellschaft oder den Konzern sind, beschließt der Gesamtvorstand. Ferner unterliegen der Entscheidung des Gesamtvorstands Angelegenheiten, die ein Mitglied des Vorstands dem Gesamtvorstand zur Beschlussfassung vorlegt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand Ausschüsse mit eigener Beschlusskompetenz oder zur Entscheidungsvorbereitung gebildet. Der Ausschuss Kostensteuerung befasst sich mit der Einhaltung der Kosten- und Budgetziele. Entscheidungen zu Unternehmensakquisitionen oder -verkäufen werden durch den Unternehmensentwicklungsausschuss vorbereitet. Der Retail-Ausschuss ist mit der Umsetzung der Retail-Strategie und dem Vertriebswegecontrolling betraut. Die Ausschüsse treten in der Regel monatlich zusammen und berichten an den Gesamtvorstand. Das Kreditrisikokomitee, das Marktrisikokomitee und das Komitee zur Steuerung Operationeller Risiken übernehmen die Risikosteuerung und Überwachung für die jeweiligen Risiken. Darüber hinaus hat im Jahr 2010 das neu eingerichtete Bankrisikokomitee seine Arbeit aufgenommen. Die Aufgaben des Komitees sind die Beratung des Gesamtvorstands im Rahmen der Festlegung des Risikoappetits, der Risikotragfähigkeit, der Gesamtbankrisikostrategie sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbankrisikoposition.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder verfügen über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar eingebunden. Gemäß den Regelungen der Satzung der Gesellschaft sind für Geschäfte dieser Art Zustimmungsvorbehalte festgelegt. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des AktG von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Kredit-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe S. 20).

20

Die Effizienzprüfung des Aufsichtsrats wird anhand einer Selbstevaluation und gegebenenfalls durch zusätzliche Beratungen beauftragter Aufsichtsratsmitglieder durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Aufsichtsrats werden regelmäßig konkrete Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet, um die Effizienz der Arbeit weiter konsequent steigern zu können.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat. So äußert der Aufsichtsrat einerseits seinen Informationsbedarf. Andererseits informiert der Vorstand auch unaufgefordert in geeigneter Weise über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung und der Geschäftsentwicklung sowie über Themen von relevantem Interesse.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachkommt. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte. Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in intensivem Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Ebenso wird die Hauptversammlung bis zur Generaldebatte im Internet übertragen. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Vor der Hauptversammlung können die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zum Vorabend der Hauptversammlung bevollmächtigt werden. Für Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt. Diese Verfahrensweise ist seitdem in § 3 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben.

I Weitere Corporate Governance

Transparenz

Die Deutsche Postbank AG ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen und zu bekräftigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie die Quartalsberichte und kommuniziert über Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen und -Konferenzen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG, Unternehmensberichte oder die unternehmenseigene Webseite (www.postbank.de). Dort sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



167

Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf S. 167, Note 60.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert worden sind, veröffentlicht.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Deutschen Postbank AG ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf S. 171, Note 61.

171

Compliance

Die Deutsche Postbank AG ist um eine kontinuierliche Weiterentwicklung interner Compliance bemüht. Schwerpunkt des Compliance-Programms der Bank ist dabei die Sicherstellung der Einhaltung der wertpapier- und kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften. Im Interesse ihrer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter hat die Postbank eine Compliance-Organisation geschaffen, die den Vorstand und die Mitarbeiter dabei unterstützt, für die Beachtung der gesetzlichen und der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen. In der beratenden Funktion unterstützt Compliance den Vorstand und die Mitarbeiter dabei, ungewollte Regelverstöße zu vermeiden; in der kontrollierenden Funktion ist es Ziel, vorsätzlichen Zuwiderhandlungen vorzubeugen bzw. diese aufzudecken und gegebenenfalls zu sanktionieren. Die geschäfts begleitende Beratung nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein, da sie zum einen gewährleistet, dass regulatorische Vorgaben frühzeitig Berücksichtigung finden und zum anderen die Interessen der Kunden und der eigenen Reputation im Fokus bleiben. Das Compliance-Office hat ein umfassendes Regelwerk erlassen, welches den Organmitgliedern und den Mitarbeitern u. a. die gesetzlichen Vorschriften zu Mitarbeitergeschäften und zum Insiderrecht erläutert. Um das Bewusstsein für compliance-relevante Sachverhalte zu schärfen und Kenntnisse der Compliance-Vorgaben zu vermitteln, werden die Mitarbeiter durch Präsenzs Schulungen oder Lernclips geschult. Über alle wesentlichen Sachverhalte wird der Vorstand regelmäßig informiert. Zudem berichten der Vorstand und die Compliance-Beauftragte mindestens ein Mal jährlich an den Aufsichtsrat. Die Wirksamkeit der Compliance-Funktion wird jährlich von der Internen Revision und den Wirtschaftsprüfern geprüft.

Risikomanagement

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden.

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Zudem ist dieses System darauf ausgerichtet, die relevanten Daten zur Risikosituation der Postbank zeitnah generieren zu können. Das Risikomanagement findet, um dessen Effizienz zu erhöhen, auf drei verschiedenen Ebenen statt: Vorstand, Risikokomitee und in den jeweiligen operativen Einheiten zur Risikosteuerung und -überwachung. Gemäß den Vorgaben der MaRisk werden die relevanten Berichte und die Strategien zu unterschiedlichen Risikoarten im Aufsichtsrat vorgestellt und erörtert. Gesteuert werden sowohl Einzel- als auch Portfoliorisiken. Dabei stellt die Postbank die Risiken aus der Geschäftstätigkeit der Risikotragfähigkeit der Gruppe gegenüber, um beurteilen zu können, ob diese unter Berücksichtigung ihrer geschäftspolitischen Ziele in einem angemessenen Verhältnis

61

zueinander stehen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision geprüft.

Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf S. 61 entnehmen.

I Vergütungsbericht 2010

Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und Struktur der Vergütungssysteme.

Die Darstellung erfolgt in individualisierter und allgemein verständlicher Form sowie getrennt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten.

Darüber hinaus werden monetäre Vergütungsanteile der Vorstandsvergütung für Nebentätigkeiten, für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit oder in Form von Versorgungszusagen aufgezeigt. Angaben zum Aktienbesitz, zur Kreditvergabe, zu den Offenlegungspflichten gemäß Wertpapierhandelsgesetz und zu den D&O-Versicherungen runden die Darstellung ab.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahresefolgsvergütung.

Die Jahresefolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahresefolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahresefolgsvergütung wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig auf Jahresbasis ausgezahlt.

40% der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung werden unmittelbar im Folgejahr ausgezahlt (Kurzfristkomponente).

60% der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung stehen unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernerfolgs (Langfristkomponente). Die Nachhaltigkeit des Konzernerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase kumuliert positiv oder im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten auf das Basisjahr folgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40% des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird grundsätzlich die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt. Abweichend hiervon gilt für die Vorstandsmitglieder Heß und Stemmer bis zum 28. Februar 2011 bzw. 30. Juni 2011 nur eine Fortzahlung der Vergütung im Todesfall für drei Monate.

Die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden Jütte wird im Fall einer vorzeitigen Beendigung durch Tod für drei Monate fortgezahlt. Beendet der Vorstandsvorsitzende Jütte aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig die Vorstandstätigkeit, hat er Anspruch auf Ruhegeld. Im Fall der vorzeitigen Beendigung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, erhält Herr Jütte ein Übergangsgeld in Höhe des zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Ruhegeldanspruchs.

Der Anpassungsbedarf des Vergütungssystems aufgrund der Institutsvergütungsverordnung bzw. weiterer regulatorischer Maßgaben wird derzeit intensiv geprüft und umgesetzt.

Höhe der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die sieben im Geschäftsjahr 2010 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 6.640,2 T€ (im Vorjahr 4.159,8 T€) erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 4.564,0 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.159,8 T€) und 2.076,2 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (im Vorjahr 0 €). Die Auszahlungsmodalitäten im Jahr 2011 für die nicht aufgeschobenen erfolgsabhängigen Komponenten des Geschäftsjahres 2010 werden voraussichtlich am 15. März 2011 vom Aufsichtsrat beschlossen. Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene und aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2010 insgesamt 3.114,3 T€ (im Vorjahr 0 €). Die Auszahlung erfolgt im Geschäftsjahr 2014 nur bei Erreichung des Nachhaltigkeitskriteriums, andernfalls entfällt sie.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 164,0 T€ (im Vorjahr 196,2 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die Gesamtvergütung für die sieben im Geschäftsjahr 2010 aktiven Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 6.640,2 T€ (im Vorjahr 4.159,8 T€).

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

Vorstandsvergütung 2010

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe
	Fixum	Neben-leis-tungen	Kurzfrist-kompo-nente ¹	
	T€	T€	T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	15,4	359,7	1.275,1
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,4	280,0	901,4
Marc Heß	600,0	26,9	280,0	906,9
Horst Kúpker	600,0	34,5	320,0	954,5
Dr. Michael Meyer	600,0	28,9	280,0	908,9
Hans-Peter Schmid	500,0	19,2	276,5	795,7
Ralf Stemmer	600,0	17,7	280,0	897,7
Gesamt	4.400,0	164,0	2.076,2	6.640,2

¹Über die Auszahlungsmodalitäten im Jahr 2011 wird der Aufsichtsrat voraussichtlich am 15. März 2011 beschließen.

Vorstandsvergütung 2009

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe
	Fixum	Neben-leis-tungen		
	T€	T€	T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2009)	700,6	14,9	0	715,5
Dirk Berensmann (Mitglied bis 29. Mai 2009)	208,3	10,2	0	218,5
Dr. Mario Daberkow (Mitglied seit 30. Mai 2009)	292,2	17,0	0	309,2
Marc Heß	500,0	35,3	0	535,3
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2009)	437,5	13,0	0	450,5
Horst Kúpker	500,0	32,8	0	532,8
Dr. Michael Meyer	425,0	20,4	0	445,4
Hans-Peter Schmid	400,0	26,1	0	426,1
Ralf Stemmer	500,0	26,5	0	526,5
Gesamt	3.963,6	196,2	0	4.159,8

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Heß und Küpker ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Dieser Versorgungsgrad wird mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Aufgrund der Verlängerung des Vorstandsvertrags über das 65. Lebensjahr hinaus entsteht der Anspruch auf Ruhegeld wegen Alters erst mit Ablauf des Vorstandsvertrags.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für Herrn Heß erfolgte im Berichtszeitraum eine zusätzliche Zuführung zum Versorgungskonto, mit der eine vor Beginn seiner Vorstandstätigkeit erteilte Versorgungszusage der Gesellschaft abgelöst wurde. Für Herrn Dr. Meyer sind vertraglich Zuteilungen von Sonderbeiträgen vorgesehen. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, K pker und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2010 %	Maximal- versorgungsgrad %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Stefan Jütte	26,50	50,00	574.486
Dr. Mario Daberkow	50	60,00	133.709
Hans-Peter Schmid	50	60,00	249.048
Ralf Stemmer	52	60,00	82.351

Aufgrund der Anhebung des Pensionsalters des Vorstandsvorsitzenden Jütte auf das Ende des Vorstandsvertrags ist gegenüber dem Vorjahr ein positiver Dienstzeitaufwand entstanden. Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow und Schmid haben im Geschäftsjahr 2010 die Wartezeit erfüllt und den Versorgungsgrad von 50 % erreicht.

	Beitragssumme für 2010 €	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2010 €	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Marc Heß	696.996	1.038.314	122.696
Horst K�pker	150.000	513.086	114.665
Dr. Michael Meyer	225.000	748.715	102.309

Bei den Vorstandsmitgliedern Heß und Dr. Meyer führen vertragliche Zuteilungen von Sonderbeiträgen zum Anstieg der Beitragssummen.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 6,02 Mio € (im Vorjahr 4,68 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 47,54 Mio € (im Vorjahr 43,88 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung. Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Daher wird für die Zeit nach dem Erreichen der Kapitalmehrheit durch die Deutsche Bank AG keine Vergütung an Herrn Neske und Herrn Steinmüller gezahlt. Herr Neske und Herr Steinmüller haben eine Verzichtserklärung gegenüber der Deutschen Postbank AG abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 547,2 T€ (im Vorjahr 536,3 T€). Ergebnisbezogen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das vergangene Geschäftsjahr keine variable Vergütung.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2010				Vergütung für das Geschäftsjahr 2009			
	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs- geld	Summe	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs- geld	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	52,5	–	3,3	55,8	52,5	–	2,8	55,3
Frank Bsirske	16,8	–	2,0	18,8	–	–	–	–
Michael Sommer	22,3	–	0,8	23,1	45,0	–	1,8	46,8
John Allan	–	–	–	–	10,0	–	0,3	10,3
Wilfried Anhäuser	22,5	–	3,3	25,8	22,5	–	2,5	25,0
Marietta Auer	22,5	–	3,5	26,0	22,5	–	2,0	24,5
Rolf Bauermeister	15,0	–	1,8	16,8	15,0	–	1,0	16,0
Wilfried Boysen	15,0	–	2,0	17,0	15,0	–	1,0	16,0
Henry B. Cordes	12,7	–	0,5	13,2	15,0	–	0,8	15,8
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	4,8	34,8	30,0	–	3,8	33,8
Annette Harms	15,0	–	1,8	16,8	15,0	–	1,0	16,0
Timo Heider	7,6	–	1,3	8,9	–	–	–	–
Dr. Tessen von Heydebreck	22,5	–	1,8	24,3	14,9	–	2,0	16,9
Dr. Peter Hoch	30,0	–	4,0	34,0	32,3	–	3,0	35,3
Elmar Kallfelz	30,0	–	5,0	35,0	27,0	–	2,5	29,5
Prof. Dr. Ralf Krüger	22,5	–	3,5	26,0	28,6	–	2,5	31,1
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	22,5	–	1,3	23,8	22,5	–	1,3	23,8
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	–	–	–	4,6	–	0,0	4,6
Lawrence A. Rosen	15,0	–	1,8	16,8	4,6	–	0,5	5,1
Elmo von Schorlemer	–	–	–	–	4,6	–	0,3	4,9
Torsten Schulte	7,4	–	0,5	7,9	26,8	–	2,3	29,1
Eric Stadler	22,5	–	3,3	25,8	16,6	–	1,5	18,1
Werner Steinmüller ²	33,8	–	3,5	37,3	24,5	–	2,8	27,3
Gerd Tausendfreund	22,5	–	3,8	26,3	22,5	–	3,0	25,5
Renate Treis	30,0	–	3,0	33,0	24,1	–	1,5	25,6
Summe	490,6	–	56,6	547,2	496,1	–	40,2	536,3

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung.

² Nach Satzung der Deutschen Postbank AG besteht auch für den Zeitraum nach Erreichen der Kapitalmehrheit ein Anspruch auf Vergütung (Herr Neske: 0,9 T€, Herr Steinmüller: 4,5 T€). Beide haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 26,2 T€, Herr Heider in Höhe von 19,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2010 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 863,1 T€ (im Vorjahr 950,4 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

Mitarbeiter:

Die Postbank gehört zu den „Top Arbeitgebern“ in Deutschland

Das exklusive Gütesiegel „Top Arbeitgeber“, das der Postbank zum dritten Mal in Folge von dem unabhängigen Marktforschungsunternehmen CRF (Corporate Research Foundation, Düsseldorf) verliehen wurde, belegt, dass die Postbank zu den meistgeschätzten Arbeitgebern in Deutschland gehört. Dies spiegelt sich in der Fluktuationsrate in der Postbank Gruppe, die sich schon seit vielen Jahren auf sehr moderatem Niveau bewegt und im Berichtsjahr ca. 5 % betrug. Dabei lag die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit bei rund 22 Jahren. Diese Werte zeigen das hohe Maß der Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen, mithin ihre Wertschätzung der Postbank Gruppe als Arbeitgeber.

I Nachwuchsförderung durch gezielte Ausbildung

Die Nachwuchskräfteentwicklung ist ein wichtiges Anliegen der Postbank. Fachlich qualifizierte und gut integrierte Nachwuchskräfte sind ein entscheidender Faktor für den Unternehmenserfolg.

Zum 31. Dezember 2010 waren 905 Auszubildende im Postbank Konzern beschäftigt. Was die Berufsausbildung in unserem Haus besonders attraktiv macht, ist u. a. das Angebot eines berufs begleitenden Studiums an der Frankfurt School of Finance and Management. Des Weiteren bieten wir Studenten die Möglichkeit, ergänzend zu ihrer Berufspraxis auch theoretische Kenntnisse an der Hochschule Weserbergland in Hameln zu erwerben.

I Hohes Engagement in der beruflichen Weiterbildung

Die bedarfsorientierte Mitarbeiterentwicklung der Postbank sorgt dafür, dass jeder Mitarbeiter im Rahmen seines Tätigkeitsbereichs und unter Berücksichtigung strategischer Vorgaben gezielt gefördert wird. Die Basis hierfür bildet eine verbindliche Systematik zur Leistungsbeurteilung bzw. zur Zielvereinbarung, aus der sich die individuellen Qualifizierungspläne für den Einzelnen ableiten.

Bei der Weiterbildung werden zunehmend „Blended-Learning-Konzepte“ genutzt – von der Bearbeitung eines Lernprogramms am Computer über Trainings bis hin zur individuellen Begleitung durch einen Coach. Über unsere eLearning-Plattform hat ein Großteil der Mitarbeiter Zugang zu einem breiten Angebot an interaktiven Lernprogrammen zu unternehmensspezifischen Inhalten (Produkten, Prozessen), allgemeinem Bankwissen und verhaltensbezogenen Themen (z. B. Zeitmanagement). eLearning fördert das eigenverantwortliche Sich-Weiterbilden und bietet Raum für situatives Lernen. Zur Umsetzung nutzt die Postbank ihre Tochtergesellschaft Postbank Akademie und Service GmbH, in der alle Bildungsmaßnahmen des Postbank Konzerns gebündelt sind.

Darüber hinaus bereitet das „Junior-Management-Programm“ Talente der Postbank auf künftige Führungsaufgaben vor. Sie erhalten u. a. die Möglichkeit, in den relevanten Arbeitsfeldern zu hospitieren, und werden durch entsprechende Qualifizierungsmodule mit dem nötigen Fachwissen ausgestattet. Damit tragen wir maßgeblich dazu bei, offene Stellen intern besetzen zu können.

I Vielfältige Programme fördern die Work-Life-Balance

Wer sich in seiner Arbeitssituation wohlfühlt, wird sich stärker mit seinem Unternehmen identifizieren und positiv zum Unternehmenserfolg beitragen. Dazu gehört insbesondere eine den individuellen Bedürfnissen entsprechende Work-Life-Balance. Auf vielfältige Weise unterstützt die Postbank ihre Mitarbeiter darin, die für sie richtige Balance zu finden:

I Individuelle Arbeitszeiten

Bereits 24 % unserer Mitarbeiter – unter ihnen auch zunehmend mehr Männer – nutzen die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten. Zudem entwickeln wir flexible Arbeitszeitmodelle mit Regelungen zu Lage und Dauer von Arbeitszeiten, durch die betriebliche Erfordernisse und persönliche Wünsche in Einklang gebracht werden.

I Familienservice

Die Postbank fördert den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots in unmittelbarer Umgebung ihrer Standorte und hat das Angebot im Sommer 2010 nochmals ausgeweitet. Damit möchten wir zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen. Unser Blick richtet sich dabei vor allem auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach einer Elternzeit an ihren Arbeitsplatz bei der Postbank zurückkehren möchten.

I Gesundheitsmanagement

Die Gesundheit unserer Mitarbeiter liegt uns am Herzen. Deshalb richten wir in unserem Gesundheitsmanagement sowie im Arbeitsschutz unser Augenmerk nicht allein darauf, krankmachende Faktoren zu beseitigen – wir unterstützen unsere Mitarbeiter auch dabei, präventiv etwas für ihre Gesundheit zu tun. Dazu arbeiten wir mit kompetenten Partnern zusammen wie der Deutschen Betriebskrankenkasse und der Unfallkasse Post und Telekom. Über die einmal im Jahr konzernweit stattfindenden Gesundheitstage hinaus unterstützen wir ganzjährig eine ganze Palette von gesundheitsfördernden Aktivitäten und Beratungsoptionen.

I Personalbestand entwickelt sich planmäßig

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2010, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 20.361 Mitarbeiter, 496 weniger als Ende 2009. Darunter waren 6.622 Beamte, dies entspricht ca. 33 % der Belegschaft. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten betrug 24 %. Im Inland sind 97 % der Mitarbeiter tätig, und die übrigen verteilen sich auf unsere Standorte in den USA, Großbritannien, Italien, Luxemburg und Indien. Ende 2010 lag das Durchschnittsalter unserer Mitarbeiter bei rund 43 Jahren.

I Kooperation mit der Deutschen Bank

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Postbank haben in den letzten Jahren durch ihr Know-how und ihr großes Engagement wesentlich zum Erfolg der Postbank beigetragen. Sie sind ein wichtiges Aushängeschild der Postbank im Kundengeschäft und haben in der Vergangenheit durch hohe Innovationskraft die Produkte und Prozesse der Bank stetig weiter verbessert. Nach der Übernahme der Aktienmehrheit und der zu erwartenden engeren Anbindung an den Deutsche Bank Konzern können die mitarbeiterspezifischen Stärken der Postbank in diese global agierende Gruppe eingebracht werden.

Die bereits seit 2008 erfolgreich laufenden Kooperationsprojekte mit der Deutschen Bank zeigen, dass hier zwei Banken zusammenwachsen, die gerade aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschäftsmodelle voneinander profitieren werden.

In den nun folgenden Phasen der Zusammenarbeit werden wir in unserer Personalarbeit sicherstellen, dass Bedürfnisse und Bedenken der Mitarbeiter – u. a. durch eine frühzeitige Einbindung der Arbeitnehmervertreter der Postbank in die Gremienarbeit der Deutschen Bank – berücksichtigt werden.

Mitarbeiter

	31.12.2010	31.12.2009
Anzahl Mitarbeiter (auf Vollzeit umgerechnet)	20.361	20.857
Anzahl Teilzeitkräfte	5.397	5.507
Anteil weiblicher Mitarbeiter	58 %	58 %
Anteil männlicher Mitarbeiter	42 %	42 %
Anteil Beamte ca.	33 %	33 %

Nachhaltigkeit: Neupositionierung unseres nachhaltigen Engagements

Die Postbank hat, dem Leitbild der Nachhaltigkeit folgend, Grundsätze des nachhaltigen Handelns für das gesamte Unternehmen definiert. Im Kern geht es dabei um die Aspekte Übernahme sozialer Verantwortung, Schutz der Umwelt sowie Förderung eines stabilen wirtschaftlichen Umfelds. Alle Leitlinien dienen dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit der Postbank zu sichern.

I Ausrichtung nach dem Drei-Säulen-Modell

Bisher war das Nachhaltigkeitsengagement der Postbank nach den Schwerpunkten Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und Gesellschaft gegliedert. Um unsere Entwicklung in diesem Feld zu forcieren, haben wir die Grundlagen unseres Denkens und Handelns im Jahr 2010 vollständig überarbeitet und nach dem sogenannten Drei-Säulen-Modell neu ausgerichtet. Diesem Modell entsprechend, berichten wir im Folgenden gegliedert nach den drei Bereichen:

I soziale Nachhaltigkeit I ökologische Nachhaltigkeit I ökonomische Nachhaltigkeit

Diese Neuausrichtung erlaubt es der Postbank, Nachhaltigkeitsthemen schneller zu identifizieren und diese fokussiert anzugehen.

I Soziale Nachhaltigkeit

Wir sind uns unserer sozialen Verantwortung bewusst und engagieren uns demgemäß für unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und die Gesellschaft. So ist es beispielsweise – mit Blick auf unsere Mitarbeiter – fester Bestandteil der Philosophie der Postbank, die Vereinbarkeit von persönlicher und beruflicher Lebensführung zu unterstützen und damit das Entstehen einer ausgewogenen Work-Life-Balance zu fördern. Die Verpflichtung unseren Kunden gegenüber spiegelt sich z. B. in der Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Geschäftsprozesse wider: Wir tragen dabei den Wünschen und Bedürfnissen sowie den unterschiedlichen Lebens- und Einkommenssituationen unserer Kunden adäquat Rechnung. Einen Aspekt des gesellschaftlichen Engagements, um auch hierfür ein Beispiel zu nennen, stellt die langjährige Unterstützung von Hochschuleinrichtungen und weiterführenden Schulen in Deutschland dar.

Auch unsere Mitarbeiter zeigen großes soziales Engagement. So haben sie auch 2010 mehrfach Spenden gesammelt, z. B. für die Opfer des Erdbebens in Haiti und der Flutkatastrophe in Pakistan sowie bei unserer jährlichen Weihnachtssammlung zugunsten der Welthungerhilfe, die wir bereits seit drei Jahrzehnten unterstützen und an die bislang insgesamt rund 400.000 € flossen. Darüber hinaus startete zum Jahresende erstmals die sogenannte Weihnachtsbaum-Wunschzettelaktion. Dabei stifteten Mitarbeiter der Postbank aus ganz Deutschland insgesamt 1.500 Geschenke, die an alle Standorte des christlichen Kinder- und Jugendwerks „Die Arche e.V.“ verteilt wurden.

I Ökologische Nachhaltigkeit

Gelebter Umweltschutz bedeutet mehr, als die ordnungsrechtlichen Pflichten einzuhalten. Die Postbank geht über die gesetzlichen Anforderungen hinaus: Um nachteilige Auswirkungen unseres Geschäftsbetriebs auf die Umwelt zu verringern, haben wir bereits 2009 freiwillig ein Umweltmanagementsystem nach DIN ISO 14001 eingeführt. Im zweiten Jahr unserer Zertifizierung lag nun der Fokus auf der Umsetzung der Ziele unseres Umweltprogramms, beispielsweise in den Bereichen Umweltcontrolling, Beschaffungswesen, Mobilität und CO₂-Emissionen.

Um den Energieverbrauch und damit den CO₂-Ausstoß aus unserem Geschäftsbetrieb maßgeblich zu senken, haben wir 2010 einen auf zehn Jahre angelegten Dienstleistungsvertrag – ein sogenanntes Energie-Contracting – mit HOCHTIEF Energy Management abgeschlossen. Teil der uns zugesicherten Leistung ist, dass die Postbank ihre CO₂-Emissionen jährlich um 4.500 Tonnen verringert. Dazu werden an acht großen Standorten der Postbank u. a. die Heizungsanlagen

erneuert und sowohl die Raumluft- als auch die Gebäudeleittechnik optimiert. Außerdem steuert und überwacht HOCHTIEF Energy Management den Betrieb von Heizungs- und Lüftungsanlagen künftig zentral. Die Entlastung der Umwelt wird im Nebeneffekt auch zur ökonomischen Nachhaltigkeit beitragen.

| Ökonomische Nachhaltigkeit

Die Säule „ökonomische Nachhaltigkeit“ umfasst alle Aktivitäten der Postbank, die darauf abzielen, wettbewerbsfähig und langfristig rentabel zu arbeiten. Denn dies ist die Voraussetzung dafür, sichere Arbeitsplätze zu schaffen, unseren Kunden, Mitarbeitern, Aktionären und Lieferanten einen Mehrwert zu bieten und der Wirtschaft insgesamt Nutzen zu stiften.

Dazu widmen wir u. a. den Themen Qualitätsmanagement, Compliance und Risikomanagement große Aufmerksamkeit. Zudem haben wir als Eckpfeiler unserer Unternehmenskultur für alle Mitarbeiter der Postbank Gruppe geltende Konzernwerte definiert: Die sogenannten „7 Werte“ formulieren die Ansprüche an den Einzelnen, beispielsweise im Hinblick auf die Arbeitsqualität, die Schaffung von Mehrwert für den Kunden, unternehmerisches Handeln und persönliche Integrität. Für alle leitenden Angestellten gilt – darüber hinausgehend – der Postbank Code of Conduct als verbindliche Formulierung der Konzernwerte. Einen hohen Stellenwert misst die Postbank außerdem der Corporate Governance bei, also der Leitung und Überwachung des Unternehmens im Sinne einer verantwortungsbewussten und werteorientierten Führung – auch in Bezug auf die Verankerung unseres Nachhaltigkeitsmanagements.

| Nachhaltigkeitsberichterstattung

Im Zuge der Neustrukturierung im Bereich Nachhaltigkeit haben wir auch die diesem Thema gewidmete Internetpräsenz neu gestaltet. Unter www.postbank.de/nachhaltigkeit bzw. www.postbank.com/sustainability bieten wir einen Überblick über das gesamte Nachhaltigkeitsengagement der Postbank. Detaillierte Informationen sind zudem dem jährlich – in deutscher und in englischer Sprache – veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht zu entnehmen. Aktuelle Informationen bietet auch die Internetpräsenz der Postbank.



| Ausblick

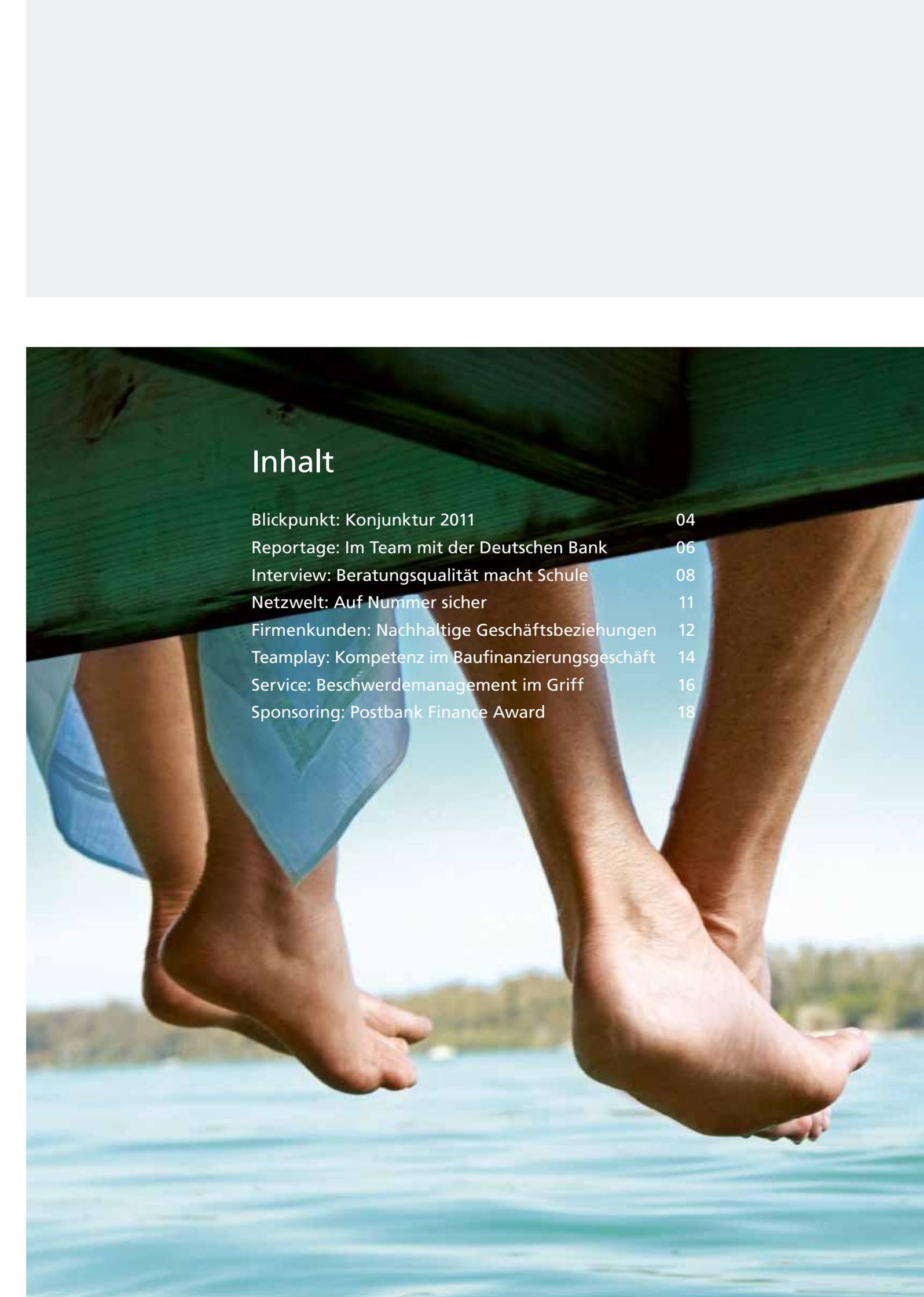
Für die Zukunft hat sich die Postbank das Ziel gesetzt, ihr Engagement im Hinblick auf alle drei Säulen der Nachhaltigkeit zu stärken und auszubauen. Dabei soll der Schwerpunkt im Jahr 2011 auf der sozialen Nachhaltigkeit liegen. Des Weiteren werden wir den Zertifizierungsumfang unseres Umweltmanagementsystems auf unsere Standorte Berlin und Dortmund ausdehnen. Damit werden die sieben größten Standorte der Postbank in die Zertifizierung einbezogen sein.

Postbank Journal

I Blickpunkt
Konjunktur 2011

I Filialvertrieb
Beratungsqualität
macht Schule

I Firmenkunden
Nachhaltige Geschäfts-
beziehungen

A photograph of two people's feet hanging from a green beach umbrella over turquoise water. The umbrella is in the foreground, and the feet are in the middle ground. The background shows a clear blue sky and a distant shoreline with trees.

Inhalt

Blickpunkt: Konjunktur 2011	04
Reportage: Im Team mit der Deutschen Bank	06
Interview: Beratungsqualität macht Schule	08
Netzwelt: Auf Nummer sicher	11
Firmenkunden: Nachhaltige Geschäftsbeziehungen	12
Teamplay: Kompetenz im Baufinanzierungsgeschäft	14
Service: Beschwerdemanagement im Griff	16
Sponsoring: Postbank Finance Award	18



Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn unsere Kunden mit unseren Leistungen zufrieden sind, wenn sie uns vertrauen und wir dies auch von den Ergebnissen des operativen Geschäfts ablesen dürfen, dann ist mir bewusst, wem wir dies ganz entscheidend zu verdanken haben: Es sind zum einen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich täglich – im direkten Gegenüber wie auch hinter den Kulissen – mit ihrem Wissen und hohem Engagement für unsere Kunden einsetzen. Und es sind zum anderen unsere starken Kooperations- und Vertriebspartner, die unsere Leistungen hervorragend ergänzen.

Ich freue mich, dass uns das Postbank Journal die Möglichkeit bietet, über die einen wie die anderen zu berichten, und zwar so, wie es der reguläre Geschäftsbericht nicht erlaubt: facettenreich, hautnah und lebendig.

Wenn Sie sich die Zeit nehmen hineinzulesen, wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of the initials 'S. J.' followed by a stylized surname.

Stefan Jütte
Vorsitzender des Vorstands

Konjunktur 2011: Sonnige Perspektiven mit Quellwolken

Dr. Marco Bargel,
Chefvolkswirt
der Postbank



Die deutsche Volkswirtschaft präsentiert sich zu Beginn des Jahres 2011 in einem sehr freundlichen Licht. Mit einem Plus von 3,6% wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2010 so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Träger der Entwicklung waren neben den Exporten insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen sowie die Investitionen in den Wohnungsbau und die öffentliche Infrastruktur. Derzeit deutet nichts auf ein schnelles Ende des Aufschwungs hin. Ganz im Gegenteil: Die Stimmung der Unternehmen hat inzwischen ein neues Rekordhoch erreicht – dies lässt für 2011 weitere solide Zuwächse bei Industrieproduktion, Export, Unternehmensinvestitionen und privatem Wohnungsbau erwarten. Eine wirkliche Überraschung aber dürfte der private Konsum in Deutschland bereithalten. Hier ist – gestützt vor allem durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt – nach Jahren der Zurückhaltung mit einem regelrechten Boom zu rechnen. Anders als in den meisten anderen Ländern ist der Arbeitsmarkt in Deutschland dank umfangreicher Reformen und mehrjähriger Lohnzurückhaltung relativ unbeschadet durch die Krise gekommen. Heute ist die Zahl der Beschäftigten sogar größer als vor Ausbruch der Krise. In der Folge wird die Bruttolohn- und Gehaltssumme in diesem Jahr kräftig steigen, was eine Belebung der Binnennachfrage nach sich ziehen wird. Der Aufschwung in Deutschland wird damit auf eine deutlich breitere Basis gestellt. So dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum 2011 auch bei einer absehbar geringeren Zunahme der Exporte immer noch bei 2,4% liegen. Damit bleibt Deutschland ein wichtiges Zugpferd im Gespann der europäischen Volkswirtschaften.

Unterstützt wurde und wird die Konjunkturerholung zudem durch umfangreiche Hilfsmaßnahmen des Staates für Wirtschaft und Banken. Die Kehrseite: explodierende öffentliche Defizite und eine schnell wachsende Staatsverschuldung. Mit 3,3% des Bruttoinlandsprodukts lag das Defizit der öffentlichen Hand in Deutschland 2010 im internationalen Vergleich jedoch immer noch auf einem niedrigen Niveau. Die USA schlossen das Jahr mit einem Rekorddefizit von 8,9% ab, und im Euroraum belegte Irland mit einem Defizit von über 30% den traurigen Spitzenplatz. Lediglich Luxemburg und Finnland unterschritten 2010 die im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Defizitgrenze von 3%. Damit dürften wir allerdings den Höhepunkt bei den öffentlichen Defiziten gesehen haben. Die Konjunkturerholung und umfangreiche Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatshaushalte werden 2011 in fast allen Ländern zu einem Rückgang des Fehlbetrags führen. Gleichwohl bleiben insbesondere die sogenannten Peripheriestaaten der EU – gemeint sind Griechenland, Irland, Spanien und Portugal – von einem dauerhaft tragbaren Defizit noch weit entfernt. Die Verschuldungskrise wird daher auch 2011 für die Märkte ihre Brisanz nicht verlieren.

Mitte 2013 soll der Rettungsschirm durch einen dauerhaften Krisenmechanismus der Eurostaaten abgelöst werden, der u. a. auch die Möglichkeit der „geordneten Insolvenz“ eines Mitgliedsstaats beinhaltet. In diesem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) wird die Mittelvergabe an strenge Auflagen zur Haushaltskonsolidierung sowie die Beteiligung privater Gläubiger an einer Restrukturierung der Staatsschulden geknüpft. Dies kann jedoch nur dann einen gewichtigen Beitrag



zur Stabilisierung der Märkte leisten, wenn sowohl die Bedingungen für Finanzhilfen als auch die Modalitäten einer Beteiligung privater Gläubiger so detailliert wie möglich vorab festgelegt werden – denn nur dann erhalten Anleihegläubiger die zur Berechnung ihrer Risikokosten notwendige Planungssicherheit. Mit Blick auf den Vertrauensschutz für Anleger ist es zudem bedeutsam, dass diese Regelungen nur für diejenigen Schulden gelten, die die Eurostaaten nach Einführung des ESM Mitte 2013 machen.

Auch in die ordnungspolitischen bzw. regulatorischen Rahmenbedingungen ist Bewegung gekommen. So verlangt Basel III von den Banken u. a. höhere Eigenkapitalquoten und den Aufbau eines Eigenkapitalpuffers, der sie in schwierigen Zeiten schützen soll. Ziel dieser Maßnahmen ist, die Krisenfestigkeit der Finanzinstitute zu erhöhen und für die Zukunft Entwicklungen wie die nach der Insolvenz der US-Bank Lehman Brothers im Jahr 2008 weitestgehend auszuschließen. Um die Banken in ihrer Risikotragfähigkeit nicht zu stark einzuschränken und ihnen genügend Spielraum zur Kreditvergabe zu lassen, werden die Regelungen über mehrere Jahre gestaffelt eingeführt. 2011 müssen deutsche Banken zudem erstmals eine sogenannte Bankenabgabe entrichten. Sie bemisst sich an den Verbindlichkeiten des jeweiligen Instituts und fließt in einen Restrukturierungsfonds, der im Krisenfall Maßnahmen zur Rettung oder zur Abwicklung von Banken finanzieren soll. Neben Deutschland hat bisher nur Schweden eine vergleichbare Abgabe eingeführt. Diese Maßnahmen dürften die Stabilität des Bankensektors und der Finanzmärkte auf lange Sicht erhöhen und die Risiken für den öffentlichen Haushalt im Falle

künftiger Krisen reduzieren. Bei allen Maßnahmen ist jedoch zu beachten, dass sie auf internationaler Ebene abgestimmt werden, damit im globalen Wettbewerb um Kunden und Kapital für alle Banken möglichst gleiche Voraussetzungen geschaffen werden. Die entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre wird es aber sein, das Defizit der öffentlichen Haushalte wieder auf ein dauerhaft tragbares Niveau zurückzuführen. Die Konsolidierung der Staatshaushalte kommt allerdings einer Gratwanderung gleich: Wird zu rasch oder zu stark gespart, könnten die Volkswirtschaften wieder in eine Rezession abgleiten. Werden die Defizite zu langsam reduziert, könnten Anleihen der betreffenden Staaten am Kapitalmarkt weiter unter Druck geraten. Die damit verbundene höhere Zinsbelastung wiederum würde das Erreichen der Konsolidierungsziele erschweren und den Anreiz erhöhen, Hilfskredite anderer Staaten oder des IWF in Anspruch zu nehmen.

Für die Geldpolitik ist die Situation nicht weniger diffizil. Die Leitzinsen müssten wieder auf ein annähernd normales Niveau angehoben werden, um den andernfalls langfristig drohenden Inflationsgefahren zu begegnen und um zu verhindern, dass sich erneut Kredit- und Kapitalmarktblasen bilden. Die großen Notenbanken dürften allerdings eher vorsichtig agieren. Denn eine zu frühe oder zu starke Anhebung der Leitzinsen könnte die wirtschaftliche Entwicklung belasten und die Situation an den Finanzmärkten verschärfen.

Insgesamt verspricht 2011 unter konjunkturellen Gesichtspunkten ein sonniges Jahr zu werden. Es bleibt allerdings zu hoffen, dass die zweifellos vorhandenen Wölkchen sich nicht verdunkeln.

Im Zeichen guter Partnerschaft

Zwei Jahre erfolgreicher Kooperation mit der Deutschen Bank

Seit Ende 2010 hält die Deutsche Bank AG die Aktienmehrheit an der Deutschen Postbank AG. Doch bereits vor gut zwei Jahren, als die Zusammenarbeit der beiden Häuser bekannt gegeben wurde, waren sich die Beteiligten einig: Die Angebote von Postbank und Deutscher Bank ergänzen sich hervorragend. Seit 2008 nutzen beide Unternehmen die mit der Kooperation verbundenen Chancen, insbesondere die des gegenseitigen Vertriebs von Finanzprodukten – und dies mit gutem Erfolg.

Im Fokus der Vertriebskooperation standen von Beginn an Investment- und Kreditprodukte. Eine der größten Erfolgsgeschichten des ersten Jahres lag im Verkauf einer Stufenzinsanleihe der Deutschen Bank durch die Postbank im Volumen von rund 330 Mio €. Ein für beide Seiten profitables Arrangement: Für die Deutsche Bank erschloss sich damit ein attraktiver neuer Vertriebskanal. Und für die Postbank ergab sich eine ideale Ergänzung der Produktpalette, entspricht dieses Produkt doch den wichtigsten Wünschen der Postbank Kunden im Hinblick auf Sicherheit, Rendite und Verfügbarkeit.

Angebotsportfolio ergänzt sich ideal

Mit dem Verkauf von – an die Bedürfnisse der Postbank Kunden angepassten – DWS Produkten im Postbank Filialvertrieb setzte sich die erfolgreiche Kooperation fort. „Für viele Kunden der Postbank konnten wir mit Produkten von DWS bereits einen hohen Mehrwert schaffen“, so Michael Meyer, Mitglied des Vorstands der Postbank.

Im Gegenzug profitieren die Kunden der Deutschen Bank von den Postbank Produkten Online-Ratenkredit und Online-Autokredit. Seit 2009 vertreibt die Deutsche

Bank diese beiden Angebote über ihre Internetseite. Die besondere Attraktivität ergibt sich für die Deutsche Bank daraus, dass sie ihren internetaffinen Kunden (wie auch potenziellen Kunden) die Möglichkeit bieten kann, einen Ratenkreditvertrag direkt online abzuschließen. Produktdetails und Prozesse konnten dabei weitgehend von der Postbank übernommen werden. Lediglich der Weg bis zum Abschluss – die sogenannte Antragsstrecke – wurde dem „Look and Feel“ der Deutschen Bank angepasst.

Einkauf, IT und Operations: zusammen mehr erreichen

Auch im Einkauf zahlt sich die Kooperation für beide Partner aus. Das leuchtet unmittelbar ein: Wenn statt 1.000 Rechnern nun 2.000 Rechner bestellt werden, ergibt sich bei der Preisverhandlung eine deutlich bessere Position. Selbstverständlich werden dabei alle kartell-, wettbewerbs- und gesellschaftsrechtlichen Restriktionen sowie individuelle Vertragsbindungen strikt beachtet. Die zu Beginn gesetzten Ziele im Einkauf wurden nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen: Die bisherigen Einsparungen liegen im zweistelligen Millionenbereich.

Nach diesen Erfolgen wollen beide Häuser die Kooperation auch auf andere Arbeitsfelder ausweiten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Unterzeichnung eines Eckpunktepapiers zur Zusammenarbeit auf den Gebieten IT und Operations im Oktober 2010. Die darin formulierten Pläne wurden bereits in einem wichtigen Teilbereich durch verbindliche Verträge konkretisiert. „Das ist die größte Kooperation im IT-Bereich, die es im deutschen Bankenmarkt bisher gegeben hat“, erläutert Wolfgang Gaertner, CIO Core Banking der Deutschen Bank.

Gemeinsame Basis – gemeinsame Chancen

Die Kooperationsmitwirkenden auf beiden Seiten sind sich einig: Die Zusammenarbeit ist offen, kollegial und auf Augenhöhe. Beide Unternehmen profitieren von den Produkten und vom Know-how des jeweils anderen. Frank Strauß, Head of Consumer Banking der Deutschen Bank, benennt eine wesentliche Grundlage des Erfolgs: „Beide Banken haben trotz der Unter-

schiede eine gemeinsame Basis. In der Zusammenarbeit erleben wir immer wieder, dass die Deutsche Bank und die Postbank in vielen Bereichen ein ähnliches Selbstverständnis haben und die gleichen Werte teilen.“

Zwei starke Marken im Markt mit jeweils eigenständigem Geschäftsmodell und Kundenprofil haben die idealen Voraussetzungen geschaffen, um zu wachsen – im Sinne beider Häuser und ihrer Kunden.



Filial-Team ganz auf Kurs zum Kunden

Hohe Beratungsqualität macht Schule

„Unsere Mitarbeiter am Schalter haben es als erste Anlaufstelle für den Kunden maßgeblich mit in der Hand, den Postkunden als Postbank Kunden zu gewinnen.“

Er ist ein Vertriebsmann mit Leib und Seele: An zwei von fünf Tagen der Woche ist Hans-Peter Schmid, Vorstand Filialvertrieb, unterwegs zu den Postbank Filialen in ganz Deutschland. Hier lässt er sich von Schaltermitarbeitern und Beratern aus ihrem beruflichen Alltag und von den Filialleitungen über vertriebliche Belange berichten. Nah dran sein, gut zuhören – für Schmid die Grundlagen dafür, „seine Mannschaft“ zu unterstützen und voranzubringen.

Herr Schmid, wenn Sie auf das Jahr 2010 zurückblicken: Was waren für Sie die bedeutendsten Entwicklungen im Filialvertrieb?

Das wichtigste Thema des Jahres war für uns die weitere Verbesserung unserer Beratungsqualität. Hier haben wir stark investiert. Beispielsweise haben unsere 1.800 Berater ein Training zur noch stärkeren Kundenorientierung im Beratungsprozess durchlaufen. Im Kern geht es darum: Basis für jede Empfehlung des Mitarbeiters muss ein zutreffendes Bild von der Gesamtsituation, den Wünschen und Zielen des Kunden sein. Darauf soll sich der Berater voll konzentrieren,



um zu den individuell bestmöglichen Lösungsangeboten zu kommen. Das ist unser Qualitätsanspruch.

1.800 Berater trainieren – das ist ein ganz erheblicher Aufwand ...

Ja, das kostet einiges an Zeit. Aber es ist auch eine der wichtigsten Investitionen in unsere Zukunft. Das Gleiche gilt für die vier neuen Regionalcenter. In diesen Beratungszentren können im monatlichen Wechsel jeweils vier bis fünf Kundenberater bei sehr erfahrenen Kollegen hospitieren und aus der Praxis lernen. Das ist sehr effektiv.

Eine Menge Einsatz für mehr Qualität. Wie steht es mit der Orientierung auf neue Kunden?

Sie sprechen ein wichtiges Thema an. Der Umstand, dass wir an allen Standorten auch Postdienstleistungen anbieten, beschert uns einen großen Zulauf von potenziellen Kunden: 700 von 1.000 Filialbesuchern sind noch nicht Kunden der Postbank – und könnten gewonnen werden. Damit wird klar: Unsere Mitarbeiter am Schalter haben es als erste Anlaufstelle für den Kunden maßgeblich in der Hand, den Postkunden als Postbank Kunden zu gewinnen.

Indem sie die Kunden auf die Leistungen der Postbank aufmerksam machen?

Ja. Aber erst im zweiten Schritt. Den Boden dafür bereiten sie schon vorher, nämlich mit der Qualität ihrer Postdienstleistung. Nur wenn der Kunde damit zufrieden ist, wird er überhaupt bereit sein, sich auf Leistungen der Postbank ansprechen zu lassen. Daher arbeiten wir ganz intensiv mit unseren Mitarbeitern vor Ort, sowohl an dem Thema Serviceorientierung als auch zum Thema Beratungskompetenz.

Das gilt sicherlich auch speziell für die 277 Filialen, die die Postbank Mitte letzten Jahres neu von der Deutschen Post übernommen hat?

Richtig, beispielsweise werden wir hier 2011 und in den darauffolgenden vier Jahren jeweils 30 hoch qualifizierte und erfahrene Berater investieren. Denn wir wollen auch an diesen Standorten den Kunden bestmöglichen Service bieten, das ist uns ein großes Anliegen. Und dazu gehört weit mehr als die längsten Öffnungszeiten in der gesamten deutschen Bankenlandschaft.

Welches Fazit können Sie für die neuen Filialen nach dem ersten halben Jahr ziehen?

Ein sehr erfreuliches. Das erste, was ich festhalten möchte, ist: Die Mitarbeiter, die juristisch Beschäftigte

der Post geblieben sind, fühlen sich – wie ich bei meinen Filialbesuchen immer wieder erfahre – schon heute ganz als „Postbanker“ und als Teil des Teams sehr wohl. Das zweite ist, dass die Vertriebsergebnisse dieser Standorte bereits auf gutem Weg zu unseren Plänen sind. Es macht uns schon stolz, dass es in so kurzer Zeit gelungen ist, die neuen Kollegen auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten. Sie alle haben sich sehr engagiert und schnell eingefunden. Auch weiterhin werden sie intensiv von unseren Führungskräften vor Ort trainiert. Hand in Hand läuft das wirklich sehr gut.



zu erteilen. Eine größere Einkaufsmacht zieht Kostensynergien nach sich. Das gilt auch für Investitionen, beispielsweise den Einkauf von Geldautomaten.

Sehen Sie auch Vorteile aus einer inhaltlichen Zusammenarbeit?

Ja, in der Tat, z.B. im Hinblick auf die weitere Qualifizierung der Mitarbeiter.

Ich denke, dass die Postbank speziell im Feld der Wertpapierberatung von der Deutschen Bank lernen kann – und dass im Gegenzug die Postbank ihre Kompetenz im Ratenkreditgeschäft und in der Baufinanzierung zum Nutzen der Deutschen Bank einbringen wird. So werden wir Zug um Zug voneinander profitieren.

Gilt das auch für das Team Deutsche Bank – Postbank?

Ich denke, die Deutsche Bank ist der beste Partner, den die Postbank sich hat wünschen können. Im Verbund

machen wir im deutschen Privatkundengeschäft sozusagen einen eigenen Sektor auf – neben den Sparkassen und den Volks- und Raiffeisenbanken. Mit unserer Gesamtkundenzahl haben wir einen signifikanten Marktanteil. Und aus dieser Größe werden wir Vorteile ziehen, die wir an unsere Kunden weitergeben können. Beide Marken bleiben unverändert nebeneinander bestehen – doch durch die Kooperation werden beide Seiten gewinnen.

Auf welchen Feldern arbeiten die beiden Häuser zusammen?

Schon heute kooperieren wir dort, wo Kosten gespart werden können. Als Beispiel: Wenn sowohl die Deutsche Bank als auch die Postbank ihre Filialen umbauen möchten, dann liegt es nahe, die entsprechenden Ausschreibungen und Aufträge gemeinsam

Postbank Finanzcenter in Zahlen
1.104 Filialen
5.057 Mitarbeiter am Schalter
1.810 Kundenberater
160 Bauspar- und -finanzierungsspezialisten

Wir wollen die erfreulichen Entwicklungen des Jahres 2010 fortschreiben. Das gilt für die Zahl der Kunden, die uns als Hauptbankverbindung nutzen, ebenso wie für die positiven Ergebnisse im Spar-, Bauspar- und Finanzierungsgeschäft.

Das bedeutet zugleich: Beratungsqualität und Kundenorientierung bleiben auch 2011 unsere bestimmenden Themen. Dazu planen wir zum einen – jenseits der jährlich 30 Kräfte für die neuen Filialen – eine Verstärkung des Teams auch für die übrigen Filialen. Bis 2015 wollen wir 200 neue Kräfte gewinnen. Zum anderen werden wir unsere Mitarbeiter weiter trainieren – Berater wie Schaltermitarbeiter. Sie alle sind entscheidend für unseren Unternehmenserfolg. Dabei wird es auch um das Zusammenspiel zwischen ihnen gehen. Teambildungsprozesse stehen daher mit ganz oben auf der Agenda. Denn eins ist klar: Es ist das Team, das gewinnt.

Das führt zur Frage nach einem Ausblick auf 2011: Was haben Sie sich denn für das Jahr auf die Fahne geschrieben?

Gut geschützt bei Finanzgeschäften im Internet

Sicherheitssystem mit modernsten Technologien

Bankgeschäfte online erledigen oder mit der Kreditkarte im Internet einkaufen – die Freiheiten des Electronic Banking können Postbank Kunden schon lange unbeschwert genießen. Die Voraussetzungen dafür schafft das umfassende Sicherheitskonzept der Postbank, das den Kunden bei Online-Transaktionen größtmöglichen Schutz garantiert.

Die Postbank entwickelt kontinuierlich neue Standards, um ihren Kunden hervorragende Services und optimale Sicherheit zu bieten – so auch beim Online Banking. Dass es dabei gelingt, Effektivität mit Komfort zu verbinden, beweist die 2010 eingeführte chipTAN comfort – die moderne Alternative zur iTAN-Liste. Das Verfahren chipTAN comfort erfordert einen sogenannten TAN-Generator, ein Lesegerät mit optischen Sensoren.

In dieses Lesegerät wird die Postbank Card gesteckt, sobald die Daten für eine Transaktion eingegeben wurden. Hält der Kunde den Generator nun an seinen PC-Bildschirm, errechnet dieser eine nur einmal und für kurze Zeit gültige TAN (Transaktionsnummer). Um die TAN zu erhalten, müssen die Auftragsdaten auf dem Display des Generators bestätigt werden. Durch den Einsatz zweier voneinander getrennter Geräte – Computer und Lesegerät – ergibt sich größtmögliche Sicherheit.

Diesen Schutz bietet auch das TÜV-zertifizierte mobileTAN-Verfahren, das die Postbank bereits seit 2005

anbietet. Bei dieser kostenlosen Variante wird eine kurzfristig gültige TAN direkt auf das registrierte Mobiltelefon des Kunden geschickt. Ab April 2011 werden Online-Transaktionen nur noch mit elektronisch generierten TANs möglich sein. René Zühlke, verantwortlich für die Online-Sicherheit bei der Postbank, versichert: „Das mobileTAN-Verfahren bleibt weiterhin erhalten. So haben unsere Kunden die Wahl – beide Optionen genügen höchsten Sicherheitsanforderungen.“

Auch beim Internet-Shopping mit der Kreditkarte sind Kunden jetzt besser geschützt. Dafür sorgt 3D Secure, der neue Sicherheitsstandard bei allen Postbank Kreditkarten. Voraussetzung: Der Händler muss an diesem Verfahren teilnehmen. Das erkennt der Kunde an den Markensignets Verified by Visa oder MasterCard® Secure Code™ auf der Website. In der Regel verläuft die Zahlung mit 3D Secure genauso wie auch ohne diesen Sicherheitsstandard. Wenn der Zahlungsvorgang jedoch einem Betrugsmuster ähnelt, wird der Kunde aufgefordert, zusätzlich persönliche Daten einzugeben, die bei der Bank zur Prüfung hinterlegt sind.

Der Postbank Experte für Kartensicherheit Stephan Schölzel blickt optimistisch in die Zukunft: „Mit der 3D-Secure-Lösung bleibt Online-Shopping so bequem wie bisher – und wir optimieren das Verfahren weiter. Statt der Datenabfrage kann bald auch die bekannte mobileTAN genutzt werden.“



Unser Herz schlägt für den Mittelstand

Mit Verlässlichkeit zu nachhaltigen Geschäftsbeziehungen

Die Prognosen für die deutsche Wirtschaft sind so optimistisch wie seit Langem nicht. Exzellente Werte beim Export, prall gefüllte Auftragsbücher und eine ausnehmend positive Grundstimmung bei Verbrauchern und Unternehmern sind dafür die Basis. Zu verdanken haben wir diese günstige Lage vor allem dem deutschen Mittelstand: den vielen innovativen, gut aufgestellten Unternehmen, die die Krise zu meistern wussten.

Doch bei allem Optimismus bleibt Wachsamkeit geboten. Schwächelnde europäische Marktwirtschaften, unsichere Konjunkturaussichten in den USA, die Frage nach der dauerhaften Stabilität der chinesischen Wirtschaft – Entwicklungen mit einigem Unsicherheitspotenzial.

Fakten 2010

Kredite an Firmenkunden:
30,3 Mrd €

darunter an den deutschen
Mittelstand: 6,9 Mrd €

Was Unternehmen daher dringend brauchen, ist ein starker und tatsächlich verlässlicher Finanzpartner. Denn in stürmischen Zeiten trennt sich die Spreu vom Weizen. Das erlebten viele Unternehmen in der jüngsten Vergangenheit. Und sie erfuhren, dass die Postbank – um im Bild zu bleiben – zum Weizen zählt.

Denn auch in den vergangenen beiden Jahren haben wir unseren mittelständischen Kunden kontinuierlich mit Kreditmitteln zur Verfügung gestanden. Während viele andere Institute ihr Kreditgeschäft stark einschränkten, haben wir unseres sogar ausgebaut – selbstverständlich mit unvermindert starker Risikoorientierung. Jede Kreditvergabe setzt bei uns voraus, dass wir





Dr. Hansjörg Flassak, Geschäftsführer (2. v. l.), und Georg Weber, geschäftsführender Gesellschafter der Dehner GmbH & Co. KG (2. v. r.), im Gespräch mit Sandra Herrmann, Leiterin Firmenkundenbetreuung München in der PB Firmenkunden AG und ihrem Kollegen Edgar Schissler, Senior Firmenkundenbetreuer.

genau verstehen, was das Unternehmen macht, wo es gerade steht, welche Strategien und Ziele es verfolgt. Dafür braucht es intensive Gespräche. Offenheit und partnerschaftlicher Umgang sind unverzichtbare Bedingungen für unser Engagement – und darüber hinaus sind wir sehr an einer auf Langfristigkeit ausgelegten Geschäftsbeziehung interessiert.

Kommen diese Faktoren zusammen, profitieren alle Beteiligten in hohem Maß. Dies zeigt beispielsweise unsere Zusammenarbeit mit dem renommierten Garten-Center-Betreiber Dehner. Seit Jahren begleitet die Postbank das Unternehmen auf seinem Weg einer Expansion mit Augenmaß. Mittlerweile zählt das Familienunternehmen zu den Branchengrößten in ganz Europa. Unser Firmenkundenbetreuer Edgar Schissler kennt die Unternehmensleitung schon lange, setzt sich regelmäßig mit den Herausforderungen dieser Branche auseinander und verfolgt die Entwicklung des Kunden kontinuierlich. Damit steht er jederzeit „aus dem Stand“ als kompetenter Gesprächspartner bereit. Kontinuität, auch in der Person des Beraters, und Kompetenz – dafür schätzt Dehner die Postbank. Das hat Vertrauen geschaffen – und zwar auf beiden Seiten!

Ein entscheidender Vorteil, wie sich auch im letzten Jahr zeigte. Nach einem strikten Konsolidierungskurs während der Krise stellte der Garten-Center-Spezialist 2010 die Weichen wieder auf Wachstum. Die geplanten

Investitionen sollten teils aus Eigenmitteln, teils über Bankkredite finanziert werden. Die Suche nach dem bestmöglichen Bankpartner führte bei Dehner sehr schnell zu der Erkenntnis, dass sich die Bankenlandschaft massiv verändert hatte und sich einige Banken sogar komplett aus dem Bereich der Langfristfinanzierungen zurückgezogen hatten und damit als Bankpartner ausfielen.

Anders die Postbank. Auf der Basis der langjährigen Geschäftsbeziehung war die Postbank schnell in der Lage, das mit der Kreditvergabe verbundene Risiko zu bewerten – und unterbreitete Dehner binnen Kürze ein attraktives Angebot. Mit der Beteiligung an der Finanzierung von zwei neuen Garten-Centern in Heidelberg und in Freiburg konnte die Postbank ihre Position als einer der wesentlichen Bankpartner des Pflanzenspezialisten festigen und ausbauen. Neben Kreditmitteln nutzt Dehner heute auch unsere Zahlungsverkehrsdienstleistungen und vertraut uns temporär überschüssige Liquidität an.

So wie Dehner erging es in den vergangenen Jahren zahlreichen mittelständischen Unternehmen. Viele von ihnen haben in der Postbank einen neuen, langfristig orientierten Bankpartner gefunden. Diese Entwicklung wollen wir auch 2011 fortschreiben und solide mittelständische Unternehmen auf ihrem Wachstumsweg begleiten. Mit dem Gartenprofi Dehner ist dies bereits fest vereinbart.

Im Team zum Erfolg

Mit BHW und DSL Bank ist die Postbank einer der führenden Baufinanzierer in Deutschland

Das Baufinanzierungsgeschäft betreibt die Postbank sehr erfolgreich im Rahmen einer Zwei-Marken-Strategie. Hinter unserer Baufinanzierungskompetenz stehen mit ihren historisch gewachsenen, eigenständigen Profilen die Postbank Tochter BHW Bausparkasse in Hameln und die von uns als Geschäftsbereich geführte DSL Bank in Bonn.

Mit einem Bestand von 74,0 Mrd € hat sich die Postbank zu einem der größten Baufinanzierer Deutschlands entwickelt. Dabei vertrauen wir auf die beiden Marken BHW und DSL Bank. Beide Geschäftsbereiche fokussieren sich auf einander ergänzende Geschäftsfelder: Während die BHW Bausparkasse als die bei Baufinanzierern und Bausparern bekannte und mit großem Vertrauen ausgestattete Marke sich an den Endkunden wendet, ist die DSL Bank einer der größten

deutschen Anbieter im Vertrieb wohnwirtschaftlicher Finanzierungen über Finanzdienstleister.

Die BHW Bausparkasse setzt im Vertrieb maßgeblich auf die gut 1.100 Postbank Finanzcenter sowie rund 4.000 selbstständige Finanzberater im mobilen Vertrieb. Die breite Palette der über diese Kanäle angebotenen BHW Bausparverträge (Finanzierungs- und Spartarife sowie Riester-Produkte) und BHW Baufinanzierungen reicht von der „klassischen“ Eigenheimfinanzierung über Modernisierungsfinanzierungen bis hin zu Finanzierungen von Bauvorhaben im Ausland. Darüber hinaus hat sich BHW durch die Zusammenarbeit mit großen Kooperationspartnern (Versicherer, ausgewählte Bankinstitute) und ca. 300 Maklern einen zusätzlichen Vertriebskanal erschlossen. An dieser Stelle ergibt sich eine geringfügige Überschneidung mit dem Geschäft der DSL Bank.



Schon heute kooperieren BHW und DSL Bank erfolgreich: Beispielsweise wird BHW Bausparen zunehmend erfolgreich auch im DSL Vertriebskanal angeboten. Ferner haben BHW Berater Zugriff auf DSL Starpool und das damit verbundene erweiterte Produktangebot. Darüber hinaus wurde die Koordination und Steuerung der Vermittlervertriebe von BHW und DSL Bank Ende 2010 in eine Hand gelegt. Eine gute Basis für eine effiziente Zusammenarbeit.



Die DSL Bank vertreibt ihre Produkte über rund 5.000 Vertriebspartner – das Spektrum reicht von Internetvertrieben und großen Finanzdienstleistern über Flächenvertriebe, Versicherer, Bausparkassen und Banken bis hin zu bestens qualifizierten Finanz- und Immobilienmaklern. Dieser Spezialisierung entsprechend, stellt die DSL Bank ihren Partnern eine ausgefeilte, teilweise exklusive Produktpalette zur Verfügung. Neben Baufinanzierungen mit langfristiger Zinsbindung beinhaltet das Angebot beispielsweise auch geförderte Riester-Darlehen oder variable Cap-Darlehen. Mit Erfolg – und die Produktpalette abrundend – werden zudem Konsumentenkredite, Girokonten sowie insbesondere Bausparfinanzierungen und -verträge über diesen Vertriebsweg angeboten.

Trotz der unterschiedlichen Vertriebswege von BHW und DSL Bank bieten sich Chancen sowohl zur Nutzung von Synergien als auch zum Abbau von Redundanzen. So wurde 2010 durch die organisatorische Zusammenführung verschiedener Aufgabengebiete, insbesondere im Produktbereich und bei Vertriebsprozessen, eine engere Verzahnung erreicht.

Darüber hinaus wurden – den Wünschen und Bedürfnissen unserer Kunden entsprechend – die Profile der jeweiligen Produktpaletten geschärft und noch präziser aufeinander abgestimmt.

Damit ist die Postbank bestens aufgestellt, ihren Marktanteil im wichtigen Geschäftsfeld Bausparen und Baufinanzierung auszubauen, zumal die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hierfür nach wie vor günstig sind: Zum einen verlangen steigende Energiekosten, das Energieeffizienzprogramm der Bundesregierung sowie der Anspruch auf die für altersgerechtes Wohnen erforderliche Barrierefreiheit erhebliche Investitionen in die Modernisierung von Gebäuden. Zum anderen offenbart die Altersvorsorgestudie der Postbank 2010 eine wachsende Diskrepanz zwischen den für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards erforderlichen und den tatsächlich getätigten Aufwendungen für die Altersvorsorge. Ziehen die Deutschen hieraus die Konsequenzen, werden davon vor allem Immobilien profitieren – denn das eigene Haus gilt wieder als krisensicherer Sachwert und ist für viele Menschen die ideale Form der Altersvorsorge.



Geballte Kraft für zufriedene Kunden

Neues Servicecenter für zentrales Beschwerdemanagement

Ob in der Filiale, per Telefon oder online – wer seine Bankgeschäfte individuell und unkompliziert erledigen möchte, ist bei der Postbank an der richtigen Adresse. Das Kundengeschäft funktioniert dabei auf allen Kanälen in der Regel vollkommen reibungslos.

Doch gerade wenn es mal nicht rund läuft, ist es wichtig, dem Kunden schnell zu helfen und als Unternehmen daraus zu lernen. Daher haben wir ein neues Beschwerdemanagement mit einem zentralen Kundenservice-Center (KSC) aufgebaut.

Dass dieser Schritt genau richtig war, weiß die KSC-Abteilungsleiterin Ina Lohkamp: „Kunden, die ihre Beschwerden aktiv äußern, sind an einer langfristigen

Verbindung mit uns interessiert. Wenn sie merken, dass sie mit ihrer Kritik ernst genommen werden und ihnen schnell und professionell geholfen wird, fühlen sie sich der Postbank sogar noch enger verbunden als zuvor.“

Seit November 2010 werden alle Beschwerden von Privatkunden elektronisch an das Kundenservice-Center in Dortmund übermittelt – gleich, ob sie per Brief, per Telefon, im persönlichen Gespräch oder per E-Mail eingehen. Ina Lohkamp und ihre Mitarbeiter sichten und klassifizieren die Eingänge, bearbeiten diese fallabschließend oder leiten Fälle zur Bearbeitung weiter. Dabei legen sie für jeden Kunden eine elektronische Akte an. Bei dieser modernen Form der Akte haben die Mitarbeiter jederzeit alle Informationen zur Hand –



sowohl die eingegangene Nachricht als auch Notizen zu allen erfolgten Arbeitsschritten. Der Vorteil für den Kunden: ein persönlicher Ansprechpartner und die schnelle und kompetente Antwort bei Rückfragen. Außerdem wird im KSC überwacht, dass Terminvorgaben eingehalten werden: Ist die abschließende Bearbeitung innerhalb einer Woche nicht möglich, erhält der Kunde eine Zwischennachricht.

„Wir haben damit eine Stelle geschaffen, die sich in Problemfällen zentral um die Anliegen der Postbank

Kunden kümmert“, formuliert der zuständige Bereichsleiter Achim Lebeau den Fortschritt im Beschwerdemanagement. Er benennt zwei wesentliche Ziele

„Durch konstruktive Kritik der Kunden können wir nur lernen – diese Chance müssen wir nutzen.“

des neuen Systems: Nach außen hin sollen die Kunden auch auf diesem Gebiet die Serviceorientierung der Postbank erleben.

Nach innen hin sollen

Beschwerden systematisch erfasst und damit Verbesserungspotenziale sichtbar werden. Denn, so Lebeau: „Durch konstruktive Kritik der Kunden können wir nur lernen – diese Chance müssen wir nutzen.“

Jung, klug, ausgezeichnet

Postbank Finance Award für
herausragende Talente



Ihre Ideen waren überzeugend: Die Wettbewerbsgewinner feierten gemeinsam ihren Erfolg in Bonn.

Wie sieht Banking der Zukunft aus? Diese Frage stellen sich Jahr für Jahr Studierende aus ganz Deutschland – beim Postbank Finance Award, dem höchstdotierten Hochschulwettbewerb im Bereich Banking & Finance. Ende Juni wurden die Gewinner gekürt.

Monatelang hatte sich das fünfköpfige Team von der Berufsakademie Weserbergland gemeinsam mit seinem Dozenten Martin Zerth mit dem Wettbewerbsthema beschäftigt: „Retail Banking im Spannungsfeld zwischen kurzfristigem Verkaufserfolg und langfristi-



„Wer an diesem Wettbewerb teilnimmt, hat bewiesen, dass er in der Lage ist, umsetzungsfähige Visionen für die Zukunft der Bankenbranche zu entwickeln.“

Ralf Stemmer, Vorstand Ressourcen & Kredit



gem Kundennutzen“. Eingereicht hatte es schließlich das „Ikarus-Modell zwischen Feuer und Wasser“. Dieses Modell liefert in sieben empirisch verifizierten Thesen eine wissenschaftliche Grundlage zur Verbesserung der Kundenberatung und zur Bewältigung der Vertrauenskrise. Ende Juni nahmen Jan Alber, Christoph Boehm, Sebastian Dumsch, Julia Jahn-Pabel und Anna-Theresa Knöchelmann im Rheinischen Landesmuseum in Bonn den Lohn für ihre Mühen entgegen: Sie wurden mit dem mit 40.000 € dotierten ersten Preis ausgezeichnet. „Damit geht der Preis erstmals an eine Berufsakademie“, so Laudator und Jury-Vorsitzender Günter Franke, Professor der Universität Konstanz.

Der zweite Preis – 20.000 € – ging an das Team der Universität Regensburg, das Interessenkonflikte zwischen Bank und Kunde in der Anlageberatung analysiert hatte. An Fallbeispielen zeigte es, wie durch verbesserte Beraterverträge der Nutzen für Kunden und Bank gleichermaßen optimiert werden kann. Den dritten Preis, dotiert mit 10.000 €, nahm das Team der

Handelshochschule Leipzig entgegen. Es hatte Anreizsysteme für Kundenberater und Bankmanager untersucht und vorgeschlagen, die Zufriedenheit der Kunden stärker zu bewerten. Auch die Beiträge der anderen 20 Teams von 19 Hochschulen hatten es in sich. Ihren Betrachtungen bescheinigte Jury-Vorsitzender Franke in seiner Begrüßungsansprache Nutzen für die Praxis: „Vieles kann der Postbank möglicherweise als Anregung dienen, Änderungen im Retail Banking durchzuführen.“

Die Postbank war durch Ralf Stemmer, Vorstand Ressourcen & Kredit, in der Jury vertreten. Dieser ging in seiner Ansprache besonders auf die Lehren der Finanzkrise ein. „Wir haben gelernt, dass die Kundenanforderungen gestiegen sind“, erklärte er. Vertrauen sei nicht mehr selbstverständlich, sondern müsse erarbeitet werden. Den Studenten rief er zu: „Sie haben die Sicherheit der Alma Mater verlassen, um mit aufgekrempten Ärmeln das Bankgeschäft zu verbessern. Solche Talente brauchen wir. Machen Sie so weiter, dann wird Sie in Ihrem beruflichen Leben wenig aufhalten.“

Bevor die Teilnehmer des Finance Awards zum geselligen Teil übergehen konnten, stellte Franke noch das Thema für das kommende Jahr vor. Es lautet: „Stabilisierung der Europäischen Währungsunion und Implikationen für private Geldanlagen“.



gemeinschaftlich

Große Herausforderungen meistert man am besten im Team. Wir freuen uns, dass unsere Aktionäre das Teamplay der Postbank begleiten.

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de/ir
- ir@postbank.de
- 0228 920-18003
- Postbank Investor Relations

 **Postbank**

Inhalt

Das Geschäftsjahr 2010

Konzernlagebericht		Konzernabschluss		Weitere Informationen	
48	Geschäfts- und Rahmenbedingungen	103	Gesamtergebnisrechnung	177	Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
49	Angaben nach § 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	104	Bilanz	178	Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
51	Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	106	Kapitalflussrechnung	179	Bilanz Mehrjahresübersicht
52	Mitarbeiter	108	Anhang – Notes	180	Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht
52	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2010	141	Segmentberichterstattung (Note 42)	182	Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
55	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	176	Bestätigungsvermerk	184	Gremien
57	Segmentberichterstattung			186	Glossar
59	Bilanzentwicklung			192	Adressen
60	Nachtragsbericht				
61	Risikobericht				
96	Prognosebericht				

Konzernlagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Organisation und Steuerung des Konzerns

Geschäftstätigkeit, wichtige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse

Der Konzern Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab.

Der Postbank Konzern hat seine Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets gegliedert:

- I Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutschen Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- I Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte komplettieren die Produktpalette.
- I Der Geschäftsbereich Transaction Banking umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Kontoführung und die Kreditbearbeitung sowie die zugehörigen Services. Dienstleistungen rund um die Zahlungsverkehrsabwicklung werden von der Betriebscenter für Banken AG (BCB), einer 100%igen Tochtergesellschaft, sowohl für die Postbank als auch für konzernexterne Finanzinstitute erbracht. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoführung und Kreditbearbeitung erbringt die Postbank bislang nur konzernintern.
- I Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich

Financial Markets die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns. Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner die Bankaktivitäten in Luxemburg sowie mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Marke Postbank sowie von Spezialfonds verantworten.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn und für Teile des Geschäftsbereichs Financial Markets in Frankfurt am Main. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit zum Jahresende 2010 1.104 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG befindet sich in Hameln.

Im europäischen Ausland ist die Postbank im Privatkundengeschäft in Luxemburg und in Italien vertreten.

In den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Postbank außerdem mit Tochtergesellschaften in Luxemburg und New York sowie mit einer Niederlassung in London vertreten.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, gemessen am bilanziellen Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatdarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Kooperationen an andere Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die Kooperation mit der Mehrheitsaktionärin Deutsche Bank AG, die im Jahr 2008 aufgesetzt und kontinuierlich intensiviert wurde und wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Anbieter insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Außerdem ist die Postbank derzeit der größte Anbieter für das Insourcing von Zahlungsverkehrsdienstleistungen. Mit insgesamt vier Mandanten und rund 8 Milliarden Transaktionen pro Jahr hat sie sich eine gute Wettbewerbsstellung in einem Markt erarbeitet, der von einer vergleichsweise geringen Anbieterzahl gekennzeichnet ist.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Steuerung innerhalb des Postbank Konzerns basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzern einheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung des Postbank Konzerns ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Darin enthalten ist das Ergebnis nach Steuern, das eine Überleitung von der Rentabilitäts- zur Effizienzperspektive ermöglicht.

Aus den wesentlichen Ergebniskomponenten Gesamterträge und Verwaltungsaufwand lässt sich die Cost Income Ratio (CIR) als zentraler Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung und damit für die Effizienz ermitteln. Sie bemisst sich konkret nach dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Gesamterträgen vor Risikovorsorge.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragsgröße im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Ertrags- und Aufwandsgößen. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen hat die Postbank im Jahr 2010 begonnen, ihren Steuerungsrahmen um Risiko-Rendite-Relationen zu erweitern. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital berechnet und bildet bereits auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage. Eine Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals befindet sich in Vorbereitung. Beide Ressourcen werden mit Verzinsungsansprüchen belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und vom Konzern insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter im Postbank Konzern ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich am Ergebnis vor Steuern und an der CIR. Aufgrund neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen fließt bei unseren Führungskräften und den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung eines Teils der variablen Vergütung, der sogenannten Ergebnis- bzw. Langfristkomponente (die 30 % bis 60 % der variablen Vergütung beträgt), ein. Die Ergebnis- bzw. Langfristkomponente selbst wird nach Ablauf des Geschäftsjahres bewertet, einbehalten und im dritten Folgejahr bzw. für den Vorstand im vierten Folgejahr mit dem Nachhaltigkeitsfaktor bewertet und dann gegebenenfalls fällig und ausgezahlt, oder sie entfällt ersatzlos.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert zusätzlich die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

Im Rahmen der Umsetzung der vom Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board – FSB) entwickelten Prinzipien für solide Vergütungspraktiken hat das Bundesministerium für Finanzen im Oktober 2010 die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten erlassen, welche die Anforderungen des BaFin-Rundschreibens 22/2009 vom 21. Dezember 2009 ersetzt bzw. ergänzt. Die Postbank prüft zurzeit intensiv, ob das bestehende Vergütungssystem, welches auf Basis des Rundschreibens entwickelt und umgesetzt wurde, diesen Vorgaben entspricht und ob gegebenenfalls Anpassungsbedarf besteht.

I Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2010 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hält mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, ca. 52 % der Aktien der Postbank.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutschen Post AG, Bonn, hält, welche mit ca. 39,5 % an der Postbank beteiligt ist.

Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit rund 8,5 %.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Die von der Hauptversammlung vom 22. April 2009 beschlossenen Ermächtigungen „Bedingtes Kapital I“ und „Bedingtes Kapital II“ sind aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2010 aufgehoben worden.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, bis zum 21. Oktober 2010 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 und 8 AktG wurden für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigungen aufgehoben.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 6, 7 und 9 der ordentlichen Hauptversammlung vom 29. April 2010, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar sind.



Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische

und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG (die vormalige BHW Lebensversicherung AG), PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx Aktiengesellschaft und ihrer genannten Töchter durch die Deutsche Postbank AG über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können von PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollenerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollenerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte die PBV Lebensversicherung AG, die PB Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Das vorgenannte Vertragsverhältnis ist durch das Übernahmeangebot der Deutschen Bank AG und die Übernahme von insgesamt ca. 52 % der Aktien der Deutschen Postbank AG (vgl. oben) nicht berührt worden und von der Talanx Aktiengesellschaft oder ihren Töchtern PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft nicht gekündigt worden.

Entschädigungsvereinbarung bei Übernahmeangeboten

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG.

| Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertrags Elemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig auf Jahresbasis ausgezahlt. 40 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung werden unmittelbar im Folgejahr ausgezahlt (Kurzfristkomponente). 60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung stehen unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzern Erfolgs (Langfristkomponente). Die Nachhaltigkeit des Konzern Erfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase kumuliert positiv oder im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten auf das Basisjahr folgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Andernfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird grundsätzlich die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Der Anpassungsbedarf des Vergütungssystems aufgrund der Institutsvergütungsverordnung bzw. weiterer regulatorischer Maßgaben wird derzeit intensiv geprüft und umgesetzt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notenangabe 58.

35

160

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Mitarbeiter

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2010, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 20.361 Mitarbeiter, 496 weniger als am 31. Dezember 2009. In der Gesamtzahl enthalten sind 6.622 Beamte, was einem Anteil von ca. 33 % entspricht. Etwa ein Viertel unserer Mitarbeiter befindet sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2010 belief sich auf rund 5,3 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 22 Jahren. Die Deutsche Postbank AG entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

42

Weitere Details finden Sie im Kapitel „Mitarbeiter“ auf der Seite 42.

I Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2010

Weltwirtschaft erholt sich von der Krise

Die Weltwirtschaft erholte sich 2010 rasch von der schweren Rezession des Vorjahres. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte wurden hohe Wachstumsraten erzielt, während die wirtschaftliche Dynamik im zweiten Halbjahr wieder nachließ. Angeführt wurde der globale Aufschwung von den Schwellenländern. Aber auch in den Industrieländern setzten sich insgesamt die Erholungstendenzen durch. Dabei waren allerdings außergewöhnlich große Unterschiede in der Entwicklung der Regionen sowie zwischen einzelnen Ländern in den Regionen zu beobachten. Insgesamt stieg die globale Wirtschaftsleistung 2010 um 5 % nach einem Rückgang um 0,6 % im Vorjahr.

Die Vereinigten Staaten befreiten sich zu Beginn des Jahres 2010 zunächst mit Schwung aus der Rezession. Im weiteren Jahresverlauf ließ das Wachstumstempo aber wieder nach, da der wirtschaftlichen Erholung noch die erforderliche breite Basis fehlte. Ein deutlicher Aufschwung zeigte sich jedoch bei den Ausrüstungsinvestitionen: Diese stiegen von niedrigem Niveau aus um rund 15 %. Der private Verbrauch wuchs hingegen vor dem Hintergrund des anhaltend schwachen Arbeitsmarktes mit einem Plus von 1,8 % nur verhalten. Belastet wurde die US-Konjunktur weiterhin von den Bauinvestitionen, die nochmals kräftig nachgaben. Auch der Außenhandel wirkte sich bremsend auf das Wachstum aus, da der durchaus beachtlichen Zunahme der Exporte ein noch stärkerer Anstieg der Importe gegenüberstand. In der Folge stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 lediglich um 2,9 %, obwohl die Binnennachfrage um 3,2 % wuchs.

Die asiatischen Schwellenländer erzielten mit gut 9 % wieder eine hohe Wachstumsrate und waren damit die Treiber des globalen Aufschwungs 2010. Mit einem BIP-Wachstum von 10,3 % erreichte China erneut einen Spitzenwert. Die chinesische Industrie profitierte dabei von der markanten Belebung des Welthandels. Die Exporte wuchsen im Vergleich zum Vorjahr massiv, nämlich um gut 31 %. Parallel hierzu führte die anhaltend steigende Binnennachfrage allerdings zu einer noch stärkeren Zunahme der Importe – diese legten um knapp 39 % zu. Infolgedessen verringerte sich der Handelsbilanzüberschuss leicht auf rund 183 Mrd US \$. Auch Japan verzeichnete 2010 einen kräftigen Aufschwung. Insbesondere wurden die Exporte extrem stark, nämlich um gut 24 %, ausgeweitet. Zudem

stieg der private Verbrauch für japanische Verhältnisse ungewöhnlich kräftig um 1,9 %. Trotz nahezu stagnierender Investitionen expandierte das BIP 2010 um 4,0 %.

Der Euroraum insgesamt erholte sich 2010 von der tiefen Rezession des Vorjahres. Das BIP-Wachstum fiel aber mit einem Wert von 1,7 % nur verhalten aus. Es resultierte zudem überwiegend aus einem Aufbau der Lagerbestände. Die Bruttoanlageinvestitionen gaben hingegen nochmals leicht nach. Der private Verbrauch weitete sich moderat aus. Hinter dem Gesamtbild des verhaltenen Wachstums im Euroraum verbergen sich zudem extreme Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die Ursachen für die sehr differenzierte Entwicklung liegen zum einen in den industriellen Strukturen: Exportorientierte Industriezweige profitieren überproportional von der Belebung der Weltkonjunktur. Zum anderen hatten einige EU-Länder mit massiven strukturellen Problemen und einer überbordenden Staatsverschuldung zu kämpfen. Dies führte zu Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben sowie zu Steuererhöhungen, wodurch das Wachstum in den betreffenden Ländern zusätzlich belastet wurde.

Deutschland: Stärkstes Wachstum seit der Wiedervereinigung

Die deutsche Wirtschaft belebte sich 2010 außergewöhnlich rasch. Das BIP stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,6 %; dies war der stärkste Zuwachs seit der Wiedervereinigung. Kräftige Impulse kamen dabei zunächst von den Exporten. Der globale Aufschwung ließ die Nachfrage nach Investitionsgütern rasch steigen. Da Investitionsgüter einen Schwerpunkt der deutschen Exportindustrie bilden, konnte Deutschland in besonderem Maße von der Entwicklung profitieren: Die deutschen Ausfuhren legten 2010 sehr stark um 14,2 % zu. Trotz ebenfalls kräftig steigender Einfuhren trug der Außenhandel 1,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Im Verlauf des Jahres 2010 verbreiterte sich die Wachstumsbasis zunehmend. Zunächst zogen die Ausrüstungsinvestitionen deutlich an und legten insgesamt um 9,4 % zu. Die Bauinvestitionen wurden um 2,8 % ausgeweitet. Positiv stechen hier die Wohnungsbauinvestitionen mit einem Zuwachs um 4,4 % heraus. Dagegen wurden die gewerblichen Bauinvestitionen nur um 0,7 % ausgeweitet, und die öffentlichen Bauinvestitionen sanken sogar – trotz anhaltender Impulse aus dem Infrastrukturprogramm – um 0,9 %. Positiv wurde das Wirtschaftswachstum auch von der veränderten Lagerhaltung der Unternehmen beeinflusst. Nachdem die Lagerbestände 2009 massiv abgebaut worden waren, normalisierten diese sich 2010. Hieraus resultierte ein Beitrag zum BIP-Wachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten.

Der private Verbrauch expandierte 2010 in Deutschland real um 0,5 %. Dabei beschleunigte sich dessen Wachstum nach einem verhaltenen Beginn im Jahresverlauf spürbar. Die privaten Haushalte profitierten von einer anhaltenden Stabilität des Preisniveaus. Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt bei einem moderaten Wert von 1,1 %. Positiv wirkte sich zudem die Entwicklung am Arbeitsmarkt aus, der sich im Zuge des kräftigen Aufschwungs deutlich belebte. Im Jahresdurchschnitt fiel die Zahl der Arbeitslosen um 179.000. Die Arbeitslosenquote fiel um 0,5 Prozentpunkte auf 7,7 %. Zudem ging die Zahl der Kurzarbeiter im Jahresverlauf 2010 massiv zurück.

Insgesamt verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010 in Deutschland und anderen großen Volkswirtschaften günstiger als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die Finanzmärkte standen 2010 unter dem Einfluss sehr unterschiedlicher Einflussfaktoren. Zwar fiel die konjunkturelle Entwicklung vergleichsweise positiv aus, doch hatte die zeitweise aufkommende Befürchtung eines Rückfalls in die Rezession – insbesondere in den USA – in einigen Marktsegmenten starke Ausschläge zur Folge. Die Geldpolitik der führenden Notenbanken blieb sehr expansiv. Jedoch sahen sich die Zentralbanken während des Jahres zu Strategiewechseln veranlasst. Innerhalb des Euroraums sorgte zudem der Ausbruch der Staatsschuldenkrise für starke Verwerfungen. Auf die verschiedenen Segmente des Finanzmarktes wirkten sich die genannten Entwicklungen sehr unterschiedlich aus, sodass es zu stark divergierenden Tendenzen kam.

An den internationalen Aktienmärkten konnte sich 2010 kein einheitlicher Trend durchsetzen. Die Kursentwicklung am deutschen Aktienmarkt ist im internationalen Vergleich als ausgesprochen positiv zu beurteilen. Die Notierungen deutscher Dividendenwerte profitierten von dem starken Aufschwung der deutschen Wirtschaft sowie von der global anziehenden Nachfrage nach Industriegütern. Da Industriewerte im DAX ein hohes Gewicht haben, konnte der deutsche Leitindex im Jahresverlauf um gut 16 % zulegen. Der EURO STOXX 50 gab hingegen um knapp 6 % nach. Verantwortlich für diese – absolut wie relativ betrachtet – schwache Entwicklung war der hohe Anteil an Finanzaktien in diesem Index. Da die Finanzwerte unter der europäischen Staatsschuldenkrise litten und sich entsprechend entwickelten, drückten sie den gesamten Index nach unten. Am US-Aktienmarkt bildete sich bis zum Spätsommer kein klarer Trend heraus. Der positive Einfluss steigender Unternehmensgewinne wurde durch die temporär aufflackernden Rezessionsbefürchtungen konterkariert. Mit der Verbesserung der konjunkturellen Perspektiven legten die Aktienkurse in den USA dann jedoch deutlich zu. Per saldo stieg der S&P 500 im Jahr 2010 um 12,8 %. Uneinheitlich verlief auch die Entwicklung bei Unternehmensanleihen. Bei Anleihen hoher Bonität stiegen die Risikoaufschläge 2010 im Vergleich zum Vorjahresultimo leicht an – nicht zuletzt eine Folge der durch die Staatsschuldenkrise ausgelösten Unsicherheit. Im High-Yield-Sektor gaben die Risikoaufschläge demgegenüber moderat nach. Hier wirkten sich die im Zuge der konjunkturellen Erholung nachlassenden Ausfallrisiken positiv aus.

Im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsländer kam es insbesondere ab dem zweiten Quartal 2010 zu massiven Verwerfungen. Nachdem zunächst vor allem Griechenland betroffen war, wurde nun die Befürchtung laut, dass auch andere Peripheriestaaten der Eurozone bei der Bedienung ihrer Staatsschulden in Schwierigkeiten geraten könnten. Ein Anfang Mai von den EU-Staaten und dem IWF verabschiedetes Hilfspaket für Griechenland im Volumen von bis zu 110 Mrd € konnte die Märkte nur kurzzeitig beruhigen. Die Risikoaufschläge, insbesondere für griechische, portugiesische, irische und spanische Staatsanleihen, stiegen nochmals sehr kräftig an. Die Regierungen reagierten auf diese Entwicklung mit einem umfangreichen Rettungspaket für in Schwierigkeiten geratene Mitgliedsländer. Dieses hat ein Gesamtvolumen von 750 Mrd €, das sich aus Mitteln der EU, der Mitgliedsstaaten der Eurozone und des IWF zusammensetzt. Zusätzlich beschloss die Europäische Zentralbank (EZB), zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Märkte im Bedarfsfall Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsländer zu kaufen. Die ersten Ankäufe erfolgten bereits kurze Zeit nach dieser Ankündigung. Dieses Maßnahmenpaket trug zunächst dazu bei, die Ausweitung der Risiko-

aufschläge zu stoppen. Im weiteren Jahresverlauf stiegen diese jedoch weiter an. Dabei verlief die Entwicklung allerdings von Land zu Land unterschiedlich. Besonders stark betroffen war Irland, das vor allem unter der Krise des irischen Bankensektors und den daraus resultierenden Belastungen für die Staatsfinanzen litt. Obwohl der irische Staat keinen akuten Refinanzierungsbedarf hatte, wurde die Situation so bedrohlich, dass Irland ab November 2010 den europäischen Rettungsfonds (EFSF) in Anspruch nahm. Die Risikoaufschläge auf portugiesische Staatsanleihen erhöhten sich gegen Ende 2010 ebenfalls weiter. Die Anleiherenditen hielten aber noch ein Niveau, das es dem portugiesischen Staat ermöglichte, sich weiterhin über den Kapitalmarkt zu refinanzieren. Die Renditeaufschläge für spanische Staatsanleihen stiegen zum Jahresende, nach einer vorangegangenen längeren Stabilisierungsphase, ebenfalls weiter an. Die vom Markt verlangten Zinsen blieben aber deutlich unter dem Niveau, das für die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Rettungsfonds vorgesehen war.

Die führenden Notenbanken hielten 2010 durchweg an ihrer sehr expansiven Geldpolitik fest. Dennoch schlugen sie mit den jeweils ergriffenen Maßnahmen unterschiedliche Wege ein. Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) beließ ihren Leitzins bei 0 % bis 0,25 %. Zusätzlich weitete die Fed im Herbst aufgrund der ihrer Ansicht nach zu schwachen konjunkturellen Erholung und zu geringer Preissteigerungsraten das sogenannte „quantitative easing“ aus: Sie beschloss den Ankauf von US-Staatsanleihen im Gesamtvolumen von 600 Mrd US \$, um die gesamtwirtschaftliche Liquidität zu erhöhen und so das Wachstum anzuregen. Dieses Ankaufprogramm soll bis zur Jahresmitte 2011 laufen. Die EZB hielt ihren Leitzins 2010 konstant bei 1,0 %. Allerdings beschloss sie bereits früh im Jahr, einige der Sondermaßnahmen, die sie während der Krise zur Bereitstellung von Liquidität eingeführt hatte, sukzessive auslaufen zu lassen. Dies betraf vor allem die 12- und 6-Monats-Tender, die bei Fälligkeit nicht wieder ersetzt wurden. Im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise sah sich die EZB veranlasst, weitere Exit-Maßnahmen aus der sehr expansiven Geldpolitik auszusetzen. So hielt sie bei den verbleibenden Refinanzierungsgeschäften bis zum Jahresende an der vollen Zuteilung aller Gebote fest. Zusätzlich begann sie im Mai 2010 erstmals mit dem Ankauf von Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsländer, um die Funktionsfähigkeit der Märkte zu gewährleisten. Die teilweise Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen ließ die Geldmarktsätze im Euroraum aber dennoch steigen. So erhöhte sich z. B. der 3-Monats-Euribor, der im ersten Halbjahr 2010 noch deutlich unter dem Hauptrefinanzierungssatz gelegen hatte, bis zum Jahresende auf 1,0 %.

Die Entwicklung der Kapitalmarktzinssätze im Euroraum wurde bis weit in den Sommer hinein von der Staatsschuldenkrise im Euroraum dominiert, die zu einer „Flucht in die Qualität“ führte. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen fiel in der Folge von rund 3,4 % zu Jahresbeginn bis zum August auf das historische Tief von 2,1 %. Die sich verbessernden globalen Konjunkturaussichten ließen die Rendite bis zum Jahresende dann wieder steigen. Per saldo gab die Rendite von Bundesanleihen 2010 dennoch um gut 0,4 Prozentpunkte auf knapp 3 % nach. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen fiel im gleichen Zeitraum ebenfalls um gut 0,4 Prozentpunkte auf rund 3,3 %. Die Zinskurven sind damit sowohl im Euroraum als auch in den USA etwas flacher geworden.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die konjunkturelle Entwicklung einerseits und die europäische Staatsschuldenkrise andererseits waren auch die bestimmenden Einflüsse für die Devisenmärkte. In der Phase der zunächst zügigen wirtschaftlichen Erholung in den ersten Monaten des Jahres wertete der US-Dollar gegenüber dem Euro auf, und die Verschärfung der Schuldenkrise in der EWU verstärkte den Abwärtsdruck auf den Euro noch einmal. Ausgehend von einem Kurs von gut 1,43 US \$, wertete der Euro bis zum Juni auf das Jahrestief von knapp 1,20 US \$ ab. Eine vorübergehende Entspannung in der Schuldenkrise und vor allem aber die in den USA aufkommende Furcht vor einem Rückfall in die Rezession setzten dann jedoch die US-Währung unter Druck. So stieg der Kurs des Euro im Herbst zeitweise wieder über 1,40 US \$, bevor sich der Trend erneut drehte. Am Jahresende notierte der Euro mit rund 1,34 US \$ um 6,7 % unter dem Stand vom Vorjahresultimo.

Die Märkte entwickelten sich abweichend von unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2010 von einer leichten Anhebung der Leitzinsen und einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen im Euroraum ausgegangen. Als zutreffend erwies sich hingegen unsere Prognose einer leichten Verflachung der Zinskurve.

Branchensituation

Im Jahr 2010 traten die direkten Nachwirkungen der globalen Finanzmarktkrise, die Mitte 2007 ihren Anfang genommen hatte, deutlich in den Hintergrund. Weltweit bilanzierten Finanzinstitute im Gesamtjahr 2010 nur noch in vergleichsweise geringem Umfang Abschreibungen, Wertberichtigungen und Verluste auf problembehaftete Vermögenswerte. Hingegen waren indirekte Nachwirkungen der Krise immer noch deutlich spürbar. Allein in den USA gingen im Berichtsjahr 157 Banken in Konkurs, noch mehr also als im Jahr 2009, in dem bereits 140 Institute kollabierten. In der öffentlichen Wahrnehmung avancierte die Schuldenkrise der sogenannten Peripheriestaaten des Euroraums zu einem bestimmenden Faktor. Die Ausfallversicherungen für Anleihen dieser Länder verteuerten sich 2010 erheblich. Die damit verbundenen Kursverluste verschiedener Anleihen dürften bei einigen Finanzinstituten zu teils deutlichen Belastungen in den Handelsbüchern geführt haben.

Der deutsche Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin vergibt seit dem Jahreswechsel 2010/2011 keine neuen Leistungen mehr an Kreditinstitute. Er übernimmt jedoch weiterhin die Kontrolle der bestehenden Stabilisierungshilfen. Im vierten Quartal reduzierten sich – wie geplant – die vom SoFFin ausgereichten Garantien deutlich von 174,6 Mrd € zum Ende des dritten Quartals auf 63,7 Mrd € per 31. Dezember 2010. Hierfür verantwortlich war der planmäßige Abbau von Garantien durch die Bad Bank der Hypo Real Estate. Die Summe der Kapitalhilfen blieb im vierten Quartal hingegen mit 29,3 Mrd € unverändert. Die Gesamtsumme der ausstehenden Stabilisierungshilfen verringerte sich von 203,9 Mrd € auf 93,0 Mrd €.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, blieb weitgehend unangetastet. Innerhalb der Gruppe der Privatbanken kam es allerdings zu einer Veränderung. Die Deutsche Bank AG hält nach Ablauf des Pflichtangebots an die Aktionäre der Deutschen Postbank mehr als 50 % der Anteile und ist somit neue Mehrheitsaktionärin der Postbank. Mitte Dezember 2010 hat auch

die US-Kartellbehörde der Übernahme zugestimmt. Fusionsgespräche zwischen der BayernLB und der WestLB scheiterten. Die EU räumte der WestLB mehr Zeit für ihre Umstrukturierung und den Verkauf der Tochter WestImmo ein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir – wie in den Vorquartalen – die vier im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2010 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Positiv ist festzuhalten, dass alle Banken sowohl operativ als auch nach Steuern Überschüsse erwirtschafteten. Die Mehrheit der Häuser konnte dabei die Eigenkapitalrendite nach Steuern verbessern und ihre Aufwand-Ertrags-Quote verringern. Der Vergleich einzelner GuV-Positionen bestätigt diese insgesamt positive Entwicklung. Alle von uns analysierten Banken steigerten das Zinsergebnis sowohl vor als auch nach Zuführung zur Risikovorsorge, wobei die Mehrheit der Institute die Risikovorsorge deutlich reduzieren konnte. Sie profitierten von der guten konjunkturellen Entwicklung und der damit einhergehenden besseren Bonität ihrer Kreditnehmer sowie der Steilheit der Zinsstrukturkurve. Mehrheitlich sahen sich die Banken zwar mit einem gestiegenen Verwaltungsaufwand konfrontiert, die Aufschläge bewegten sich jedoch überwiegend im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Sowohl für das vierte Quartal als auch für das Gesamtjahr 2010 verzeichneten fast alle Kreditinstitute einen Kursrückgang ihrer Aktien. Damit entwickelten sie sich deutlich schwächer als der DAX, der im vierten Quartal ein Plus von 11 % und im Gesamtjahr ein Plus von 16,1 % erzielte. Die Aktien aller vier Kreditinstitute notierten weiterhin unter dem jeweiligen Kursniveau vor Ausbruch der Finanzkrise 2007.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2010

25. Februar: Die Postbank veröffentlicht ihr Konzernergebnis für das Jahr 2009, das mit einem Konzerngewinn von 76 Mio € abschloss.

24. März: Erfolgreich platziert die Postbank ihren vierten Hypothekenspannbrief mit einem Volumen von 1 Mrd €.

29. April: Die Hauptversammlung der Postbank findet in Frankfurt am Main statt. Sämtlichen Beschlussvorschlägen wird mit breiter Mehrheit zugestimmt.

22. Juni: Die Postbank gibt bekannt, dass sie zum 1. Juli 2010 im Rahmen ihres Strategieprogramms Postbank4Future 277 Filialen der Deutschen Post übernimmt.

12. September: Die Deutsche Bank AG kündigt ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot an die freien Aktionäre der Postbank an, verbunden mit dem Ziel, die Postbank noch im Jahr 2010 zu konsolidieren.

7. Oktober: Die Deutsche Bank veröffentlicht die Angebotsunterlagen zum Übernahmeangebot für die Postbank. Die Angebotsfrist beginnt am 7. Oktober 2010 und endet – nach einer zweiwöchigen Fristverlängerung – am 24. November 2010, 24 Uhr. Der Angebotspreis beträgt 25,00 € je Postbank Aktie. Dieser Preis entspricht dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für den Stichtag 11. September 2010 ermittelten gültigen Drei-Monats-Durchschnittskurs.

29. November: Die Deutsche Bank gibt bekannt, dass das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot für 23.080.965 Postbank Aktien angenommen wurde, was einem Anteil von 22,02 % an Grundkapital und Stimmrechten der Postbank entspricht.

1. Dezember: Die Postbank kündigt den Verkauf ihrer indischen Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. an ein Erwerberkonsortium um die Dewan Housing Finance Ltd. an. Die Transaktion wird voraussichtlich im Verlauf des ersten Quartals 2011 abgeschlossen und steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der indischen Aufsichtsbehörde National Housing Bank.

10. Dezember: Die Deutsche Bank AG gibt bekannt, dass sie durch die US-amerikanische Kartellbehörde die Genehmigung zur Übernahme der Deutschen Postbank AG erhalten hat. Ihre Beteiligung an der Postbank beträgt nunmehr 51,98 %.

Ebenfalls an diesem Tag teilt die Deutsche Bank mit, dass die Konsolidierung der Postbank zum Stichtag 3. Dezember 2010 wirksam wird.

17. Dezember: Der Aufsichtsrat wählt mit Wirkung zum 1. Januar 2011 Rainer Neske zu seinem Vorsitzenden.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2010

Die Investitionen der Postbank werden seit 2010 nach den Bereichen Geschäftsentwicklung, gesetzliche Anforderungen und Lifecycle gegliedert.

Dem Investitionsbereich „Geschäftsentwicklung“ zuzuordnen sind unsere Investitionen im Rahmen des Strategieprogramms Postbank4Future zum weiteren Ausbau der Vertriebskanäle und der Kundenbediensysteme. Besonders hervorzuheben sind hier die Übernahme von 277 Filialen der Deutschen Post AG im Juli 2010 zur langfristigen Sicherung und dem Ausbau des Angebots von Finanzdienstleistungen, der Ausbau des Geldautomatennetzes und die Installation von Multifunktionsgeräten in den Filialen. Im Geschäftsfeld Transaction Banking haben wir in die technische und die operative Integration der Zahlungsverkehrsabwicklung für den neuen Mandanten HSH Nordbank investiert.

Unsere Investitionen zur Umsetzung gesetzlicher Anforderungen konzentrierten sich auf die Themen Verbraucherkreditrichtlinie, Einführung der SEPA-Lastschrift, Anpassungen im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer und der standardisierten Werbeerlaubnis. Außerdem wurden die Maßnahmen zur Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) abgeschlossen.

Unsere lifecycle-bezogenen Investitionen richteten sich auf eingesetzte Software und Systeme. Im August 2010 wurde erfolgreich der Release-Wechsel der IT-Kernsysteme auf die aktuelle SAP-Version „Banking Services 6.0“ durchgeführt.

Darüber hinaus investierte die Postbank 2010 im Rahmen ihrer strategischen Programme in die Optimierung ihrer Prozesse und Systeme. Die Investitionen bezogen sich hier z. B. auf die Verbesserung der Infrastruktur des Risikomanagements – insbesondere die Erreichung des AMA (Advanced Measurement Approach für die Bestimmung des Operationellen Risikos) und des A-IRBA (fortgeschrittener interner Ansatz zur Ermittlung der Kreditrisiken) zur Entlastung der Risikoaktiva und damit der Eigenkapitalquote –, auf die Einführung von Lean-

Banking-Prozessen und die Optimierung des Beschwerdeprozesses.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2010 ein Ergebnis vor Steuern von 315 Mio € und kehrte somit nach Verlusten in den beiden vorangegangenen Jahren wieder deutlich in die Gewinnzone zurück.

Dieser Turnaround ist im Wesentlichen auf ein deutliches Wachstum der Gesamterträge zurückzuführen. Diese stiegen um insgesamt rund 23 % gegenüber dem Vorjahr, was zum einen auf rückläufige Belastungen aus den Risikopositionen der Bank und zum anderen auf einen deutlich gesteigerten Zinsüberschuss aus dem Kundengeschäft zurückzuführen ist. Die strikte Kostendisziplin trug dazu bei, dass der Verwaltungsaufwand trotz verschiedener Einmalaufwendungen, die wir z. B. für die Umsetzung von Effizienzsteigerungsprogrammen berücksichtigt haben, nur sehr moderat wuchs. Die Risikoversorge im Kreditgeschäft ging im Vergleich zum Vorjahr spürbar zurück und lag am unteren Ende unserer eigenen Erwartungen. Somit betrug der Ergebnisanstieg gegenüber dem Jahr 2009, in dem die Bank noch einen Verlust von 398 Mio € ausgewiesen hat, 713 Mio €.

Auch das Kundengeschäft der Postbank hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv entwickelt und trug zu der spürbar verbesserten Ergebnissituation bei. Ablesbar ist dieses u. a. an der erfreulichen Entwicklung der Bestandsvolumen, insbesondere auf der Passivseite. So beliefen sich die Kundeneinlagen zusammen auf 116,2 Mrd €, 5,1 Mrd € mehr als zum 31. Dezember 2009. Auch im Kundenkreditgeschäft konnte die Postbank leicht zulegen. Der Bestand lag mit 109,3 Mrd € um 0,3 Mrd € über dem Vorjahresendwert. Im Mittelpunkt des Kreditgeschäfts steht die private Baufinanzierung, deren selbst generierter Bestand um 1,4 Mrd € auf 67,2 Mrd € zulegen konnte. Erfreulich entwickelten sich im Jahr 2010 auch die Wertbeiträge, welche neben der Volumenentwicklung auch die Profitabilität des Aktiv- und des Passivgeschäfts barwertig betrachten. Insgesamt hat die Postbank im Jahr 2010 somit einen deutlichen Turnaround geschafft. Darüber hinaus wurden wichtige Eckpunkte des im Jahr 2009 aufgesetzten Strategieprogramms Postbank4Future umgesetzt, wie z. B. die Übernahme zusätzlicher Filialen von der Deutschen Post. Somit konnte die Bank auch ihre Marktstellung in Deutschland weiter stärken und Marktanteile hinzugewinnen.

Die nachfolgenden Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich mit den angepassten Zahlen des Geschäftsjahres 2009.

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss lag zum 31. Dezember 2010 bei 2.731 Mio € und damit um 13,6 % über dem Wert des Vorjahres. Diese – unsere Erwartungen spürbar übertreffende – Entwicklung ist u. a. auf die gute Volumen- und Margenentwicklung im Kundengeschäft und durch die erfolgte Anpassung der Zinsaufwendungen an das Marktniveau zurückzuführen. Das nach wie vor niedrige Zinsniveau bringt aber für einlagenstarke Banken wie die Postbank Herausforderungen mit sich, was auch durch den vergleichsweise steilen Verlauf der Zinsstrukturkurve nicht ausgeglichen werden konnte. So hielt der Margendruck

insbesondere im Bereich der Sicht- und Bauspareinlagen an. Auch der deutliche Rückgang unserer Finanzanlagebestände sowie ein negatives Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen (–26 Mio € nach –5 Mio € im Vorjahr) haben den Zinsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr belastet.

Im vierten Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres lag der Zinsüberschuss mit 664 Mio €, wie von uns erwartet, etwa auf dem Niveau des ersten und des zweiten Quartals 2010. Das dritte Quartal war mit einem Überschuss von 721 Mio € durch einige Sondereffekte, wie z. B. höhere Zinserträge aus wertgeminderten Forderungen (Unwinding nach IAS 39) sowie ein hohes Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, positiv überzeichnet.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis lag im Jahr 2010 bei –241 Mio € nach –498 Mio € im gleichen Vorjahreszeitraum. In dieser Position der Gewinn- und Verlustrechnung sind u. a. die Belastungen aus eingebetteten Derivaten im strukturierten Kreditersatzgeschäft (SCP) zu erfassen. Während das originäre Handelsergebnis der Postbank, welches u. a. aus Absicherungsgeschäften z. B. zur Wechselkursicherung entsteht, positiv war, führten die Bewertungseffekte der eingebetteten Derivate zu einem insgesamt negativen Handelsergebnis. Allerdings gingen die negativen Effekte aus diesen Positionen gegenüber dem Vorjahr – wie von uns erwartet – deutlich von –652 Mio € auf –322 Mio € zurück. Zur Verbesserung des Handelsergebnisses trug außerdem das um 41 Mio € auf 21 Mio € gestiegene Bewertungsergebnis der Fair-Value-Option bei, die wir bei unserer Tochtergesellschaft BHW zur Zinsabsicherung von Baufinanzierungsbeständen nutzen.

Finanzanlageergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 war das Finanzanlageergebnis mit –1 Mio € nahezu ausgeglichen, nachdem es im Vorjahr noch bei –148 Mio € gelegen hatte. In dem Ergebnis aus Finanzanlagen sind Wertkorrekturen (Impairments) auf das strukturierte Kreditersatzgeschäft von insgesamt –33 Mio € enthalten. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum hatten diese noch bei –97 Mio € gelegen. In den Risikopositionen der anderen festverzinslichen Wertpapiere und der noch im Bestand befindlichen Publikumsfonds und Beteiligungen fielen Wertkorrekturen von –14 Mio € (Vorjahr: –170 Mio €) und Verkaufsergebnisse in Höhe von –7 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) an.

Im Rahmen unseres seit dem dritten Quartal 2008 bestehenden Programms zum Abbau kapitalmarktbezogener Bestände und Risiken haben wir die Finanzanlagen durch aktive Verkäufe und Auslaufen von Beständen zwischenzeitlich um 27,4 % auf 59,0 Mrd € reduziert, hiervon entfielen allein 13,4 Mrd € auf das abgelaufene Geschäftsjahr. Das Verkaufsergebnis betrug im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 46 Mio € (Vorjahr: 114 Mio €). Davon betreffen –51 Mio € das strukturierte Kreditportfolio.

Die im Handels- und im Finanzanlageergebnis erfassten Gesamtbelastungen aus Risikopositionen gingen somit von –919 Mio € im Geschäftsjahr 2009 auf –427 Mio € im abgelaufenen Jahr zurück und trugen so maßgeblich zur Verbesserung des Vorsteuerergebnisses bei.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss wird neben den Erträgen aus dem klassischen Bankgeschäft auch im Bereich Zahlungsverkehrsdienstleistungen (Transaction Banking) und durch die Erbringung von postalischen und

neuen Dienstleistungen in unseren Filialen erwirtschaftet. Insgesamt lag der Provisionsüberschuss zum 31. Dezember 2010 bei 1.316 Mio € und damit nur leicht um 1,6 % unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Diese Entwicklung ist vornehmlich auf einen strukturellen Rückgang der Erträge aus dem postalischen Geschäft in unseren Filialen zurückzuführen. Der Provisionsüberschuss aus dem Bankgeschäft hingegen lag mit 678 Mio € nahezu auf dem Vorjahresniveau von 685 Mio €. Hierbei haben wir im Rahmen einer Initiative des strategischen Programms Postbank4Future zu Beginn des zweiten Quartals 2010 die Mindestzahlungseingangsgrenze für unser kostenloses Girokonto gesenkt, was zu einem Rückgang der Provisionserträge in diesem Produktfeld führt. Wir erwarten uns aus der Maßnahme eine deutlich steigende Attraktivität des Produkts und damit einhergehend eine Steigerung der Nutzung dieses Angebots.

Der Provisionsüberschuss des letzten Quartals konnte mit 339 Mio € gegenüber den beiden vorangegangenen Quartalen – insbesondere aufgrund von steigendem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft – wieder deutlich zulegen und so an das gute Niveau des ersten Quartals 2010 (343 Mio €) anknüpfen.

Gesamterträge

Die Gesamterträge legten deutlich um 22,9 % zu und beliefen sich auf 3.805 Mio € nach 3.097 Mio € im gleichen Vorjahreszeitraum.

Risikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2010 561 Mio € und lag damit sehr deutlich unter dem Wert des Vorjahres von 678 Mio €. Dabei nahm der Risikoversorgebedarf im Verlauf des Geschäftsjahres spürbar ab, so lag die Risikoversorge im zweiten Halbjahr 2010 bei 246 Mio €. Im ersten Halbjahr hatte sie noch 315 Mio € betragen. Die Entwicklung im Privatkundengeschäft war gegenüber dem Vorjahr weitgehend stabil, wobei wir durch eine nochmalige Methodenverschärfung im Rahmen eines Portfolioreviews die Zuführungen für die private Baufinanzierung erhöht haben, andererseits aber z. B. im Bereich Girokonten und Ratenkredite von der guten konjunkturellen Entwicklung und der damit einhergehenden freundlichen Situation am Arbeitsmarkt profitierten. In der gewerblichen Finanzierung ist die Nettozuführungsnotwendigkeit zur Risikoversorge gegenüber dem Vorjahr spürbar rückläufig gewesen, insbesondere in der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Dabei schlägt sich auch hier die gute konjunkturelle Entwicklung insbesondere in Deutschland in einer Verbesserung der Kreditqualität nieder.

Bezogen auf den durchschnittlichen Gesamtkreditbestand, ergab sich eine Zuführungsquote von rund 50 Basispunkten. Diese Quote liegt am unteren Ende der von uns erwarteten Bandbreite von 50 bis 60 Basispunkten für das Jahr 2010 und deutlich unter dem Wert des Vorjahres von 63 Basispunkten. Insgesamt weist die Postbank aufgrund des hohen Anteils von hoch besicherten deutschen privaten Baufinanzierungen einen deutlich unter dem Durchschnitt der europäischen Banken liegenden Risikoversorgebedarf aus.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand stieg gegenüber 2009 leicht um 70 Mio € oder 2,4 % auf 2.934 Mio €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hierin bereits die strukturell höheren Aufwendungen aus der Übernahme von 277 neuen Filialen von der Deutschen Post zum Beginn des dritten Quartals 2010 von 27 Mio € sowie die Bildung von personal-

bezogenen Rückstellungen im Rahmen unseres strategischen Programms Postbank4Future in Höhe von 58 Mio € (davon 30 Mio € im vierten Quartal) berücksichtigt wurden. Außerdem haben insbesondere im vierten Quartal 2010 erhöhte Projektkosten, insbesondere zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, die ansonsten gute Entwicklung der Verwaltungskosten belastet.

Der Personalaufwand stieg leicht um 36 Mio € auf 1.442 Mio €. Bereinigt um Sondereffekte aus der Bildung von personalbezogenen Rückstellungen (im Vorjahr: 30 Mio €), hätte sich ein leichter Anstieg um 8 Mio € ergeben. Der andere Verwaltungsaufwand betrug 1.344 Mio € nach 1.295 Mio € im gleichen Vorjahreszeitraum. Ein großer Teil des Anstiegs (27 Mio €) ist auf die Übernahme der zusätzlichen Filialen Mitte 2010 zurückzuführen.

Die insgesamt stabile Entwicklung des Verwaltungsaufwands belegt den Erfolg des weiterhin strikten Kostenmanagements der Postbank, dem wir im Rahmen des Strategieprogramms Postbank4Future hohe Aufmerksamkeit widmen.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen betrug 5 Mio € nach 47 Mio € im Vorjahr. Wesentlicher Grund für den Rückgang ist die im vierten Quartal 2010 vorgenommene Erhöhung der aufgrund der Verlustpartizipation in den Vorjahren reduzierten Verbindlichkeiten aus stillen Einlagen und einigen Genussrechten in Höhe von 42 Mio €. Positive Effekte in Höhe von 11 Mio € erzielten wir aus der Teilrückgabe einer Verbriefungstransaktion im vierten Quartal.

Ergebnis

Das Ergebnis vor Steuern lag bei 315 Mio € nach –398 Mio € im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Ertragsteuern betragen –176 Mio € und waren im vierten Quartal von einem Einmaleffekt aufgrund der erstmaligen Konsolidierung im Deutsche Bank Konzern in Höhe von –94 Mio € beeinflusst. Die Übernahme der Aktienmehrheit durch die Deutsche Bank verlängert den Zeitraum bis zur vollständigen Nutzbarkeit von Verlustvorträgen mit der Folge, dass die aktivierbaren Erstattungsansprüche vermindert wurden. Wir gehen davon aus, dass die nicht mehr bilanzierten Ansprüche zeitlich verschoben genutzt werden können.

Im Vorjahreszeitraum hatten sich positive Effekte bei den Ertragsteuern, u. a. aus der Auflösung latenter Steuern, ergeben.

Der Konzerngewinn lag somit bei 138 Mio € nach 76 Mio € im Vorjahr.

Aufgrund der auch im Jahr 2010 positiven barwertigen Veränderungen der in der Neubewertungsrücklage erfassten Positionen lag auch das nicht direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS auszuweisende Gesamtergebnis mit 376 Mio € über dem Wert des Vorjahres von 298 Mio €.

Das Ergebnis je Aktie beträgt 0,63 € (Vorjahr: 0,35 €). Die Eigenkapitalrendite vor Steuern belief sich auf 5,7% nach –7,8% im Vorjahr, die Cost Income Ratio lag bei 77,1% (Vorjahr: 92,5%).

Segmentberichterstattung

Die Postbank bereitet derzeit eine grundlegend überarbeitete Segmentberichterstattung vor, die die Transparenz über die Entwicklung der einzelnen Geschäftsfelder weiter erhöhen wird. Die Einführung der neuen Segmentberichterstattung ist für das erste Quartal 2011 geplant.

Die nachfolgenden Kommentierungen beziehen sich auf die angepassten Zahlen des Vorjahres (siehe auch Notes 6 und 42).

120 141

Retail Banking

Im Segment Retail Banking stieg das Ergebnis vor Steuern insbesondere durch wachsende Bestandsvolumen und eine wertorientierte Neugeschäftssteuerung im Kundengeschäft deutlich um 25,1% auf 897 Mio €.

Wesentlicher Wachstumsmotor war der Zinsüberschuss. Er stieg deutlich um 11,8% auf 2.393 Mio €. Diese Entwicklung war bedingt durch eine kontinuierliche Anpassung der Zinsaufwendungen an das gegenüber Anfang 2009 deutlich zurückgegangene kurzfristige Marktzinsniveau bei einem gestiegenen Einlagenvolumen. Auf der Aktivseite macht sich die Anfang 2010 eingeführte verstärkte wertorientierte Steuerung des Kreditgeschäfts positiv bemerkbar. Beide Entwicklungen führten im Verlauf des Jahres 2010 zu einem kontinuierlich steigenden Zinsüberschuss, der auch durchweg über dem Niveau der gleichen Vorjahresquartale lag.

Das Handelsergebnis dieses Segments ist nicht kundengeschäftsbezogen und entsteht ausschließlich in unserer Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG. Diese nutzt zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken in ihren Baufinanzierungsbeständen die sogenannte Fair-Value-Option. Deren Bewertungsveränderungen werden ergebniswirksam verbucht und waren der Hauptgrund für das um 36 Mio € auf 4 Mio € gestiegene Handelsergebnis im Segment Retail Banking.

Der Provisionsüberschuss war um 2,8% auf 1.082 Mio € rückläufig. Diese Entwicklung ist u. a. auf einen strukturellen Rückgang der Erträge aus dem postalischen Geschäft im Rahmen der Kooperation mit der Deutschen Post zurückzuführen. Ferner haben wir die Mindestzahlungseingangsgrenzen unseres kostenlosen Girokontos abgesenkt, um eine breitere Zielgruppe zu erschließen. Dies ging mit einem Absinken des Provisionsüberschusses aus diesem Produktfeld einher. Positive Impulse kamen aus der Übernahme weiterer 277 Filialen von der Deutschen Post zu Beginn des dritten Quartals 2010. Nicht zuletzt infolge dieser Maßnahme stieg der Provisionsüberschuss im vierten Quartal gegenüber dem zweiten und dem dritten Quartal wieder leicht an und lag bei 279 Mio €.

Die Gesamterträge des Segments stiegen im Jahr 2010 um 7,8% bzw. 251 Mio € auf 3.473 Mio €.

Der Verwaltungsaufwand des Segments Retail Banking betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 2.232 Mio € und lag damit um 43 Mio € über dem Niveau des Vorjahres. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich die Verwaltungskosten durch die vorerwähnte Übernahme der 277 zusätzlichen Filialen strukturell um 60 Mio € bis 70 Mio € p. a. erhöhen. Seit der Übernahme der Filialen zum 1. Juli 2010 fielen 27 Mio € an. Ferner wurden im Verwaltungsaufwand im Rahmen unseres

strategischen Programms Postbank4Future im Jahr 2010 personalbezogene Rückstellung in Höhe von 24 Mio € gebildet, die in den kommenden Jahren zur Hebung von Effizienzpotenzialen genutzt werden sollen.

Die Postbank verfügt im Privatkundengeschäft über eine vergleichsweise hohe Kreditqualität aufgrund des Schwerpunkts des Kreditgeschäfts im Bereich der privaten Baufinanzierung mit seinem sehr granularen und hoch besicherten Portfolio. Ferner hat die gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland die Kreditqualität, insbesondere im Bereich Raten- und Überziehungskredite, unterstützt, sodass die Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr nur um 2,9% auf 355 Mio € stieg.

Der Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge sank um 18 Mio € auf 11 Mio € und entsteht im Wesentlichen aus der Bildung bzw. der Auflösung von Rückstellungen bei den dem Segment zugeordneten Tochtergesellschaften.

Die Cost Income Ratio des Segments Retail Banking verbesserte sich somit im Jahr 2010 um 3,6 Prozentpunkte auf 64,3 %, und auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern erhöhte sich, und zwar von 32,5 % im Jahr 2009 auf 39,4 % im Berichtsjahr.

Firmenkunden

Eine ebenfalls signifikante Verbesserung verzeichnete das Segment Firmenkunden. Das Ergebnis vor Steuern stieg um 413 Mio € auf 382 Mio €. Wesentliche Gründe für diesen starken Turnaround liegen in einem Wachstum der operativen Erträge, einem rückläufigen Risikovorsorgebedarf und der kontinuierlichen Verringerung der Belastungen aus den teilweise diesem Segment zugeordneten Beständen von strukturierten Kreditprodukten.

Unter anderem bedingt durch höhere Geschäftsvolumen und eine Ausweitung der Profitabilität des Neugeschäfts, wuchs der Zinsüberschuss des Segments deutlich um 28,9% oder 157 Mio € auf 700 Mio €. Ein weiterer Teil des Anstiegs ist auf höhere Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten (Unwinding nach IAS 39) zurückzuführen. Diese Effekte betragen 92 Mio € nach 15 Mio € im Vorjahr.

Handels- und Finanzanlageergebnis verbesserten sich zusammengefasst signifikant um 145 Mio € auf –46 Mio €, was mehrheitlich auf die rückläufigen Belastungen aus strukturierten Kreditprodukten zurückzuführen ist. Im Finanzanlageergebnis verringerte sich der Verlust um 35,3 % bzw. 18 Mio € auf –33 Mio €. Eine noch positivere Entwicklung zeigte sich im Handelsergebnis, das bei –13 Mio € nach –140 Mio € lag. Die in beiden Positionen enthaltenen Belastungen aus dem strukturierten Kreditportfolio sanken entsprechend von –157 Mio € auf –41 Mio €. Die Wertveränderungen bei anderen Wertpapieren betragen +2 Mio € nach –50 Mio € im Vorjahr.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich leicht um 4 Mio € auf 108 Mio €. Die Gesamterträge im Segment Firmenkunden legten somit um 67,1 % oder 306 Mio € auf 762 Mio € zu.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war im Segment Firmenkunden im Jahr 2010 mit 217 Mio € gegenüber dem Jahreswert von 300 Mio € deutlich rückläufig. Insgesamt profitierten wir von der freundlichen Entwicklung der inländischen Konjunktur im Jahr 2010 und einer leichten Aufhellung der Situation an den ausländischen Immobilienmärkten, was insbesondere im zweiten Halbjahr zu einem

Rückgang der Risikovorsorge führte. Somit blieb die Risikovorsorgebildung im Rahmen unserer Erwartungen, aber weiterhin auf einem gegenüber den Vorkrisenjahren erhöhten Niveau.

Der Verwaltungsaufwand konnte um 13 Mio € auf 172 Mio € gesenkt werden und trägt somit auch zur Verbesserung des Vorsteuerergebnisses bei.

Die Cost Income Ratio verbesserte sich dementsprechend im Jahr 2010 von 40,6 % auf 22,6 %, und die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg von –5,7 % auf 65,2 %.

Transaction Banking

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Transaction Banking verbesserte sich um 56,4 % oder 22 Mio € auf 61 Mio €.

Der Provisionsüberschuss blieb mit 349 Mio € stabil auf dem Niveau des Vorjahres. Deutlich gestiegen sind dagegen Erlöse aus der Erbringung von konzerninternen Projektleistungen, die zu einem Anstieg des sonstigen Ergebnisses um 13 Mio € auf 19 Mio € führten.

Der Verwaltungsaufwand sank um 9 Mio € auf 308 Mio €. Dies ist zum einen auf unser striktes Kostenmanagement, zum anderen aber auch auf geringere Einmalaufwendungen für die Bildung personalbezogener Rückstellungen zurückzuführen.

Die Cost Income Ratio des Segments verbesserte sich demnach von 90,6 % im Jahr 2009 auf 88,0 % im Jahr 2010.

Für dieses Segment erwarten wir aus der Integration der im Jahr 2009 neu gewonnenen Mandantin HSH Nordbank auch in den folgenden Jahren sukzessive positive Impulse für den Provisionsüberschuss. Gleichzeitig entfällt aufgrund der Integration des bisher von uns abgewickelten Zahlungsverkehrs der Dresdner Bank in die Commerzbank für uns bis 2011 eine bedeutende Kundenbeziehung.

Financial Markets

Das Vorsteuerergebnis des Segments Financial Markets stieg deutlich um 41,7 % auf 85 Mio €. Dies ist insbesondere auf spürbar rückläufige Belastungen aus dem diesem Segment zuzuordnenden Risikopositionen zurückzuführen, die das Vorjahresergebnis noch deutlich beeinflusst hatten.

Der Zinsüberschuss des Segments fiel um 46 Mio € auf 79 Mio €. Dies ist wesentlich auf den Rückgang des Beitrags der dem Segment teilweise zuzuordnenden Tochtergesellschaft PBI Luxemburg zurückzuführen. Die Gesellschaft hatte zu Beginn des Jahres 2009 aufgrund des deutlichen Rückgangs des kurzfristigen Zinsniveaus einen starken Anstieg des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Diese Entwicklung hat sich in den nachfolgenden Quartalen und im Jahr 2010 normalisiert.

Im Handelsergebnis hingegen konnten wir eine Steigerung um 13 Mio € auf 60 Mio € erzielen. Der Verlust im Finanzanlageergebnis halbierte sich nahezu von –21 Mio € auf –11 Mio €. Das Ergebnis dieser beiden Ergebnislinien enthält Belastungen aus dem strukturierten Kreditportfolio in Höhe von –10 Mio €, davon betreffen –8 Mio € das Handelsergebnis und weitere –2 Mio € das Finanzanlageergebnis. Im Vorjahr wurden Belastungen in Höhe von –34 Mio € verbucht, von denen –30 Mio € auf das Handelsergebnis und –4 Mio € auf das

Finanzanlageergebnis entfielen. Zusätzlich fielen Wertkorrekturen und Verkaufsergebnisse auf Wertpapierbestände von +1 Mio € an (Vorjahr: –20 Mio €).

Die Risikoversorge war mit 11 Mio € positiv (Vorjahr: –33 Mio €), was auf die hier erfasste Entwicklung bei der Tochtergesellschaft PBI Luxemburg zurückzuführen ist.

Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich um 3 Mio € auf 87 Mio €.

Die Cost Income Ratio betrug 54,7% nach 50,6% im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern erhöhte sich von 8,1% auf 10,5%.

Übrige

Das Ergebnis des Segments Übrige verbesserte sich im Jahr 2010 um 73 Mio € auf –1.110 Mio €. In diesem Segment sind den sonstigen Geschäftsfeldern nicht direkt zuzuordnende Positionen, nicht verrechnete Kosten für Zentralfunktionen sowie das Ergebnis des Eigen-geschäfts enthalten. Deshalb trägt es zu einem wesentlichen Teil die Belastungen aus der Finanzmarktkrise.

Der Zinsüberschuss des Segments sank um 43 Mio € auf –449 Mio €. Der negative Zinsüberschuss resultiert u. a. aus Dispositionen von Anlage- und Handelsbeständen, Beiträgen aus dem Bilanzstrukturmanagement, dem bis einschließlich 2004 geltenden Transfer-Pricing-System sowie dem Erwerb der BHW Gruppe und des Filialvertriebs im Jahr 2006.

Das Handelsergebnis des Segments verbesserte sich im Jahr 2010 um 81 Mio € auf –291 Mio €. Hieraus entfallen auf die Bewertung von eingebetteten Derivaten in strukturierten Kreditprodukten –286 Mio € (Vorjahr: –468 Mio €), davon –92 Mio € im vierten Quartal 2010. Zusätzlich ergaben sich im Jahr 2010 Belastungen aus garantierten Schulscheindarlehen in Höhe von –31 Mio € (Vorjahr: +33 Mio €). Positiv wirkte das Ergebnis aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 31 Mio € (Vorjahr: 100 Mio €), das durch den Einsatz derivativer Instrumente entsteht.

Das Finanzanlageergebnis des Segments stieg um 125 Mio € auf 49 Mio €, was u. a. auf geringere Wertkorrekturen und Realisierungen auf strukturierte Kreditprodukte in Höhe von –68 Mio € (Vorjahr: –90 Mio €) zurückzuführen ist (davon –43 Mio € im vierten Quartal 2010). Auf Impairments und Verkaufsergebnisse auf sonstige Schuldverschreibungen und Publikumsfonds entfielen –18 Mio € (Vorjahr: –96 Mio €, viertes Quartal 2010: 0 Mio €).

Der Provisionsüberschuss des Segments verbesserte sich um 31 Mio € auf –11 Mio €.

Im Verwaltungsaufwand des Segments werden u. a. nicht direkt den operativen Segmenten zuzuordnende Kosten der Zentralabteilungen in Höhe von –313 Mio € (Vorjahr: –272 Mio €) sowie Service und IT-Leistungen mit einem Wert von –423 Mio € (Vorjahr: –424 Mio €) erfasst, die teilweise mit den operativen Geschäftsfeldern verrechnet und dem Segment Übrige in den Sonstigen Erträgen gutgeschrieben werden. Insgesamt entstand im Segment Übrige ein Verwaltungsaufwand in Höhe von 959 Mio €, 95 Mio € mehr als im Vorjahr. 30 Mio € hiervon entfallen auf die Bildung von personalbezogenen Rückstellungen.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug 551 Mio €, 26 Mio € weniger als im Jahr 2009. Davon entfallen –46 Mio € auf die Verlustpartizipation (–42 Mio € im Jahr 2010 und +4 Mio € im Jahr 2009) und +11 Mio € auf die Teilrückgabe einer Verbriefungstransaktion.

Konsolidierung

Dieses im ersten Quartal 2009 neu eingeführte Segment bildet, wie bereits in vorausgegangenen Berichten erläutert, die internen Transaktionen zwischen den im Postbank Konzern konsolidierten Gesellschaften ab. Es hat somit grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis.

Wesentliche Konsolidierungen erfolgen im Provisionsüberschuss, wo wir vor allem die Leistungen für die Erbringung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Postbank, die im Segment Transaction Banking erfolgswirksam vereinnahmt werden, korrigieren. Die Konsolidierungen summieren sich hier im Jahr 2010 auf –243 Mio € nach –213 Mio € im Vorjahr.

Außerdem wurden im Verwaltungsaufwand Konsolidierungen in Höhe von 824 Mio € (Vorjahr: 781 Mio €) vorgenommen. Dies ist im Wesentlichen auf die Leistungsverrechnung für konzernintern erbrachte Leistungen der IT und des Transaction Banking zurückzuführen. In der Position Saldo aus Aufwendungen und Erträgen wird im Wesentlichen der Ertrag aus intern in Rechnung gestellten IT-Leistungen herauskonsolidiert, der im Segment Übrige in der gleichen Position als sonstiger Ertrag enthalten ist.

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank sank gegenüber dem 31. Dezember 2009 um rund 11,9 Mrd € auf 214,7 Mrd €. Im Jahresvergleich wurden auf der Aktivseite der Bilanz im Rahmen unseres Programms zum Abbau kapitalmarktbezogener Bestände und Risiken die Finanzanlagebestände weiter sehr deutlich um 13,4 Mrd € bzw. 18,5% auf 59,0 Mrd € reduziert. Auf der Passivseite konnten wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 4,5 Mrd € auf 136,5 Mrd € ausweiten, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich um knapp 17 Mrd € abgebaut werden konnten.

Forderungen an Kunden

Der Forderungsbestand gegenüber Kunden, der auch verbrieft Forderungen wie Schulscheindarlehen enthält, erhöhte sich im Verlauf des Jahres 2010 leicht um 0,8 Mrd € auf 111,8 Mrd €. Die Bestände in der privaten Baufinanzierung stiegen gegenüber dem Vorjahresendwert um 0,2 Mrd € auf 70,5 Mrd €. Hierin enthalten ist ein stärkeres Abschmelzen von in der Vergangenheit erworbenen Baufinanzierungsportfolios. Die selbst vermittelten Baufinanzierungsbestände stiegen dagegen um 2,1% auf 67,2 Mrd €. Auch das Ratenkreditgeschäft wurde um 0,3 Mrd € bzw. 8,3% auf 3,9 Mrd € ausgeweitet. Das gewerbliche Kreditgeschäft blieb mit 30,3 Mrd € weitgehend stabil auf dem Niveau des Vorjahresstichtags.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Verbesserung der Bilanzstruktur zeigt sich insbesondere in den Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute. Diese Positionen haben wir im Vergleich zum Vorjahr deutlich, nämlich um 12,0 Mrd € oder 11,2%, auf 95,3 Mrd € reduziert.

Hierbei stiegen die Handelsaktiva zwar um 18,0 % auf 24,2 Mrd € – diese Entwicklung ist allerdings insbesondere auf die Veränderung der positiven Marktwerte von Derivaten des Handelsbuchs zurückzuführen, die aufgrund des im Jahr 2010 gegenüber 2009 deutlich gesunkenen langfristigen Zinsniveaus an Wert gewannen und auf der Passivseite zu gegensätzlichen Entwicklungen führten.

Die Forderungen an Kreditinstitute haben wir gegenüber dem Jahresende 2009 um 2,4 Mrd € bzw. 16,1 % auf 12,1 Mrd € abgebaut.

Auch unsere Finanzanlagen sanken strategiekonform im Vergleich zum Vorjahresende, nämlich um 13,4 Mrd € bzw. 18,5 % auf 59,0 Mrd €. Hierin enthalten ist auch ein bedeutender Bestand von hochliquiden Wertpapieren, die wir als Liquiditätsreserve halten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen mit einem Plus von 4,5 Mrd € bzw. 3,4 % auf 136,5 Mrd €. Hierzu trug insbesondere das im Jahr 2010 erfolgreiche Spargeschäft bei: Die Spareinlagen stiegen auf 50,4 Mrd € und lagen damit um 1,3 Mrd € über dem Wert zum Jahresende 2009. Auch die Bauspareinlagen stiegen und kumulierten sich zu 17,2 Mrd € (Vorjahr: 16,3 Mrd €).

Die gesamten Kundeneinlagen betragen zum Jahresende 2010 116,2 Mrd €. Dies macht die Postbank weitgehend unabhängig von einer ungedeckten Refinanzierung am Kapitalmarkt und trägt wesentlich dazu bei, dass sich das Geschäftsmodell der Postbank hinsichtlich der Liquiditätssituation deutlich von dem anderer Anbieter in Deutschland und Europa abhebt.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, gingen – korrespondierend mit der Entwicklung der entsprechenden Aktiva – um 21,7 % bzw. 17,0 Mrd € auf 61,5 Mrd € zurück.

Die aufgrund des starken Einlagengeschäfts komfortable Refinanzierungssituation der Bank einerseits sowie die Reduzierung der Finanzanlagen auf der Aktivseite andererseits ermöglichten einen deutlichen Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 43,0 % auf 22,4 Mrd €. Die verbrieften Verbindlichkeiten sanken im Jahr 2010 um 3,8 Mrd € auf 12,9 Mrd €. Im Jahr 2010 haben wir aufgrund der guten Liquiditätssituation der Bank nur eine Pfandbriefemission durchgeführt. Nichtsdestotrotz stellt diese Refinanzierungsquelle einen wichtigen Baustein im Refinanzierungsmix der Bank dar.

Der Anstieg der Handelspassiva um 17,0 % auf 26,2 Mrd € ist, wie bereits bei den Handelsaktiva beschrieben, im Wesentlichen auf die Marktzensentwicklung im Jahr 2010 zurückzuführen.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital wuchs im Jahr 2010 von 5.251 Mio € zum Jahresende 2009 auf 5.627 Mio €. Zu dieser Verbesserung trug neben der vollen Thesaurierung des Konzerngewinns insbesondere die darin enthaltene Neubewertungsrücklage bei, die sich seit Ende 2009 um 229 Mio € auf –273 Mio € verbesserte.

Die Kernkapitalquote des Postbank Konzerns betrug 8,1 % nach 6,6 % (inklusive Marktpreisrisiken) zum Jahresende 2009 und 8,0 % zum

30. September 2010. Der deutliche Anstieg der Kernkapitalquote gegenüber dem Vorjahr ist u. a. darauf zurückzuführen, dass im ersten Quartal 2010 zur exakteren Messung der Marktrisikopositionen ein Preprocessing eingeführt wurde, bei dem gegenläufige, ökonomisch ausgeglichene Zinspositionen aufgerechnet werden. Daneben konnte die Kapitalanforderung im Bereich Operationeller Risiken durch Einführung des fortgeschrittenen Messansatzes (AMA) reduziert werden, für dessen Anwendung die BaFin zum 31. Dezember 2010 die Zulassung erteilte. Darüber hinaus trugen zu dieser erfreulichen Entwicklung die deutlichen Fortschritte beim Abbau der Risikopositionen der Bank bei.

Zusammenfassend haben die von der Postbank im Zuge der Finanzmarktkrise eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalposition und zur Verbesserung des Risikoprofils einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Kernkapitalquote zu stabilisieren und zu erhöhen. Die Aktivitäten werden auch in den kommenden Perioden fortgesetzt. So ist beabsichtigt, die kapitalmarktinduzierten Risiken und Bestände weiter abzubauen. Außerdem erwartet die Bank aus der weiteren Einführung fortschrittlicher Modelle zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva und der Thesaurierung von Gewinnen einen weiteren Anstieg der Kapitalquoten.

Details zu den zu erwartenden Auswirkungen von Basel III finden Sie im Prognosebericht auf Seite 96.

96

Infolge der bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierung durch die Deutsche Bank AG ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr übergeordnetes Institut einer bankaufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, sondern nachgeordnetes Institut der Deutschen Bank AG; die Postbank Gruppe bildet für sich genommen keine Institutsgruppe mehr. Damit sind die Anwendungsvoraussetzungen des sogenannten Waivers nach § 2a Abs. 1 bzw. Abs. 6 KWG für die Deutsche Postbank AG und die BHW Bausparkasse AG nicht mehr erfüllt, sodass beide Gesellschaften wieder den Vorschriften des § 10 KWG sowie der §§ 13 und 13a KWG auf der Ebene des Einzelinstituts unterliegen. Ab dem Meldestichtag 31. Dezember 2010 erstellen beide Institute daher wieder die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen, wobei die Deutsche Postbank AG darüber hinaus weitere Meldepflichten (z. B. nach § 10a Abs. 14 KWG) unterworfen ist.

I Nachtragsbericht

Herr Dr. Hugo Bänziger wurde zum 1. Februar 2011 in den Aufsichtsrat der Postbank bestellt. Am 9. Februar 2011 hat der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG Herrn Hanns-Peter Storr neu in den Vorstand berufen. Er übernimmt ab dem 1. März 2011 die Funktion des Chief Risk Officer (CRO). Darüber hinaus fielen vom 31. Dezember 2010 bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses durch den Vorstand am 22. Februar 2011 keine berichtspflichtigen Vorgänge mehr an.

I Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Nach der Erholungsphase der Realwirtschaft in den Jahren 2009 und 2010 haben sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise im Jahr 2010 auf die Staaten der Eurozone ausgeweitet. Während sich die Liquiditätssituation der Banken aufgrund der Intervention der Notenbanken und des wiederkehrenden Vertrauens deutlich entspannt hat, ist eine signifikante Verschlechterung der Bonität vieler EWU-Länder zu verzeichnen. Die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der Peripherieländer des Euroraums sind 2010 substanziell gestiegen. Für 2011 rechnet die Bank damit, dass die Unsicherheit hinsichtlich der nachhaltigen Zahlungsfähigkeit der EWU-Peripheriestaaten weiter anhält, dass sich die Konjunktur aber dennoch weiter erholen wird.

Gesamtbankrisiko

Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2010 sind die für Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten worden. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Risikoprofil der Postbank nur marginal verändert. Die Marktpreisrisiken sind im Zuge der wieder angestiegenen Volatilitäten trotz des rückläufigen Bestands an Finanzanlagen und einer deutlich geringeren aktivischen Zinspositionierung im Wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahresresultimos verblieben. In der Kreditrisikovorsorge sind die extremen Belastungen aus der Finanzkrise weitgehend berücksichtigt, die Portfoliostruktur hat sich im Kundengeschäft kaum verändert.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken aus den im Folgenden dargestellten Risikoarten waren und sind nicht erkennbar.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag 2010 deutlich unter der des Vorjahres und im unteren Bereich der erwarteten Planungsbandbreite von 50 bis 60 Basispunkten. Strategisch hat weiterhin die Bestandsbetreuung Vorrang vor der Neugeschäftsakquisition. Insbesondere legt die Postbank in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bei noch immer mit Risiken behafteten Märkten besonders konservative Maßstäbe an das Neugeschäft an.

Das Nominalvolumen des Structured-Credit-Products-Portfolios (SCP-Portfolio) ist im Jahr 2010 durch Tilgungen, Verkäufe und Wechselkurseffekte deutlich von 5,8 Mrd € zum Ultimo 2009 auf 3,7 Mrd € zurückgegangen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Situation in den Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Spanien sowie Italien sehen wir derzeit keine akuten Ausfallrisiken, betrachten die Entwicklung aber dennoch mit besonderer Aufmerksamkeit.

Marktpreisrisiken

Der durchschnittliche Value-at-Risk für die Bestände des Handels- und Anlagebuchs lag im Jahr 2010 auf einem gegenüber dem Vorjahr

deutlich niedrigeren Niveau. Hier schlägt sich vor allem der sukzessive Abbau der Finanzanlagen nieder. Im Verlauf des Berichtsjahres schwankte der Gesamt-VaR der Marktrisikopositionen des Postbank Konzerns aber aufgrund wieder ansteigender Volatilitäten, insbesondere im Bereich der Government Spreads, deutlich. Zum Jahresultimo lag der VaR daher nur geringfügig unter dem Wert des Vorjahresresultimos. Vor allem die Bestände der europäischen Peripherieanleihen bleiben erhöhten Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu entsprechenden Barwerteffekten führen. Die Marktliquidität hat sich leicht verbessert.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der im Jahr 2010 weiter gestiegenen und stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen sowie des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren weiterhin solide.

Projekte im Risikomanagement

Als Folge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf ihre Ertragslage und aufgrund von Überprüfungen ihrer Risikomanagementorganisation und -prozesse hat die Postbank ein umfassendes Programm zur Verbesserung und Steigerung der Effektivität ihrer Risikomanagementorganisation und -prozesse begonnen und die Umsetzung systematisch vorangetrieben. Die Projektaktivitäten, die in Teilen auch im Geschäftsjahr 2011 umgesetzt werden, erstrecken sich von übergreifenden Themen wie Risikotragfähigkeit und Risk Governance vor allem auf Kredit-, Marktpreis- und Operationelle Risiken.

Ein Schwerpunkt in der Projektarbeit 2010 ist dabei die Verbesserung der Kreditprozesse – auch flankiert von Investitionen in ein deutlich verbessertes IT-Umfeld – gewesen. Die Arbeiten in den (Teil-)Projekten sind in wesentlichen Teilen abgeschlossen. Weitere infrastrukturelle IT-Projekte sind für 2011 geplant. Außerdem plant die Bank, die Anforderungen der MaRisk aus der Neufassung vom 15. Dezember 2010 im Rahmen der bestehenden Projekte bis Ende 2011 umzusetzen.

Die Risikosituation und das Risikomanagement des Postbank Konzerns und die von der Gesellschaft ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Organisation des Risikomanagements

Der Postbank Konzern verfügt über eine Risikomanagementorganisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber und die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Geschäftschancen zu nutzen.

Das Risikomanagement wird im Wesentlichen konzernweit durch die zentralen und angebotenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ord-

nungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil des Postbank Konzerns unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts-, Geschäftsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet. Sämtliche Strategien gelten gruppenweit, die in einzelnen Konzerneinheiten beschlossenen Risikostrategien (z. B. BHW) sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit des Postbank Konzerns. Sie werden im Rahmen der Risikostrategien, die auf den Geschäftsfeldstrategien basieren, dokumentiert. Die Postbank ist in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Risikokomitees

Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees				
	Bankrisikokomitee	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Vorstand/ General- bevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none"> Finanzen Ressourcen/Kredit Financial Markets Retail IT/Operations Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> Ressourcen/Kredit Financial Markets Retail IT/Operations Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> Financial Markets Finanzen Ressourcen/Kredit Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> IT/Operations Ressourcen/Kredit Filialvertrieb Chief Risk Officer
Tagungs- frequenz	mindestens vierteljährlich	mindestens vierteljährlich	mindestens monatlich	halbjährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands in Hinblick auf: <ul style="list-style-type: none"> Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) Risikostrategien und Risikoprofil Allokation von Risikokapital Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank- Risikopositionen 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risiko- klassifizierungs- verfahren Festlegung Standard- risikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Definition Mindest- anforderungen für Konzerneinheiten Definition Rahmen- bedingungen für OpRisk Allokation der Risiko- kapitalbeträge auf die Geschäftsfelder

2010 hat die Postbank ein Bankrisikokomitee eingerichtet, das den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und der damit verbundenen Ertragsziele unterstützt. Es nimmt den Gesamtbankrisikobericht entgegen.

Das Kreditrisikokomitee ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos, das Marktrisikokomitee für die strategische Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken verantwortlich. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee definiert die OpRisk-Strategie und entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für

Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder. Darüber hinaus legt es die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest und definiert die von allen Konzerneinheiten einzuhaltenen Mindestanforderungen. In den Risikokomitees (Bankrisiko-, Kreditrisiko-, Marktpreisrisiko- und OpRisk-Komitee) ist der Chief Risk Officer (CRO) als stimmberechtigtes Mitglied vertreten.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Im Jahr 2010 wurde die Struktur der CRO-Bereiche weiterentwickelt und noch stärker an den Risikoarten und übergreifenden Steuerungsfunktionen ausgerichtet. Ziel ist eine stärkere risikoartenübergreifende Konvergenz der Prozessdefinitionen und Überwachungsfunktionen.

Der CRO ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er berichtet regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns. Dem CRO sind in der Aufbauorganisation die Bereiche „Risikosteuerung“, „Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling“ und „Kreditrisikosteuerung“ zugeordnet. Sie gehören insgesamt zu dem Ressort Konzernsteuerung.

Der Bereich Risikosteuerung betreibt den weiteren Ausbau der Gesamtbankrisikosteuerung und die Verzahnung vom Risikomanagement mit dem Finanzbereich und dem Meldewesen sowie die konzernweite Überwachung der Operationellen Risiken. Ziel ist die Optimierung der bankweiten ökonomischen Kapital- und Risikoallokation auf Basis der Reports und Daten der Bereiche Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling, Kreditrisikosteuerung, Konzerncontrolling und Meldewesen sowie der Operationellen Risiken. Das hierzu erforderliche Steuerungsinstrumentarium wird permanent weiterentwickelt. Der Bereich betreut das Bank- sowie das OpRisk-Komitee. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bildeten Analysen und Maßnahmenvorschläge zum Kredit- und Marktrisikomanagement – auch im Rahmen des Bankrisikokomitees – und zu den Operationellen Risiken sowie die Durchführung von bankübergreifenden Stresstests.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling ist zum einen verantwortlich für die tägliche Risikoüberwachung und Berichterstattung zu den Marktpreis- und Liquiditätsrisiken des Postbank Konzerns sowie die fachliche Koordination des mindestens monatlich tagenden Marktrisikokomitees. Monatlich bzw. quartalsweise werden zudem das Geschäfts-, Immobilien-, Beteiligungs- und Kollektivrisiko sowie die Risikotragfähigkeit der Bank ermittelt. In der Abteilung Risikoanalytik ist grundsätzlich die Methodenhoheit für sämtliche im Postbank Konzern angewandten Methoden und Modelle zur Risikoquantifizierung gebündelt. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren des Postbank Konzerns.

Der Bereich Kreditrisikosteuerung erstellt das kreditfachliche Regelwerk für das Retail- und Baufinanzierungskreditgeschäft sowie die Kreditrichtlinien für das Firmenkundengeschäft und die Financial-Markets-Aktivitäten des Postbank Konzerns. Neben den internen Managementvorgaben sind hierbei die MaRisk und die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung maßgeblich. Zusätzlich nimmt der Bereich für die Kreditrisiken die Limitüberwachungs-, Reporting-, Analyse- und Portfoliosteuerungsfunktion wahr, betreut das Kreditrisikokomitee und koordiniert den Risikovororgeprozess. Unter Federführung der Abteilung Immobilienbewertung erfolgt überdies die Wertermittlung immobilier Sicherheiten.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere Einheiten verteilt: Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts, dezentral die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corp. und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung in London.

Das Ressort Financial Markets verantwortet die konzernweite, operative Steuerung der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken. Hierzu ist das Ressort aufgliedert in die Bereiche Treasury und Liquiditäts-/Kapitalmanagement sowie das Chief Operating Office. Im Bereich Treasury erfolgt die Steuerung der Zins-, Aktien-, Währungs- und Spread-Risiken. Der Bereich Liquiditäts-/Kapitalmanagement ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und Aussteuerung der Liquiditätsfristentransformation im Konzern.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomesung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Weitere Entwicklungen im Risikomanagement

Neben der Weiterentwicklung der CRO-Struktur gab es im Berichtsjahr noch weitere wesentliche organisatorische Einzelmaßnahmen. Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Unabhängig hiervon hat der Gesamtvorstand den CRO beauftragt, Verbesserungen hinsichtlich des Risikomanagements mit Umsetzung in einer neuen Risk Governance in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 zu erarbeiten.

Dies umfasst insbesondere die risikoadjustierte Ertragssteuerung durch die Gremien der Postbank auf Basis eines weiterentwickelten Gesamtbanksteuerungs- und Risikokapitalkonzepts. Im Jahr 2010 hat die Postbank daher ein Projekt zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts, insbesondere in Hinblick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse und des Einsatzes von Risikokapital in der Gesamtbanksteuerung, aufgesetzt. Zu den Details bezüglich der Ausgestaltung des Risikotragfähigkeitskonzepts wird auf die Abschnitte „Risikotragfähigkeit“ und „Risikokapital“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ verwiesen.

Innerhalb der Kreditrisikosteuerung und -überwachung wurden vier umfangreiche Projekte zur Weiterentwicklung der Modelle und Prozesse im Kreditgeschäft Retail und Non-Retail aufgesetzt. Schwerpunkte waren die Validierung und die bei Bedarf durchgeführte (Neu-) Kalibrierung der bestehenden Ratingmodelle sowie die punktuelle Änderung bei weiteren Ratingmodellen, Prozessverbesserungen im gesamten Kreditprozess von der Früherkennung über die Sanierung bis zur Optimierung des Risikovororgeprozesses, die Neufassung der gesamten schriftlich fixierten Ordnung (SFO), eine Überarbeitung der Model Change Policy, die Einrichtung eines Validierungsgremiums sowie eine deutlich verbesserte Kreditdokumentation.

64

65

Insbesondere innerhalb der Projekte zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken wurden im Berichtsjahr 2010 weitere Fortschritte erzielt. Ziel des Programms ist die Stärkung der Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist vorgesehen, nach aufsichtlicher Genehmigung die Risikomodelle für die genannten Risikoarten auch für die Berechnung der regulatorischen Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung zu verwenden.

Im Rahmen des Projekts „Internes Marktrisiko-Modell“ erfolgte im Berichtsjahr die weitgehende Produktivnahme aller weiterentwickelten Module. Auf dieser Grundlage können differenziertere Risikoanalysen durchgeführt und die bestehenden Steuerungsansätze verfeinert werden. Darüber hinaus erfolgte die vollständige Implementierung eines neuen Marktdatenliefersystems mit dem Ziel der weiteren Vereinheitlichung und Qualitätssteigerung der konzernweit verwendeten Marktdaten.

Im „A-IRBA“-Projekt (fortgeschrittener Ansatz zur Kreditrisikomessung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls) wurde die Entwicklung der Ratingmodelle und der relevanten Prozesse mit deutlich verstärkten Ressourcen im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen, sodass ab dem 1. Januar 2011 der sogenannte „Use Test“ beginnen kann. Die aufsichtliche Prüfung wird für das dritte Quartal 2011 angestrebt.

Das Projekt „AMA-Umsetzung“ (Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes für die Operationellen Risiken) wurde im ersten Quartal 2010 planmäßig abgeschlossen. Im Rahmen einer Vorort-Prüfung im zweiten Quartal 2010 hat sich die Aufsicht von der Erfüllung der relevanten Anforderungen der Solvabilitätsverordnung und der Eignung des implementierten Kapitalmodells überzeugt. Die Zulassung zur Anwendung des AMA-Ansatzes auf Ebene des Postbank Konzerns wurde durch die BaFin zum 31. Dezember 2010 erteilt.

Arten von Risiken

Der Postbank Konzern unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten).

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

I Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns.

I Kollektivrisiken

Potenzielle negative Auswirkungen aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen von Bausparern von den prognostizierten Verhaltensannahmen. Die Kollektivrisiken stammen als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG.

I Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapital- und/oder Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird parallel unter zwei Gesichtspunkten überwacht. Als Ziel wird einerseits der Schutz erstrangiger Anleger innerhalb eines Liquidierungsszenarios (Anlegerschutz-Konzept) und andererseits die Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote in einem Fortführungsansatz (Going-Concern-Konzept) verfolgt. Das Anlegerschutz-Konzept dient als Grundlage für die Limitierung der Marktpreis-, Kredit- und Operationellen Risiken. Gemeinsam mit dem Konzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote liefert das Risikotragfähigkeitskonzept dem Management steuerungsrelevante Impulse hinsichtlich einer Kapitalsteuerung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals.

Der Gesamtvorstand legt eine Risikoneigung in Form einer Eintrittswahrscheinlichkeit für unerwartete Verluste und einer Verlustobergrenze (Risikotoleranz) fest.

Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Im Konzept zum Schutz der erstrangigen Anleger wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Ermittlung der Risikodeckungsmasse im Anlegerschutz-Konzept richtet sich an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill, dem Nachrang-

kapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich sonstiger Reserven. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden.

Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse zusätzliche Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Das derzeit verwendete Risikotragfähigkeitskonzept wird vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Finanzmarktkrise und zunehmend präzisierter regulatorischer Vorgaben derzeit in einem eigenständigen Projekt überarbeitet.

In dem Risikotragfähigkeitskonzept zur Sicherstellung einer definierten Kernkapitalquote (Going Concern) wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Eigenkapital und dem nach Auffassung der Postbank mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Dem so ermittelten freien Kernkapital und den geplanten Erträgen der kommenden drei bzw. zwölf Monate werden die möglichen GuV- bzw. unmittelbar eigenkapitalwirksamen Verluste aus Risikonahme des jeweils gleichen Zeitraums gegenübergestellt, um sicherzustellen, dass die Mindestkernkapitalquote zur Eigenkapitalunterlegung der Risikopositionen zu jedem Zeitpunkt innerhalb des Betrachtungszeitraums eingehalten wird. Dabei legt die Bank ein Konfidenzniveau von 90 % zugrunde. Bei Erreichen definierter Schwellen (Ampelmodell) wird eine Eskalation an den Vorstand ausgelöst.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die für die Postbank wesentlichen und operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko) im Rahmen der Betrachtung der Risikotragfähigkeit regelmäßig definierten Stresstests unterzogen.

Die Weiterentwicklung der integrierten Gesamtbankstresstests ist je nach Veränderung der Marktentwicklung sowie des Risikoprofils der Postbank ein stetiger, dynamischer Prozess. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch risikoartenspezifische Sensitivitätsanalysen und Stresstests durchgeführt.

Risikokapital

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns gemäß seiner Risikotoleranz nur einen Teil der Risikodeckungsmasse (ermittelt nach dem Anleger-schutz-Konzept) zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und den Risikoarten zugeordnet. Die weitere Verteilung des zugeordneten Risikokapitals erfolgt durch die Risikokomitees. Für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis- und Operationelles Risiko werden aus dem zur Verfügung gestellten Risikokapital die operativen Limite abgeleitet.

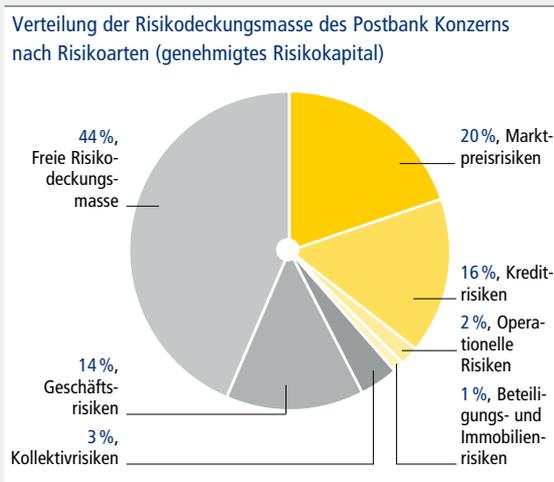
Weitere Risiken werden über Abzugsposten berücksichtigt. Liquiditätsrisiken werden in der Risikotragfähigkeit nicht explizit berücksichtigt und folglich nicht separat mit ökonomischem Risikokapital unterlegt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Der

Postbank Konzern verfügt über ausreichend Liquiditätsquellen sowie, für potenzielle Stresssituationen, über ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren. Das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation (Liquiditätsfristentransformationsrisiko) wird zurzeit implizit teilweise über das für Geschäftsrisiken, teilweise über das für Marktpreisrisiken bereitgestellte Risikokapital abgedeckt.

Da eine einfache Summierung des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Zwischen Markt-, Kredit- und Kollektivrisiken bestehen erfahrungsgemäß hohe Korrelationen. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den anderen Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Um die Auslastung des ökonomischen Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestuften Risiken verwendet der Postbank Konzern einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr, Marktpreisrisiken 90 Tage) nicht überschritten wird.

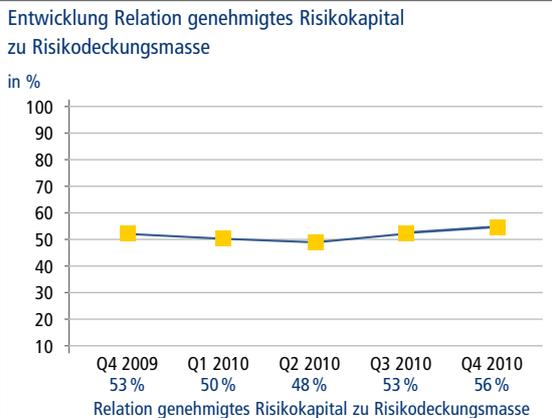
Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Anlegerschutz“ des Postbank Konzerns nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2010 (Berechnung per 31. Dezember 2010) stellt sich wie folgt dar:



Vor dem Hintergrund der Rückführung des Marktrisikoexposures wurde im Jahr 2010 das Risikokapital für Marktpreisrisiken verringert. Darüber hinaus hat die Postbank das Risikokapital im Zusammenhang mit der Einführung des internen Modells zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für das Operationelle Risiko leicht erhöht. Schließ-

lich wurden 2010 die Risikokapitalbeträge für das Geschäftsrisiko (wegen der Zunahme von Einlagen im Giro- und Sparbereich), für das Beteiligungs- und Immobilienrisiko und das Kollektivrisiko (Umsetzung eines neuen Berechnungsmodells zur Ersetzung des bisherigen Puffers) im ersten Quartal 2010 angepasst. Das für Kreditrisiken allokierte Risikokapital blieb im Jahr 2010 unverändert. Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Anlegerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2010 und Vorjahr) wird in Note 52 des Geschäftsberichts dargestellt.

Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital, beläuft sich unter Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten zum Berichtsstichtag auf 56 %. Damit ergibt sich sowohl gegenüber dem 31. Dezember 2009 als auch gegenüber dem Halbjahresbericht zum 30. Juni 2010 eine leichte Erhöhung der Auslastung der Risikodeckungsmasse um 3 bzw. 8 Prozentpunkte. Die gegenüber dem ersten Halbjahr erhöhte Auslastung ist auf Einmaleffekte zurückzuführen. Diese Einmaleffekte ergeben sich zum einen aus der Erhöhung des Betrags zur Berücksichtigung von Modellunsicherheiten bei der Ermittlung unerwarteter Verluste aus Kreditrisiken (CVaR), zum anderen sind Anpassungen bei den stillen Reserven des Bausparkollektivs und bei den zur Ermittlung der stillen Reserven bei den Kundenforderungen verwendeten Standardrisikokosten vorgenommen worden. Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikodeckungskapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:



Risikolimitierung

Die Limitierung der Risikopositionen erfolgt im Postbank Konzern für die in die Risikotragfähigkeit einbezogenen Risikoarten primär über das bereitgestellte Gesamt-Risikokapital sowie für die einzelnen Risikoarten auf Basis abgeleiteter VaR-Limite, die je Risikoart zusätzlich durch Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite ergänzt werden, um neben den eigentlichen Risikopositionen ebenfalls Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken. Bei der Limit- bzw. Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen des ökonomischen Kapitals sowie Sensitivitätsanalysen berücksichtigt.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von Limiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen

Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert.

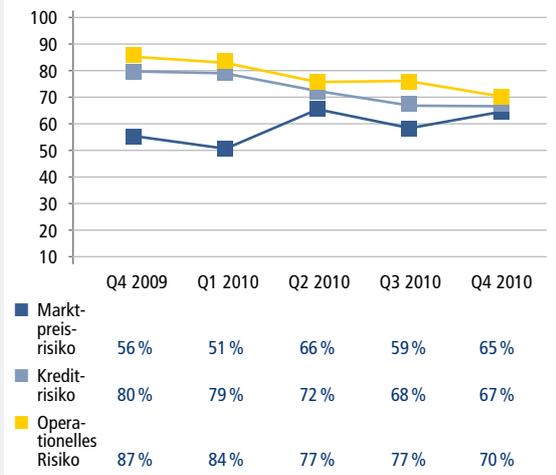
Die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken basiert auf dem internen Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeteilten Limits als Basis dient. Das Modell fußt auf dem in der Bankenbranche üblichen Verlustverteilungsansatz und nutzt die gemäß § 284 Solvabilitätsverordnung (SolvV) geforderten Elemente wie interne Verlustdaten, externe Verlustdaten (bezogen vom Datenkonsortium ORX), Szenarioanalysen sowie Postbank spezifische Geschäftsumfeld- und interne Kontrollfaktoren.

Den vier Geschäftsfeldern des Postbank Konzerns sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird vierteljährlich überwacht. Der Gesamtvorstand sowie die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene unterrichtet. Bei einer Limitüberschreitung auf Geschäftsfeldebene entscheidet das OpRisk-Komitee über die weitere Vorgehensweise, bei einer Überschreitung des VaR-Limits auf Gesamtbankebene der Gesamtvorstand.

Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Ihr Risikokapital stellt Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling überwacht regelmäßig die Angemessenheit dieser Abzugsgrößen.

Durch das im Verlauf des Jahres 2010 um ca. 12 % gekürzte Limit für Marktpreisrisiken stieg die Auslastung des Limits zum Vorjahr an und lag zum Stichtag 31. Dezember 2010 bei 65 % (31. Dezember 2009: 56 %). Neben dem reduzierten Risikolimit wirkt sich hierbei ein erneuter Anstieg der zur VaR-Berechnung verwendeten Volatilitätsparameter, insbesondere im Bereich der Government Spreads aus. Bezogen auf Kreditrisiken, lag die Limitauslastung bei 67 % (31. Dezember 2009: 80 %). Die Werte ergeben sich jeweils nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse. Zum 31. Dezember 2010 betrug der auf der Basis des internen Quantifizierungsmodells ermittelte VaR (Konfidenzniveau 99,93 %) für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankebene 420 Mio €. Das entsprechende Limit war zu 70 % ausgelastet (31. Dezember 2009: 87 %). Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war somit jederzeit gegeben. Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten in %



Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Konzernebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auf Basis der von der Bank getroffenen Korrelationsannahmen auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Zum 31. Dezember 2010 betrug das Verhältnis von Risiken zur Risikodeckungsmasse zum Schutz der definierten Kernkapitalquote 14 % (Horizont 3 Monate) bzw. 37 % (Horizont 12 Monate). Die verfügbare Risikodeckungsmasse wird derzeit als ausreichend angesehen, um die definierte Mindestkernkapitalquote zu halten (Ampelphase Grün).

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation ist auch 2010 unverändert angespannt gewesen. Das aus den Positionen resultierende Marktpreisrisiko ist mit Schwankungen im Wesentlichen auf dem Niveau von 2009 verblieben. Die erwarteten und unerwarteten Verluste beim Kreditrisiko sind tendenziell rückläufig, jedoch im Zusammenhang mit dem neuen Limitpuffer für Modellunsicherheiten zu sehen.

Risikokonzentrationen

Mit Blick auf die Verbesserung der Kreditportfoliosteuerung mit dem Schwerpunkt der Steuerung von Risikokonzentrationen hat die Postbank im Jahr 2010 ein Projekt zur Weiterentwicklung der Steuerung von Risikokonzentrationen im Kreditgeschäft umgesetzt. Ziel ist ein systematisches Kreditportfoliomanagement, welches Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt.

Aktuell sind auf Basis des zugrunde gelegten Konfidenzniveaus von 99,93 % Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich der Banken mit einem Rating von A sowie im Portfolio mit strukturierten Krediten (SCP) erkennbar.

Konzentrationen bei Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht. Die Begrenzung erfolgt über Volumen- oder Gap-Limite, die laufend überwacht werden, das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen).

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank zudem Ertragsrisiken in der Form, dass aus Kundengeschäften geringere Erträge als geplant erwirtschaftet werden können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Risikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und Risikoauslastung. Im Jahr 2010 wurde ein neuer führender Gesamtbankrisikoreport konzipiert und eingeführt, der quartalsweise den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat über die Risikolage der Postbank informiert. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten sowie die Risikotragfähigkeit werden durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte dargestellt. Das Reporting umfasst sämtliche relevanten Töchter der Deutschen Postbank AG. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des konzernweiten Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die Methodenhöhe sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting auf Konzernebene liegen in den Bereichen Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling sowie Risikosteuerung.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit Inkrafttreten der Solvabilitätsverordnung (SolV), d. h. seit dem 1. Januar 2007, auf Basis der Vorgaben von Basel II. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme genehmigt. Damit orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend werden Kredite in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in Abhängigkeit von der Bonität der Schuldner, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Sicherheiten, mit Eigenkapital unterlegt.

Im Zusammenhang mit der Nutzung der IRB-Ansätze hat die Postbank seit dem 1. Januar 2008 den aufsichtlichen Referenzpunkt überschritten, d. h., der gemäß § 67 SolvV kalkulierte Abdeckungsgrad für die auf Basis interner Ratings kalkulierten Portfolios liegt über den aufsichtlich geforderten 80 % der zu berücksichtigenden Positionswerte bzw. der risikogewichteten Positionswerte. Der Abdeckungsgrad stellt das Verhältnis aller IRBA-Positionswerte bzw. risikogewichteten IRBA-Positionswerte zu sämtlichen nach § 67 Abs. 4 SolvV zu berücksichtigenden Positionswerte bzw. risikogewichteten Positionswerte dar.

Für die folgenden Portfolios (gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung) hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2010 die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert:

- | Zentralregierungen: Staaten
- | Institute: Banken
- | Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften
- | Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail
- | Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen
- | Verbriefungen
- | Sonstige kreditunabhängige Aktiva

In den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verwendet die Postbank selbst geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie für das Mengengeschäft ergänzend selbst geschätzte Verlustquoten und Konversionsfaktoren.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- | Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment
- | Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank Gruppe mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen
- | Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen
- | Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels aufsichtlichem Formelansatz kalkuliert. Für die von der Postbank originierte Verbriefungstransaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Verbriefungspositionen, für die sich ein Risikogewicht von 1250 % errechnet, werden vom Eigenkapital abgezogen.

Für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenkapitalunterlegung portfoliospezifisch auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bereits vor dem 1. Januar 2008

gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenkapitalunterlegung ausgenommen. Die Risikogewichtung der sonstigen Beteiligungen und auch der kreditunabhängigen Aktiva erfolgt mit aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten.

Darüber hinaus ist die Postbank aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios. Das Erreichen der Eintrittsschwelle und der damit angestrebten Entlastung bei den risikogewichteten Aktiva und bei der Eigenkapitalquote ist für das Jahresende 2011 geplant. Eine Abnahme muss letztendlich durch die Aufsichtsbehörde erfolgen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Im Rahmen eines Projekts wurden im Jahr 2010 darüber hinaus die wesentlichen Voraussetzungen geschaffen, um das für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken im Einsatz befindliche interne Marktrisikomodel – nach einer aufsichtlichen Zulassung – auch für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für das allgemeine Zinsänderungsrisiko gemäß der Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Operationellen Risiken hat die Postbank bislang den Standardansatz genutzt. Im Rahmen einer Vorortprüfung für die Zulassung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA) hat die Aufsicht im zweiten Quartal 2010 die Eignung der Aufbau- und Ablauforganisation des Systems zur Identifizierung, Messung, Überwachung, Berichterstattung und Steuerung der Operationellen Risiken, die internen Verfahren zur Überprüfung des Risikomesssystems sowie die Zuverlässigkeit und Integrität der in diesem Zusammenhang relevanten IT-Systeme überprüft. Die Zulassung zur Anwendung des AMA-Ansatzes auf Ebene des Postbank Konzerns wurde durch die BaFin zum 31. Dezember 2010 erteilt.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG hat die Postbank am 31. März 2010 und am 31. August 2010 ihre Offenlegungsberichte (Säule-III-Bericht nach Basel II) auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Liquiditätsanforderungen

Die Deutsche Postbank AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Deutsche Postbank AG kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 8 LiqV. Die Prozesse zur konzernweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen (siehe dazu Kapitel „Liquiditätsrisiken“).

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) regeln die regulatorischen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft, das Betreiben von Handelsgeschäften sowie die Ausgestaltung der Tätigkeiten der Internen Revision. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse.



Darüber hinaus sind mit den MaRisk die qualitativen Anforderungen an die Säule II gemäß Basel II regulatorisch umgesetzt worden. Diese Regelungen schließen insbesondere die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken sowie Operationelle Risiken ein.

Wesentliche Kernaufgabe im Jahr 2010 war die Umsetzung der zusätzlichen Anforderungen der am 14. August 2009 veröffentlichten Neufassung der MaRisk bezüglich der Einbindung der Aufsichtsorgane, der Behandlung von Risikokonzentrationen, des Risikomanagements auf Gruppenebene und der Anforderungen an die Vergütungssysteme. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikomanagements wurden die wesentlichen Eckpunkte aus der Neufassung der MaRisk in der veröffentlichten Fassung des Rundschreibens 10/2010 vom 15. Dezember 2010 berücksichtigt. Die Postbank wird die ausstehenden Maßnahmen bis Ende 2011 umsetzen.

Aufsichtsrechtliche Neuerungen

Zum 31. Dezember 2010 traten die Änderungen aus der Capital Requirements Directive (CRD II) und die daraus abgeleiteten Änderungen des KWG, der SolvV und der GroMiKV in Kraft. Die Postbank hat die neuen Anforderungen für die Eigenkapitalunterlegung und zur Behandlung von Großkrediten entsprechend berücksichtigt.

Ziel der unter der Bezeichnung „Basel III“ vom Baseler Ausschuss am 16. Dezember 2010 final verabschiedeten erweiterten regulatorischen Anforderungen ist die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors gegenüber Stressevents. Dieses Ziel soll durch eine Verbesserung des Risikomanagements, der Transparenz über die eingegangenen Risiken (Offenlegungsanforderungen) sowie eine Vereinheitlichung der Regelungen für international tätige Finanzinstitute, insbesondere eine verstärkte Beaufsichtigung von systemrelevanten Banken, erreicht werden.

Die Postbank hat die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung auf die ab 2012 stufenweise zu implementierenden und zu erfüllenden erhöhten Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, die differenzierteren Unterlegungsvorschriften für Adressenausfallrisiken, die Instrumente zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen sowie zur Erfüllung der Minimalanforderungen an die Liquiditätsausstattung eingeleitet. Darüber hinaus hat die Postbank die Einflussparameter der Leverage Ratio und die Auswirkungen möglicher Szenarien und Maßnahmen zur Steuerung der Leverage Ratio analysiert. Weitere Maßnahmen zur Optimierung der Leverage Ratio werden kontinuierlich untersucht.

Dabei hat sich die Postbank aktiv an der Konsultation der vom Baseler Ausschuss veröffentlichten Konsultationspapiere zur Weiterentwicklung der regulatorischen Anforderungen zur Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung sowie der Auswirkungsanalyse (Quantitative Impact Study) beteiligt.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Marktpreisrisiken bezeichnen die möglichen finanziellen Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmender Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets der Deutschen Postbank AG, wobei die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken im Rahmen separat definierter Risikolimits eigenständig steuern.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit für die Marktpreisrisiken im Postbank Konzern. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation und -messung übernimmt er auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread-, Rohstoff- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßigen Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die barwertigen Auswirkungen außergewöhnlicher Marktbewegungen analysiert werden. Der Berücksichtigung von Konzentrationsrisiken wird in der Marktpreisrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Dies erfolgt beispielsweise im Rahmen der regelmäßigen Szenarioanalysen durch

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Quantifizierung der Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests. Außerdem werden im Rahmen der täglichen Überwachung der Marktpreisrisiken Sensitivitätsanalysen durchgeführt, anhand derer für alle Portfolios des Postbank Konzerns auch Risikokonzentrationen identifiziert werden. Instrumente hierfür sind Zinsgapstruktur-Analysen, nach Assetklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete Rückführung des Marktpreisrisikoexposures wurde im Jahr 2010 fortgeführt. Die im Zinsbereich im Verlauf von 2009 eingenommene aktivische Ausrichtung wurde im Verlaufe des Jahres 2010 deutlich reduziert. Die Postbank baut ihren Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten und Verkäufe bis 2013 um bis zu 45 % (Vergleichsstichtag 30. September 2008) ab. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen ermöglichen.

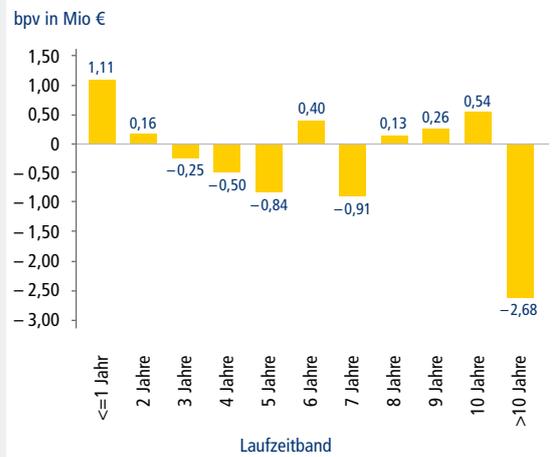
Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzensänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen bei der Deutschen Postbank AG, die Positionen des Bausparkkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden wesentliche gesetzliche bzw. vertraglich eingeräumte Sondertilgungsrechte als auch Neugeschäfts- und Prolongationsangebote sowie Zahlungsstörungen im Kreditgeschäft berücksichtigt. Die dazu verwendeten Modellierungsmethoden werden laufend überprüft und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Wie in den MaRisk gefordert, werden Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die operative Risikosteuerung erfolgt grundsätzlich für alle Marktpreisrisiken zentral im Ressort Financial Markets der Postbank. Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2010 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang

zu interpretieren. In Summe ist die Zinsposition der Postbank zum 31. Dezember 2010 weiterhin aktivisch ausgerichtet.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2010



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2010 im Wesentlichen auf den mittleren (3, 4, 5 und 7 Jahre) sowie auf den langfristigen Laufzeitbereich >10 Jahre konzentrieren. Im dritten Quartal wurden die Aktivüberhänge der Konzernzinsposition insbesondere in den mittleren Laufzeiten deutlich abgebaut, um die barwertigen Zinsänderungsrisiken zu reduzieren. Bezogen auf den jeweiligen Ultimo, sinkt der Netto-bpv von ca. –5,1 Mio € auf ca. –2,6 Mio €. Die Zinssensitivitäten resultieren im Wesentlichen aus Euro- und aus US-\$-Positionen, die Zinssensitivitäten gegenüber anderen Währungen sind unwesentlich.

Zu den Maßnahmen zur aktiven Reduzierung der Zinssensitivität zählten der Abbau von Positionen sowie der Abschluss von Zinsswaps und Zinsfutures als Hedge-Maßnahmen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung und damit auch in den Value-at-Risk-Analysen zum Marktpreisrisiko (Handels- und Bankbuch) enthalten.

Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktpreisrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt im Bankbuch nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz, für die Handelsbuchbestände auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen (Bankbuch) bzw. 1 Tag (Handelsbuch). Als Risikofaktoren werden neben Zinskurven, Aktienkursen, Rohwarenpreisen, Wechselkursen sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Credit-Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen bzw. 1 Handelstag mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle Portfolios des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt. Die Gesamtlimiten werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Im Jahr 2010 haben aufgetretene Marktwertverluste insbesondere aus nachteiligen Spread-Veränderungen in einzelnen Subportfolios zu teilweisem Limitverzehr geführt. Limitüberschreitungen waren nicht zu verzeichnen.

Neben diesen VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite für das Handels- und Bankbuch sowie für relevante Subportfolios festgelegt worden, die die Credit-Spread- und Zinssensitivitäten in den verschiedenen Büchern bzw. Laufzeiten begrenzen.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert.

Im Rahmen des laufenden Projekts „Internes Marktrisikomodell“ wurde das Backtesting für die Handelsbuchportfolios vollständig von einem Clean Mark-to-Model- auf ein Clean Mark-to-Market-Verfahren umgestellt.

Zum Ultimo 2010 zeigt das Backtesting (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse (Ampelfarbe Grün) und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen des Postbank Konzerns. Die Szenario-

analysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren in den Risikoarten Zins, Spreads, Währungen und Aktien durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung.

Auch im Berichtsjahr 2010 wurden die Szenarioannahmen und Stressparameter regelmäßig überprüft und verfeinert, darüber hinaus wurde das Spektrum der durchgeführten Stresstests erweitert. Damit wird auch den weitergehenden Anforderungen aus der MaRisk-Novellierung Rechnung getragen. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns auch bei einer noch weiteren Verschärfung der angespannten Marktsituation gewährleistet ist. Die größten Anfälligkeiten zeigen sich unverändert im Zins- und Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktien-, Währungs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Beim nachteiligsten der betrachteten hypothetischen Stressszenarios ergibt sich ein potenzieller barwertiger Verlust in Höhe von 1.973 Mio € (Stichtag: 31. Dezember 2010). Dieses hypothetische Szenario besteht aus der Kombination der jeweils nachteiligsten Zins-, Credit-Spread-, FX-, Volatilitäts- und Aktienszenarien. Im Spread-Szenario werden ratingabhängige Spread-Ausweitungen simuliert. Das nachteiligste Zinsszenario simuliert ansteigende Zinsen in Verbindung mit einer steiler werdenden Zinskurve.

Des Weiteren werden historische Szenarien durchgeführt. Im Finanzmarktkrisenszenario (Anwendung von historisch beobachteten Veränderungen der Risikofaktoren über 90 Tage) ergibt sich per Stichtag 31. Dezember 2010 ein potenzieller Marktwertverlust in Höhe von 1.837 Mio €.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für den Postbank Konzern wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 (sowie für das Vergleichsjahr 2009) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) für das Handelsbuch ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbuch	2010 Mio €	2009 Mio €
VaR am Jahresultimo	6,2	10,3
Minimaler VaR	2,3	4,4
Maximaler VaR	12,8	23,2
Durchschnittlicher VaR	5,2	13,1
Limit am Jahresultimo*	34,0	48,0

*nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

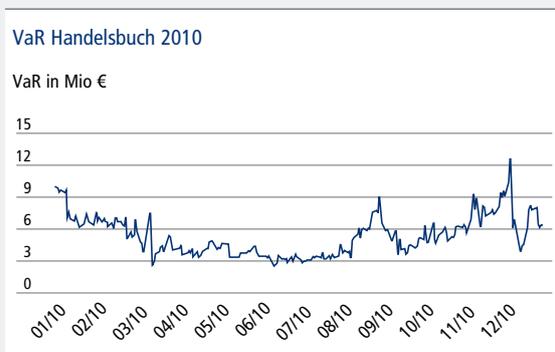
Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Bedingt durch die Geschäftsstrategie des Postbank Konzerns, wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken im Anlagebuch determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbuch in deutlich kleinerem Umfang auch Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen insbesondere durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Töchter der Deutschen Postbank AG. Die aus Fremdwährungspositionen entstehenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus neben der barwertigen Betrachtung auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2010 für das Handelsbuch ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Im Verlauf des Jahres 2010 wurden im Handelsbuch die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur Positionierung an den Zins- und Aktienmärkten genutzt. Der VaR im Handelsbestand war im vergangenen Jahreszeitraum insgesamt rückläufig. Nach einem Rückgang im ersten Halbjahr 2010 verzeichnete er in einem insgesamt volatileren Marktumfeld im zweiten Halbjahr 2010 deutlichere Anstiege. Gleichwohl bewegte er sich auf einem gegenüber 2009 deutlich geringeren Niveau.

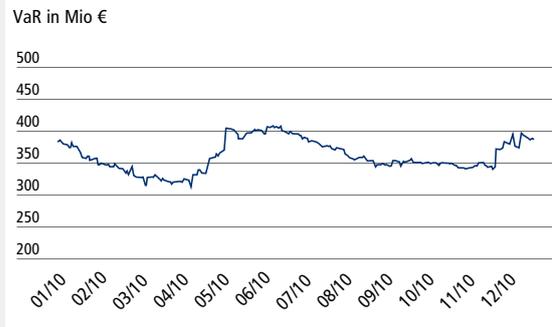
Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 10 Tage) zum 31. Dezember 2010 384,6 Mio € (zum Vergleich: 365,7 Mio € per 31. Dezember 2009).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2010 Mio €	2009 Mio €
VaR am Jahresultimo	384,6	365,7
Minimaler VaR	313,2	362,5
Maximaler VaR	406,2	565,0
Durchschnittlicher VaR	360,5	458,8
Limit am Jahresultimo*	562,0	670,0

*nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse

In die Berechnung werden sämtliche marktpreisrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.

VaR Anlagebuch 2010



Der VaR im Anlagebuch der Postbank verlief im Jahr 2010 unter Schwankungen tendenziell seitwärts. Nach einem Rückgang im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 stieg der VaR zu Beginn und zum Ende des zweiten Halbjahres 2010 aufgrund der gestiegenen Marktvolatilität im Rahmen der EU-Staatshaushaltskrisen an, welche den Effekt aus der Reduzierung des aktivischen Zinsexposures auf Jahressicht kompensierten.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen. Er liefert die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse dar, abgegrenzt nach Managementeinheiten.
- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert der Postbank Konzern als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsfähigkeit eines Geschäfts-

partners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I Bonitäts- und Ausfallrisiken
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I Abwicklungsrisiken
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I Kontrahentenrisiken
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- I Länderrisiken
Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für das Risikomanagement im Postbank Konzern trägt der Vorstand, die Überwachung durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (KRK) delegiert.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Kreditrisikosteuerung festgelegt. Die strategisch strukturelle Steuerung erfolgt für den Postbank Konzern durch das Kreditrisikokomitee (KRK). Die operative Kreditrisikosteuerung erfolgt für die Postbank grundsätzlich zentral durch die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen (UF), Gewerbliche Immobilien (GI) und Banken & Kapitalmärkte (BUK) sowie dezentral durch die Marktfolgeeinheiten der Tochtergesellschaften. Während die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle in der Abteilung Risikoanalytik erfolgen, wird die Limitüberwachungs-, Reporting- und Steuerungsfunktion in der Abteilung Kreditrisikocontrolling wahrgenommen. Die Abteilung Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Der Postbank Konzern orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde unter der Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio.

Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien des Postbank Konzerns enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren mindestens jährlich oder anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Ratingsysteme obliegt der Abteilung Risikoanalytik. Zur Überwachung der Ratingsysteme gehören u. a. die Überprüfung der Vorhersagegüte und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme. Um diesen Prozess systematisch zu unterstützen, hat die Bank im vierten Quartal ein Validierungsgremium unter Vorsitz des CRO eingerichtet. Dieses Gremium stellt auch die Einbindung der Ergebnisse aus den Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt im

Bereich Kreditrisikosteuerung. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Rating-systeme stellte im Jahr 2010 einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikomanagements der Bank dar. Um den Anforderungen der Solvabilitätsverordnung vollumfänglich und perspektivisch auch im fortgeschrittenen Ansatz gerecht zu werden, hat die Bank eine erhebliche Aufstockung der Personalressourcen in der Abteilung Risikoanalytik vorgenommen.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristige Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Zudem werden jährlich die Zuordnung der Ratingklassen der Postbank Masterskala zu Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Ergebnisse der Parameterschätzung (PD, LGD, CCF) überprüft. Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit einer direkten Ableitbarkeit geschäftspolitischer und modellrelevanter Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist, sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen an Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzernerneinheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Im Jahr 2010 wurden wesentliche Sicherheitenprozesse neu konzipiert, die sukzessive ab Jahresanfang 2011 eingeführt werden. Weitere Verbesserungen von Prozessen, Reportings und Systemen erfolgen im Jahr 2011. Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostrategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachsicherheiten.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgt turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts des Zentralen Kreditausschusses (ZKA). Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Bewertungsspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements beabsichtigt die Postbank die konzernweite Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems. Eine Vorstudie hierfür wurde bereits erstellt. Die Einführung erfolgt modular, für erste Teilportfolios bereits im Jahr 2011.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Kreditsachen in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Frühwarnindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit sowie dem Kreditrisikokomitee quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Berichtsjahr hat die Postbank in Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Bonitätsverschlechterung vieler Kunden und Kontrahenten ihre Prozesse im Rahmen umfangreicher Projekte signifikant verbessert. Schwerpunkt war u. a. die verbesserte Identifikation, Dokumentation und spezialisierte Bearbeitung von ausfallgefährdeten und sanierungsbedürftigen Kreditengagements. In diesem Zusammenhang wurden eigens darauf spezialisierte Spezialkreditabteilungen gegründet und mit Sanierungsspezialisten besetzt.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Neben der Überwachung der Einzelrisiken ermittelt der Postbank Konzern den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestands des Konzerns. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen. Darüber hinaus wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit der in den Kapiteln „Risikokapital“ und „Risikolimitierung“ beschriebene Abzugsposten zur Berücksichtigung von Modellunsicherheiten angesetzt.

Im Unterschied zum CVaR ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating und der Laufzeit des Kontrahenten bzw. Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammen-

65

66

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

gefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten. Aufgrund der zitierten Modellunsicherheiten im Zusammenhang mit der Messung des CVaR steht für 2011 die Ablösung des derzeitigen Portfoliomodells im Vordergrund.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2010 (Berechnung per 30. November 2010) im Vergleich zum Jahresende 2009 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Abweichung des in dieser Tabelle angegebenen Volumens für den Konzernkreditbestand von dem weiter unten ausgewiesenen „maximalen Adressenausfallrisiko“ resultiert zum einen daraus, dass als Stichtag zur Berechnung des CVaR der Vormonatsultimo herangezogen wird und zum anderen zur vollständigen Quantifizierung der Kreditrisiken bei der Berechnung des CVaR je nach Position Buchwerte oder Marktwerte oder Kreditäquivalenzbeträge verwendet werden.

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		CVaR ¹	
	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2009 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2009 Mio €
Firmenkunden	28.605	28.422	123	127	272	228
Privatkunden	46.231	46.162	248	278	161	186
Financial Markets	119.362	141.800	312	440	1.448	1.755
Sonstige (Banken/ Kommunen)	3.840	4.530	4	3	98	101
BHW ²	39.165	39.417	115	104	79	68
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	237.203	260.331	802	952	1.469	1.765

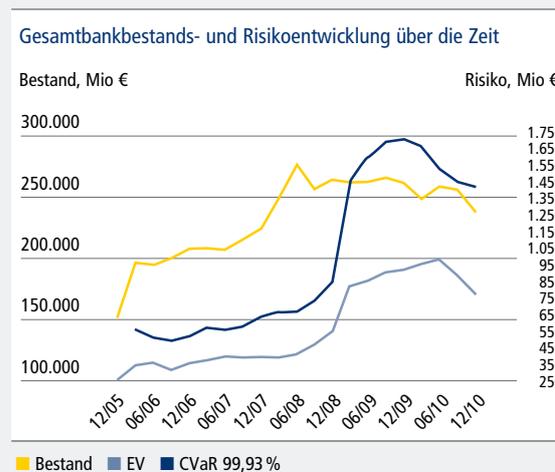
¹ Konfidenzniveau 99,93 %; aufgrund Diversifikationseffekte ist CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als Summe der Einzel-CVaR der Geschäftsbereiche

² Bestand des Treuhandgeschäfts der BHW Bausparkasse ist unter Privatkunden abgebildet

Der Gesamtbestand hat im Jahr 2010 von 260,3 Mrd € per Jahresultimo 2009 um 8,9 % auf 237,2 Mrd € abgenommen. Gegenüber dem Vorjahresultimo ist der erwartete Verlust um 15,7 % zurückgegangen, der unerwartete Verlust ist um 16,8 % gesunken.

Der Rückgang der erwarteten und unerwarteten Verluste insgesamt resultiert insbesondere aus Volumenrückgängen im Bereich Financial Markets (SCP) sowie positiven Ratingmigrationen im Retail-Bereich. Der weiterhin hohe Anteil dieses Segments an der Summe der unerwarteten Risiken resultiert nach wie vor aus dem hohen Volumenanteil von Banken, zu denen auch gedeckte Schuldverschreibungen gezählt werden.

Nachfolgende Grafik gibt den durch die Finanzkrise bedingten Anstieg von CVaR und erwartetem Verlust bei stagnierendem Gesamtbestand wieder:



■ Bestand ■ EV ■ CVaR 99,93 %

Das maximale Kreditrisiko stellt sich zum 31. Dezember 2010 im Vergleich zum 31. Dezember 2009 wie folgt dar:

Maximale Adressenausfallrisiken		
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Handelsaktiva	24.150	20.471
Held for Trading	24.150	20.471
Hedging-Derivate	664	520
Forderungen an Kreditinstitute	12.140	14.467
Loans and Receivables	12.140	14.467
Wertpapierpensionsgeschäfte	3.630	5.054
Tagesgelder	4.294	4.176
Darlehen	3.453	4.564
Namenschuldverschreibungen	400	417
Termingelder	191	152
Sonstige Forderungen	172	104
Forderungen an Kunden	111.783	111.043
Loans and Receivables	103.689	102.408
Private Baufinanzierungen	62.365	61.582
Bauspardarlehen	3.713	3.766
Gewerbliche Kredite	30.284	30.383
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.433	1.589
Ratenkredite	3.880	3.620
Sonstige Forderungen	1.014	1.468
Fair-Value-Option	8.094	8.635
Private Baufinanzierungen	8.094	8.635
Finanzanlagen	58.980	72.359
Loans and Receivables	50.032	59.401
Held to Maturity	–	73
Available for Sale	8.948	12.885
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.739	12.350
Aktien	2	4
Investmentfondsanteile	1.164	460
Beteiligungen	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	24	52
Zwischensumme	207.717	218.860
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	1.036	1.105
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	21.563	21.964
Gesamt	230.316	241.929

Im Gegensatz zur Tabelle „Kreditrisiken“ beinhaltet die Darstellung „Maximale Adressenausfallrisiken“ einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Bruttosition dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings oder Sicherheiten ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist. Zusätzlich treten zwischen beiden Darstellungen zum 31. Dezember 2010 Stichtagsabweichungen auf.

Die Kreditportfoliotabellen werden per 31. Dezember 2010 um zusätzliche Klassenaufteilungen erweitert ausgewiesen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Forderungsklassen. In der Darstellung ist das CRE-Portfolio gegenüber der bisherigen Berichterstattung nunmehr als separate Branche ausgewiesen.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Handelsaktiva	189	212	23.440	19.666	-	105	99	95	125	103	22	14	275	276	24.150	20.471
Held for Trading	189	212	23.440	19.666	-	105	99	95	125	103	22	14	275	276	24.150	20.471
Hedging-Derivate	-	-	664	520	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	664	520
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	12.099	14.332	-	103	23	32	1	0	-	-	17	0	12.140	14.467
Loans and Receivables	-	-	12.099	14.332	-	103	23	32	1	0	-	-	17	0	12.140	14.467
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	3.630	5.054	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3.630	5.054
Tagesgelder	-	-	4.292	4.176	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-	4.294	4.176
Darlehen	-	-	3.414	4.525	-	7	23	32	-	-	-	-	16	-	3.453	4.564
Namensschuldverschreibungen	-	-	400	417	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	400	417
Termingelder	-	-	191	56	-	96	-	-	-	-	-	-	-	-	191	152
Sonstige Forderungen	-	-	172	104	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	172	104
Forderungen an Kunden	81.895	79.915	1.265	2.144	2.225	2.467	16.703	16.661	5.281	5.054	2.212	2.577	2.202	2.225	111.783	111.043
Loans and Receivables	73.813	71.292	1.265	2.144	2.224	2.465	16.703	16.661	5.277	5.054	2.212	2.577	2.195	2.215	103.689	102.408
Private Baufinanzierungen	61.753	59.819	2	14	4	6	465	350	65	46	2	16	74	1.331	62.365	61.582
Bauspardarlehen	3.697	3.755	-	-	7	9	0	-	3	-	-	-	6	2	3.713	3.766
Gewerbliche Kredite	4.110	4.282	1.068	1.775	114	119	16.238	16.249	5.114	4.847	2.210	2.421	1.430	690	30.284	30.383
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	61	76	2.099	1.336	-	-	94	63	0	111	179	3	2.433	1.589
Ratenkredite	3.393	3.370	2	0	-	6	-	-	1	75	-	-	484	169	3.880	3.620
Sonstige Forderungen	860	66	132	279	-	989	-	62	0	23	0	29	22	20	1.014	1.468
Fair-Value-Option	8.082	8.623	-	-	1	2	-	-	4	-	-	-	7	10	8.094	8.635
Private Baufinanzierungen	8.082	8.623	-	-	1	2	-	-	4	-	-	-	7	10	8.094	8.635
Finanzanlagen	-	-	33.197	43.850	21.486	25.012	-	-	1.922	1.784	940	960	1.435	753	58.980	72.359
Loans and Receivables	-	-	27.933	37.651	19.335	19.118	-	-	1.149	1.264	621	742	994	626	50.032	59.401
Held to Maturity	-	-	-	73	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	73
Available for Sale	-	-	5.264	6.126	2.151	5.894	-	-	773	520	319	218	441	127	8.948	12.885
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.189	5.636	2.151	5.894	-	-	653	502	319	218	427	100	7.739	12.350
Aktien	-	-	2	2	-	-	-	-	0	2	-	-	0	-	2	4
Investmentfondsanteile	-	-	1.058	443	-	-	-	-	103	16	-	-	3	1	1.164	460
Beteiligungen	-	-	0	12	-	-	-	-	17	-	-	-	2	7	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	15	33	-	-	-	-	-	-	-	-	9	19	24	52
Zwischensumme	82.084	80.127	70.665	80.512	23.711	27.687	16.825	16.788	7.329	6.941	3.174	3.551	3.929	3.254	207.717	218.860
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	63	32	625	713	-	-	73	74	114	125	66	89	95	72	1.036	1.105
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	16.213	16.729	96	447	67	111	1.419	1.287	2.239	1.872	1.028	1.226	501	292	21.563	21.964
Gesamt	98.360	96.888	71.386	81.672	23.778	27.798	18.317	18.149	9.682	8.938	4.268	4.866	4.525	3.618	230.316	241.929

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der angesprochenen Konzentration bei Banken eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in nationalen und internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen wird noch immer dominiert durch ein Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive

Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Auch das Exposure gegenüber den Staaten Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ist hier mit ca. 2,9 Mrd € und das Exposure gegenüber dem Staat Italien mit ca. 4,6 Mrd € enthalten. Zu beachten ist jedoch, dass beide Schwerpunkte bei den Finanzanlagen gezielt und deutlich gegenüber dem Vorjahr reduziert wurden. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten optimiert wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat der Postbank Konzern länder-spezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden

neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €						
Handelsaktiva	6.180	5.507	15.253	9.766	2.717	5.198	24.150	20.471
Held for Trading	6.180	5.507	15.253	9.766	2.717	5.198	24.150	20.471
Hedging-Derivate	136	132	376	259	152	129	664	520
Forderungen an Kreditinstitute	6.608	6.842	4.173	6.572	1.359	1.053	12.140	14.467
Loans and Receivables	6.608	6.842	4.173	6.572	1.359	1.053	12.140	14.467
Wertpapierpensions-geschäfte	3.339	3.203	180	1.851	111	86	3.630	5.140
Tagesgelder	1.250	1.283	2.100	2.030	944	731	4.294	4.044
Darlehen	1.430	1.932	1.719	2.442	304	236	3.453	4.610
Namenschuldver-schreibungen	242	303	158	114	–	–	400	417
Termingelder	175	17	16	135	–	–	191	152
Sonstige Forderungen	172	104	–	–	–	–	172	104
Forderungen an Kunden	93.927	93.194	12.567	13.412	5.289	4.437	111.783	111.043
Loans and Receivables	85.863	84.597	12.541	13.383	5.285	4.428	103.689	102.408
Private Baufinanzie-rungen	58.071	57.395	3.319	3.450	975	737	62.365	61.582
Bauspardarlehen	3.682	3.712	27	41	4	13	3.713	3.766
Gewerbliche Kredite	17.015	17.796	8.964	9.238	4.305	3.349	30.284	30.383
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.225	1.233	208	356	–	–	2.433	1.589
Ratenkredite	3.868	3.600	11	16	1	4	3.880	3.620
Sonstige Forderungen	1.002	861	12	282	–	325	1.014	1.468
Fair-Value-Option	8.064	8.597	26	29	4	9	8.094	8.635
Private Baufinanzie-rungen	8.064	8.597	26	29	4	9	8.094	8.635
Finanzanlagen	18.512	26.561	33.606	37.915	6.862	7.883	58.980	72.359
Loans and Receivables	15.071	19.595	28.944	33.206	6.017	6.600	50.032	59.401
Held to Maturity	–	73	–	–	–	–	–	73
Available for Sale	3.441	6.893	4.662	4.709	845	1.283	8.948	12.885
Schuldverschreibungen und andere festver-zinsliche Wertpapiere	2.379	6.430	4.543	4.637	817	1.283	7.739	12.350
Aktien	0	1	2	3	–	–	2	4
Investmentfondsanteile	1.022	398	114	62	28	–	1.164	460
Beteiligungen	18	17	1	2	–	–	19	19
Anteile an nicht kon-solidierten Tochter-unternehmen	22	47	2	5	–	–	24	52
Zwischensumme	125.363	132.236	65.975	67.924	16.379	18.700	207.717	218.860
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	716	831	263	216	57	58	1.036	1.105
Andere Verpflichtungen (un-widerrufliche Kreditzusagen)	20.752	20.541	546	976	265	447	21.563	21.964
Gesamt	146.831	153.608	66.784	69.116	16.701	19.205	230.316	241.929

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen eingegangen wurden.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2010 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grunde wird beim Ausweis der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung des Postbank Konzerns wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 93 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €												
Handelsaktiva	77	213	5.627	1.454	17.685	17.782	320	253	138	146	108	411	23.955	20.259
Held for Trading	77	213	5.627	1.454	17.685	17.782	320	253	138	146	108	411	23.955	20.259
Hedging-Derivate	20	–	180	15	461	475	3	–	–	–	0	30	664	520
Forderungen an Kreditinstitute	163	546	1.237	424	9.248	9.869	779	3.124	140	128	478	229	12.045	14.320
Loans and Receivables	163	546	1.237	424	9.248	9.869	779	3.124	140	128	478	229	12.045	14.320
Wertpapierpensionsgeschäfte	–	–	33	–	3.533	2.508	64	2.546	–	–	–	–	3.630	5.054
Tagesgelder	49	342	946	233	3.034	3.457	44	44	–	–	144	43	4.217	4.119
Darlehen	17	120	135	79	2.272	3.562	605	503	140	128	266	82	3.435	4.474
Namenschuldverschreibungen	0	84	78	62	322	271	–	–	–	–	–	–	400	417
Termingelder	72	–	0	50	64	71	55	31	–	–	–	–	191	152
Sonstige Forderungen	25	–	45	–	23	–	11	–	–	–	68	104	172	104
Forderungen an Kunden	3.856	4.020	5.545	5.509	3.450	4.872	9.092	7.781	4.729	4.648	1.883	3.049	28.555	29.879
Loans and Receivables	3.856	4.020	5.545	5.509	3.450	4.872	9.092	7.781	4.729	4.648	1.883	3.039	28.555	29.867
Gewerbliche Kredite	3.668	3.596	3.786	5.078	3.377	4.540	9.048	7.704	4.726	4.346	1.512	2.294	26.117	27.558
Forderungen an öffentliche Haushalte	188	281	1.759	325	69	108	43	61	3	89	371	724	2.433	1.588
Sonstige Forderungen	0	143	0	106	4	224	1	16	0	211	0	21	5	721
Fair-Value-Option	–	–	–	–	–	–	–	–	0	2	0	10	0	12
Private Baufinanzierungen	–	–	–	–	–	–	–	–	0	2	0	10	0	12
Finanzanlagen	19.437	27.633	19.098	19.914	9.143	16.459	5.805	3.033	3.555	3.627	1.416	1.183	58.454	71.849
Loans and Receivables	17.605	21.300	17.791	18.752	8.226	14.619	4.067	2.239	1.843	1.389	173	669	49.705	58.968
Held to Maturity	–	–	–	–	–	32	0	41	–	–	–	–	0	73
Available for Sale	1.832	6.333	1.307	1.162	917	1.808	1.738	753	1.712	2.238	1.243	514	8.749	12.808
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.832	6.333	1.307	1.162	915	1.630	1.738	753	1.712	2.238	119	234	7.623	12.350
Aktien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	4	2	4
Investmentfondsanteile	–	–	–	–	0	172	–	–	–	–	1.081	211	1.081	383
Beteiligungen	–	–	–	–	0	2	–	–	–	–	19	17	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	–	–	–	–	2	4	–	–	–	–	22	48	24	52
Gesamt	23.553	32.412	31.687	27.316	39.987	49.457	15.999	14.191	8.562	8.549	3.885	4.902	123.673	136.827

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 zeigt die Tabelle beim Kundengeschäft eine leichte Verschiebung von A nach BBB als Folge aus der Finanzmarktkrise sowie den beschriebenen Abbau bei den Finanzanlagen. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt innerhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung und somit innerhalb der vorgegebenen Bandbreite.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2010 weder überfällig

noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine unverändert günstige Bonitätsstruktur auf. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risiko-Pools gebildet, für die die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel II Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €								
Handelsaktiva	1	1	6	9	25	33	73	82	72	77	12	10	189	212
Held for Trading	1	1	6	9	25	33	73	82	72	77	12	10	189	212
Forderungen an Kunden	2.912	2.851	6.100	5.714	8.402	7.384	14.985	13.048	18.636	18.580	25.827	27.460	76.862	75.037
Loans and Receivables	2.906	2.842	5.953	5.545	7.676	6.621	12.756	10.801	16.646	16.592	23.178	24.398	69.115	66.799
Private Baufinanzierungen	2.870	2.777	5.675	5.206	6.838	5.917	11.146	9.387	14.262	14.679	18.817	20.942	59.608	58.908
Bauspardarlehen	33	43	240	294	608	524	755	613	316	229	1.438	1.731	3.390	3.434
Gewerbliche Kredite	0	5	0	3	18	12	11	17	0	3	2.330	1.401	2.359	1.441
Ratenkredite	3	2	38	14	209	163	833	756	1.930	1.659	188	288	3.201	2.882
Sonstige Forderungen	0	15	0	28	3	5	11	28	138	22	405	36	557	134
Fair-Value-Option	6	9	147	169	726	763	2.229	2.247	1.990	1.988	2.649	3.062	7.747	8.238
Private Baufinanzierungen	6	9	147	169	726	763	2.229	2.247	1.990	1.988	2.649	3.062	7.747	8.238
Gesamt	2.913	2.852	6.106	5.723	8.427	7.417	15.058	13.130	18.708	18.657	25.839	27.470	77.051	75.249

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2010 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren. Der Anstieg der überfälligen Engagements im Laufzeitband zwischen drei und sechs Monaten resultiert im Wesentlichen aus Maßnahmen zur Verbesserung der Datenqualität.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten													
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente										Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente		
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt				
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	
Handelsaktiva	2	–	1	–	1	–	2	–	6	–	–	–	
Held for Trading	2	–	1	–	1	–	2	–	6	–	–	–	
Forderungen an Kreditinstitute	0	11	–	–	–	–	–	–	0	11	–	–	
Loans and Receivables	0	11	–	–	–	–	–	–	0	11	–	–	
Forderungen an Kunden	787	941	830	223	351	389	507	385	2.475	1.938	2.288	1.688	
Loans and Receivables	690	816	776	168	299	312	435	313	2.200	1.609	2.043	1.480	
Private Baufinanzierungen	587	701	676	101	140	211	219	223	1.622	1.236	1.182	1.119	
Bauspardarlehen	31	31	20	23	28	39	50	40	129	133	117	122	
Gewerbliche Kredite	24	35	76	18	129	34	164	11	393	98	619	109	
Ratenkredite	11	23	3	1	2	12	2	11	18	47	44	43	
Sonstige Forderungen	37	26	1	25	0	16	0	28	38	95	81	87	
Fair-Value-Option	97	125	54	55	52	77	72	72	275	329	245	208	
Private Baufinanzierungen	97	125	54	55	52	77	72	72	275	329	245	208	
Gesamt	789	952	831	223	352	389	509	385	2.481	1.949	2.288	1.688	

Der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären und deren Konditionen neu ausgehandelt wurden (nachverhandeltes Volumen), beträgt 463,3 Mio € (per 31. Dezember 2009: 972,2 Mio €).

Kreditrisikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird für alle Engagements auf der Watch-List quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf pauschale Quoten zurückgegriffen, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Der Postbank Konzern bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie bei Baufinanzierungen von BHW mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2009 aus, jeweils aufgeteilt in durch Einzelwertberichtigungen wertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risiko-tragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	95	136	36	64	59	72	–	–
Loans and Receivables	95	136	36	64	59	72	–	–
Tagesgelder	77	57	36	41	41	16	–	–
Darlehen	18	79	0	23	18	56	–	–
Forderungen an Kunden	3.891	4.189	1.576	1.427 ¹	2.315	2.762 ¹	2.057	2.307
Loans and Receivables	3.819	4.133	1.575	1.425	2.244	2.708	1.993	2.255
Private Baufinanzierungen	1.135	1.438	516	427	619	1.011	992	458
Bauspardarlehen	194	199	9	10	185	189	32	101
Gewerbliche Kredite	1.415	1.287	535	412	880	875	965	1.499
Ratenkredite	661	691	204	167	457	524	4	78
Sonstige Forderungen	414	518	311	409	103	109	–	119
Fair-Value-Option	72	56	1	2	71	54	64	52
Private Baufinanzierungen	72	56	1	2	71	54	64	52
Finanzanlagen	1.066	1.006	540	496	526	510	–	–
Loans and Receivables	862	918	535	485	327	433	–	–
Available for Sale	204	88	5	11	199	77	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	116	3	0	3	116	0	–	–
Investmentfondsanteile	88	85	5	8	83	77	–	–
Gesamt	5.052	5.331	2.152	1.987	2.900	3.344	2.057	2.307

¹Wert per 31.12.2009 korrigiert, keine Darstellung der Portfoliowertberichtigungen

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde noch seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden im Rahmen der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit der Prozesse zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungs-Pools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditersatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans and Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor's“, „Moody's“ oder „Fitch Ratings“) geratet. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe eines eigenen Bewertungsmodells, das die einzelnen Portfoliobestandteile auf Underlying-Ebene analysiert.

Das Portfolio hat per 31. Dezember 2010 ein Gesamtvolumen von 3,7 Mrd € (Stand per 31. Dezember 2009: 5,8 Mrd €). Gegenüber dem Vorjahresresultimo ist der Bestand im Wesentlichen aufgrund von Tilgungen und Rückgaben stark zurückgegangen. Insbesondere im zweiten Halbjahr 2010 konnte der Bestand an Corporate und Non-Corporate CDOs durch Rückgaben an die Arranger stark reduziert werden. Die SCP-Bestände werden von der Postbank sehr eng überwacht und unterliegen monatlichen Impairment-Tests. Auf Basis einer regelmäßigen Bewertung des Portfolios mit einem eigenentwickelten Modell

sind 2010 Impairments in Höhe von insgesamt 33 Mio € vorgenommen sowie Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 322 Mio € berücksichtigt worden. Seit Beginn der Finanzmarktkrise Mitte 2007 wurden somit Impairments von 398 Mio € bzw. Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 1.845 Mio € auf betroffene Bestände in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht. Darüber hinaus wurden 134 Mio € an Fair-Value-Änderungen in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertung siehe Note 4 (h).

Die Postbank hatte zum 31. Dezember 2010 folgende Verbriefungspositionen im Bestand:

Verbriefungspositionen: Volumen nach Ratingklassen

Verbriefungspositionen	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €										
CMBS	19	47	73	84	79	104	46	19	29	27	246	281
RMBS	240	310	120	159	94	138	41	39	51	42	546	688
Corporate CDO	0	317	232	151	59	154	58	111	1.387	1.886	1.736	2.619
Non Corporate CDO	0	0	17	95	7	73	106	111	547	1.351	677	1.630
Other ABS	246	319	2	74	61	21	24	28	150	149	483	591
Gesamt	505	993	444	563	300	490	275	308	2.164	3.455	3.688	5.809
davon im Handelsbuch	11	17	8	9	–	–	–	–	0	10	19	36

Gemäß regionalem Schwerpunkt verteilen sich die Verbriefungspositionen wie folgt:

Verbriefungspositionen: Volumen nach regionalem Schwerpunkt

	CMBS		RMBS		Corporate CDO		Non Corporate CDO		Other ABS ¹		Gesamt		
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €							
in Mio €	Deutschland	81	83	133	150	–	–	–	–	28	55	242	288
	UK	88	96	98	126	5	31	–	–	87	85	278	338
	Frankreich	2	2	–	17	–	–	–	–	–	–	2	19
	Spanien/Portugal	–	–	88	99	–	–	–	–	–	–	88	99
	Restliches Europa	75	95	183	247	447	450	75	229	19	24	799	1.045
	USA	–	5	41	44	405	492	361	969	293	304	1.100	1.814
	Übrige ²	–	–	3	5	879	1.646	241	432	56	123	1.179	2.206
	Gesamt	246	281	546	688	1.736	2.619	677	1.630	483	591	3.688	5.809
Relative Verteilung	Deutschland	33 %	30 %	24 %	22 %	–	–	–	–	6 %	9 %	7 %	5 %
	UK	35 %	34 %	18 %	18 %	0 %	1 %	–	–	18 %	14 %	8 %	6 %
	Frankreich	1 %	1 %	–	2 %	–	–	–	–	–	–	0 %	0 %
	Spanien/Portugal	–	–	16 %	15 %	–	–	–	–	–	–	2 %	2 %
	Restliches Europa	31 %	33 %	34 %	36 %	26 %	17 %	11 %	14 %	4 %	4 %	21 %	18 %
	USA	–	2 %	8 %	6 %	23 %	19 %	53 %	60 %	60 %	52 %	30 %	31 %
	Übrige ²	–	–	0 %	1 %	51 %	63 %	36 %	26 %	12 %	21 %	32 %	38 %
	Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %							

¹hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

²bzw. ohne speziellen Schwerpunkt

Per Stichtag 31. Dezember 2010 waren Verbriefungspositionen nur in geringem Umfang (nominal insgesamt etwa 23 Mio €) über Monoliner abgesichert. Im CDO-Portfolio befinden sich darüber hinaus einige synthetische Verbriefungsstrukturen, die Exposure gegenüber Anleihenversicherern aufweisen.

Der Bestand an Investorpositionen der Postbank an handelbaren Commercial-Real-Estate-Krediten (CMBS) beträgt zum Stichtag 246 Mio € (per 31. Dezember 2009: 281 Mio €). Diese Positionen sind fast ausschließlich europäische CMBS mit regionalem Schwerpunkt auf Großbritannien und Deutschland.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

PB Domicile 2006-1	1.840 Mio €	(Deutsche Postbank AG)
Provide Blue 2005-2	1.862 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1	908 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank als traditionelle Verbriefungen die Originator-Verbriefungen PB Consumer 2008-1 und PB Consumer 2009-1 sowie als synthetische Verbriefung die Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der bislang kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde. Die Originator-Verbriefungstransaktion Provide Blue 2005-1 wurde im Januar 2010 gekündigt. Die Transaktion befindet sich in der Deferred Redemption, und es liegt ein Restbestand von ca. 36 Mio € vor.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene Reportinginstrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht wird dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben und zuvor im Kreditrisikokomitee ausführlich besprochen. Er gibt Aufschluss über die Entwicklung des Konzernkreditportfolios einschließlich SCP hinsichtlich Struktur, Rating, Entwicklung Risikovorsorge und deren Einflussfaktoren sowie ergriffener Maßnahmen und deren Auswirkungen.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modell-Monitoring-reports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumen-

tieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.

- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wertberechtigten Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie den UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet der Postbank Konzern zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert.

Der Postbank Konzern hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Innerhalb definierter Risikolimits steuern die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und Auslandsniederlassungen im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der

Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risiko-identifikation, -messung und -steuerung übernimmt dieser Bereich auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Der Postbank Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen.

In der Postbank sind im Rahmen von Projekten die wesentlichen Voraussetzungen für eine differenzierte Liquiditätssteuerung unter Beachtung der aus den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ abgeleiteten Anforderungen geschaffen worden. Das Konzept zur Liquiditätssteuerung wird unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtlichen Debatte und unter besonderer Berücksichtigung der strukturellen Liquiditätsposition über mehrere Jahre laufend weiterentwickelt.

Die Postbank hat im Berichtsjahr die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV) stets erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Der Bereich Liquiditätssteuerung im Ressort Financial Markets ist verantwortlich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Steuerung der Liquiditätsfristentransformation im Konzern.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung neben einer regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich einer Reihe von Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität. Im Rahmen dieser Stresstests werden auch Risikokonzentrationen im Hinblick auf die individuelle Liquiditätslage des Postbank Konzerns, z. B. hinsichtlich der Bestände in Spar- und Sichteinlagen oder des Zugangs zum besicherten und unbesicherten Geldmarkt, identifiziert und analysiert.

Die Ergebnisse der Stresstests zeigen, dass die Liquiditätssituation des Postbank Konzerns – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise phasenweise massiv erschwerten Marktbedingungen – nicht zuletzt aufgrund der weiter gestiegenen Basis an Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren angemessen ist.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2010 sowie zum 31. Dezember 2009, differenziert nach Restlaufzeiten. Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dieses ist insbesondere relevant für die Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber statistisch gemessen deutlich länger zur Verfügung stehen.

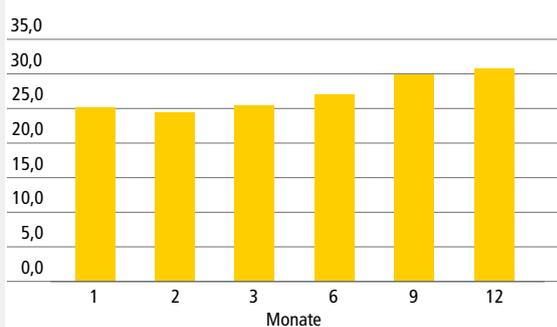
Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Nicht-derivative Verbindlichkeiten	62.126	55.753	76.000	85.856	27.443	36.865	20.943	24.850	26.570	28.079	213.082	231.403
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.172	312	9.569	19.995	3.202	12.338	5.823	4.913	4.457	5.271	24.223	42.829
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38.355	33.474	62.133	60.046	20.949	19.496	6.238	10.589	16.833	16.196	144.508	139.801
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2.793	5.108	2.003	3.437	7.261	7.231	2.490	3.499	14.547	19.275
Nachrangkapital	0	0	840	54	1.289	1.585	1.621	2.093	2.790	3.091	6.540	6.823
Sonstige Passiva	0	2	665	653	0	9	0	24	0	22	665	710
Eventual- und andere Verpflichtungen	22.599	21.965	0	0	0	0	0	0	0	0	22.599	21.965
Derivative Verbindlichkeiten	0	0	2.156	2.642	5.781	7.023	17.414	13.610	5.423	2.433	30.774	25.708
Hedging-Derivate	0	0	120	216	198	516	850	1.557	770	681	1.938	2.970
Handelsspassiva	0	0	2.036	2.426	5.583	6.507	16.564	12.053	4.653	1.752	28.836	22.738
Gesamt	62.126	55.753	78.156	88.498	33.224	43.888	38.357	38.460	31.993	30.512	243.856	257.111

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2010 eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen der folgenden zwölf Monate nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die angemessene Liquiditätsposition des Postbank Konzerns unterstreichen.

Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2010
in Mrd €



Risikoreporting

Insgesamt nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken, die fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt werden. Im Folgenden werden die Standardreports näher erläutert:

- I Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die für die Liquiditätssteuerung relevanten Einheiten werden täglich durch das Risikocontrolling über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastungen auf Konzern- bzw. Einheitenebene unterrichtet. Dabei werden die Zahlungsein- und -ausgänge detailliert den verfügbaren Liquiditätsquellen gegenübergestellt.
- I Ergänzend wird das Marktrisikokomitee monatlich durch den Bereich Liquiditätssteuerung in einem eigenständigen Report zur Marktsituation, Liquiditätssituation und Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- I Der Gesamtvorstand und die Mitglieder des Marktrisikokomitees erhalten monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests auf Konzernebene.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstands-Informationssystems (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.
- I Der Aufsichtsrat wird quartalsweise über die Liquiditätssituation – auch in den definierten Stresssituationen – des Postbank Konzerns informiert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Kapitalmodell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Für die Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Aktivitäten zur Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA) wurden Anfang 2010 fristgerecht abgeschlossen. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens hat die Aufsicht bei einer Vorortprüfung im zweiten Quartal 2010 die Eignung des Kapitalmodells und der zugehörigen Methoden und Verfahren, die Zuverlässigkeit und Integrität der IT-Systeme sowie der Verfahren zur Überprüfung des Risikomesssystems intensiv geprüft. Die Zulassung zur Anwendung des AMA-Ansatzes auf Ebene des Postbank Konzerns wurde durch die BaFin zum 31. Dezember 2010 erteilt.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand des Postbank Konzerns verantwortet die zentralen Aufgaben des Risikomanagements der Operationellen Risiken, die Überwachung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) legt die Rahmenbedingungen für das Controlling der Operationellen Risiken fest. Das operative Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten des Konzerns.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Die OpRisk-Strategie beinhaltet neben qualitativen Aussagen zum täglichen Umgang mit den Operationellen Risiken auch vier quantitative Elemente:

- I Vorgabe eines VaR-Limits für die Operationellen Risiken auf Gesamtbankebene
- I Allokation von ökonomischem Kapital für Operationelle Risiken auf die internen Geschäftsfelder
- I Definition von Warnschwellen zur strukturellen Verlustentwicklung je Geschäftsfeld („typischer Verlust“)
- I Definition von Warnschwellen zu Frequenzschäden (häufige Fälle mit geringer Schadenhöhe)

Die Operationellen Risiken sind vollumfänglich in das Risikotragfähigkeitskonzept des Postbank Konzerns integriert. Die Berechnung der Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken fußt auf dem intern entwickelten Quantifizierungsmodell, das für die vierteljährliche Berechnung der Auslastung des für die Operationellen Risiken zugeordneten Limits als Basis dient. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den vier Geschäftsfeldern des Postbank Konzerns sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regulären Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben. Daneben wird untersucht, wie sich veränderte Parameter der Tail-Verteilung auswirken.

Neben dem Quantifizierungsmodell setzt die Postbank insbesondere folgende Instrumente konzernweit ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 €
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument
- I halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges
- I Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen
- I IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken

Im „OpRisk-Handbuch“ sind sowohl die Methoden und Instrumente als auch die originären Verantwortlichkeiten der am OpRisk-Controlling und -Managementprozess Beteiligten beschrieben. Die Verantwortung zur Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Anfang des Jahres 2010 wurde zur Verstärkung des zentralen OpRisk-Controllings sowie zur Betonung der Bedeutung des Themas eine eigenständige Abteilung „Operationelle Risiken und Geschäftsanalyse“ im Bereich „Risikosteuerung“ eingerichtet. Neben den zentralen Koordinations- und Reportingaufgaben werden auch die Schulungen der dezentralen Risikomanager sowie die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösungen zentral verantwortet.

In Ergänzung zu der zentralen Abteilung und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Schäden aus Operationellen Risiken oberhalb der Erfassungsgrenze von 1 T€ sind mit rund 52,7 Mio € im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (34,7 Mio €) signifikant gestiegen. Hiervon ist nur

ein geringer Anteil auf einzelne Großschäden zurückzuführen; der Rest basiert vor allem auf den zahlreichen Betrugsdelikten Externer im Geschäftsfeld Retail Banking. Ein Schwerpunkt lag dabei auf den Frequenzschäden wie Kreditkartenbetrug, Phishing sowie Überweisungs- und Kreditbetrug, also Fällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch häufig auftreten.

Der Fokus der Betrugsbekämpfung liegt insbesondere in der zeitnahen und bankweiten Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Gremium sowie in der Sensibilisierung der in den relevanten Prozessen involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Flankierend wurden im Jahr 2010 verschiedene technische Maßnahmen initiiert bzw. weitgehend etabliert, die sukzessive zu einer Verbesserung der Situation beitragen.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93% dargestellt.

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)
	31.12.2010 Mio €
Retail Banking	198
Firmenkunden	56
Transaction Banking	73
Financial Markets	93
Postbank Konzern	420

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privat- und Geschäftskundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Den mit Abstand größten Kapitalbedarf hat mit 198 Mio € das Geschäftsfeld Retail Banking.

Risikoreporting

Im Berichtsjahr 2010 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen bezüglich des Reportings Operationeller Risiken um ein Ad-hoc-Reporting an den Aufsichtsrat sowie um eine wöchentliche Berichterstattung an die OpRisk-Komitee-Mitglieder und an die Mitglieder des FRAUD-Gremiums erweitert.

Die Leitungsebenen des Postbank Konzerns erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Der Gesamtvorstand sowie die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren sowie über die Einhaltung von Warnschwellen zu den typischen Verlusten je Geschäftsfeld und zu den Frequenzschäden informiert.
- I Daneben werden der Gesamtvorstand und die Mitglieder des OpRisk-Komitees quartalsweise über die Auslastung der definierten VaR-Limite auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene sowie halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees sowie des FRAUD-Gremiums erhalten zusätzlich wöchentlich eine kurze Zusammenfassung der aktuellen Schadenfallentwicklung.

- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen, entsprechend den Informationsbedürfnissen, abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme oder bei gravierenden Risiken werden die ORK-Mitglieder und die Geschäftsfeldverantwortlichen im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken
Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Konzern-einheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 hält die Deutsche Postbank AG 63 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2010 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Deutschen Postbank AG überwacht.

Die Deutsche Postbank AG hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Deutschen Postbank AG gehaltenen Gesellschaftsanteile an

Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Deutsche Postbank AG hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva.

Hiernach sind alle wesentlichen Beteiligungen der Postbank auf Gruppenebene in das operative Risikomanagement einbezogen. Über die Einbeziehung der Beteiligungen in die operative Risikoüberwachung werden die Beteiligungen jährlich hinsichtlich ihrer Bedeutung und ihres Risikogehalts analysiert und gegebenenfalls weitere Beteiligungen vollständig einbezogen.

Der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind in die operativen und strategischen, konzernweiten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und Überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet.

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend den vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätzen zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafter-

versammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Portfoliosteuerung des Immobilienbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird im Postbank Konzern einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen/Kredit der Postbank angesiedelte Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen. Das Immobilienmanagement koordiniert insbesondere die im Rahmen des Facility- und Propertymanagements wahrzunehmende Dienstleistersteuerung und nimmt eine übergeordnete Kostenkoordinationsfunktion im Sinne der konzern einheitlichen Immobilienstrategie wahr. Zur Vermeidung der Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen oder Veräußerungsverlusten übt das Immobilienmanagement seine Steuerungsfunktion durch Flächenmanagement bzw. aktive Vermarktung von Remanenzen sowie durch langfristige Ressourcenallokation aus.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung (hier: Practice Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (6. Auflage) der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London), basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertverfahrens: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 6. Fassung, Januar 2008).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der eigenen Immobilien berichtet:

- I Dem Ressortvorstand Ressourcen/Kredit wird im Rahmen des im Wesentlichen durch Immobilienthemen bestimmten Reportings des Bereichs „Immobilien, Support und Sicherheit“ monatlich berichtet. Über für Immobilienrisiken wesentliche Sachverhalte wird er ergänzend 14-tägig informiert.
- I Im Rahmen eines bereichsweiten Kennziffersystems werden dem Ressortvorstand immobilienbezogene Schlüsselindikatoren reportet.
- I Der Gesamtvorstand wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise über die Höhe der Immobilienrisiken informiert.

Überwachung und Steuerung der Kollektivrisiken

Risikodefinition

Die allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge räumen den Bausparkunden diverse Wahlrechte für die Spar- und Darlehensphase ein. Die prognostizierte Kollektiventwicklung basiert neben der angenommenen Neugeschäftsentwicklung auf der Einschätzung der zukünftigen Verhaltensausprägungen der Bausparer, abgeleitet aus langjährigen Erfahrungswerten und detaillierten Strukturanalysen. Die Faktoren, die das Kundenverhalten beeinflussen, reichen von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, bis hin zu Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen der Bausparer. Die Postbank fasst unter dem Begriff Kollektivrisiken die negativen Auswirkungen zusammen, die sich aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs ergeben können.

Organisation und Risikostrategie

Die strategische Steuerung der Kollektivrisiken liegt in der Verantwortung des Vorstands. Die Behandlung der Kollektivrisiken ist Bestandteil der übergreifenden Konzernrisikostrategie. Die operative Risikosteuerung und -überwachung erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG. Das Risikocontrolling des BHW ist in die Gesamtbanksteuerung eingebunden.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Als Grundlage zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Die Bausparkasse als Spezialinstitut unterliegt strengen gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben aus dem Bausparkassengesetz und der BaFin als zuständiger Bundesbehörde. Die Validität des Modells ist von Wirtschaftsprüfern bestätigt und von der BaFin akzeptiert. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe bauspartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die relevanten bauspartechnischen Parameter falsch abschätzen, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Weitere Risiken resultieren daraus, dass die Bausparkasse in ihrer Simulation von einer Weiterverwendung des bestehenden Tarifwerks ausgeht. Sollte die Bausparkasse aufgrund von Marktveränderungen gezwungen sein, ihr Tarifwerk anzupassen (also z. B. die Einlagenverzinsung zu erhöhen), könnte dies zu Verschlechterungen der mittelfristigen Ertragslage führen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt, das den bis Ende 2009 pauschal angesetzten Risikopuffer ersetzt.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Kollektivrisiken:

- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK über die durch das Kollektiv entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Entwicklung des Kollektivs wird in der BHW Bausparkasse AG anhand wesentlicher Kennzahlen im Rahmen eines monatlichen bzw. zum Teil quartalsweisen Reportings an den Vorstand der BHW Bausparkasse AG dargestellt.
- I Der für Kollektivrisiken ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts quartalsweise an den Vorstand berichtet.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnissrückgänge aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Sie entstehen dadurch, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnissrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

- I **Modellrisiken**
Risiko aus unerwartetem Volumen- oder Margenrückgang, das durch die Modellierung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapitalbindung und/oder variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden kann.

I Residuale Geschäftsrisiken

Sonstige unerwartete Volumen- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind. Hierzu gehören u. a.:

I Strategische Risiken

Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.

I Reputationsrisiken

Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand. Der Vorstand hat eine auf der übergreifenden Konzernrisikostrategie basierende spezifische Teilrisikostrategie für Geschäftsrisiken verabschiedet. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand und das Marktrisikokomitee berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablauffiktionen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (v. a. Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumen- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem

einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Geschäftsrisiken:

- I Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.
- I Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.
- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.
- I Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.
- I Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- I Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- I Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- I Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung und Ressourcen/Kredit beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) sowie die ergänzenden Vorschriften der Satzung.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- I Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- I Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,

- I ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- I Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- I Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- I Koordination der Entsprechenserklärung i. S. d. § 161 AktG,
- I Bereitstellung bestimmter Anhangangaben,
- I Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken.

Das Ressort Ressourcen/Kredit ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- I Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- I Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- I Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- I Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht) und Compliance,
- I Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- I Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen im Postbank Konzern eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitoring überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweise für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches und/oder organisatorisches Vier-Augen-Prinzip vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie des Postbank Konzerns, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Verbuchung erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision prüft entsprechend den MaRisk risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Die Revision prüft grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Töchtern reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Interne Revision sieht in ihrem jährlichen Prüfungsplan geeignete Prüfungshandlungen vor, um die Angemessenheit der internen Ratingssysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingssysteme grundsätzlich sicherzustellen.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit Rundschreiben 22/2009 vom 21. Dezember 2009 Anforderungen an Vergütungssysteme der Institute definiert. Das Bundesfinanzministerium hat am 6. Oktober 2010 aufgrund des § 25a Abs. 5 Sätze 1–3 und 5 KWG die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV) erlassen, die das Rundschreiben der BaFin ablöst.

Die Vergütungssysteme des Postbank Konzerns wurden mit Wirkung für 2010 an die dort geregelten allgemeinen Anforderungen angepasst. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihrer Aufgaben und Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die hohe Risikopositionen begründen können, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Postbank hat die aufgrund des BaFin-Rundschreibens geforderten Veränderungen rückwirkend zum 1. Januar 2010 umgesetzt und prüft die möglicherweise notwendigen Anpassungen, die sich aus der InstitutsVergV ergeben könnten. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich ist, werden diese möglicherweise notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

Laufende Rechtsverfahren

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten

der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentcheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG sowie zwischen Deutscher Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Für 2011 zeichnet sich ein Anhalten der Erholung der Weltwirtschaft ab, der globale Aufschwung bleibt jedoch anfällig für Rückschläge. Risiken für die konjunkturelle Entwicklung beinhalten die immer noch zu konstatierenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten. Zudem dürften die fiskalischen Impulse insbesondere in den Industrieländern, die die Konjunktur 2010 stützten, nachlassen. Das Wachstum wird deshalb 2011 voraussichtlich etwas niedriger ausfallen als im Vorjahr. Wir rechnen mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 4,3 %. Im Jahr 2012 sollte das Wachstum des globalen BIPs eine ähnliche Größenordnung erreichen.

In den Vereinigten Staaten wird die Konjunktur 2011 unserer Einschätzung nach ein differenziertes Bild bieten. Der private Verbrauch sollte sich aufgrund einer allmählichen Verbesserung am Arbeitsmarkt etwas deutlicher beleben. Eine positive Entwicklung ist auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten, hier sollte sich der Aufwärtstrend fortsetzen. Die Bauinvestitionen hingegen dürften sich erneut als Hemmschuh erweisen. Solange die Krise am Immobilienmarkt nicht überwunden ist, sind von dieser Seite keine positiven Impulse zu erwarten. Auch vom Außenhandel sowie vom Lagerzyklus her lassen sich tendenziell eher leicht belastende Einflüsse für die Konjunktur 2011 erwarten. Das BIP-Wachstum 2011 dürfte mit 2,9 % etwa so hoch ausfallen wie im Vorjahr. Für das Jahr 2012 halten wir – bei einer Verbreiterung der Wachstumsbasis einerseits, jedoch nachlassenden Impulsen aus staatlichen Konjunkturprogrammen andererseits – ein Wachstum in vergleichbarer Höhe für wahrscheinlich.

Der Aufschwung der japanischen Wirtschaft dürfte 2011 spürbar nachlassen. Aufgrund einer sich abschwächenden Dynamik des Welthandels sollten von den Exporten nur noch mäßige Impulse ausgehen. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage wird wohl nicht stark genug sein, dies auszugleichen. Insbesondere erwarten wir nach dem kräftigen Zuwachs im abgelaufenen Geschäftsjahr nur eine mäßige Ausweitung des privaten Verbrauchs. Das BIP dürfte deshalb mit 1,3 % nur verhalten wachsen. Für 2012 erwarten wir demgegenüber wieder ein leichtes Anziehen des Wachstums. In China sollte die Wirtschaft 2011 aufgrund der Bestrebungen der Regierung, eine Überhitzung zu vermeiden, etwas langsamer wachsen als im Berichtsjahr. Der wirtschaftliche Aufschwung wird jedoch robust bleiben und sollte sich auch 2012 fortsetzen.

Die Konjunktur im Euroraum dürfte 2011 ihren verhaltenen Aufwärtstrend fortsetzen. Angesichts der sich abzeichnenden Stabilisierung des Arbeitsmarktes sind vom privaten Verbrauch etwas stärkere Impulse zu erwarten. Positive Perspektiven zeichnen sich auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ab. Zudem sollten bei einem soliden Wachstum der Weltwirtschaft und einer mäßigen Ausweitung der Binnennachfrage die Exporte stärker wachsen als die Importe. Dämpfende Effekte gehen hingegen von der Finanzpolitik aus: Viele EUW-Mitgliedsländer werden die von ihnen beschlossenen staatlichen Sparprogramme umsetzen, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren. In der Folge dürfte das BIP-Wachstum mit 1,7 % insgesamt verhalten bleiben. Dabei sollten die Unterschiede zwischen den Wachstumsraten der einzelnen Mitgliedsländer schrumpfen. Für die Länder mit großen strukturellen Problemen bleiben die Aussichten allerdings immer noch sehr mäßig. Für 2012 rechnen wir für den

Euroraum mit einem Wachstum in ähnlicher Größenordnung. Dabei sollte sich aber die konjunkturelle Dynamik in den Ländern, die aktuell dem größten Konsolidierungsdruck unterliegen, verstärken.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Konjunktur stand zum Jahreswechsel 2010/2011 auf einer breiten Basis – dies verspricht für 2011 eine Fortsetzung des Aufschwungs. Die Ausfuhren sollten weiter zulegen, jedoch dürften bei deutlich steigenden Importen vom Außenhandel insgesamt kaum noch Wachstumsimpulse ausgehen. Dafür sollte allerdings die Binnen- nachfrage solide steigen. Auch die Bruttoanlageinvestitionen dürften erneut spürbar anziehen, und zwar maßgeblich getragen von den Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen hingegen sollten nur verhalten wachsen, da die Effekte des – auslaufenden – staatlichen Infrastrukturprogramms nachlassen. Privater Wohnungsbau und gewerbliche Bauinvestitionen dürften jedoch weiter zulegen. Von der anhaltenden Belebung der Investitionstätigkeit sollte der Arbeitsmarkt profitieren, sodass die Beschäftigung weiter zunehmen dürfte. Vor diesem Hintergrund sollte auch der private Verbrauch kräftig zulegen. Das BIP-Wachstum dürfte mit 2,4 % zwar deutlich hinter dem Rekord- ergebnis des Vorjahres zurückbleiben, aber immer noch wesentlich höher ausfallen als im Euroraum insgesamt. Für 2012 rechnen wir sowohl bei den Bruttoanlageinvestitionen als auch beim privaten Verbrauch mit einem Abschwächen der Wachstumsdynamik. Als Folge dürfte das BIP-Wachstum insgesamt spürbar zurückgehen.

Märkte

Die Geldpolitik der führenden Notenbanken dürfte 2011 sehr expansiv bleiben. Im Hinblick auf die EZB erwarten wir, dass sie die vorsichtige Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen ab dem Frühjahr fortsetzt. Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor bleibt dabei die europäische Staatsschuldenkrise. Bei einer erneuten Verschärfung könnte sich die EZB gezwungen sehen, die noch bestehenden Maßnahmen für längere Zeit unverändert beizubehalten. Obwohl sich der Preisaufrtrieb in diesem Jahr voraussichtlich spürbar verstärken wird, dürfte die EZB ihren Leitzins angesichts der bestehenden Risiken im Hinblick auf Staatsverschuldung und Konjunktur noch für einige Zeit auf dem sehr niedrigen Niveau von 1,0 % belassen. Mit einer leichten Leitzinsanhebung auf 1,25 % rechnen wir erst für das Schlussquartal 2011. Im Jahr 2012 dürfte die EZB weitere sukzessive Leitzinserhöhungen folgen lassen. Wir gehen davon aus, dass die US-Notenbank ihren Leitzins 2011 konstant bei 0 % bis 0,25 % halten wird. Ihr Ankaufprogramm für US-Staatsanleihen im Volumen von 600 Mrd US \$ dürfte sie planmäßig im Juni abschließen. Aufgrund der erwarteten Stabilisierung des Konjunkturaufschwungs erwarten wir keine zusätzlichen Maßnahmen der Fed zur Anreicherung der gesamtwirtschaftlichen Liquidität. Im Jahr 2012 dürfte die Fed unserer Ansicht nach beginnen, ihren Leitzins vorsichtig anzuheben.

Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und die 2011 voraussichtlich steigenden Inflationsraten sprechen für einen Anstieg der Kapitalmarktzinsen. Dieser dürfte jedoch durch die weiterhin sehr niedrigen Leitzinsen und das hohe Maß an – von den Notenbanken zur Verfügung gestellter – Liquidität begrenzt werden. Aufgrund der weiterhin schwelenden europäischen Staatsschuldenkrise sollten zudem Bundesanleihen bis auf Weiteres ihre Funktion als „sicherer Hafen“ am Kapitalmarkt behalten. Wir rechnen deshalb für 2011 nur mit einer leichten Erhöhung der Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf 3,2 %. Im Euroraum dürfte sich die Zinsstrukturkurve leicht abflachen. Im historischen Vergleich wird sie aber immer noch steil bleiben. Infolge der

von uns erwarteten Leitzinsanhebungen der EZB rechnen wir für das Jahr 2012 mit einem etwas deutlicheren Anstieg der Kapitalmarktzinsen. Die Zinsstrukturkurve sollte in diesem Umfeld ihre Verflachungstendenz fortsetzen.

Das anhaltende Wirtschaftswachstum sollte die Sorge vor Ausfällen bei Unternehmensanleihen dämpfen u. a. mit der Folge, dass die Risikoaufschläge im Jahr 2011 voraussichtlich leicht sinken werden. Die Corporate Spreads dürften aber weiterhin deutlich über dem Niveau liegen, das vor dem Ausbruch der Finanzkrise zu verzeichnen war. Für das Jahr 2012 erwarten wir in diesem Marktsegment keine wesentliche Veränderung. Hinsichtlich der Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der Euro-Peripherieländer verlangt werden, halten wir erst dann eine nachhaltige Entspannung für möglich, wenn sich die Euroländer auf eine glaubwürdige Strategie geeinigt haben werden, die auch über das Jahr 2013 hinaus reicht. Solange sich keine grundsätzliche Lösung abzeichnet, wie mit hoch verschuldeten Staaten innerhalb der Eurozone zu verfahren ist, wird die Schwankungsanfälligkeit hoch bleiben.

Branchensituation

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für die internationale Finanzgemeinschaft sind in einigen Teilen immer noch nicht abschließend fixiert. Allein die strengeren Mindestkapitalanforderungen für Banken wurden im November 2010 auf dem G20-Gipfel in Seoul beschlossen und sollen nun schrittweise bis 2019 umgesetzt werden. Die strengeren Eigenkapitalanforderungen sollten einige Finanzinstitute vor einen zusätzlichen Kapitalbedarf stellen. Neben der Thesaurierung von Gewinnen dürften Kapitalerhöhungen zur Schließung dieser Lücken notwendig werden.

In Deutschland wurde das Restrukturierungsgesetz, in dem u. a. die Bankenabgabe geregelt ist, von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und trat mit dem Jahresbeginn 2011 in Kraft. Allerdings sollen einzelne Details des Gesetzes, insbesondere die Bankenabgabe, durch eine zu erlassende Rechtsverordnung geregelt werden. Laut einem entsprechenden Entwurf soll die in einem Jahr zu zahlende Bankenabgabe auch weiterhin maximal 15 % des Jahresgewinns betragen. Übersteigt die rechnerisch ermittelte Abgabe die Obergrenze von 15 % jedoch, müssten die Banken die Differenz in den Folgejahren nachträglich begleichen. Anfang Januar 2011 wurde bekannt, dass die Europäische Kommission sich mit der Einführung einer EU-weiten Bankenabgabe beschäftigt. Daraus ergäbe sich eine Doppelbelastung für deutsche Finanzinstitute. Signifikante zusätzliche Belastungen für Banken könnten zudem von einer Harmonisierung der Einlagensicherung nach den Plänen der EU-Kommission ausgehen.

Eine EU-weit gültige Entscheidung für oder gegen die Einführung einer Finanztransaktions- bzw. Finanzaktivitätssteuer ist bisher nicht gefallen. Ob und wann hier ein Konsens erzielt werden kann, ist offen. Das deutsche Finanzministerium bevorzugt die Finanztransaktionssteuer. Sollte eine der beiden Steuern eingeführt werden, wäre eine zusätzliche Ergebnisbelastung der Banken die Folge.

Ein Punkt steht allerdings auf europäischer Ebene bereits fest: Im Frühling dieses Jahres werden sich europäische Banken und Versicherer erneut einem Stresstest unterziehen müssen. Er wird von den neu gegründeten Aufsichtsbehörden European Banking Authority und European Insurance and Occupational Pensions Authority koordiniert werden. Die Widerstandsfähigkeit der Finanzbranche bei neuerlichen

Finanz- und Wirtschaftskrisen soll überprüft werden. Die Ergebnisse der Bankprüfungen sollen bis zur Mitte dieses Jahres vorliegen.

Im Jahr 2011 dürften sich die fundamentalen Rahmenbedingungen für die heimische Bankenbranche weiterhin überwiegend positiv gestalten. Zum einen sollte sich die gute konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen und die Bonität der Kreditnehmer mehrheitlich zumindest stabil bleiben. Zum anderen dürfte sich die Zinsstrukturkurve bis weit in das Jahr 2011 hinein grundsätzlich nur geringfügig verändern. Sowohl die Zinsüberschüsse als auch die Zuführungen zur Risikovorsorge sollten von diesen Seiten her zunächst gestützt werden. Eine Verflachung der Zinsstrukturkurve im Verlauf von 2012 könnte die Zinsüberschüsse tendenziell belasten. Der über die Preisgestaltung ausgetragene harte Wettbewerb um neue Kunden im Privat-, zunehmend jedoch auch im Firmenkundengeschäft dürfte die Geschäftsaussichten hingegen sowohl 2011 als auch 2012 beeinträchtigen. Die Ergebnisbeiträge aus Investmentbanking und Eigenhandel dürften bei vielen deutschen Instituten aufgrund des anhaltend schwierigen Kapitalmarktumfelds mittelfristig eher stagnieren. Die finanziellen Belastungen, die sich für die Finanzindustrie aus der Einführung der Bankenabgabe sowie eventuell auch weiterer Abgaben ergeben, sind noch nicht endgültig kalkulierbar. Zudem wird die Schuldenkrise der EU-Peripherie aller Voraussicht nach sowohl 2011 als auch 2012 weiter als Unruheherd wirken und womöglich zu zusätzlichen Belastungen in den Handelsbüchern einiger Institute führen. Sollte es sogar zu einem Zahlungsausfall oder einer Restrukturierung von Staatsschulden im Euroraum kommen, so hätte dies erhebliche negative Auswirkungen auf den Finanzsektor. Denn Banken, Versicherungen und andere institutionelle Investoren zählen zu den wichtigsten Anlegern am Markt für Staatsanleihen. Für 2011 und auch für 2012 erwarten wir daher für die Mehrheit der deutschen Geldhäuser allenfalls eine moderate Ergebnissteigerung. Die vor dem Ausbruch der Finanzkrise ausgewiesenen Ertrags- und Renditeniveaus dürften daher mittelfristig von vielen Banken noch nicht wieder erreicht werden.

Eine Vielzahl von Kreditinstituten wird in Deutschland zum Verkauf angeboten. Säulenübergreifende Transaktionen deuten sich derzeit jedoch nicht an. Internationale Investoren scheinen vielmehr die Hauptinteressenten zu sein. Der deutsche Bankenmarkt dürfte auch in den kommenden Jahren unverändert von der Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, gekennzeichnet bleiben.

Erwartete Finanzlage

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Aus gesetzlichen Anforderungen erwachsen Investitionsanforderungen insbesondere im Zusammenhang mit den neuen Regelungen der IFRS, der Abgeltungssteuer, der SEPA, der Solvabilitätsverordnung und der standardisierten Werbeerlaubnis.

Zur Optimierung des laufenden Betriebs und der Prozesse investiert die Postbank weiterhin in das Kernbankensystem SAP, den Zahlungsverkehr, die Vertriebs-Front-Ends sowie in die Bankzugänge für die Kunden (Multikanalbanking), und hier speziell in die Verbesserung der Sicherheit, z. B. die Ablösung der I-TAN durch moderne und sicherere Verfahren.

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

Im Rahmen der Geschäftsentwicklung wird in Produktinnovationen in den Bereichen Retail, Bausparen und Financial Markets, in die Entwicklung des Mandantengeschäfts sowie in die strategischen Programme der Postbank investiert.

Schwerpunkte bei der Weiterführung des Strategieprogramms Postbank4Future im Jahr 2011 sind die weitere Optimierung des Reklamationsmanagements, die Neuausrichtung der HR-Systeme sowie die Verbesserung von Steuerungsmechanismen durch die Einführung einer Strategic Financial Database. In einem weiteren Programm wird in die Standardisierung von Postbank-internen Prozessen investiert und die Erreichung des A-IRBA (fortgeschrittener interner Ansatz zur Ermittlung der Kreditrisiken) zur Entlastung der Risikoaktiva und damit der Eigenkapitalquote angestrebt.

Die voraussichtlichen Auswirkungen von Basel III

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) hat am 16. Dezember 2010 die Regelungstexte der künftigen internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) final verabschiedet. In Reaktion auf die Finanzkrise wurde mit ihnen eine Vielzahl von Verschärfungen der regulatorischen Rahmenbedingungen geschaffen, die eine größere Widerstandsfähigkeit des weltweiten Bankensystems zum Ziel haben. Vorgesehen sind sowohl engere Definitionen des aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenkapitals (höhere qualitative Anforderungen, zusätzliche Abzugsposten) als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden künftig Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird überwacht. Die neuen Regelungen von Basel III werden bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer gefordert.

Im Zeitraum bis zur Einführung von Basel III plant die Postbank, ihre Eigenkapitalposition durch Gewinnthesaurierung, Einführung fortgeschrittener Modelle zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen (IRB Advanced, Internes Marktrisikomodell, AMA) sowie den Abbau von Finanzanlagen weiter zu verbessern. Auf Basis der aktuellen Planungen wird die Postbank so die bei der Einführung von Basel III erforderlichen Mindestkapitalquoten einhalten bzw. übertreffen. Gleichzeitig werden kontinuierlich weitere Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalausstattung geprüft.

Dank ihres Geschäftsmodells, insbesondere des Einlagengeschäfts und des stabilen privaten Baufinanzierungsportfolios, ist die Postbank darüber hinaus auch für die ab 2015 (Liquidity Coverage Ratio, LCR) bzw. ab 2018 (Net Stable Funding Ratio, NSFR) verpflichtend einzuhaltenden Kennzahlen zur Sicherstellung der Liquidität gut gerüstet. Die durch die LCR geforderte kurzfristige Liquiditätsanforderung wird beispielsweise schon heute deutlich übertroffen.

Die De-Risiking-Strategie der Postbank wird darüber hinaus dazu beitragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten, nicht aber limitierten Verschuldungsgrad weiter zu reduzieren.

Ziele der Postbank

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Geschäftsbereichen

Die Postbank hat im Rahmen einer Überprüfung ihrer strategischen Positionierung Ende 2009 wesentliche Weichenstellungen vorgenommen, die dazu beitragen sollen, die gute Wettbewerbsposition der Bank im Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden in den kommenden Perioden zu untermauern und in den Kernproduktfeldern auch auszubauen. Die erfreuliche Entwicklung des Jahres 2010 zeigt, dass die strategischen Weichenstellungen bereits Wirkung entfalten und die operativen Ergebnisbeiträge in den Segmenten deutlich steigen.

Für das angelaufene Geschäftsjahr und darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Übernahme der Aktienmehrheit und die daraus zu erwartende engere Anbindung an und Integration der Postbank in den Deutsche Bank Konzern Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung und damit die mittel- und langfristige Ergebnissituation des Postbank Konzerns und seiner Geschäftsbereiche haben wird. Dies kann sich zum einen aus einer möglichen Übernahme von konzernuneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie -wahlrechten und Integrationsaufwendungen ergeben. Zum anderen ist auch davon auszugehen, dass eine potenziell engere Verbindung der beiden Unternehmen im operativen Geschäft Auswirkungen auf die Ergebnissituation haben dürfte. Eine Bewertung dieser Effekte ist aufgrund des Konkretisierungsgrades zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich und findet insofern keinen Eingang in diesen Ausblick.

Bei der nachfolgenden Kommentierung der erwarteten Entwicklung unserer wesentlichen Geschäftsbereiche ist ferner zu beachten, dass die Einführung der neuen Segmentberichterstattung, welche für das erste Quartal 2011 geplant ist, zu Verschiebungen zwischen den Ergebnissen der einzelnen Segmente führen wird. Wesentliche Veränderungen werden sich durch die Bündelung der Ergebnisse des Bankbuchs im Segment Financial Markets ergeben. Darüber hinaus werden einige konzeptionelle Anpassungen, wie die Veränderung der Annahmen für die Verzinsung des den Segmenten zugeordneten Eigenkapitals, Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung der operativen Segmente haben. Der nachfolgende Ausblick basiert auf der aktuell noch gültigen Systematik der Segmentberichterstattung. Er wird jeweils ergänzt um den nach der Umstellung auf die neue Methodik zu erwartenden Trend.

Retail Banking

Retail Banking umfasst das Privatkundengeschäft der Postbank. Die für dieses Geschäftsfeld beschlossenen Maßnahmen des Strategieprogramms Postbank4Future schärfen das Profil der Postbank und verfolgen das Ziel, die Bank noch deutlicher als führender Anbieter in den Bereichen Girokonto, Spargeschäft, private Baufinanzierung und Bausparen sowie private Altersvorsorge zu positionieren. Kernelemente dieser Strategie wurden bereits im Geschäftsjahr 2010 umgesetzt: So wurde die Produktpalette konsequent vereinfacht, und die Vertriebskanäle wurden auf ausgewählte Produktfelder fokussiert. Darüber hinaus haben wir stark in die Ausweitung des Kundenservice, insbesondere die Erreichbarkeit, investiert. Beispiele dieser Maßnahmen sind die Übernahme von 277 Filialen der Deutschen Post sowie die Erweiterung des Netzes von Geldausgabestellen, eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten sowie eine Optimierung des Reklamationsmanagements. Wesentlich für die künftige Ergebnisentwicklung war auch die Umsetzung einer stärker wertorientierten Steuerung, die im Jahr 2010 insbesondere im

Kreditgeschäft schon zu einem spürbaren Anstieg der Neugeschäftsattraktivität führte.

Die Ergebnisentwicklung des Segments Retail Banking war 2010 gegenüber dem Vorjahr durch ein sehr starkes Wachstum des Zinsüberschusses geprägt. Dieses Momentum wird nach derzeitiger Einschätzung 2011 nicht anhalten. So gehen wir beispielsweise davon aus, dass die Ergebnisbeiträge aus dem Einlagengeschäft stagnieren und zum Teil auch leicht rückläufig sein können. Ferner wird der Beitrag unserer Tochtergesellschaft in Indien aufgrund des für das erste Quartal 2011 erwarteten Verkaufs der Einheit entfallen. Auch der Provisionsüberschuss des Segments wird nach derzeitiger Einschätzung leicht rückläufig sein. Dies ist z. B. auf die angepassten Entgelte für die Nutzung unserer Geldausgabeautomaten sowie weiter rückläufige Provisionen aus Postdienstleistungen zurückzuführen.

Der Verwaltungsaufwand sollte aufgrund der Effizienzinitiativen aus dem Strategieprogramm Postbank4Future, der anhaltend hohen Kosten disziplin sowie der vorgenannten Entkonsolidierung der indischen Tochtergesellschaft – trotz eines strukturellen Anstiegs des Verwaltungsaufwands aus der Übernahme von 277 zusätzlichen Filialen Mitte 2010 – in den Jahren 2011 und 2012 eine Entwicklung unterhalb des Inflationsniveaus zeigen.

Auch für die Risikovorsorge im Privatkundengeschäft erwarten wir eine im Wesentlichen stabile Entwicklung auf dem relativ niedrigen Niveau des Jahres 2010.

Insgesamt gehen wir derzeit davon aus, dass das Ergebnis des Segments in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund der zunächst erwarteten Rückgänge der Gesamterträge, u. a. bedingt durch den Verkauf der indischen Tochtergesellschaft, nicht an das hohe Niveau des Jahres 2010 anknüpfen kann. Mittelfristig sollten die ergriffenen Initiativen aus dem Strategieprogramm Postbank4Future sowohl auf der Kosten- als auch auf der Ertragsseite positive Wirkung entfalten und so zu einem sukzessiven Wachstum des Segmentergebnisses beitragen.

Die vorgenannten Ergebnistrends sollten sich grundsätzlich auch in der ab dem 31. März 2011 gültigen Segmentssystematik einstellen.

Firmenkunden

Im Geschäftsbereich Firmenkunden hat das Strategieprogramm Postbank4Future nicht zu spürbaren Anpassungen der strategischen Ausrichtung geführt. Wir konzentrieren uns hier weiterhin auf die Intensivierung der Geschäftsbeziehungen mit unseren rund 30.000 Firmenkunden.

Im Bereich der gewerblichen Immobilienkredite, der dem Geschäftsbereich Firmenkunden zugeordnet ist, werden wir uns wie schon 2010 auf ausgewählte Finanzierungen mit konservativen Finanzierungsausläufen und stabilen Cashflows konzentrieren. Das Risiko-Rendite-Profil wollen wir 2011 weiter verbessern.

Das Ergebnis des Segments Firmenkunden im Jahr 2010 war gekennzeichnet von einem signifikanten Turnaround. Nach einem Verlust im Vorjahr konnte das Ergebnis auf 382 Mio € gesteigert werden. Dies war u. a. auf eine sehr starke Entwicklung des Zinsüberschusses zurückzuführen, welche zum einen auf die gute Volumen- und Margenentwicklung, zum anderen aber auch auf technische Effekte aus

höheren Zinserträgen aus wertgeminderten Vermögensgegenständen zurückzuführen war. Letztgenannte Erträge dürften nach heutiger Einschätzung in den kommenden Perioden wieder deutlich rückläufig sein und – zusammen mit einer Normalisierung des Margenniveaus gegenüber den beiden guten Vorjahren – zu einem insgesamt rückläufigen Zinsüberschuss führen.

Vor dem Hintergrund der erwarteten positiven Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im Geschäftsbereich Firmenkunden von einer gegenüber den Vorjahren leicht abnehmenden Notwendigkeit zur Risikovorsorge auszugehen, wobei eine Eintrübung der Situation an den internationalen Immobilienmärkten oder der Ausfall einzelner Kreditnehmer diesen Trend unterbrechen könnten.

Zusammengefasst erwarten wir für das Segment Firmenkunden aufgrund der oben aufgezeigten Trends für die Jahre 2011 und 2012 Ergebnisse, die unter dem guten Niveau des Jahres 2010 liegen werden.

Im Rahmen der neuen Segmentberichterstattung wird sich dieser Trend ebenfalls einstellen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Ergebnisse aus Beständen des Bankbuchs künftig gesamthaft im Segment Financial Markets ausgewiesen werden. Dies wird voraussichtlich zu einer strukturellen Absenkung des Ergebnisses des Segments Firmenkunden führen.

Transaction Banking

Im Transaction Banking ist die Postbank mit einer hochmodernen IT-Plattform für den Inlands-, den SEPA- und den Auslandszahlungsverkehr auch für die künftigen Herausforderungen an ein modernes, effizientes Processing gut gerüstet.

Die Integration des Anfang 2009 neu gewonnenen Mandanten HSH Nordbank sollte auch in den folgenden Jahren sukzessive zu positiven Impulsen für die Ertragssituation führen. Gleichzeitig wird die Rückintegration des bisher von uns abgewickelten Zahlungsverkehrs der Dresdner Bank in die Commerzbank im Jahr 2011 den künftigen Provisionsüberschuss belasten. In Summe gehen wir von einem Rückgang des Provisionsüberschusses gegenüber dem Niveau des Jahres 2010 um rund 10 % aus. Dieser Trend wird sich bis ins Jahr 2012 fortsetzen. Danach rechnen wir mit einer Stabilisierung des Provisionsüberschusses. Maßnahmen zur Verringerung des Kostenblocks des Geschäftsbereichs sind angestoßen. Diese werden nach derzeitiger Einschätzung bis zum Jahr 2012 ihre volle Wirkung entfalten. Insgesamt erwarten wir daher für 2011 einen spürbaren Rückgang des Ergebnisses des Segments, das sich nach einer Stabilisierung im Jahr 2012 wieder sukzessiv positiv entwickeln sollte.

Die neue Segmentberichterstattung wird nach derzeitiger Erwartung geringe Auswirkungen auf die aufgezeigten Ergebnistrends haben.

Financial Markets

Die Hauptaufgabe des Ressorts Financial Markets wird auch künftig in einer effektiven Risikopositionierung für die gesamte Postbank Gruppe liegen. Nach den herausfordernden Jahren 2009 und 2010 werden im Jahr 2011 und in den Folgejahren die weitere Optimierung unserer Portfoliostruktur sowie ein konsequentes Deleveraging im Vordergrund stehen.

In der künftigen Segmentberichterstattung werden sämtliche Ergebnisse aus Bankbuchbeständen, die heute überwiegend im Segment Übrige, aber auch in den Segmenten Retail Banking und Firmenkunden erfasst sind, im Segment Financial Markets zusammengeführt. Dies wird zu einer deutlichen Belastung des Ergebnisses – insbesondere der Segmenterträge – gegenüber dem heutigen Ausweis führen. Das Segment wird demnach auf absehbare Zeit ein strukturell negatives Ergebnis ausweisen, welches sich insbesondere aufgrund rückläufiger Belastungen aus Risikoportfolios der Bank im Jahr 2011 und darüber hinaus sukzessive verbessern sollte.

Ausblick Postbank Konzern

Für die Jahre 2011 und 2012 rechnen wir mit einer andauernden Erholung der Weltwirtschaft. In Deutschland sollte die Wachstumsdynamik im Jahr 2011 weiter anhalten, erst für 2012 gehen wir von einer Abschwächung aus. Die Umfeldbedingungen an den Kapitalmärkten bleiben – wie an den Entwicklungen des dritten und des vierten Quartals 2010 ablesbar war – voraussichtlich fragil. Insbesondere außerhalb Deutschlands gehen wir weiterhin von überdurchschnittlich vielen Unternehmensinsolvenzen sowie von anhaltend schwierigen Bedingungen in ausgewählten ausländischen Immobilienmärkten aus. Daher rechnen wir nach wie vor mit einem erhöhten – wenn auch abnehmenden – Risikoversorgerbedarf im gesamten Bankensektor. Die nachfolgende Einschätzung für den voraussichtlichen Geschäftsverlauf der Postbank im laufenden Geschäftsjahr und im Jahr 2012 geht von einem Basisszenario gemäß unseren in diesem Bericht dargelegten volkswirtschaftlichen Erwartungen aus. Zusätzlich sind etwaige Auswirkungen von im Abschnitt „Branchenausblick“ dargestellten potenziellen erheblichen Rückschlägen und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten zu berücksichtigen. Darüber hinaus können auch die andauernden Diskussionen um strengere regulatorische Vorschriften für den Bankensektor, wie z. B. die Reform der Einlagensicherung, sowie ein etwaiger beschleunigter Abbau von Risikopositionen über die heutige Planung hinaus signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben. In dem nachfolgenden Ausblick nicht enthalten sind – wie bereits bei der Einschätzung zur Entwicklung unserer Geschäftsbereiche erwähnt – etwaige Auswirkungen aus einer engeren Anbindung an und der Integration in den Deutsche Bank Konzern, der Anwendung konzern einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie der Nutzung von Wahlrechten.

Die Ergebnisentwicklung des Geschäftsjahres 2010 belegt, dass die Postbank über ein solides Geschäftsmodell mit stabilen und nachhaltigen Ertragsströmen aus dem Kundengeschäft sowie einer guten Refinanzierungsbasis verfügt. Den im Rahmen unseres Strategieprogramms Postbank4Future eingeschlagenen Kurs der Konzentration auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden werden wir konsequent beibehalten. Auch den Abbau von kapitalmarktbezogenen Beständen und Risiken wird die Bank weiterverfolgen.

Auf Basis unserer Prognosen für die Entwicklung des Kundengeschäfts und der externen Rahmenbedingungen gehen wir für das Geschäftsjahr 2011 von einem weiteren Wachstum des Zinsüberschusses gegenüber dem Niveau des Vorjahres aus. Der Anstieg wird aufgrund der sehr dynamischen, von einigen Sondereffekten begünstigten Entwicklung im Jahr 2010 und des geplanten Verkaufs unserer indischen Tochtergesellschaft jedoch geringer ausfallen. Auch im Jahr 2012 sollte sich das Wachstum weiter fortsetzen.

Der Provisionsüberschuss wird nach unseren aktuellen Einschätzungen aufgrund der rückläufigen Erträge insbesondere im Transaction Banking im Jahr 2011 leicht sinken und sich 2012 auf diesem Niveau fortschreiben. Somit wird sich 2011 für die Summe von Zins- und Provisionsüberschuss – nach dem dynamischen Anstieg im Jahr 2010 – voraussichtlich eine Seitwärtsentwicklung zeigen. Für die Zeit ab 2012 rechnen wir wieder mit einem moderaten Wachstum.

Dem Kostenmanagement widmen wir im Rahmen unseres Strategieprogramms Postbank4Future weiterhin hohe Aufmerksamkeit. Für das Jahr 2011 gehen wir allerdings von einem gegenüber dem Vorjahr leicht steigenden Verwaltungsaufwand aus. Dies ist zum einen begründet durch die Übernahme von 277 Filialen der Deutschen Post, welche zu einer strukturellen Erhöhung der Verwaltungskosten um ca. 60 Mio € bis 70 Mio € p. a. führen wird. Zum anderen werden temporär höhere Kosten für die Umsetzung der vielfältigen regulatorischen Änderungen den Verwaltungsaufwand erhöhen. Ab 2012 erwarten wir hieraus und aus den in den Vorjahren eingeleiteten Initiativen zur Effizienzsteigerung entlastende Effekte in den Verwaltungsaufwendungen. Bei der Prognose der Verwaltungsaufwendungen ist zu berücksichtigen, dass sich die vorstehend aufgezeigte erwartete Entwicklung durch eine Intensivierung der Einbindung in den Deutsche Bank Konzern oder eine Vereinheitlichung bei der Nutzung von Bilanzierungswahlrechten und -methoden verändern könnte.

Zusätzlich wird die Bankenabgabe im Jahr 2011 das Ergebnis der Bank belasten. Die Postbank rechnet mit einem Zusatzaufwand hieraus in Höhe von ca. 24 Mio €.

Die weitere Entwicklung des Handels- und des Finanzanlageergebnisses ist – wie in vorangegangenen Berichten bereits dargelegt – maßgeblich vom Geschehen an den Geld- und Kapitalmärkten abhängig. Bezogen auf die in diesen Ergebnislinien verbuchten Belastungen aus unserem strukturierten Kreditportfolio, sind die zukünftige weltwirtschaftliche Entwicklung und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wesentliche Determinanten. Unter der Voraussetzung, dass es in der makroökonomischen Entwicklung nicht zu spürbaren Abweichungen von unseren Erwartungen kommt, sollten die Gesamtbelastungen für das Handels- und das Finanzanlageergebnis im Jahr 2011 geringer ausfallen als im Jahr 2010. Dieser Trend könnte allerdings – auch bei ansonsten intakter Marktlage – u. a. durch Ausfälle und Herabstufungen einzelner Emittenten mit Breitenwirkung gestört werden. Insgesamt erwarten wir für das Handels- und das Finanzanlageergebnis zusammengenommen auch für 2011 und 2012 negative, wenn auch gegenüber dem Jahr 2010 erkennbar verbesserte Ergebnisbeiträge. Dies ist über die vorerwähnten Belastungen hinaus auch auf unsere klare Strategie zum Abbau von Finanzanlagebeständen zurückzuführen, welche die Möglichkeit der Generierung von positiven Zusatzerträgen einschränkt. Eine Intensivierung dieses Abbaupfades könnte – abweichend zu den vorstehenden Einschätzungen – zu temporär spürbar steigenden Ergebnisbelastungen führen. Das Finanzanlageergebnis wird von einem Verkaufsgewinn profitieren, den wir für das erste Quartal 2011 aus dem Verkauf unserer Tochtergesellschaft in Indien erwarten.

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft sollte sich nach derzeitiger Einschätzung 2011 und darüber hinaus gegenüber dem Niveau des Jahres 2010 leicht rückläufig entwickeln. Während die Risikoversorge

bildung im Privatkundengeschäft nur leicht wachsen und somit im Wesentlichen auf dem moderaten Niveau des Jahres 2010 verbleiben sollte, erwarten wir aufgrund der weiteren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine rückläufige Risikovorsorge-notwendigkeit im Firmenkundengeschäft sowie in der gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Zusammenfassend gehen wir auf Basis der vorgenannten Einschätzungen zur Entwicklung der einzelnen Ergebnislinien derzeit davon aus, dass die Postbank in den Jahren 2011 und 2012 an die gute Entwicklung des Jahres 2010 anknüpfen kann und somit nachhaltig in die Gewinnzone zurückkehrt. Die von uns erwartete erfreuliche Entwicklung der Ergebnisbeiträge aus dem Kundengeschäft wird insbesondere 2011 noch von Belastungen aus den Risikopositionen sowie einer noch erhöhten Risikovorsorge beeinflusst, sodass die volle operative Stärke der Bank erst sukzessive sichtbar werden dürfte.

Die langfristige Prognose einer nachhaltig erzielbaren Eigenkapitalrendite bleibt aufgrund der bestehenden Unsicherheiten und der fort-dauernden Diskussionen über die künftige Regulierung des Bankenmarktes – wie z. B. die Reform der Einlagensicherung und die Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen – für Banken derzeit generell schwierig. Zudem ist derzeit für die Postbank nicht absehbar, welche konkreten Auswirkungen sich aus einer möglichen Integration in den Deutsche Bank Konzern im Hinblick auf die mittel- bis langfristige Ergebnissituation ergeben. Dem trägt die Postbank Rechnung und verzichtet bis auf Weiteres auf die Prognose eines mittelfristigen und nachhaltig erzielbaren Rendite-Anspruchsniveaus. Wir sind entschlossen, die starke Stellung der Postbank im deutschen Markt weiter auszubauen, und wir sind zuversichtlich, auf unserem Weg profitablen Wachstums voranzuschreiten.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. Dezember 2010

103	Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010
104	Bilanz zum 31. Dezember 2010
105	Eigenkapitalveränderungsrechnung
106	Kapitalflussrechnung
108	Anhang – Notes
141	Segmentberichterstattung (Note 42)
176	Bestätigungsvermerk

I Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

Gewinn- und Verlustrechnung

	Erläuterungen	2010 Mio €	2009 ¹ Mio €
Zinserträge	(7)	6.978	7.987
Zinsaufwendungen	(7)	-4.247	-5.582
Zinsüberschuss	(7)	2.731	2.405
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-561	-678
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.170	1.727
Provisionserträge	(9)	1.586	1.623
Provisionsaufwendungen	(9)	-270	-285
Provisionsüberschuss	(9)	1.316	1.338
Handelsergebnis	(10)	-241	-498
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	-1	-148
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.934	-2.864
Sonstige Erträge	(13)	175	178
Sonstige Aufwendungen	(14)	-170	-131
Ergebnis vor Steuern		315	-398
Ertragsteuern	(15)	-176	475
Ergebnis nach Steuern		139	77
Ergebnis Konzernfremde		-1	-1
Konzerngewinn		138	76
Ergebnis je Aktie in €		0,63	0,35
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €		0,63	0,35

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ergebnis nach Steuern	139	77
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	238	222
Veränderung der Neubewertungs- rücklage	340	305
davon Bewertungsänderung	239	106
davon Bestandsänderung	101	199
Veränderung der Währungs- umrechnungsrücklage	9	-
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-111	-83
Gesamtergebnis Konzernfremde	-1	-1
Gesamtergebnis	376	298

Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern sind ausschließlich in der Neubewertungsrücklage entstanden.

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2010 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 218.800.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist. Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2010, wie im Vorjahr, keine Dividende auszuschütten.

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Barreserve	(16)	3.248	4.534
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	12.140	14.467
Forderungen an Kunden	(18)	111.783	111.043
Risikovorsorge	(20)	-1.764	-1.641
Handelsaktiva	(21)	24.150	20.471
Hedging-Derivate	(22)	664	520
Finanzanlagen	(23)	58.980	72.359
Immaterielle Vermögenswerte	(24)	2.339	2.368
Sachanlagen	(25)	826	838
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(26)	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27)	321	280
Latente Ertragsteueransprüche	(27)	347	552
Sonstige Aktiva	(28)	695	745
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(29)	882	-
Summe der Aktiva		214.684	226.609

Passiva	Erläuterungen	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(30)	22.419	39.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(31)	136.476	131.988
Verbriefte Verbindlichkeiten	(32)	12.860	16.722
Handelspassiva	(33)	26.174	22.434
Hedging-Derivate	(34)	1.451	2.051
Rückstellungen		2.287	2.148
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(35)	1.126	1.104
b) Sonstige Rückstellungen	(36)	1.161	1.044
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(37)	77	174
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(37)	284	305
Sonstige Passiva	(38)	665	711
Nachrangkapital	(39)	5.577	5.507
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(40)	787	-
Eigenkapital	(41)	5.627	5.251
a) Gezeichnetes Kapital		547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		2.928	2.614
d) Konzerngewinn		138	76
Anteile in Fremdbesitz		4	4
Summe der Passiva		214.684	226.609

I Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Währungs- umrech- nungs- rücklage	Neubewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2009	547	2.010	4.153	-151	-724	-886	4.949	3	4.952
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			-886			886	0		0
Gesamtergebnis 01.01. – 31.12.2009					222	76	298	1	299
Eigene Aktien im Bestand							-	-	-
Übrige Veränderungen							-	-	-
Stand 31.12.2009	547	2.010	3.267	-151	-502	76	5.247	4	5.251
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			76			-76	0		0
Gesamtergebnis 01.01. – 31.12.2010				9	229	138	376		376
Eigene Aktien im Bestand							-	-	-
Übrige Veränderungen							-	-	-
Stand 31.12.2010	547	2.010	3.343	-142	-273	138	5.623	4	5.627

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Zum 31. Dezember 2010 entfallen von der Währungsumrechnungsrücklage -6,6 Mio € auf die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte.

139

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 41 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2010 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

I Kapitalflussrechnung

	Erläuterungen	2010 Mio €	2009 Mio €
Konzerngewinn		138	76
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		595	1.046
Veränderungen der Rückstellungen	(35), (36), (37)	23	-794
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		95	473
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-37	-101
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.198	-1.984
Zwischensumme		-1.384	-1.284
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		1.987	3.866
Forderungen an Kunden		-1.803	-5.978
Handelsaktiva		-3.569	-4.395
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-304	-381
Sonstige Aktiva		212	118
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-16.308	-23.264
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		4.383	14.512
Verbriefte Verbindlichkeiten		-3.811	426
Handelspassiva		3.757	5.416
Hedging-Derivate negative Marktwerte		-691	-547
Sonstige Passiva		-27	-101
Zinseinzahlungen		7.346	8.470
Zinsauszahlungen		-4.609	-5.815
Erhaltene Dividendenzahlungen		0	0
Ertragsteuerzahlungen		-210	-234
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-15.031	-9.191

	Erläuterungen	2010 Mio €	2009 Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		14.568	12.892
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	30	5
Sachanlagen		1	1
Immateriellen Vermögenswerten		0	2
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-701	-2.273
Anteilen an Tochterunternehmen		0	-9
Sachanlagen		-64	-43
Immateriellen Vermögenswerten		-47	-54
Cashflow aus Investitionstätigkeit		13.787	10.521
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-41	-212
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-41	-212
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(16)	4.534	3.417
Zugang Konsolidierungskreis			
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-15.031	-9.191
Cashflow aus Investitionstätigkeit		13.787	10.521
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-41	-212
Effekte aus Wechselkursänderungen		-1	-1
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(16)	3.248	4.534

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	110
(2) Konsolidierungskreis	110
(3) Konsolidierungsgrundsätze	112
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	112
(a) Aktiver Markt	112
(b) Forderungen	112
(c) Leasinggeschäfte	113
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	113
(e) Handelsaktiva	114
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	114
(g) Hedging-Derivate	114
(h) Finanzanlagen	115
(i) Immaterielle Vermögenswerte	116
(j) Sachanlagen	117
(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	117
(l) Sonstige Aktiva	118
(m) Verbindlichkeiten	118
(n) Handelspassiva	118
(o) Rückstellungen	118
(p) Währungsumrechnung	119
(q) Ertragsteuern	119
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	119
(6) Anpassung von Vorjahres- und Vorquartalszahlen	120

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss	121
(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	121
(9) Provisionsüberschuss	122
(10) Handelsergebnis	122
(11) Ergebnis aus Finanzanlagen	123
(12) Verwaltungsaufwand	123
(13) Sonstige Erträge	124
(14) Sonstige Aufwendungen	124
(15) Ertragsteuern	124

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve	125
(17) Forderungen an Kreditinstitute	125
(18) Forderungen an Kunden	126
(19) Kreditvolumen	126
(20) Risikovorsorge	126
(21) Handelsaktiva	127
(22) Hedging-Derivate	128
(23) Finanzanlagen	128
(24) Immaterielle Vermögenswerte	129
(25) Sachanlagen	131
(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	133
(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	133
(28) Sonstige Aktiva	134
(29) Zur Veräußerung bestimmte Vermögensgegenwerte	134
(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	135
(31) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	135
(32) Verbriefte Verbindlichkeiten	135
(33) Handelspassiva	136
(34) Hedging-Derivate	136
(35) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	136
(36) Sonstige Rückstellungen	138
(37) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen	138
(38) Sonstige Passiva	139
(39) Nachrangkapital	139
(40) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	139
(41) Eigenkapital	139

Sonstige Angaben

(42) Segmentberichterstattung	141
(43) Eventual- und andere Verpflichtungen	144
(44) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	144
(45) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	150
(46) Derivative Finanzinstrumente	151
(47) Umlauf Schuldverschreibungen	155
(48) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen	156
(49) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	157
(50) Fremdwährungsvolumen	157
(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	157
(52) Risikokapital	157
(53) Restlaufzeitengliederung	158
(54) Nachrangige Vermögenswerte	159
(55) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	159
(56) Treuhandgeschäfte	160
(57) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	160
(58) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	160
(59) Andere Angaben	167
(60) Namen und Mandate der Organmitglieder	167
(61) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	171
(62) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB	171
(63) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB	171
(64) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	175

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

Die Deutsche Bank gab am 29. November 2010 bekannt, dass sie im Rahmen ihres freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots die Kapitalmehrheit an der Deutschen Postbank AG erworben hat. Seit dem 3. Dezember 2010 konsolidiert die Deutsche Bank die Postbank in ihrem Konzernabschluss.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2010 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar.

182

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2010) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

144

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

69

Die Steuerung der Zinsänderungs-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

72

85

Die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

61

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

61

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 51 Tochterunternehmen (31. Dezember 2009: 49) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Berlin/Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungen GmbH, Bonn	100,0	
Merkur I SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	100,0	
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main		100,0
BHW Bausparkasse AG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon, Indien		100,0
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		100,0
Merkur II SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg		100,0
Miami MEI LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
PB Hollywood I Hollywood Station LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Hollywood II Lofts LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PMG Collins LLC, Tallahassee, Florida, USA		100,0
Postbank Filial GmbH, Bonn		100,0
Postbank Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
PB (USA) Realty Corp., New York, USA		94,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 63 dargestellt.

Am 16. April 2010 wurde die 401 Mass Avenue Holdings LLC, eine 100%ige Tochtergesellschaft der PB Capital Corp., entkonsolidiert.

Im dritten Quartal 2010 hat die Deutsche Postbank AG 277 Filialen der Deutschen Post AG übernommen. Für die neuen Finanzcenter hat die Deutsche Postbank AG die Postbank Filial GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der Postbank Filialvertrieb AG gegründet. Die Postbank Filial GmbH wurde erstmals im Juli 2010 in den Konzernabschluss einbezogen.

Mit Wirkung zum 2. August 2010 hat die Deutsche Postbank AG alle Anteile an der Merkur I SICAV-FIS übernommen, die seitdem die Anteile der bereits zuvor im Konzern gehaltenen Teilgesellschaftsvermögen TGV 24 hält. Die Anteile an der Merkur I SICAV-FIS wurden im August 2010 erstmals konsolidiert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Merkur II SICAV-FIS, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Merkur I SICAV-FIS, übernommen und erstmals im September 2010 in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Oktober 2010 wurde die Gesellschaft PMG Collins, LLC erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.

Mit Vertrag vom 14. Dezember 2010 erwarb die Postbank die ausstehenden 90% an der DPBI Immobilien KGaA.

Die 2650 Virginia Avenue NW LLC wurde im Dezember 2010 aufgelöst. Die Gesellschaft ist zum 31. Dezember 2010 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden. Aus der Veräußerung der Immobilie der 2650 Virginia Avenue NW LLC wurde ein Ertrag von 5,7 Mio € erzielt.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden zwei zur Verbriefung von Ratenkrediten gegründete Zweckgesellschaften und eine Zweckgesellschaft zur Verbriefung von Wohnungsbaukrediten konsolidiert.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor. Die Änderungen des Konsolidierungskreises haben insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.18 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Wert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigen-

kapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.20 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.21 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Aktiver Markt

Für die Beurteilung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten ist es von Relevanz, ob für diese ein aktiver Markt besteht. Gemäß IAS 39.AG71 gilt ein Finanzinstrument als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereiches an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting-Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IAS 39.AG74 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung der aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risikoaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 44. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörenden Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 8,1 Mrd € (Vorjahr: 8,6 Mrd €), dieses wird in Höhe von 1,0 Mrd € (Vorjahr: 1,6 Mrd €) durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden

den Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IAS 37 bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt. Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagioträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagioträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt. Ein Abgang von Forderungen erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung der am Markt beobachtbaren Parameter („Credit Spread“-freie Zinskurve plus „Credit Spread“). Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

144

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht differenziert nach den einzelnen Klassen angegeben.

61

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4. Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing weist die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen aus. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil) erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht. Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich. Die Leasingverträge für Mobilien sind in der Regel als Teilamortisationsverträge mit Andienungs-

recht ausgestattet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten innerhalb der Grundmietzeit amortisiert.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus. Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Verlustquoten, Ausfallwahrscheinlichkeiten und LIP-Faktoren) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- | Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- | Marktpreis, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG71 ff. vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IAS 39.AG74 ff.) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 44. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized-Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelsspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP-Beständen enthält die Note 4 (h) Finanzanlagen.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgezinst. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht. Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf Marktpreisrisiken beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen zu drehen. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Die Steuerung der Aktienbestände erfolgt durch Derivate mit Optionscharakter.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedger bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten Handelsaktiva/-passiva als „Derivate des Bankbuchs“ zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgerbeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgerbeziehungen vorliegen,

sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS ergebniswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risiko-steuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikro-swaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgerbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die ergebniswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit den Anschaffungskosten zum Erfüllungszeitpunkt.

Die Loans-and-Receiveables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale (AFS) erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwertes bei Finanzanlagen AFS werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die IFRS-Kategorie AFS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen. Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

112

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag und darüber hinaus beim Vorliegen eines Impairment-Triggers.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfand-

briefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IAS 39.AG71 ff. ermittelt.

Im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

In geringem Umfang befinden sich SCP-Produkte im Handelsbestand (Held-for-Trading (HfT)-Kategorie). Für die bilanzielle Behandlung der nicht dem Handelsbestand zugeordneten SCP-Bestände ist entscheidend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befinden sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweckgesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthetisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie Loans and Receivables (LaR) und SCP-Bestände mit synthetischen Strukturen der IAS 39 Kategorie AFS zugeordnet. Diese SCP-Bestände sind gemäß IAS 39.11 daraufhin zu untersuchen, ob ein abspaltungspflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein einziger finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AFS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs werden das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Basisvertrag bei Abspaltung des Embedded Derivates (synthetische Strukturen) unter dem Bilanzposten „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch Note 4 (e)).

114

Die synthetischen SCP (AFS) einschließlich der Embedded Derivatives und die SCP des Handelsbestands (HfT) werden mit dem Fair Value bewertet. Grundsätzlich erfolgt die Fair-Value-Bewertung über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. Aufgrund der fast vollständigen Inaktivität der Märkte für Verbriefungsprodukte wird bei der Ermittlung der Fair Values für SCP der Bewertungskategorie AFS, wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS und RMBS, ein internes Bewertungsmodell (im Einklang mit IAS 39.AG74 ff.) mit transaktionsindividuellen Liquiditäts-Spreads verwendet. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A in größtmöglichem Umfang Marktdaten.

Die Fair-Value-Veränderung der SCP des Handelsbestands wird im Handelsergebnis ausgewiesen. Bei den synthetischen SCP wird die Fair-Value-Veränderung der abgespaltenen Embedded Derivatives ebenfalls im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Veränderung (d. h. die des Host Contract der synthetischen SCP) wird –

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Full Fair Value des synthetischen SCP der durch ein marktgängiges, ausfallbasiertes Bewertungsmodell – bei dem an die jeweilige Marktlage angepasste Input-Parameter verwendet werden – ermittelte Wert des Embedded Derivatives abgezogen.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (objective evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass das Vorliegen von indirekten Subprime-Investments als Faktor definiert worden ist, somit ist für alle indirekten Subprime-Investments ein Impairment-Test durchzuführen. Alle SCP-Bestände unterliegen einer laufenden Beobachtung.

Liegen solche objektiven Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren: Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (recoverable amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AFS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen. Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungsmodells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ratingmigrationen und Kennzeichnungen der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger, wie z. B. Auflösungs-Trigger, ist über zusätzliche Einzelanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert auf einer Produkte/Märkte/Vintage-Matrix unter Berücksichtigung des ursprünglichen und aktuellen Ratings sowie der Recovery-Erwartungen.

Bei der Bewertung des strukturierten Kreditportfolios hat die Postbank – den jüngsten Marktentwicklungen folgend – im Jahr 2010 die Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten für Underlyings in CDOs angepasst. Davon waren insbesondere strukturierte Produkte in Non-Corporate CDOs und Anleiheversicherer betroffen. Diese Parameteranpassungen führten zu einer Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 129 Mio € und zu einer Entlastung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 78 Mio €.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde. Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 44 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten

werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können.

Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 4 bis 10 Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft.

Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegt ein Indikator vor, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Im Jahr 2010 lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor. Noch nicht nutzungsreife immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft.

Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich ausschließlich um Markenwerte.

Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markenwerte auf die entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 allokiert. Als Zahlungsmittel generierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere

Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Die gleiche Vorgehensweise wird für den Impairment-Test der Markenwerte angewendet, wobei die Ermittlung des Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten für die Markenwerte nicht auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit, sondern auf Ebene des einzelnen Vermögenswertes bestimmt wird. Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit zugrunde gelegt. Der Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Dies war 2010 nicht der Fall. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (management approach). Der Planungszeitraum umfasst drei Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1 % (sogenannte ewige Rente) angesetzt.

Für die Bewertung wurde ein Abzinsungssatz vor Steuern von 7,90 % berücksichtigt. Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins von 3,25 % zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie von 4,65 %, die sich aus einem durchschnittlichen Marktrisiko von 5,00 % und dem individuellem Betafaktor von 0,93 ergibt.

Zur Bestimmung der Betafaktoren wird aufgrund der Finanzmarktkrise seit Ende 2009 der Betrachtungszeitraum von drei Jahren herangezogen. Ein Backtesting hat ergeben, dass sich auch bei unveränderter Anwendung des einjährigen Betrachtungszeitraums zum 31. Dezember 2010 kein Abschreibungsbedarf ergeben hätte.

Bezug nehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten erzielbaren Beträge (Segmentergebnisse) sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikoversorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der erzielbaren Beträge aufbauen.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten wurde für den Planungszeitraum 2011 bis 2013 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet; zugleich wurde von einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit ausgegangen. Inzwischen nimmt die Postbank einen höheren Anstieg des BIP an. Die Arbeitslosenquote dürfte aufgrund der unerwartet günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes und eines kräftigeren BIP-Wachstums etwas stärker zurückgehen, als in den Planungsannahmen unterstellt. Dementsprechend dürften auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte schneller zunehmen als erwartet. Bei einer moderaten Steigerung des Verbraucherpreisniveaus führt dies zu einem stärkeren Wachstum des privaten Konsums, wobei die Sparquote etwas mehr zurückgehen sollte als unterstellt. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau

leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Der Einfluss der Finanzmarktkrise auf den Bankensektor und Kapitalmarkt dürfte im Laufe des Jahres 2011 weiter abnehmen. Der Bankensektor wird aber weiter durch Kreditausfälle infolge der Nachwirkungen der Finanzmarktkrise belastet. Potenzielle Belastungen für Banken können des Weiteren aus der Staatsschuldenkrise im Euroraum resultieren.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt nur moderate Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

(j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40 – 60
EDV-Anlagen	4 – 5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 20

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß den Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 26 erläutert. Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entsprechen denen der Gebäude (siehe Note 4 (j)). Die beizulegenden Zeitwerte werden auf Basis externer Gutachten ermittelt.

(l) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten, aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

(m) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagioträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

(n) Handelsspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelsspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelsspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) Finanzanlagen.

(o) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (Postbeamtenversorgungskasse) in Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) und der gesetzliche Arbeitgeberanteil an den Beiträgen zur Rentenversicherung in Höhe von 57 Mio € (Vorjahr: 57 Mio €), die im Verwaltungsaufwand erfasst werden. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen

erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigtengruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- I Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahres, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahres,
- I Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- I Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

	2010	2009
Rechnungszinsfuß	5,0 % p. a.	5,25 % p. a.
Gehaltsdynamik	2,5 %	2,5 %
Anpassungsrate für Renten	2,1 %	2,0 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	3,93 %	4,25 %

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkt-erwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrags. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach 12 Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwertes ausgewiesen. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige, laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(p) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden, entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung des in Fremdwährung aufgestellten Konzernreportings der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuerminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

Latente Steuerschulden aufgrund temporärer Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen und assoziierten Unternehmen sind nach IAS 12.39 nicht auszuweisen, wenn die Konzernmutter in der Lage ist, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern, und es gleichzeitig wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht umkehren wird. Da im vorliegenden Fall beide Bedingungen erfüllt sind, wurden auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 40,3 Mio € keine latenten Steuerschulden angesetzt.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2010

In der Berichtsperiode waren erstmals folgende Standards anzuwenden: IFRS 3 (rev. 2008) „Unternehmenszusammenschlüsse“, IAS 27 (am. 2008) „Konzern- und separate Einzelabschlüsse“, IAS 39 (am. 2008) „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und „Annual Improvements-Project 2009“. Für die Postbank ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen aus diesen Änderungen.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst:

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IAS 24 (rev. 2009) „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“	01.01.2011 (endorsed durch die EU-Verordnung 632/2010 vom 19.07.2010)	Die Definition von nahestehenden Unternehmen und Personen wurde geändert, um klarzustellen, welche Beteiligte zum Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen gehören. Die Postbank erwartet aufgrund der in der Definition vorgenommenen Änderungen eine Erweiterung des Kreises der nahestehenden Unternehmen.
Annual Improvements-Project 2010	01.01.2011 (endorsed durch die EU-Verordnung 149/2011 vom 18.02.2011)	Das IASB hat im Rahmen des Annual Improvements-Projects 2010 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in sechs Standards und einer Interpretation vorgenommen. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.
IFRS 9 „Financial Instruments“	Nach derzeitigem Stand soll der IFRS 9 (Phase 1) für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, angewendet werden. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat ein Projekt zur Ablösung des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ aufgesetzt. Dieses Projekt gliedert sich in drei Phasen, die letztendlich in einem neuen Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ münden. Für die Phase 1 „Kategorisierung und Bewertung“ liegt bereits ein finaler Standard vor. Dieser sieht zur Kategorisierung von Finanzinstrumenten die Kriterien Business Model und Contractual Cash Flow Characteristics vor. Je nach Ausgestaltung dieser Kriterien erfolgt eine Kategorisierung bzw. Bewertung zu Amortised Cost oder zum Fair Value. Für Phase 2 („Amortised Cost and Impairment“) und Phase 3 („Hedge Accounting“) liegen derzeit nur Standardentwürfe vor. Mit Phase 2 soll das Incurred-Loss-Impairment-Modell durch ein Expected-Loss-Modell abgelöst werden, um vorzeitig Risiken abbilden zu können. Phase 3 sieht Vereinfachungen beim Hedge Accounting vor, insbesondere beim Effektivitätstest. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.

(6) Anpassung von Vorjahres- und Vorquartalszahlen

Ab dem ersten Quartal 2010 werden die Provisionserträge der Betriebs-Center für Banken Processing GmbH nicht mehr unter dem Posten Sonstige Erträge, sondern im Provisionsüberschuss ausgewiesen. Daraus resultiert für das Berichtsjahr 2009 eine Erhöhung des Provisionsüberschusses um 9 Mio € und eine Reduzierung der Sonstigen Erträge in gleicher Höhe. Die Anpassung hat keine Auswirkungen auf die Bestände zum 1. Januar 2009 und das Gesamtergebnis des Berichtsjahres 2009.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(7) Zinsüberschuss

	2010 Mio €	2009 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.310	5.445
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.652	2.493
Handelsgeschäften	24	40
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-26	-5
	6.960	7.973
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	9	5
Beteiligungen	9	9
	18	14
	6.978	7.987
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	2.835	3.975
Verbrieften Verbindlichkeiten	416	563
Nachrangkapital	268	261
Swaps	691	739
Handelsgeschäften	37	44
	4.247	5.582
Gesamt	2.731	2.405

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 132 Mio € (Vorjahr: 48 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Der Zinsaufwand aus Handelsgeschäften enthält die Refinanzierungsaufwendungen aus der Handelstätigkeit.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 381 Mio € (Vorjahr: 497 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 310 Mio € (Vorjahr: 242 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2010 Mio €	2009 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	271	197
Fair-Value-Änderung der Sicherungs- instrumente	-297	-202
Gesamt	-26	-5

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2010 Mio €	2009 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	852	746
Portfoliowertberichtigungen	16	31
Aufwand aus der Zuführung zu Rück- stellungen für das Kreditgeschäft	15	14
Direkte Forderungsabschreibung	52	63
Ertrag aus der Auflösung der Risiko- vorsorge		
Einzelwertberichtigungen	331	146
Portfoliowertberichtigungen	10	-
Ertrag aus der Auflösung von Rück- stellungen für das Kreditgeschäft	12	14
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	21	16
Gesamt	561	678

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 558 Mio € (Vorjahr: 663 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2010 Mio €	2009 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	292	215
Bauspardarlehen	3	4
Gewerbliche Kredite	414	276
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-
Ratenkredite	55	67
Sonstige Forderungen	85	164
Portfoliowertberichtigungen	16	31
Gesamt	865	757

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge entfällt mit 3 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

	2010 Mio €	2009 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	85	66
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	214	49
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–
Ratenkredite	2	2
Sonstige Forderungen	24	22
Portfoliowertberichtigungen	10	–
Gesamt	336	140

Der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge entfällt mit 3 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

(9) Provisionsüberschuss

	2010 Mio €	2009 ¹ Mio €
Girogeschäft	351	370
Wertpapiergeschäft	140	133
Kredit- und Avalgeschäft	148	128
Filialgeschäft	431	445
Sonstiges Provisionsgeschäft	246	262
Gesamt	1.316	1.338

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 7 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

(10) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	39	45
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6	41
Aktien	–1	3
Darlehen (Held for Trading)	1	2
	6	46
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	8.235	4.929
Aufwand aus Derivaten	–8.569	–5.542
	–334	–613
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	51	64
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	–30	–84
	21	–20
Devisenergebnis	30	51
Provisionsergebnis Handelsbestand	–3	–7
Gesamt	–241	–498

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 291 Mio € (Vorjahr: 186 Mio € Aufwand). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 31 Mio € (Vorjahr: 100 Mio €) enthalten (vgl. Note 4 (g)).

Weiterhin sind im Derivateergebnis die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von –322 Mio € (Vorjahr: –652 Mio €) und kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen (CPPI) in Höhe von –31 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) enthalten.

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	45	84
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	–334	–613
Ergebnis aus Fair-Value-Option	21	–20
Ergebnis aus Aktien	–	7
Devisenergebnis	30	51
Provisionsergebnis Handelsbestand	–3	–7
Gesamt	–241	–498

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	64	-126
davon Verkaufsergebnis	96	93
Verkaufsgewinne	282	159
Verkaufsverluste	186	66
davon Wertminderungsergebnis	-32	-219
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	-56	-44
davon Verkaufsergebnis	-50	4
Verkaufsgewinne	93	66
Verkaufsverluste	143	62
davon Wertminderungsergebnis	-6	-48
Ergebnis aus Forderungen an Kredit- institute (saldiert)	1	-2
davon Verkaufsergebnis aus Forde- rungen Loans and Receivables	1	-2
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	-1	19
davon Verkaufsergebnis aus Forde- rungen Loans and Receivables	-1	19
Ergebnis aus Beteiligungen	-9	5
Gesamt	-1	-148

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	47	104
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-1	10
Ergebnis aus Beteiligungen	-9	5
Impairment	-38	-267
Gesamt	-1	-148

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 33 Mio € (Vorjahr: 97 Mio €) auf Structured Credit Products, -5 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: 136 Mio €) und 19 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds und Beteiligungen (Vorjahr: 34 Mio €).

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2010 Mio €	2009 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.119	1.070
Soziale Abgaben	112	108
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	211	228
	1.442	1.406
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.344	1.295
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	74	74
Abschreibungen auf Sachanlagen	74	89
Gesamt	2.934	2.864

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 116 Mio € (Vorjahr: 119 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 84 Mio € (Vorjahr: 81 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 289 Mio € (Vorjahr: 277 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 153 Mio € (Vorjahr: 154 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 140 Mio € (Vorjahr: 139 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 105 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 76 Mio € (Vorjahr: 52 Mio €) enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 139 Mio € (Vorjahr: 138 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind, wie im Vorjahr, keine außerplanmäßigen Abschreibungen enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €) vorgenommen.

(13) Sonstige Erträge

	2010 Mio €	2009 ¹ Mio €
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	27	26
Erträge aus der Auflösung von Accruals	26	33
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	26	36
Erstattungen aus Sozialbereichen	21	20
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	4	4
Verlustpartizipation stille Einlagen und Genussrechtskapital	–	13
Übrige	71	46
Gesamt	175	178

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 25 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 29 Mio €), von denen 4 Mio € auf Investment Property entfallen.

In dem Posten Übrige sind Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien in Höhe von 9 Mio € enthalten. Darüber hinaus sind in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ausgleich Verlustpartizipation stille Einlagen und Genussrechtskapital Vorjahre	42	8
Zuführung zu Rückstellungen	19	19
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	14	9
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	8	5
Aufwendungen für sonstige Steuern	5	5
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	3	3
Übrige	79	82
Gesamt	170	131

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) und ausländische Vermögensteuern in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €). Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.



¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2010 Mio €	2009 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	41	54
Gewerbeertragsteuer	26	28
	67	82
Ertragsteuern Vorjahr	13	9
	80	91
Latente Ertragsteuern		
temporäre Differenzen	21	–643
steuerliche Verlustvorträge	75	77
	96	–566
Gesamt	176	–475

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2010 Mio €	2009 Mio €
Ergebnis nach Steuern	139	77
Ertragsteuern	176	–475
Ergebnis vor Steuern	315	–398
Anzuwendender Steuersatz	29,83%	29,83%
Rechnerische Ertragsteuer	94	–119
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	0	–6
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und Ausland	2	–27
aus steuerfreien Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	6	–1
Effekte aus nicht angesetzten latenten Steuern	95	20
für Steuern aus Vorjahren	4	–184
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	–23	–161
Sonstige	–2	3
	82	–356
Ertragsteueraufwand	176	–475

Bezieht eine Körperschaft Dividenden oder andere Bezüge von einer Beteiligungsgesellschaft oder erzielt sie aus dieser Beteiligung einen Veräußerungsgewinn, dann sind diese Beteiligungsergebnisse mit 95 % nach § 8b KStG bei der empfangenden Körperschaft steuerfrei

zu belassen. Veräußerungsverluste im Zusammenhang mit Beteiligungen sind steuerlich nicht abzugsfähig. Diesen Regelungen liegt der Grundsatz zugrunde, dass Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei und Veräußerungsverluste nicht abzugsfähig bleiben, solange diese im Bereich von Kapitalgesellschaften verbleiben.

Diese Gewinne/Verluste werden demzufolge erst steuerwirksam, wenn sie im Rahmen des Teileinkünfteverfahrens auf nicht begünstigte Empfänger (natürliche Personen oder Personenvereinigungen) übergehen. Eine Differenzierung nach inländischen oder ausländischen Beteiligungen findet nicht statt.

Der Anteilerwerb durch die Deutsche Bank AG bewirkt, dass die Verlustvorträge einer amerikanischen Tochtergesellschaft dortigen steuerrechtlichen Restriktionen unterliegen, die wie eine Mindestbesteuerung wirken und dazu führen, dass sich der Zeitraum bis zur vollständigen Nutzung der Verlustvorträge über den Planungszeitraum hinaus verlängert. Aus Vorsichtsgründen wird von einer Aktivierung von Verlustvorträgen über diesen Planungszeitraum hinaus abgesehen. Ein nachhaltiger Effekt tritt hierdurch nicht ein, da in Höhe des abgeschrieben Betrags von 94 Mio € künftiges Potenzial zur Verfügung steht.

Erläuterungen zur Bilanz

(16) Barreserve

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Kassenbestand	807	890
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.441	3.644
Gesamt	3.248	4.534

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 2.355 Mio € (Vorjahr 3.628 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2010 beträgt 2.113 Mio € (Vorjahr 2.209 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	989	593
Andere Forderungen	3.171	3.764
	4.160	4.357
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	3.445	3.546
Andere Forderungen	4.535	6.564
	7.980	10.110
Gesamt	12.140	14.467

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 4.148 Mio € (Vorjahr: 4.081 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	8.510	9.262
davon Fair Value Hedge	272	547
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	3.630	5.205
Gesamt	12.140	14.467

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	3.630	5.054
Tagesgelder	4.294	4.176
Darlehen	3.453	4.564
Namenschuldverschreibungen	400	417
Termingelder	191	152
Sonstige Forderungen	172	104
Gesamt	12.140	14.467

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	3.587	6.137	111	1.507
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	3.587	6.137	111	1.507

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2010 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 3.630 Mio € (Vorjahr: 5.054 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrielandschuldverschreibungen sowie Aktien.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 5,7 Mrd € (Vorjahr: 9,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 6,4 Mrd € (Vorjahr: 5,2 Mrd €).

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Private Baufinanzierungen	70.459	70.217
Bauspardarlehen	3.713	3.766
Gewerbliche Kredite	30.284	30.383
Forderungen an öffentliche Haushalte	2.433	1.589
Ratenkredite	3.880	3.620
Sonstige Forderungen	1.014	1.468
Gesamt	111.783	111.043
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	55.762	56.561
Kommunalkredite	3.913	2.871
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Inländische Kunden	93.310	88.760
Ausländische Kunden	18.473	22.283
Gesamt	111.783	111.043

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,2 % (Vorjahr: 1,0 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 84.604 Mio € (Vorjahr: 84.064 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 91,1 Mrd € (Vorjahr: 94,9 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 20,7 Mrd € (Vorjahr: 16,1 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Loans and Receivables	103.689	102.408
davon Fair Value Hedge	2.688	2.079
Fair-Value-Option	8.094	8.635
Gesamt	111.783	111.043

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 299 Mio € (Vorjahr: 357 Mio €) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasingverhältnisse beträgt 249 Mio € (Vorjahr: 272 Mio €).

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 245 Mio € (Vorjahr: 269 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	56	69
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	50	49
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	37	40
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	26	28
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	18	17
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	58	66
Gesamt	245	269

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	245	269
Nicht garantierte Restwerte	4	3
Bruttogesamtinvestition	249	272
Nicht realisierter Finanzertrag	36	44
Nettoinvestition	213	228
Barwert der nicht garantierten Restwerte	3	2
Barwert der Mindestleasingzahlungen	210	226

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 0,1 Mio € (Vorjahr: 0,2 Mio €).

(19) Kreditvolumen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	12.140	14.467
Forderungen an Kunden	111.783	111.043
Bürgschaften und Garantien	1.036	1.105
Gesamt	124.959	126.615

(20) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	36	64
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.728	1.577
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.764	1.641
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	34	42
Gesamt	1.798	1.683

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €
Stand 1. Januar	1.491	1.209	150	114	1.641	1.323
Umgliederungen	–	–5	–	5	–	0
Umgliederung wegen IFRS 5	–1	–	–6	–	–7	–
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	852	746	16	31	868	777
Abgänge						
Inanspruchnahme	277	261	–	–	277	261
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	331	146	10	–	341	146
Unwinding	132	48	–	–	132	48
Währungsumrechnungsdifferenzen	–10	4	–2	–	–12	4
Stand 31. Dezember	1.612	1.491	152	150	1.764	1.641

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	517	429
Bauspardarlehen	9	10
Gewerbliche Kredite	535	412
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–
Ratenkredite	204	167
Sonstige Forderungen	311	409
Portfoliowertberichtigungen	152	150
Gesamt	1.728	1.577

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 1.502 Mio € (Vorjahr: 1.566 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3.891 Mio € (Vorjahr: 3.811 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf 114 Mio € (Vorjahr: 96 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2010 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 52 Mio € (Vorjahr: 63 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 21 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €).

(21) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	107	147
von anderen Emittenten	621	525
	728	672
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13	300
Baudarlehen Held for Trading	188	212
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	22.395	18.640
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	562	450
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	264	197
Gesamt	24.150	20.471

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 18.854 Mio € (Vorjahr: 15.114 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 0,3 Mrd € (Vorjahr: 0,3 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	698	628
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	286

(22) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	12	2
	12	2
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	197	71
	197	71
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20	32
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82	67
Verbriefte Verbindlichkeiten	65	203
Nachrangkapital	288	145
	455	447
Gesamt	664	520

Bestände in Höhe von 604 Mio € (Vorjahr: 336 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(23) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	21.623	24.887
von anderen Emittenten	36.148	46.937
	57.771	71.824
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	2	4
Investmentfondsanteile	1.164	460
	1.166	464
Beteiligungen	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	24	52
Gesamt	58.980	72.359

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind am Bilanzstichtag fällige Wertpapiere und Zinscoupons in Höhe von 18 Mio € (Vorjahr: 128 Mio €) enthalten.

Bestände in Höhe von 50.286 Mio € (Vorjahr: 64.985 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 23,0 Mrd € (Vorjahr: 52,5 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 34,0 Mrd € (Vorjahr: 19,3 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 3,7 Mrd € (Vorjahr: 5,8 Mrd €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	50.032	59.401
davon Fair Value Hedge	21.727	23.595
Held to Maturity	–	73
Available for Sale	7.739	12.350
davon Fair Value Hedge	1.366	3.866
	57.771	71.824
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	1.166	464
	1.166	464
Beteiligungen (Available for Sale)	19	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	24	52
Gesamt	58.980	72.359

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	56.603	70.174
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	370	325
Beteiligungen	6	5

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbindlichkeiten	11.009	24.063
Eventualverbindlichkeiten	11	23
Gesamt	11.020	24.086

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die Postbank zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 9 Mrd € (Vorjahr: 15 Mrd €) abgegeben. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Offenmarktgeschäfte (Vorjahr: 8 Mrd €). Die als Sicherheiten hinterlegten Wertpapiere werden weiterhin als Finanzanlagen ausgewiesen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit 280 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode 43 Mio € (Vorjahr: 78 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 38 Mio € (Vorjahr: 267 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2010 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 24,6 Mrd € sowie einen Buchwert von 26,1 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf –468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2010 um weitere 1.533 Mio € (Vorjahr: 973 Mio €) belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartet, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2010 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 28 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €) und Veräußerungsverluste aus umgegliederten Wertpapieren von 1 Mio € (Vorjahr: 20 Mio € Veräußerungsgewinn).

Bis zum 31. Dezember 2010 sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 750 Mio € (Vorjahr: 1.160 Mio €) angefallen.

(24) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.651	1.651
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	589	622
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	77	68
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	22	27
Gesamt	2.339	2.368

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.577 Mio € (Vorjahr: 1.577 Mio €) auf das Segment Retail Banking, mit 33 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) auf das Segment Financial Markets und mit 41 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €) auf das Segment Transaction Banking.

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke „BHW“ in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die Marke „BHW“ ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 78 Mio € (Vorjahr: 81 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 46 Mio € (Vorjahr: 53 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahl- ungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2009	1.642	1.008	123	34	2.807
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	20	24	5	25	74
Umbuchungen	–	5	2	–7	0
Abgänge	–	16	3	2	21
Endbestand 31.12.2009	1.662	1.021	127	50	2.860
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	15	14	18	47
Umbuchungen	–	3	19	–22	0
Abgänge	–	5	1	1	7
Endbestand 31.12.2010	1.662	1.034	159	45	2.900
	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahl- ungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2009	11	359	43	23	436
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	55	19	–	74
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	1	–1	–	0
Abgänge	–	16	2	–	18
Endbestand 31.12.2009	11	399	59	23	492
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	51	23	–	74
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	5	–	–	5
Endbestand 31.12.2010	11	445	82	23	561
Buchwert 31.12.2009	1.651	622	68	27	2.368
Buchwert 31.12.2010	1.651	589	77	22	2.339

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2010 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2010 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.651	–	–	–	–	1.651
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	622	15	–	3	51	589
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	68	14	1	19	23	77
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	27	18	1	–22	–	22
Gesamt	2.368	47	2	0	74	2.339

Im Geschäftsjahr 2010 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,4 Mio € (Vorjahr: 0,1 Mio €) aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungskostensatz beträgt 1,73 %.

Zum 31. Dezember 2010 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 4 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 18 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €).

(25) Sachanlagen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Grundstücke und Gebäude	668	686
Betriebs- und Geschäftsausstattung	156	142
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2	10
Gesamt	826	838

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio €	Geleistete Anzah- lungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2009	1.071	477	17	1.565
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	1	–	1
Zugänge	1	39	4	44
Umbuchungen	–	9	–9	0
Abgänge	–	77	2	79
Endbestand 31.12.2009	1.072	449	10	1.531
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Umgliederung wegen IFRS 5	–1	–1	–	–2
Zugänge	3	61	2	66
Umbuchungen	6	4	–10	0
Abgänge	–	64	–	64
Endbestand 31.12.2010	1.080	449	2	1.531

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzah- lungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2009	350	336	–	686
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	43	46	–	89
Zugänge/ Zuschreibungen	–7	–	–	–7
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	–	75	–	75
Endbestand 31.12.2009	386	307	–	693
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	25	49	–	74
Zugänge/ Zuschreibungen	1	–	–	1
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	–	63	–	63
Endbestand 31.12.2010	412	293	–	705
Buchwert 31.12.2009	686	142	10	838
Buchwert 31.12.2010	668	156	2	826

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2010	Umgliede- rungen wegen IFRS 5	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2010
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	686	–1	2	–	6	–	25	668
Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	142	–1	61	1	4	–	49	156
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10	0	2	–	–10	–	–	2
Gesamt	838	–2	65	1	0	–	74	826

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €).

Die Sachanlagen, bei denen die Postbank als Leasinggeber im Rahmen des Operating Lease fungiert, bestehen aus Grundstücken und Gebäuden sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten Gebäude/Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	724	709
Kumulierte Abschreibungen	339	308
Buchwert	385	401

Auf Grundstücke entfallen Anschaffungskosten in Höhe von 240 Mio € (Vorjahr: 240 Mio €).

(26) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Investment Property	102	102	29	29

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2010 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2010 Mio €
Investment Property	73	-	-	-	-	73

Die Investment Property stellen sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt dar:

	Fremd- nutzung %	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	4	1	-	-	-

Im Geschäftsjahr 2009 stellten sich die Investment Property wie folgt dar:

	Fremd- nutzung %	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	100	4	1	-	-	-

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 73 Mio €.

(27) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	321	280
Latente Ertragsteueransprüche		
Temporäre Differenzen	163	311
Steuerliche Verlustvorträge, davon	184	241
inländisch	-	-
ausländisch	184	241
	347	552
Gesamt	668	832

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	35	58
Risikovorsorge	124	79
Handelsaktiva	124	–
Hedging-Derivate	15	21
Finanzanlagen	100	347
Sachanlagen	10	13
Sonstige Aktiva	154	125
Passivposten		
Verbindlichkeiten	63	8
Handelspassiva	612	4.240
Hedging-Derivate	267	368
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	65	63
Andere Rückstellungen	134	86
Sonstige Passiva	12	7
	1.715	5.415
Steuerliche Verlustvorräte	184	241
Saldierung mit passiven latenten Steuern	1.552	5.104
Gesamt	347	552

Zum 31. Dezember 2010 wurde auf temporäre Differenzen/steuerliche Verlustvorräte in Höhe von 283 Mio € kein latenter Steueranspruch angesetzt. Davon verfallen im Jahr 2028 205 Mio €, 78 Mio € sind unbegrenzt nutzbar.

Für das Jahr 2010 wurden trotz Verlusten im Vorjahr 294 Mio € latente Steueransprüche aktiviert. Die Werthaltigkeit wird damit begründet, dass zukünftig mit zu versteuernden Ergebnissen zu rechnen ist, die höher als die Ergebniseffekte der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind.

(28) Sonstige Aktiva

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	492	478
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	83	107
Forderungen an Finanzbehörden	16	14
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	13	13
Übrige	91	133
Gesamt	695	745

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 367 Mio € (Vorjahr: 346 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 12 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

In dem Posten Übrige sind aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €) enthalten. Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt jeweils zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

Bestände in Höhe von 461 Mio € (Vorjahr: 471 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(29) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Am 1. Dezember 2010 wurde ein Vertrag zur Veräußerung der indischen Baufinanzierungs-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. (DPHFL) zwischen der BHW Holding AG und einem Erwerberkonsortium um die Dewan Housing Finance Ltd. geschlossen. Die Transaktion wird voraussichtlich im Laufe des ersten Quartals 2011 abgeschlossen und steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der indischen Aufsichtsbehörde National Housing Bank.

Die Vermögenswerte der Gesellschaft setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	36
Forderungen an Kunden	843
Risikovorsorge	–7
Finanzanlagen	3
Sachanlagen	2
Ertragsteueransprüche	2
Sonstige Aktiva	3
Gesamt	882

Die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden in voller Höhe der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet. Diesen steht ein beizulegender Zeitwert zum Stichtag 31. Dezember 2010 in Höhe von 34 Mio € bzw. 1.001 Mio € entgegen. Der beizulegende Zeitwert von Finanzanlagen der Kategorie Loans and Receivables beträgt 3 Mio €.

Die Gesellschaft wird dem Segment Retail Banking zugeordnet.

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	888	468
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	17.007	28.434
	17.895	28.902
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	1.345	1.289
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.179	9.127
	4.524	10.416
Gesamt	22.419	39.318

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 291 Mio € (Vorjahr: 546 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 10.781 Mio € (Vorjahr: 11.164 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 17,6 Mrd € (Vorjahr: 35,0 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 4,8 Mrd € (Vorjahr: 4,3 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2010 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 5,8 Mrd € (Vorjahr: 7,1 Mrd €).

Im Geschäftsjahr 2009 kam es bei einem Darlehensvertrag zum Eintritt einer Vertragsbedingung, wonach der Darlehensgeber die vorzeitige Rückzahlung des Kredits in Höhe von 25 Mio € verlangen kann. Der Darlehensvertrag wurde in der aktuellen Berichtsperiode dahingehend modifiziert, dass für den Darlehensgeber aufgrund des im Jahr 2009 eingetretenen Ereignisses kein Recht auf vorzeitige Rückzahlung mehr besteht.

(31) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	50.201	48.876
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	164	177
	50.365	49.053
Bauspareinlagen	17.173	16.341
darunter: auf gekündigte Verträge	92	72
darunter: auf zugeteilte Verträge	5	6
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	37.641	33.569
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	31.297	33.025
	68.938	66.594
Gesamt	136.476	131.988
Inländische Kunden	131.555	125.982
Ausländische Kunden	4.921	6.006
Gesamt	136.476	131.988

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 4.053 Mio € (Vorjahr: 3.099 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 33.924 Mio € (Vorjahr: 33.907 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 49,0 Mrd € (Vorjahr: 46,5 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 87,5 Mrd € (Vorjahr: 85,5 Mrd €).

(32) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbrieft Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	1.829	1.735
Hypothekenpfandbriefe	4.887	4.237
Sonstige Schuldverschreibungen	6.144	10.750
Gesamt	12.860	16.722

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.572 Mio € (Vorjahr: 5.450 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.462 Mio € (Vorjahr: 8.067 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 12,0 Mrd € (Vorjahr: 15,6 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,8 Mrd € (Vorjahr: 1,1 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 500 Mio € (Vorjahr: 706 Mio €) direkt abgesetzt.

(33) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	23.031	19.229
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	2.075	2.223
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	1.060	982
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	8	–
Gesamt	26.174	22.434

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 20.735 Mio € (Vorjahr: 16.553 Mio €) fällig.

(34) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	16	30
	16	30
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	113	128
	113	128
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.131	1.775
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–
	1.131	1.775
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41	4
Verbriefte Verbindlichkeiten	68	49
Nachrangkapital	81	65
	191	118
Gesamt	1.451	2.051

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.291 Mio € (Vorjahr: 1.685 Mio €) fällig.

(35) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember				
	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	766	728	660	698	773
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	879	815	733	729	824
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.645	1.543	1.393	1.427	1.597
Zeitwert des Planvermögens	–480	–470	–392	–392	–381
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (–)	–39	31	148	108	–101
Nettopensionsrückstellungen	1.126	1.104	1.149	1.143	1.115

Entwicklung des Barwertes der Gesamtverpflichtung		
	2010 Mio €	2009 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.543	1.393
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	25	22
Arbeitnehmerbeiträge	4	3
Zinsaufwand	80	79
Erbrachte Pensionsleistungen	-79	-77
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	1	5
Planabgeltungen	-	-
Transfers	-1	2
Veränderung Konsolidierungskreis	0	-2
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	71	118
Währungseffekte	1	-
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.645	1.543

Entwicklung des Planvermögens		
	2010 Mio €	2009 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	470	392
Arbeitgeberbeiträge	5	68
Arbeitnehmerbeiträge	-	-
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	20	17
Gewinne (+)/Verluste (-) aus dem Planvermögen	3	10
Erbrachte Pensionsleistungen	-18	-17
Transfers	-1	-
Veränderung Konsolidierungskreis	-	-
Planabgeltungen	-	-
Währungseffekte	1	-
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	480	470

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus Pensionskassenverträgen (69 %, Vorjahr: 70 %), festverzinslichen Wertpapieren (23 %, Vorjahr: 25 %), anderen Vermögenswerten (6 %, Vorjahr: 3 %) und Aktien (2 %, Vorjahr: 2 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

Gewinne und Verluste aus Planvermögen					
	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	23	27	10	10	15
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	20	17	16	17	16
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) des Planvermögens	3	10	-6	-7	-1

Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen					
	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2006 Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-3	-20	0	33	-12
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-68	-98	53	177	91
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-71	-118	53	210	79

Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen		
	2010 Mio €	2009 Mio €
Stand 1. Januar	1.104	1.149
Pensionsaufwand	84	81
Erbrachte Pensionsleistungen	-61	-60
Arbeitgeberbeiträge	-5	-68
Arbeitnehmerbeiträge	4	2
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-2
Transfers	-	2
Währungseffekte	-	-
Stand 31. Dezember	1.126	1.104

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2011 Zahlungen in Höhe von 62 Mio € erwartet, die auf direkt erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens entfallen. Weiterhin werden Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 4 Mio € erwartet.

Pensionsaufwand		
	2010 Mio €	2009 Mio €
Dienstzeitaufwand	25	22
Zinsaufwand	80	79
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-20	-16
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	1	5
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	-2	-9
Auswirkungen von Planabgeltungen	-	-
Sonstiges	-	-
Pensionsaufwand	84	81

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Im Jahr 2010 wurden 2 Mio € Gewinn (Vorjahr: 9 Mio €) ergebniswirksam erfasst.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(36) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2010 Mio €	Veränderungen des Konsolidierungs- kreises Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Umgliederung wegen IFRS 5 Mio €	Stand 31.12.2010 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	758	–	112	3	199	–	842
Personalbezogene Rückstellungen	95	–	44	2	81	–	130
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	42	–	11	12	15	–	34
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	2	–	–	1	–	–	1
Übrige	147	–	40	21	69	1	154
Gesamt	1.044	–	207	39	364	1	1.161

Nach mehr als 12 Monaten sind 767 Mio € (Vorjahr: 715 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2010 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2010 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	593	86	0	163	670
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	84	11	0	4	77
für Zinssatzwechsel	73	14	0	28	87
Übrige	8	1	3	4	8
Gesamt	758	112	3	199	842

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 16 Mio € (Vorjahr: 17 Mio €), Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 8 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €).

(37) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2010 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2010 Mio €
Tatsächliche Steuern	174	132	6	41	77
Latente Steuern	305	–	212	191	284
Gesamt	479	132	218	232	361

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	301	290
Risikovorsorge	–	–
Handelsaktiva	160	3.312
Hedging-Derivate	116	65
Finanzanlagen	764	1.080
Sachanlagen	8	6
Sonstige Aktiva	282	272
Passivposten		
Verbindlichkeiten	110	150
Handelspassiva	–	–
Hedging-Derivate	–	–
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	11	11
Andere Rückstellungen	52	153
Sonstige Passiva	32	70
	1.836	5.409
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	1.552	5.104
Gesamt	284	305

(38) Sonstige Passiva

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	168	231
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	107	118
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	62	68
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	81	55
Rechnungsabgrenzungsposten	39	54
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	47	50
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	41	43
Sonstige Verbindlichkeiten	120	92
Gesamt	665	711

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 49 Mio € (Vorjahr: 49 Mio €) fällig.

(39) Nachrangkapital

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.545	2.589
Hybride Kapitalinstrumente	1.777	1.681
Genusssrechtskapital	1.230	1.224
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	25	13
Gesamt	5.577	5.507

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.134 Mio € (Vorjahr: 5.241 Mio €) fällig.

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 3.296 Mio € (Vorjahr: 3.348 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 113 Mio € (Vorjahr: 119 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 30 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen vier Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 22 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genusssrechtskapital für das Jahr 2010 beträgt insgesamt 66 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 53 Mio € (Vorjahr: 45 Mio €) werden dem Posten Genusssrechtskapital direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.157 Mio € (Vorjahr: 2.010 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 379 Mio € (Vorjahr: 329 Mio €) auf nachrangige Verbindlichkeiten und 1.778 Mio € (Vorjahr: 1.681 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 4 Mrd € (Vorjahr: 4,8 Mrd €) festverzinslich sowie mit 1,6 Mrd € (Vorjahr: 0,7 Mrd €) variabel verzinslich.

(40) Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten

	31.12.2010 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	556
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6
Verbriefte Verbindlichkeiten	180
Rückstellungen	1
Sonstige Passiva	1
Nachrangkapital	43
Gesamt	787

Die zugehörigen beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten beziehen sich zum Stichtag 31. Dezember 2010 in Höhe von 568 Mio € auf die Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ und in Höhe von 6 Mio € auf „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“. Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital steht insgesamt ein beizulegender Zeitwert in Höhe von 226 Mio € entgegen.

(41) Eigenkapital

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.343	3.267
Währungsumrechnungsrücklage	-142	-151
Neubewertungsrücklage	-273	-502
Andere Rücklagen	2.928	2.614
Bilanzgewinn	138	76
Anteile im Fremdbesitz	4	4
Gesamt	5.627	5.251

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren erfasst.

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuer auf den Namen lautender Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Die von der Hauptversammlung vom 22. April 2009 beschlossenen Ermächtigungen „Bedingtes Kapital I“ und „Bedingtes Kapital II“ sind aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2010 aufgehoben worden.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals

betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015. Die zum Zeitpunkt der Hauptversammlung bestehenden, bis zum 21. Oktober 2010 befristeten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 und 8 AktG wurden für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	2010 Mio €	2009 Mio €
Stand 1. Januar	-502	-724
Bewertungsänderungen	239	106
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	-41	102
Available for Sale nicht gehedgt	280	4
Bestandsänderungen	101	199
Impairment	6	56
davon Available for Sale	6	48
davon Loans and Receivables	-	8
Verkauf/Hedge-Auflösung	42	21
davon Available for Sale	50	-3
davon Loans and Receivables	-8	24
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	53	122
davon Available for Sale	26	51
davon Loans and Receivables	27	71
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	-111	-83
Stand zum 31. Dezember	-273	-502

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden im Geschäftsjahr 48 Mio € (Vorjahr: 77 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen. Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 53 Mio € aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam aufgelöst (Vorjahr: 122 Mio €). Des Weiteren erhöhte sich die Neubewertungsrücklage um 239 Mio € (Vorjahr: Erhöhung 106 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um -111 Mio € (Vorjahr: -83 Mio €) auf einen Endbestand von 140 Mio € (Vorjahr: 251 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

Sonstige Angaben

(42) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking ¹		Firmenkunden ¹		Transaction Banking ¹		Financial Markets		Übrige ¹		Konsolidierung ¹		Konzern ¹	
	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €
Zinsüberschuss	2.393	2.141	700	543	1	1	79	125	-449	-406	7	1	2.731	2.405
Handelsergebnis	4	-32	-13	-140	-	-	60	47	-291	-372	-1	-1	-241	-498
Finanzanlageergebnis	-6	-	-33	-51	-	-	-11	-21	49	-76	-	-	-1	-148
Provisionsüberschuss	1.082	1.113	108	104	349	349	31	27	-11	-42	-243	-213	1.316	1.338
Gesamterträge	3.473	3.222	762	456	350	350	159	178	-702	-896	-237	-213	3.805	3.097
Verwaltungsaufwand	-2.232	-2.189	-172	-185	-308	-317	-87	-90	-959	-864	824	781	-2.934	-2.864
Risikovorsorge	-355	-345	-217	-300	-	-	11	-33	-	-	-	-	-561	-678
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	11	29	9	-2	19	6	2	5	551	577	-587	-568	5	47
Ergebnis	897	717	382	-31	61	39	85	60	-1.110	-1.183	0	0	315	-398
Externe Erträge	3.469	3.204	759	453	155	151	158	177	-702	-883				
Intersegmenterträge	4	18	3	3	195	199	1	1	0	-13				
Planmäßige Abschreibungen	-20	-19	-2	-1	-5	-6	-1	-2	-112	-110				
Wertminderungen	-20	-19	-2	-1	-6	-6	-1	-2	-119	-135				
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7				
Cost Income Ratio (CIR)	64,3 %	67,9 %	22,6 %	40,6 %	88,0 %	90,6 %	54,7 %	50,6 %	-	-			77,1 %	92,5 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	39,4 %	32,5 %	65,2 %	-5,7 %			10,5 %	8,1 %	-59,7 %	-73,9 %			5,7 %	-7,8 %
Segmentvermögenswerte	89.831	89.882	34.880	34.679	436	399	34.098	30.710	80.720	101.506	-25.281	-30.567	214.684	226.609
Segmentverbindlichkeiten	119.826	119.754	33.551	29.684	436	399	30.630	28.379	55.522	78.960	-25.281	-30.567	214.684	226.609

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in dem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des Teilkonzerns BHW, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH, der Postbank GmbH Direkt und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zusammen. Außerdem wird das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar.

Außerdem gehören Factoring und Leasing sowie Logistikfinanzierungen zu diesem Geschäftsbereich.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank AG, der PB Firmenkunden AG, der PB Capital Corp., der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, der Niederlassung London und des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank International S.A. zusammen.

Das Geschäftsfeld Transaction Banking bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an.

¹Vorjahreszahlen angepasst

Dem Geschäftsfeld Financial Markets sind neben den Eigenhandelsaktivitäten ferner die aus Luxemburg geführten Aktivitäten der Deutschen Postbank International S.A. (abzüglich des Firmenkundengeschäfts) sowie die Fondsverwaltung und das Fondsmanagement für verschiedene Publikumsfonds der Postbank und Spezialfonds zugeordnet (Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH (PPI), nur im Jahr 2009, und Deutsche Postbank Financial Services GmbH).

Die Konsolidierung enthält die Konzernkonsolidierung abzüglich der innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen.

Das Segment Übrige enthält nicht den Geschäften zuordenbare Positionen, nicht verrechnete Overhead-Kosten sowie das Ergebnis des Eigengeschäfts. Der negative Zinsüberschuss resultiert u. a. aus Dispositionen von Anlage- und Handelsbeständen, dem Bilanzstrukturmanagement, dem bis einschließlich 2004 geltenden Transfer-Pricing-System sowie dem Erwerb der BHW Gruppe und des Filialvertriebs. Die nachstehende Tabelle enthält weitere wesentliche Ergebniskomponenten dieses Segments.

	2010 Mio €	2009 ¹ Mio €
Handelsergebnis	-291	-372
davon		
Ergebnis aus eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten	-286	-468
Ergebnis aus kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen (CPPI-Strukturen)	-31	33
Bilanzstrukturmanagement	31	100
Sonstige Positionen	-5	-37
Finanzanlageergebnis	49	-76
davon		
Ergebnis aus strukturierten Kreditprodukten	-68	-90
Sonstige Schuldverschreibungen	3	-66
Abschreibungen auf Publikumsfonds	-13	-30
Sonstige Positionen	127	110
Verwaltungsaufwand	-959	-864
davon		
Kosten von Querschnitteinheiten	-313	-271
Service und IT-Leistungen	-423	-424
Sonstige Positionen	-223	-169
Sonstige Erträge/Aufwendungen	551	577
davon		
Service und IT-Leistungen	463	419
Sonstige Positionen	88	158

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsenertrag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem

Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Die Zuordnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Segmente basiert auf der operativen Geschäftstätigkeit der Segmente. Dazu werden den Geschäftsfeldern neben den Bilanzposten der Töchter die Aktiva und Passiva aus Kundenprodukten verursachungsgerecht zugeordnet. Aus den in der Marktzinsmethode verwendeten kalkulatorischen Bewertungszinsen ergeben sich keine zusätzlichen kalkulatorischen Vermögenspositionen. Daher sind die ausgewiesenen Volumen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den Segmenten nicht ausgeglichen. Das Segment Übrige enthält Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der nicht den operativen Segmenten zugeordneten Töchter sowie der Deutschen Postbank AG, z. B. Positionen aus dem Eigengeschäft. Da auch die Verbindlichkeiten auf die Konzernwerte übergeleitet werden, beinhalten die Verbindlichkeiten des Segments Übrige die Eigenkapitalbestandteile, die nicht über Legaleinheiten Inhalt anderer Segmente sind.

Im Segment Transaction Banking wirkt die Änderung der Zuordnung von Provisionserträgen aus Sonstigen Erträgen in den Provisionsüberschuss (siehe Note 6). In diesem Zusammenhang wurden ebenfalls 18 Mio € interne Erträge entsprechend umgegliedert. Innerhalb der Segmentberichterstattung werden ab dem ersten Quartal 2010 die Beiträge zum Einlagensicherungsfonds anstelle dem Segment Übrige den betreffenden Segmenten Retail Banking und Firmenkunden zugeordnet. Hierdurch hat sich der Verwaltungsaufwand des Segments Übrige im Jahr 2009 um 58 Mio € reduziert, während sich der Verwaltungsaufwand im Segment Retail Banking um 53 Mio € und im Segment Firmenkunden um 5 Mio € erhöhte. Darüber hinaus wurde im Segment Übrige und in der Konsolidierungsspalte die Darstellung der Geschäftsvorfälle im Zusammenhang mit der Fair-Value-Option aufgrund einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise geändert. Für 2009 hat sich dadurch im Segment Übrige der Zinsüberschuss um 90 Mio € erhöht und das Handelsergebnis um diesen Betrag vermindert. In der Konsolidierungsspalte reduzierte sich der Zinsüberschuss um 90 Mio €, das Handelsergebnis erhöhte sich um 90 Mio €.

¹Vorjahreszahlen angepasst

Aus den genannten Anpassungen in der Segmentberichterstattung haben sich im Jahr 2009 im Ergebnis vor Steuern folgende Änderungen ergeben: Retail Banking: –53 Mio €, Firmenkunden: –5 Mio €, Übrige: 58 Mio €.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2010 Mio €	2009 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	3.132	2.703
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	379	414
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	572	553
Transaction Banking Insourcing (Provisionsüberschuss)	154	150
Übriges	–432	–723
Summe Erträge	3.805	3.097

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugeordnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und Finanzanlageergebnis des Konzerns und somit auch die wesentlichen Belastungen aus der Kapitalmarktkrise.

Die Ermittlung der Ergebnisse der geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Das Segment Übrige enthält die Einheiten der Regionen Europa, USA (PB Capital) und Asien (Deutsche Postbank Home Finance). Die Niederlassung London, die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A. und Deutsche Postbank Vermögensmanagement S.A. sowie die Niederlassungen des BHW in Italien, Luxemburg und Belgien sind Bestandteil der Region Europa.

Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten, inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Regionen werden vollständig auf die Bilanzsumme übergeleitet. Die Vorjahreswerte sind entsprechend angepasst.

	Vermögen		Verbindlichkeiten		Erträge		Ergebnis vor Steuern	
	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2010 Mio €	2009 ¹ Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €
Deutschland	179.409	189.399	179.409	189.399	3.422	2.901	78	–312
Übrige	35.275	37.210	35.275	37.210	383	196	237	–86
Europa	26.611	29.077	26.611	29.077	269	267	140	96
USA	7.782	7.483	7.782	7.483	87	–93	79	–195
Asien	882	650	882	650	27	22	18	13
Gesamt	214.684	226.609	214.684	226.609	3.805	3.097	315	–398

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

	Langfristige Vermögenswerte	
	2010 Mio €	2009 Mio €
Deutschland	3.228	3.269
Übrige	10	10
Europa	5	6
USA	3	3
Asien	2	1
Gesamt	3.238	3.279

¹Vorjahreszahlen angepasst

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(43) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.036	1.105
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	9.469	9.857
davon bereitgestellte Baudarlehen	2.409	2.641
Sonstige Verpflichtungen	12.094	12.107
Gesamt	22.599	23.069

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

(44) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Fair-Value-Hierarchie

Während die Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 vorgenommen wird, ordnet die Postbank die zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 7 wie folgt zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Levels 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		31.12.2010			
		Ausweis des Fair Value erfolgt in			
Klassen	31.12.2010 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €	
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through profit or loss (FVtPL)					
Handelsaktiva	24.150	693	23.446	11	
Hedging-Derivate	664	0	664	0	
Forderungen an Kunden	8.094	0	8.094	0	
davon private Baufinanzierungen	8.094	0	8.094	0	
davon Bauspardarlehen	0	0	0	0	
davon gewerbliche Kredite	0	0	0	0	
davon Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0	
davon Ratenkredite	0	0	0	0	
davon sonstige Forderungen	0	0	0	0	
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale					
Finanzanlagen	8.948	4.788	2.461	1.699	
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	
davon Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	0	0	
davon Tagesgelder	0	0	0	0	
davon Darlehen	0	0	0	0	
davon Namensschuldverschreibungen	0	0	0	0	
davon Termingelder	0	0	0	0	
davon sonstige Forderungen	0	0	0	0	
Summe	41.856	5.481	34.665	1.710	

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		31.12.2010		
		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2010 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through profit or loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	26.174	9	25.538	627
Hedging-Derivate	1.451	0	1.451	0
Summe	27.625	9	26.989	627

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		31.12.2009		
		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2009 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through profit or loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	20.471	579	19.885	7
Hedging-Derivate	520	0	520	0
Forderungen an Kunden	8.635	0	8.635	0
davon private Baufinanzierungen	8.635	0	8.635	0
davon Bauspardarlehen	0	0	0	0
davon gewerbliche Kredite	0	0	0	0
davon Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	0	0
davon Ratenkredite	0	0	0	0
davon sonstige Forderungen	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	12.885	6.793	2.831	3.261
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0
davon Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	0	0
davon Tagesgelder	0	0	0	0
davon Darlehen	0	0	0	0
davon Namensschuldverschreibungen	0	0	0	0
davon Termingelder	0	0	0	0
davon sonstige Forderungen	0	0	0	0
Summe	42.511	7.372	31.871	3.268

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		31.12.2009		
		Ausweis des Fair Value erfolgt in		
Klassen	31.12.2009 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through profit or loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	22.434	2	21.326	1.106
Hedging-Derivate	2.051	0	2.051	0
Summe	24.485	2	23.377	1.106

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Finanzinstrumente der Handelsaktiva, Handelspassiva sowie die Hedging-Derivate werden zum überwiegenden Teil mit Bewertungsmethoden bewertet, die dem Level 1 bzw. Level 2 zuzuordnen sind. Abspaltungspflichtige eingebettete Derivate aus strukturierten Kreditprodukten werden ebenfalls den Handelsaktiva bzw. Handelspassiva zugeordnet, allerdings erfolgt die Bewertung hier mit Bewertungsmodellen, die dem Level 3 zuzuordnen sind. Sofern für die Finanzinstrumente ein öffentlich notierter Marktpreis an einem aktiven Markt vorliegt, erfolgt eine Bewertung anhand dieses am aktiven Markt notierten Preises (IAS 39.AG71) und somit eine Zuordnung zu Level 1 gemäß IFRS 7. Liegt ein solcher Preis für das Finanzinstrument nicht vor, erfolgt die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments aus der jüngsten Vergangenheit bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten (IAS 39.AG72). Für Anhangszwecke werden so bewertete Finanzinstrumente in Level 2 gemäß IFRS 7 dargestellt. Sind keine Vergleichsinformationen verfügbar, so erfolgt die Bewertung anhand von nachfolgend genannten Bewertungsmodellen (IAS 39.AG73 ff.). Ein großer Teil der o. g. Finanzinstrumente wird mit sogenannten Discounted-Cashflow-Methoden bewertet. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten. Da die Bewertungsparameter der Bewertungsmodelle für die o. g. Finanzinstrumente im Wesentlichen auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, erfolgt ebenfalls eine Darstellung dieser Finanzinstrumente nach Level 2.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Die Ermittlung des Fair Values erfolgt anhand eines Discounted-Cashflow-Verfahrens. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risikoaufschläge verwendet. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell herangezogen.

Die Finanzanlagen der IFRS-Bewertungskategorie „Available for Sale“ werden in der Regel anhand von veröffentlichten Transaktions- oder Börsenkursen bewertet und somit grundsätzlich für Anhangszwecke Level 1 zugeordnet. Liegen diese Kurse nicht vor, so erfolgt eine Bewertung anhand von Bewertungsmethoden (in der Regel Discounted Cashflow). In Abhängigkeit der verwendeten Bewertungsparameter erfolgt eine Zuordnung der Bewertungsmethode und der daraus resultierenden Fair Values zu Level 2 oder Level 3.

Aufgrund der eingeschränkten Liquidität der Märkte fehlen insbesondere für strukturierte Kreditprodukte (Verbriefungsprodukte) vielfach marktnahe Indikationen. Da derzeit keine verifizierbaren indikativen Kurse vorliegen, wird daher bei der Ermittlung der Fair Values für strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, ein internes Bewertungsverfahren eingesetzt. Für synthetisch strukturierte Kreditprodukte ist das eingebettete Derivat abzuspalten und seine Wertveränderung im Handelsergebnis auszuweisen. Die Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivatives erfolgt dabei ebenfalls mit diesem internen Simulationsmodell. Das Modell basiert auf der Discounted-Cashflow-Methode (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector),

welches auf der Berechnung einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verbriefungsstruktur beruht. Die Zahlungsströme dieser Produkte werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken aus den verbrieften Portfolios und der Struktur der Verbriefungen prognostiziert und mit laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssätzen abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des erwarteten Verlusts (RMBS/Retail) festgelegt. Das Modell verwendet aktuelle Ratings als Ausgangspunkt und von der Seniorität der Underlyings abhängige Recovery Rates, um die Verluste zu modellieren. Zur Modellierung von Verlusten bei RMBS werden – sofern verfügbar – aktuelle, detaillierte Informationen zu Delinquencies herangezogen. Neben aktuellen Zinssätzen und Währungskursen werden auch Liquiditäts-Spreads abhängig von aktuellen Marktverhältnissen, u. a. über iTraxX bzw. CDX, festgelegt. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Die Finanzinstrumente, die nach diesem IAS 39 konformen Bewertungsverfahren bewertet werden, werden als Level-3-Fair-Values ausgewiesen. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Aufgrund der von der Postbank beobachteten tiefergehenden Aktivität für das Marktsegment Bankenanleihen lagen im Geschäftsjahr 2010 für diese finanziellen Vermögenswerte signifikante Transfers zwischen Level 1 und Level 2 vor. Für einen Nominalbestand von 10,1 Mrd € mit einem Fair Value von 10,3 Mrd €, welche nun mit beobachtbaren Marktpreisen bewertet werden, erfolgte eine Umgliederung von Level 2 in Level 1. Weitere signifikante Transfers ergaben sich aus einer beobachteten rückläufigen Aktivität für Anleihen aus den PIIGS-Staaten, was zu einem Transfer von Level 1 in Level 2 über 1,9 Mrd € Nominalwert mit einem Fair Value von 1,7 Mrd €, insbesondere aus Griechenland- und Spanienanleihen, führte.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind. Auf der Passivseite werden nur die Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen einer Fair-Value-Bewertung, die Level 3 zuzuordnen ist, unterzogen. Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
31.12.2010						
Ausweis des Fair Value nach Level 3						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an KI Mio €	Mio €
Anfangsbestand	7	0	0	3.261	0	3.268
Summe Gewinne oder Verluste	3	0	0	17	0	20
in GuV	3	0	0	-105	0	-102
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	122	0	122
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	-1	0	0	-1.076	0	-1.077
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	1	0	0	-555	0	-554
Wechselkurseffekte	1	0	0	52	0	53
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	11	0	0	1.699	0	1.710
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	1	0	0	0	0	1

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für die oben dargestellte Entwicklung von den Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerten sind Rückzahlungen bzw. Tilgungen der Forderungsbestände.

Demgegenüber stehen Wechselkurseffekte, sodass sich der Bestand insgesamt um rund 1.558 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) reduziert.

Zum 31. Dezember 2009 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
31.12.2009						
Ausweis des Fair Value nach Level 3						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an KI Mio €	Mio €
Anfangsbestand	10	0	0	3.280	0	3.290
Summe Gewinne oder Verluste	-3	0	0	165	0	162
in GuV	-3	0	0	4	0	1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	161	0	161
Erwerbe	0	0	0	95	0	95
Veräußerungen	0	0	0	-72	0	-72
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-181	0	-181
Wechselkurseffekte	0	0	0	-26	0	-26
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	7	0	0	3.261	0	3.268
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	10	0	0	-2	0	8

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte		31.12.2010		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewertungs- rücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	3	-105	0	122
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren	1	0	0	93

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung des Vorjahres gestaltete sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte		31.12.2009		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewertungs- rücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	-3	4	0	161
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren	10	-2	0	135

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		31.12.2010		
Ausweis des Fair Value nach Level 3				
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €	
Anfangsbestand	1.106	0	1.106	
Summe Verluste	345	0	345	
in GuV	345	0	345	
Erwerbe	0	0	0	
Veräußerungen	-629	0	-629	
Emissionen	0	0	0	
Wechselkurseffekte	10	0	10	
Rückzahlungen	-205	0	-205	
Transfers aus Level 3	0	0	0	
Transfers in Level 3	0	0	0	
Endbestand	627	0	627	
Summe der Bewertungsverluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	209	0	209	

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für diese Entwicklung der den Level 3 zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten sind Veräußerungen und Rückzahlungen der Bestände, die sich bei den strukturierten Kreditprodukten in voller Höhe auf die eingebetteten Derivate (diese sind den Handelsspassiva zugeordnet) auswirken.

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		31.12.2009	
Ausweis des Fair Value nach Level 3			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	702	0	702
Summe Verluste	0	0	0
in GuV	498	0	498
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-61	0	-61
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	-33	0	-33
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	1.106	0	1.106
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	-454		-454

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2010		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handelsergebnis Mio €	Hedge-Ergebnis Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	345	0
Summe der ausgewiesenen Bewertungsverluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	209	0

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung des Vorjahres gestaltete sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2009		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handelsergebnis Mio €	Hedge-Ergebnis Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	498	0
Summe der ausgewiesenen Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	-454	0

Bei der Ermittlung der Fair Values mittels des internen Bewertungsmodells für strukturierte Kreditprodukte werden neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Eine Verschlechterung (Verbesserung) der ausfallbedingten Beeinträchtigungen durch Änderung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Underlyings um einen Ratingklassen-Notch würde einen Rückgang (Anstieg) der Fair Values der mittels des internen Bewertungsmodells bewerteten Bestände (nominal rund 1,9 Mrd €) um ca. 6,0 % (ca. 5,0 %) bewirken. Eine Veränderung der herangezogenen Liquiditäts-Spreads um 1 Basispunkt nach oben (nach unten) würde einen Rückgang (einen Anstieg) der Fair Values um ca. 3,1 Basispunkte bewirken.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2010		31.12.2009	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	3.248	3.248	4.534	4.534
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	12.140	12.101	14.467	14.360
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	103.689	109.029	102.408	107.406
Risikovorsorge	-1.764	-1.764	-1.641	-1.641
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	50.032	47.992	59.401	58.116
Finanzanlagen (Held to Maturity)	0	0	73	73
	167.345	170.606	179.242	182.848
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	22.419	22.403	39.318	39.198
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	136.476	137.831	131.988	132.817
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	18.437	17.977	22.229	21.545
	177.332	178.211	193.535	193.560

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente der zur Veräußerung bestimmten Tochtergesellschaft Deutsche Postbank BHW Home Finance Ltd. werden in den Notes 29 und 40 erläutert.



(45) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

Erläuterungen	2010 Mio €	2009 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (7)		
Loans and Receivables	6.701	7.547
Available for Sale	259	386
Held to Maturity	1	5
Liabilities at amortised cost	-3.519	-4.799
Nettogewinne und -verluste (10), (11)		
Held for Trading	-259	-471
Designated as at Fair Value	21	-20
Loans and Receivables	61	-109
Available for Sale	-55	-44

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktiva	35.075	39.439	172.642	179.421	207.717	218.860
Loans and Receivables	24.687	26.221	141.174	150.055	165.861	176.276
Forderungen an Kreditinstitute	272	547	11.868	13.920	12.140	14.467
Forderungen an Kunden	2.688	2.079	101.001	100.329	103.689	102.408
Finanzanlagen	21.727	23.595	28.305	35.806	50.032	59.401
Available for Sale	1.366	3.866	7.582	9.019	8.948	12.885
Finanzanlagen	1.366	3.866	7.582	9.019	8.948	12.885
Held to Maturity	–	–	–	73	–	73
Finanzanlagen	–	–	–	73	–	73
Held for Trading	264	197	23.886	20.274	24.150	20.471
Handelsaktiva	264	197	23.886	20.274	24.150	20.471
Fair-Value-Option	8.094	8.635	–	–	8.094	8.635
Forderungen an Kunden	8.094	8.635	–	–	8.094	8.635
Hedging-Derivate	664	520	–	–	664	520
Passiva	11.584	14.138	193.373	203.882	204.957	218.020
Liabilities at amortised cost	9.073	11.105	168.259	182.430	177.332	193.535
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	291	546	22.128	38.772	22.419	39.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.053	3.099	132.423	128.889	136.476	131.988
Verbrieftete Verbindlichkeiten	2.572	5.450	10.288	11.272	12.860	16.722
Nachrangkapital	2.157	2.010	3.420	3.497	5.577	5.507
Held for Trading	1.060	982	25.114	21.452	26.174	22.434
Handelspassiva	1.060	982	25.114	21.452	26.174	22.434
Hedging-Derivate	1.451	2.051	–	–	1.451	2.051

(46) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-swaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktien-/Indexoptionen abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Derivate des Handelsbestands	809.846	802.735	23.221	19.287	26.166	22.434
Hedging-Derivate	33.683	39.331	664	520	1.451	2.051
Gesamt	843.529	842.066	23.885	19.807	27.617	24.485

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	4.553	6.561	142	90	133	85
Devisenswaps	13.099	21.209	119	111	96	235
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	17.652	27.770	261	201	229	320
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	735.279	676.514	22.803	18.904	25.064	20.694
Cross Currency Swaps	4.037	577	39	15	169	11
Forward Rate Agreements	40.563	81.591	5	18	9	25
OTC-Zinsoptionen	3.121	934	20	7	27	4
Sonstige zinsgebundene Verträge	910	884	4	5	6	7
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	4.728	8.502	–	–	–	–
Zinsoptionen	13	70	–	–	–	–
Gesamtbestand Zinsderivate	788.651	769.072	22.871	18.949	25.275	20.741

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	137	193	1	2	11	19
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexoptionen	119	141	4	6	–	–
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	256	334	5	8	11	19
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	3.287	5.559	84	129	651	1.354
Gesamtbestand Kreditderivate	3.287	5.559	84	129	651	1.354
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	809.846	802.735	23.221	19.287	26.166	22.434
davon Derivate des Bankbuchs	45.394	39.827	562	450	2.076	2.223
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	32.947	31.728	264	197	1.060	982
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	32.529	37.834	561	469	1.428	2.024
Cross Currency Swaps	665	595	101	50	15	21
Credit Default Swaps	489	478	2	1	8	6
Zinsfutures	–	424	–	–	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	33.683	39.331	664	520	1.451	2.051
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	843.529	842.066	23.885	19.807	27.617	24.485

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte 31.12.2010	Positive Marktwerte 31.12.2009	Negative Marktwerte 31.12.2010	Negative Marktwerte 31.12.2009
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	58	161	143	346
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2	23	17	20
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	20	5	72	61
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	54	8	124	116
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	25	56	100	187
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	70	19	113	156
mehr als 5 Jahre	435	248	882	1.165
	664	520	1.451	2.051

	Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	Positive Marktwerte 31.12.2010	Positive Marktwerte 31.12.2009	Negative Marktwerte 31.12.2010	Negative Marktwerte 31.12.2009
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	4.657	4.791	5.060	5.452
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	294	374	378	429
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	844	543	996	688
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.493	881	1.871	1.232
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.109	1.414	1.401	2.048
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.702	888	1.891	1.306
mehr als 5 Jahre	13.122	10.396	14.569	11.279
	23.221	19.287	26.166	22.434

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	23.497	19.480	26.991	23.103
Sonstige Kontrahenten in der OECD	388	325	269	829
Nicht OECD	0	2	357	553
	23.885	19.807	27.617	24.485

(47) Umlauf Schuldverschreibungen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Im Umlauf befindliche Schuldverschreibungen		
Begebene Schuldverschreibungen	22.310	22.117
Zur Sicherstellung ausgehändigte Namenspfandbriefe	-	-
Öffentliche Pfandbriefe/Kommunalschuldverschreibungen	-	-
Deckungspflichtiger Umlauf	22.310	22.117

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

(48) Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	876	10	866
Barwert	955	11	944
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	908	669	239
Barwert	977	737	240
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	17.089	13.967	3.122
Barwert	18.382	15.564	2.818
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	7.864	5.716	2.148
Barwert	8.723	6.230	2.493
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.714	1.948	766
Barwert	2.923	2.038	885

	Deckungsmasse	Pfandbriefe im Umlauf	Überdeckung
	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2009 Mio €
Hypothekendarfandbriefe Register A			
Nennwert	1.013	119	894
Barwert	1.091	126	965
Öffentliche Darfandbriefe Register B			
Nennwert	1.181	895	286
Barwert	1.264	979	285
Gemischt gedeckte Schuldverschreibungen Register C			
Nennwert	16.796	14.335	2.461
Barwert	17.936	15.638	2.298
Hypothekendarfandbriefe Register D			
Nennwert	6.649	5.041	1.608
Barwert	7.243	5.495	1.748
Öffentliche Darfandbriefe Register E			
Nennwert	2.380	1.728	652
Barwert	2.563	1.784	779

(49) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2010 Anzahl	31.12.2009 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	1.295	1.196
Zwangsverwaltungsverfahren	389	392
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	477	394

(50) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Fremdwährungsaktiva	20.260	22.440
Fremdwährungspassiva	20.263	22.548

(51) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Teilgruppenebene sicher. Die ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Adressrisiken	58.100	57.738
Marktrisikopositionen	3.863	9.725
Operationelle Risiken	4.400	6.538
Gesamtanrechnungsbetrag	66.363	74.001
Kernkapital	5.381	4.906
darunter Hybride Kernkapitalinstrumente	1.620	1.613
Ergänzungskapital	2.124	1.866
darunter Genussrechtskapital	1.149	1.115
darunter Nachrangige Verbindlichkeiten	2.147	2.233
Drittangemittel	0	0
Anrechenbare Eigenmittel	7.505	6.772
Kernkapitalquote in %	8,1	6,6
Gesamtkennziffer in %	11,3	9,2

Gemäß der aufsichtlichen Meldung beträgt die Kernkapitalquote der Deutschen Postbank AG auf Einzelinstitutsebene zum 31. Dezember 2010 5,8 %, die Gesamtkennziffer liegt bei 10,4 %.

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals der Teilgruppe sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und Hybride Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen. Die Postbank macht von der Übergangsregelung gemäß § 64h Abs. 3 Satz 2 KWG Gebrauch, nach der für Beteiligungen, die bis zum 31. Dezember 2006 eingegangen

worden sind, anstelle des Firmenwertes weiterhin der aktivische Unterschiedsbetrag nach § 10a Abs. 6 Satz 10 KWG hälftig von Kern- und Ergänzungskapital abgezogen werden darf.

(52) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2010 und 2009 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Marktpreisrisiken	2.456	2.781
Kreditrisiken	2.200	2.200
Operationelle Risiken	600	560
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	100	126
Kollektivrisiken	500	1.000
Geschäftsrisiken	2.100	1.893
Summe vor Diversifikation	7.956	8.560
Diversifikationseffekte	1.449	1.456
Summe nach Diversifikation	6.507	7.104
Freie Risikodeckungsmasse	5.014	6.340
Risikodeckungsmasse gesamt	11.521	13.444

Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

(53) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2010:

	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	4.434	3.006	552	604	732	474	449	1.889	12.140
Forderungen an Kunden	5.219	13.983	7.977	9.827	11.564	11.392	9.397	42.424	111.783
Handelsaktiva	0	4.819	477	986	1.615	1.258	1.815	13.180	24.150
Hedging-Derivate	0	58	2	20	54	25	70	435	664
Finanzanlagen	0	3.939	4.755	7.311	5.965	5.186	6.897	24.927	58.980
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0	0	25	150	46	60	40	0	321
Latente Ertragsteueransprüche	0	0	0	103	181	63	0	0	347
Sonstige Aktiva	87	111	36	55	26	33	33	314	695
Gesamt	9.740	25.916	13.824	19.056	20.183	18.491	18.701	83.169	209.080
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.233	6.636	2.769	1.510	1.809	733	1.483	5.246	22.419
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.972	61.947	3.633	2.001	1.956	3.136	4.977	21.854	136.476
Verbriefte Verbindlichkeiten	211	2.627	1.560	582	1.880	2.779	1.084	2.137	12.860
Handelspassiva	0	5.061	378	996	1.871	1.401	1.898	14.569	26.174
Hedging-Derivate	0	143	17	72	124	100	112	883	1.451
Rückstellungen	28	113	315	358	248	204	195	826	2.287
Pensionsrückstellungen	0	20	42	183	76	75	75	655	1.126
Sonstige Rückstellungen	28	93	273	175	172	129	120	171	1.161
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	0	0	12	14	0	22	29	0	77
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	0	0	0	61	59	72	92	0	284
Sonstige Passiva	293	113	210	13	8	6	6	16	665
Nachrangkapital	42	17	384	261	320	238	706	3.609	5.577
Gesamt	39.779	76.657	9.278	5.868	8.275	8.691	10.582	49.140	208.270

151

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (46) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2009:

	täglich fällig	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	4.139	5.102	1.145	585	329	655	929	1.583	14.467
Forderungen an Kunden	4.356	15.534	7.089	8.337	9.208	8.611	10.062	47.846	111.043
Handelsaktiva	2	4.829	526	718	1.012	1.511	959	10.914	20.471
Hedging-Derivate	–	161	23	5	8	56	19	248	520
Finanzanlagen	1	2.224	5.149	7.912	9.907	7.326	5.862	33.978	72.359
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	103	172	1	–	4	–	280
Latente Ertragsteueransprüche	–	–	161	53	50	36	94	158	552
Sonstige Aktiva	95	88	91	41	35	82	32	281	745
Gesamt	8.593	27.938	14.287	17.823	20.550	18.277	17.961	95.008	220.437
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.757	11.320	15.077	1.147	1.539	1.797	679	6.002	39.318
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	32.385	61.493	4.204	1.624	2.037	3.091	5.126	22.028	131.988
Verbriefte Verbindlichkeiten	232	5.159	3.264	785	670	1.847	2.748	2.017	16.722
Handelspassiva	1	5.451	429	688	1.232	2.048	1.306	11.279	22.434
Hedging-Derivate	2	344	20	61	116	187	156	1.165	2.051
Rückstellungen	18	89	279	282	245	191	167	877	2.148
Pensionsrückstellungen	–	20	37	96	74	73	72	732	1.104
Sonstige Rückstellungen	18	69	242	186	171	118	95	145	1.044
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	52	109	–	–	13	–	174
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	65	38	16	12	74	100	305
Sonstige Passiva	225	232	205	16	6	4	2	21	711
Nachrangkapital	81	29	112	319	262	321	244	4.139	5.507
Gesamt	34.701	84.117	23.707	5.069	6.123	9.498	10.515	47.628	221.358

(54) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten nachrangige Vermögenswerte in Höhe von 21 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

(55) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß §16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Deutschen Postbank AG aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	85	26
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	79	21
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	70	19
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	62	16
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	47	16
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	113	50
Gesamt	456	148

Die Werte im Jahr 2010 enthalten erstmals die Verpflichtungen der Postbank Filialvertrieb AG.

(56) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	51	71
Forderungen an Kunden	825	974
	876	1.045
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	425	489
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	46
Altenteilerrentenfonds	12	12
Zweckvermögen	394	498
	876	1.045

(57) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraumes:

	Gesamt 2010	Gesamt 2009
Vollzeitkräfte		
Beamte	5.907	6.192
Angestellte	11.239	11.235
	17.146	17.427
Teilzeitkräfte		
Beamte	899	915
Angestellte	2.627	2.592
	3.526	3.507
	20.672	20.934

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(58) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die seit dem 3. Dezember 2010 die Postbank beherrscht, und der Deutschen Post AG, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Postbank ausübt, sowie einer geringeren Anzahl von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Deutschen Postbank AG, die nicht im Postbank Konzern konsolidiert werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG (ab dem 3. Dezember 2010) bezeichnet. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit sonstigen nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – gesondert nach Geschäftsbereichen – verzeichnet.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 115 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (o) „Rückstellungen“.

Die Geschäftsvorfälle gegenüber der Deutschen Bank AG als Muttergesellschaft sowie die Beziehungen gegenüber deren Tochtergesellschaften als sonstige nahestehende Unternehmen werden für den Zeitraum vom 3. bis 31. Dezember 2010 dargestellt.

Die vor dem 3. Dezember 2010 angefallenen Aufwendungen und Erträge gegenüber der Deutschen Bank AG und gegenüber der Deutschen Post AG werden gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss auf die Deutsche Postbank AG gezeigt.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	641	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	609
	641	609
Forderungen an Kunden		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	75	78
Tochtergesellschaften	6	10
	81	88

Bei den Forderungen an Kreditinstitute gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarktgeschäften.

Bei den Kundenforderungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss auf die Deutsche Postbank AG handelt es sich im Wesentlichen um Darlehen und Kontokorrentkredite an die Deutsche Post AG.

In den Kundenforderungen an Tochtergesellschaften sind im Wesentlichen Forderungen der Deutschen Postbank AG an die CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH und an die RALOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs-KG enthalten.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	3.359	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	2.555
	3.359	2.555
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	85	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	25
	85	25

Die Geschäfte aus Handelsaktiva und Hedging-Derivaten des Vorjahres entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Bank AG.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	131	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	181
	131	181

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um von der Deutschen Bank AG begebene Anleihen.

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	9	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	5	9
Tochtergesellschaften	1	1
	15	10

Die sonstigen Aktiva gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Post AG.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2010 Mio €	31.12.2009 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	92	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	18	–
	110	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	4	11
Tochtergesellschaften	51	67
	55	78
Handelspassiva		
Deutsche Bank AG	3.857	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	3.040
	3.857	3.040
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	32	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	31
	32	31
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	1	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	43	53
Tochtergesellschaften	2	3
	46	56
Nachrangkapital		
Tochtergesellschaften	56	100
	56	100

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Handelspassiva und die Hedging-Derivate entfallen im Wesentlichen auf die Deutsche Bank AG.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Post AG.

Die Kundenverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften entfallen im Wesentlichen auf ein Termingeld der Postbank P.O.S. Transact GmbH bei der Deutschen Postbank International S.A. und auf Leistungsbeziehungen zwischen der Deutschen Postbank International S.A. und der BHW Eurofinance B.V.

Die sonstigen Passiva gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Post AG, dabei handelt es sich insbesondere um Verbindlichkeiten aus dem Filialgeschäft gemäß Kooperationsvertrag.

In der Position Nachrangkapital werden nachrangige Verbindlichkeiten der BHW Bausparkasse AG und der Deutschen Postbank AG gegenüber der BHW Eurofinance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuldscheindarlehen.

Gegenüber der Deutschen Post AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 3 Mio € (31. Dezember 2009: 3 Mio €). Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 36 Mio €. Eventualverbindlichkeiten aus anderen Verpflichtungen, d. h. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2010 Mio €	2009 Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	8	–
Deutsche Post AG	–	3
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	26	80
Tochtergesellschaften	4	9
	38	92
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	–
Deutsche Post AG	–	1
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	18	116
Tochtergesellschaften	3	5
	23	122
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	4	–
Deutsche Post AG	–	76
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	43	44
Tochtergesellschaften	5	3
	52	123
Provisionsaufwendungen		
Tochtergesellschaften	9	10
	9	10
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	3
Tochtergesellschaften	6	4
	6	7
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	32	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	– 180	– 143
	– 148	– 143
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	– 3	–
Deutsche Post AG	–	45
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	198	179
Tochtergesellschaften	18	19
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	26
	213	269
Sonstige Erträge		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	3	–
Tochtergesellschaften	4	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	–	3
	7	11
Sonstige Aufwendungen		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	3	3
	3	3

Die Zinserträge gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in Höhe von 21 Mio € auf die Deutsche Bank AG und in Höhe von 5 Mio € auf die Deutsche Post AG.

Die Zinsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen in voller Höhe auf die Deutsche Bank AG.

Bei den Provisionserträgen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss in Höhe von 43 Mio € handelt es sich im Wesentlichen um die Vergütungen der Deutschen Post AG für die in den Filialen der Deutschen Postbank AG erbrachten Postdienstleistungen.

Das Handelsergebnis betrifft in voller Höhe die Deutsche Bank AG.

Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen insbesondere auf die Vergütungen an die Deutsche Post AG für die in deren Filialen erbrachten Finanzdienstleistungen und den Portoaufwand.

Leasingerträge aus Vermietung an nicht einbezogene Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG belaufen sich auf 1 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €).

Käufe und Verkäufe von Grundstücken und Bauten sowie anderer Vermögenswerte von/an nahestehende/n Unternehmen wurden nicht getätigt.

Transfers aufgrund von Lizenzvereinbarungen an nahestehende Unternehmen existieren nicht, Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen an nahestehende Unternehmen wurden nicht gebildet.

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 863 T€ gewährt und Einlagen in Höhe von 5.945 T€ von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagenutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die Jahreserfolgsvergütung.

Die Jahreserfolgsvergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden. Die maximale Jahreserfolgsvergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die Jahreserfolgsvergütung wird, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig auf Jahresbasis ausgezahlt.

40 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung werden unmittelbar im Folgejahr ausgezahlt (Kurzfristkomponente).

60 % der entsprechend der Zielerreichung errechneten Jahreserfolgsvergütung stehen unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernenerfolgs (Langfristkomponente). Die Nachhaltigkeit des Konzernenerfolgs wird nach Ablauf von drei weiteren, auf das Basisjahr folgenden Geschäftsjahren (Nachhaltigkeitsphase) festgestellt. Die Auszahlung der Langfristkomponente erfolgt erst nach Ablauf der Nachhaltigkeitsphase und nur bei Erfüllung des maßgeblichen, vom Aufsichtsrat festzulegenden Nachhaltigkeitskriteriums. Ist das Nachhaltigkeitskriterium während der Nachhaltigkeitsphase kumuliert positiv oder im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase gleich oder besser als im Basisjahr, kommt es im vierten auf das Basisjahr folgenden Jahr zur Auszahlung der Langfristkomponente. Anderenfalls entfällt die Zahlung ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System).

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außergewöhnlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird grundsätzlich die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt. Abweichend hiervon gilt für die Vorstandsmitglieder Heß und Stemmer bis zum 28. Februar 2011 bzw. 30. Juni 2011 nur eine Fortzahlung der Vergütung im Todesfall für drei Monate.

Die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden Jütte wird im Fall einer vorzeitigen Beendigung durch Tod für drei Monate fortgezahlt. Beendet der Vorstandsvorsitzende Jütte aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig die Vorstandstätigkeit, hat er Anspruch auf Ruhegeld. Im Fall der vorzeitigen Beendigung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, erhält Herr Jütte ein Übergangsgeld in Höhe des zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Ruhegeldanspruchs.

Der Anpassungsbedarf des Vergütungssystems aufgrund der Institutsvergütungsverordnung bzw. weiterer regulatorischer Maßgaben wird derzeit intensiv geprüft und umgesetzt.

Höhe der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010

Die sieben im Geschäftsjahr 2010 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 6.640,2 T€ (im Vorjahr 4.159,8 T€) erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 4.564,0 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.159,8 T€) und 2.076,2 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (im Vorjahr 0 €). Die Auszahlungsmodalitäten im Jahr 2011 für die nicht aufgeschobenen erfolgsabhängigen Komponenten des Geschäftsjahres 2010 werden voraussichtlich am 15. März 2011 vom Aufsichtsrat beschlossen. Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene und aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2010 insgesamt 3.114,3 T€ (Vorjahr 0 €). Die Auszahlung erfolgt im Geschäftsjahr 2014 nur bei Erreichung des Nachhaltigkeitskriteriums, andernfalls entfällt sie.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 164,0 T€ (im Vorjahr 196,2 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagen-nutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die Gesamtvergütung für die sieben im Geschäftsjahr 2010 aktiven Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 6.640,2 T€ (im Vorjahr 4.159,8 T€).

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

Vorstandsvergütung 2010

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe
	Fixum	Neben-leis-tungen	Kurzfrist-kompo-nente ¹	
	T€	T€	T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	15,4	359,7	1.275,1
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,4	280,0	901,4
Marc Heß	600,0	26,9	280,0	906,9
Horst Kúpker	600,0	34,5	320,0	954,5
Dr. Michael Meyer	600,0	28,9	280,0	908,9
Hans-Peter Schmid	500,0	19,2	276,5	795,7
Ralf Stemmer	600,0	17,7	280,0	897,7
Gesamt	4.400,0	164,0	2.076,2	6.640,2

¹Über die Auszahlungsmodalitäten im Jahr 2011 wird der Aufsichtsrat voraussichtlich am 15. März 2011 beschließen.

Vorstandsvergütung 2009

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe
	Fixum	Neben-leis-tungen		
	T€	T€	T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender seit 1. Juli 2009)	700,6	14,9	0	715,5
Dirk Berensmann (Mitglied bis 29. Mai 2009)	208,3	10,2	0	218,5
Dr. Mario Daberkow (Mitglied seit 30. Mai 2009)	292,2	17,0	0	309,2
Marc Heß	500,0	35,3	0	535,3
Dr. Wolfgang Klein (Vorstandsvorsitzender bis 30. Juni 2009)	437,5	13,0	0	450,5
Horst Kúpker	500,0	32,8	0	532,8
Dr. Michael Meyer	425,0	20,4	0	445,4
Hans-Peter Schmid	400,0	26,1	0	426,1
Ralf Stemmer	500,0	26,5	0	526,5
Gesamt	3.963,6	196,2	0	4.159,8

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Heß und Kúpker ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Dieser Versorgungsgrad wird mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Aufgrund der Verlängerung des Vorstands-

vertrags über das 65. Lebensjahr hinaus, entsteht der Anspruch auf Ruhegeld wegen Alters erst mit Ablauf des Vorstandsvertrags.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Dr. Meyer und Küpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für Herrn Heß erfolgte im Berichtszeitraum eine zusätzliche Zuführung zum Versorgungskonto, mit der eine vor Beginn seiner Vorstandstätigkeit erteilte Versorgungszusage der Gesellschaft abgelöst wurde. Für Herrn Dr. Meyer sind vertraglich Zuteilungen von Sonderbeiträgen vorgesehen. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p.a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Küpker und Dr. Meyer haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2010 %	Maximalversorgungsgrad %	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Stefan Jütte	26,50	50,00	574.486
Dr. Mario Daberkow	50	60,00	133.709
Hans-Peter Schmid	50	60,00	249.048
Ralf Stemmer	52	60,00	82.351

Aufgrund der Anhebung des Pensionsalters des Vorstandsvorsitzenden Jütte auf das Ende des Vorstandsvertrags ist gegenüber dem Vorjahr ein positiver Dienstzeitaufwand entstanden. Die Vorstandsmitglieder Dr. Daberkow und Schmid haben im Geschäftsjahr 2010 die Wartezeit erfüllt und den Versorgungsgrad von 50 % erreicht.

	Beitragssumme für 2010 €	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2010 €	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
	Marc Heß	696.996	1.038.314
Horst Küpker	150.000	513.086	114.665
Dr. Michael Meyer	225.000	748.715	102.309

Bei den Vorstandsmitgliedern Heß und Dr. Meyer führen vertragliche Zuteilungen von Sonderbeiträgen zum Anstieg der Beitragssummen.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 6,02 Mio € (im Vorjahr 4,68 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 47,54 Mio € (im Vorjahr 43,88 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsizes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5% des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4% der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten

Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Daher wird für die Zeit nach dem Erreichen der Kapitalmehrheit durch die Deutsche Bank AG keine Vergütung an Herrn Neske und Herrn Steinmüller gezahlt. Herr Neske und Herr Steinmüller haben eine Verzichtserklärung gegenüber der Deutschen Postbank AG abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 547,2 T€ (im Vorjahr 536,3 T€). Ergebnisbezogen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das vergangene Geschäftsjahr keine variable Vergütung.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2010				Vergütung für das Geschäftsjahr 2009			
	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs-geld	Summe	Fixum	Variabel ¹	Sitzungs-geld	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	52,5	–	3,3	55,8	52,5	–	2,8	55,3
Frank Bsirske	16,8	–	2,0	18,8	–	–	–	–
Michael Sommer	22,3	–	0,8	23,1	45,0	–	1,8	46,8
John Allan	–	–	–	–	10,0	–	0,3	10,3
Wilfried Anhäuser	22,5	–	3,3	25,8	22,5	–	2,5	25,0
Marietta Auer	22,5	–	3,5	26,0	22,5	–	2,0	24,5
Rolf Bauernmeister	15,0	–	1,8	16,8	15,0	–	1,0	16,0
Wilfried Boysen	15,0	–	2,0	17,0	15,0	–	1,0	16,0
Henry B. Cordes	12,7	–	0,5	13,2	15,0	–	0,8	15,8
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	4,8	34,8	30,0	–	3,8	33,8
Annette Harms	15,0	–	1,8	16,8	15,0	–	1,0	16,0
Timo Heider	7,6	–	1,3	8,9	–	–	–	–
Dr. Tessen von Heydebreck	22,5	–	1,8	24,3	14,9	–	2,0	16,9
Dr. Peter Hoch	30,0	–	4,0	34,0	32,3	–	3,0	35,3
Elmar Kallfelz	30,0	–	5,0	35,0	27,0	–	2,5	29,5
Prof. Dr. Ralf Krüger	22,5	–	3,5	26,0	28,6	–	2,5	31,1
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–	–	–
Dr. Hans-Dieter Petram	22,5	–	1,3	23,8	22,5	–	1,3	23,8
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	–	–	–	4,6	–	0,0	4,6
Lawrence A. Rosen	15,0	–	1,8	16,8	4,6	–	0,5	5,1
Elmo von Schorlemer	–	–	–	–	4,6	–	0,3	4,9
Torsten Schulte	7,4	–	0,5	7,9	26,8	–	2,3	29,1
Eric Stadler	22,5	–	3,3	25,8	16,6	–	1,5	18,1
Werner Steinmüller ²	33,8	–	3,5	37,3	24,5	–	2,8	27,3
Gerd Tausendfreund	22,5	–	3,8	26,3	22,5	–	3,0	25,5
Renate Treis	30,0	–	3,0	33,0	24,1	–	1,5	25,6
Summe	490,6	–	56,6	547,2	496,1	–	40,2	536,3

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung.

² Nach Satzung der Deutschen Postbank AG besteht auch für den Zeitraum nach Erreichen der Kapitalmehrheit ein Anspruch auf Vergütung (Herr Neske: 0,9 T€, Herr Steinmüller: 4,5 T€). Beide haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 26,2 T€, Herr Heider in Höhe von 19,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2010 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 863,1 T€ (im Vorjahr 950,4 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

(59) Andere Angaben

Der Konzernabschluss der Postbank wird in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen.

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten. Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corp., Delaware, USA, Garantieerklärungen in Höhe von 754,9 Mio US \$ abgegeben. Diese beinhalten eine Garantieerklärung für das Commercial-Paper-Programm (532,3 Mio US \$), eine Garantieerklärung für Swaps (66,9 Mio US \$), eine Garantieerklärung für Repos (20,0 Mio US \$), eine Garantieerklärung für die Deutsche Bank AG (130,0 Mio US \$) und eine Mietgarantie für Geschäftsräume in New York (5,7 Mio US \$).

(60) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:	
Stefan Jütte, Bonn	(Vorsitzender)
Dr. Mario Daberkow, Bonn	
Marc Heß, Bonn	
Horst Kúpker, Bad Honnef	
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2010 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Stefan Jütte	Vorsitzender
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 24. August 2010)	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
--	---

Dr. Mario Daberkow

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Stv. Vorsitzender des Beirats	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Marc Heß	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

Horst Küpker

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Board of Directors (seit 16. Juli 2010)	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (seit 16. Juli 2010)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Dr. Michael Meyer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors (seit 10. Mai 2010)	Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon/New Delhi (Indien)
Mitglied des Board of Directors (seit 10. Mai 2010)	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln*
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden

Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	Proactiv Holding AG, Hilden
Mitglied des Wirtschaftsbeirats	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

*vormals Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2010)	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2010)	
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln*
Mitglied des Beirats (seit 1. Januar 2011)	Proactiv Holding AG, Hilden

*vormals Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln*
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

*vormals Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender)	bis 31. Dezember 2010
Rainer Neske, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender seit 1. Januar 2011)	seit 17. Dezember 2010
Dr. Hugo Bänziger, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, London	seit 1. Februar 2011
Wilfried Boysen, Kaufmann, Hamburg	
Henry B. Cordes, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	bis 5. November 2010
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Tessen von Heydebreck, ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Dr. Peter Hoch, Privatier, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Hans-Dieter Petram, Privatier/Berater, Inning	
Lawrence A. Rosen, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	
Werner Steinmüller, Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)	seit 20. Juli 2010
Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin (Stv. Vorsitzender)	bis 30. Juni 2010
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Timo Heider, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse AG und Postbank Finanzberatung AG, Hameln	seit 1. Juli 2010
Elmar Kallfelz, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg	
Torsten Schulte, Kaufmännischer Angestellter, Hessisch Oldendorf	bis 30. Juni 2010
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2010 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Hugo Bänziger	Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Februar 2011
--------------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Clearing AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	EUREX Zürich AG, Zürich
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Corporation, New York

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Henry B. Cordes	Mitglied des Aufsichtsrats bis 5. November 2010
------------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 21. Oktober 2010)	TLG Immobilien GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 1. Oktober 2010)	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. Oktober 2010)	T-Mobile Deutschland GmbH, Bonn

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 22. April 2010)	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. Mai 2010)	Gildemeister AG, Bielefeld

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Dr. Peter Hoch	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Hans-Dieter Petram	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Werner Steinmüller	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. April 2010)	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Portugal S.A., Lissabon
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 25. Juni 2010)	Deutsche Bank S.A.E., Barcelona
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 12. Mai 2010)	OOO Deutsche Bank, Moskau
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 9. Juni 2010)	ZAO „Deutsche Securities“, Moskau
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske	Mitglied des Aufsichtsrats seit 20. Juli 2010
----------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Michael Sommer	Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2010
-----------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Annette Harms	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 6. Oktober 2010)	Deutsche Post AG, Bonn

Timo Heider	Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Juli 2010
--------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse, Hameln

Elmar Kallfelz	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte	Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2010
------------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland, Hameln

Gerd Tausendfreund	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(61) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2010 Mio €	2009 Mio €
Abschlussprüfungen	5,5	7,4
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	2,4	3,1
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutter- unternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	1,5	1,3
Gesamt	9,5	11,9

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den geänderten Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben. Die Vorjahreszahlen wurden zur besseren Vergleichbarkeit entsprechend angepasst.

(62) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die Postbank nimmt für das Geschäftsjahr 2010 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

Postbank Filial GmbH

Postbank Direkt GmbH

Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH

Postbank Beteiligungen GmbH

Postbank Support GmbH

Darüber hinaus nimmt die Deutsche Postbank Financial Services GmbH die Befreiung, bezogen auf die Offenlegung, in Anspruch.

(63) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Sämtliche Gesellschaften, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der nachfolgenden Tabelle mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis verzeichnet.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	262.519	8.607
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	2.749	1.436
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	983.674	0 ¹
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.844	0 ¹
BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	83.872	3.747
BHW Holding Aktiengesellschaft, Berlin/Hameln	100,0	709.493	-18.738
BHW Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.065	-757
Deutsche Postbank Finance Center Objekt S.ä.r.l., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	-305	440
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	25	17
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	8	8
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	29	6
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	67	20
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	57	3
Deutsche Postbank Home Finance Limited, Gurgaon, Indien	100,0	76.205	10.129 ³
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	741.172	85.642
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	28.420	10.570
DPBI Immobilien S.C.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	348	120
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	57.042	2.347
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	20.929	430
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	25	1
Merkur I SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	100,0		⁸
Merkur II, SICAV-FIS, Luxemburg, Luxemburg	100,0		⁸
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	11.151	0 ⁷
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	636.677	0
PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA	100,0	389.589	8.562
PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ⁷
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	184	0
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	16.889	-1.077 ⁷
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	2.953	468 ⁷
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0	10.277.865	373.243
PB (USA) Realty Corp., New York, USA	94,7	1.314.372	56.896
PMG Collins, LLC, Tallahassee, Florida, USA	100,0	11.221	1.161
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	325	300 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	20.858	0 ¹
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	-	- ^{1,8}
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	27.419	-26.336
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	0	2.893
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.573	0 ¹
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	11.946	3.099

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.466	493
BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	100,0	3.853	309
BHW Financial S.r.l., Verona, Italien	100,0	907	220
BHW Invest S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,0	36.896	1.301
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
DPB Financial Consultants Limited, Gurgaon, Indien	100,0	82	37 ³
DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0		8 ⁸
DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0		8 ⁸
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	144	38
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG, Hamburg	65,0	10.287	282
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	74,0	-1.705	-77
Iphigenie Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	22	0
PB EuroTurks Finanzdienstleistungen GmbH i.L., Bonn	100,0	-	- ⁴
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	55	-2
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	886	116
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	6.409	3.927
RALOS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	94,0	0	440
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	26	3

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 7,44 DKK

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 60,06 INR

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG bzw. des Postbank Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %.

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %.

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁸ Gesellschaft wurde 2010 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
b) Beteiligungen			
IG BCE Mitglieder-Service GmbH, Hannover	50,0	153	44
Regent's Park Estates LP, Douglas, Isle of Man	50,0		⁸
Regent's Park Estates (GP) Limited, Douglas, Isle of Man	50,0		⁸
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	200	0
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	40,7	-1.275	-79
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	-116
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v. d. Höhe	30,6	-771	-36
SRC Security, Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.793	1.115
GENOPACE GmbH, Berlin	15,0	200	0 ¹
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin	14,1	17.025	0
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	34.010	-7.300
Quelle Immo-Service GmbH, Fürth	14,1	26	0
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	11,0	38.390	1.962
Gut Dummerstorf GmbH, Dummerstorf	11,0	732	-91
Metallrente Pensionsfonds AG i.G., Stuttgart	10,0	-	- ⁴
LHA Anlagenverwaltungsgesellschaft mbH, München	10,0	225	113
Hypoport AG, Berlin	9,7	25.403	3.782
SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Schwalbach KG, Düsseldorf	9,5	0	-488 ⁵
SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rathaus Lübben KG, Düsseldorf	9,5	0	9 ⁵
MAXUL Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	9,0	0	0 ⁶
Eurogiro A/S, Taastrup, Dänemark	8,6	2.067	319 ²
SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sonderhausen KG, Düsseldorf	7,5	0	171
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bankakademie KG, Düsseldorf	6,0	0	7 ⁴
SAB Spar- und Anlageberatung GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe	6,0	-	- ⁴
SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BBS IV Oldenburg KG, Düsseldorf	5,5	0	-129 ⁵
TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Perleberg KG, Düsseldorf	5,5	0	192
Von Glenz Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,2	-	- ⁴
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	4,6	-	- ⁴
Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR, Hamburg	2,8	-	- ⁴
ConCardis GmbH, Frankfurt am Main	1,5	-	- ⁴
EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main	1,5	-	- ⁴
SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Magdeburg	1,3	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.3 Unit Trust, Edinburgh, Großbritannien	0,7	-	- ⁴
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	0,5	-	- ⁴
Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf	0,5	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.4 Unit Trust, Edinburgh, Großbritannien	0,5	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.2 Unit Trust, Edinburgh, Großbritannien	0,2	-	- ⁴
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,1	-	- ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.1 Unit Trust, Edinburgh, Großbritannien	0,1	-	- ⁴

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 7,44 DKK

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 60,06 INR

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG bzw. des Postbank Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %.

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %.

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁸ Gesellschaft wurde 2010 gegründet. Ein Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

(64) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam am 29. November 2010 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2010 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 8. Februar 2011 zu Ziffer 5.4.2 Satz 4 des Deutschen Corporate Governance Kodex eine ergänzende Erklärung abgegeben. Die Erklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.



Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 22. Februar 2011
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Stefan Jütte

Dr. Mario Daberkow

Marc Heß

Horst Küpker

Dr. Michael Meyer

Hans-Peter Schmid

Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 23. Februar 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

Weitere Informationen

I Gewinn- und Verlustrechnung – Quartalsübersicht

	2010				2009 ¹				2010	2009 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.705	1.740	1.735	1.798	1.868	1.901	2.009	2.209	6.978	7.987
Zinsaufwendungen	-1.041	-1.019	-1.064	-1.123	-1.247	-1.323	-1.440	-1.572	-4.247	-5.582
Zinsüberschuss	664	721	671	675	621	578	569	637	2.731	2.405
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-112	-134	-175	-140	-308	-142	-120	-108	-561	-678
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	552	587	496	535	313	436	449	529	2.170	1.727
Provisionserträge	409	385	381	411	418	414	405	386	1.586	1.623
Provisionsaufwendungen	-70	-67	-65	-68	-73	-70	-65	-77	-270	-285
Provisionsüberschuss	339	318	316	343	345	344	340	309	1.316	1.338
Handelsergebnis	-26	-92	-40	-83	-149	-139	-103	-107	-241	-498
Ergebnis aus Finanzanlagen	-55	0	26	28	-45	15	-14	-104	-1	-148
Verwaltungsaufwand	-788	-738	-716	-692	-765	-696	-719	-684	-2.934	-2.864
Sonstige Erträge	70	26	50	29	81	34	35	28	175	178
Sonstige Aufwendungen	-73	-30	-38	-29	-49	-23	-17	-42	-170	-131
Ergebnis vor Steuern	19	71	94	131	-269	-29	-29	-71	315	-398
Ertragsteuern	-99	-6	-37	-34	170	91	44	170	-176	475
Ergebnis nach Steuern	-80	65	57	97	-99	62	15	99	139	77
Ergebnis Konzernfremde	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1	-1
Konzernverlust/-gewinn	-80	65	57	96	-99	62	15	98	138	76

I Verkürzte Gesamtergebnisrechnung – Quartalsübersicht

	2010				2009				2010	2009
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern	-80	65	57	97	-99	62	15	99	139	77
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-11	188	-25	86	75	241	37	-131	238	222
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-17	293	-51	115	108	343	49	-195	340	305
davon Bewertungsänderung	-53	286	-103	109	-35	344	34	-237	239	106
davon Bestandsänderung	36	7	52	6	143	-1	15	42	101	199
Veränderung der Währungsumrechnungsrücklage	5	-15	11	8	5	-6	-7	8	9	0
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	1	-90	15	-37	-38	-96	-5	56	-111	-83
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	0	0	-1	0	0	0	-1	-1	-1
Gesamtergebnis	-91	253	32	182	-24	303	52	-33	376	298

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)

I Gewinn- und Verlustrechnung – Mehrjahresübersicht

	2006	2007	2008	2009 ¹	2010
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinserträge	7.650	8.384	9.938	7.987	6.978
Zinsaufwendungen	-5.496	-6.144	-7.443	-5.582	-4.247
Zinsüberschuss	2.154	2.240	2.495	2.405	2.731
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-337	-338	-498	-678	-561
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.817	1.902	1.997	1.727	2.170
Provisionserträge	1.623	1.675	1.683	1.623	1.586
Provisionsaufwendungen	-216	-246	-252	-285	-270
Provisionsüberschuss	1.407	1.429	1.431	1.338	1.316
Handelsergebnis	264	281	-389	-498	-241
Ergebnis aus Finanzanlagen	292	294	-1.249	-148	-1
Verwaltungsaufwand	-2.812	-2.937	-2.969	-2.864	-2.934
Sonstige Erträge	205	160	218	178	175
Sonstige Aufwendungen	-232	-137	-103	-131	-170
Ergebnis vor Steuern	941	992	-1.064	-398	315
Ertragsteuern	-245	-135	179	475	-176
Ergebnis nach Steuern	696	857	-885	77	139
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	-1
Konzerngewinn/-verlust	695	856	-886	76	138
Cost Income Ratio (CIR)	68,3%	69,2%	129,8%	92,5%	77,1%
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	18,9%	19,2%	-23,3%	-7,8%	5,7%
nach Steuern	14,0%	16,6%	-19,4%	1,5%	2,5%

¹Vorjahreszahlen angepasst (siehe Note 6)



Bilanz – Mehrjahresübersicht

Aktiva	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
	Mio €				
Barreserve	1.015	3.352	3.417	4.534	3.248
Forderungen an Kreditinstitute	16.350	24.560	18.684	14.467	12.140
Forderungen an Kunden	87.182	92.064	105.318	111.043	111.783
Risikovorsorge	-1.155	-1.154	-1.323	-1.641	-1.764
Handelsaktiva	13.280	9.940	16.573	20.471	24.150
Hedging-Derivate	485	421	474	520	664
Finanzanlagen	63.299	68.582	83.058	72.359	58.980
Immaterielle Vermögenswerte	2.505	2.415	2.371	2.368	2.339
Sachanlagen	941	927	879	838	826
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	74	73	73	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	86	117	162	280	321
Latente Ertragsteueransprüche	244	522	863	552	347
Sonstige Aktiva	581	529	670	745	695
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	-	565	-	-	882
Summe der Aktiva	184.887	202.913	231.219	226.609	214.684
Passiva	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
	Mio €				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.319	61.146	62.790	39.318	22.419
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	101.316	110.696	117.472	131.988	136.476
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.886	9.558	16.342	16.722	12.860
Handelspassiva	3.618	5.600	16.987	22.434	26.174
Hedging-Derivate	958	873	2.693	2.051	1.451
Rückstellungen	3.691	2.107	2.138	2.148	2.287
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.115	1.143	1.149	1.104	1.126
b) Sonstige Rückstellungen	2.576	964	989	1.044	1.161
Tatsächliche Ertrag- steuerverpflichtungen	84	122	192	174	77
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	974	1.104	1.091	305	284
Sonstige Passiva	786	835	826	711	665
Nachrangkapital	5.048	5.603	5.736	5.507	5.577
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	-	44	-	-	787
Eigenkapital	5.207	5.225	4.952	5.251	5.627
a) Gezeichnetes Kapital	410	410	547	547	547
b) Kapitalrücklage	1.160	1.160	2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	2.940	2.797	3.278	2.614	2.928
d) Konzerngewinn/-verlust	695	856	-886	76	138
Anteile in Fremdbesitz	2	2	3	4	4
Summe der Passiva	184.887	202.913	231.219	226.609	214.684

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Segmentberichterstattung – Mehrjahresübersicht

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking				
	2006	2007	2008	2009 ¹	2010	2006	2007	2008	2009 ¹	2010	2006	2007	2008	2009 ¹	2010
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	2.339	2.392	2.226	2.141	2.393	260	292	386	543	700	5	4	4	1	1
Handelsergebnis	32	5	25	-32	4	5	-9	-92	-140	-13	-	-	-	-	-
Finanzanlageergebnis	25	50	-2	-	-6	2	-5	-241	-51	-33	-1	-	-	-	-
Provisionsüberschuss	1.061	988	1.178	1.113	1.082	105	104	107	104	108	263	350	340	349	349
Gesamterträge	3.457	3.435	3.427	3.222	3.473	372	382	160	456	762	267	354	344	350	350
Verwaltungsaufwand	-2.178	-2.210	-2.220	-2.189	-2.232	-171	-163	-171	-185	-172	-245	-331	-312	-317	-308
Risikovorsorge	-277	-292	-304	-345	-355	-38	-28	-143	-300	-217	-	-	-	-	-
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	-78	2	26	29	11	2	-	1	-2	9	5	13	16	6	19
Ergebnis vor Steuern	924	935	929	717	897	165	191	-153	-31	382	27	36	48	39	61
Cost Income Ratio (CIR)	63,0%	64,3%	64,8%	67,9%	64,3%	46,0%	42,7%	106,9%	40,6%	22,6%	91,8%	93,5%	90,7%	90,6%	88,0%
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	32,7%	32,4%	41,9%	32,5%	39,4%	46,7%	50,5%	-37,4%	-5,7%	65,2%	-	-	-	-	-
Segmentvermögenswerte	77.370	79.691	87.048	89.882	89.831	16.364	21.162	28.650	34.679	34.880	82	129	351	399	436
Segmentverbindlichkeiten	93.200	98.533	107.579	119.754	119.826	17.179	19.077	23.023	29.684	33.551	0	129	351	399	436

¹Vorjahreszahlen angepasst

	Financial Markets					Übrige					Konsolidierung			Konzern				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009 ¹	2010	2008	2009 ¹	2010	2006	2007	2008	2009 ¹	2010
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	92	114	162	125	79	-542	-562	-281	-406	-449	-2	1	7	2.154	2.240	2.495	2.405	2.731
Handelsergebnis	46	72	-6	47	60	181	213	-325	-372	-291	9	-1	-1	264	281	-389	-498	-241
Finanzanlageergebnis	6	1	-110	-21	-11	260	248	-895	-76	49	-1	-	-	292	294	-1.249	-148	-1
Provisionsüberschuss	63	83	57	27	31	-85	-96	-33	-42	-11	-218	-213	-243	1.407	1.429	1.431	1.338	1.316
Gesamterträge	207	270	103	178	159	-186	-197	-1.534	-896	-702	-212	-213	-237	4.117	4.244	2.288	3.097	3.805
Verwaltungsaufwand	-78	-83	-92	-90	-87	-140	-150	-973	-864	-959	799	781	824	-2.812	-2.937	-2.969	-2.864	-2.934
Risikovorsorge	-3	4	-22	-33	11	-19	-22	-29	-	-	-	-	-	-337	-338	-498	-678	-561
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	6	-1	-3	5	2	38	9	662	577	551	-587	-568	-587	-27	23	115	47	5
Ergebnis vor Steuern	132	190	-14	60	85	-307	-360	-1.874	-1.183	-1.110	0	0	0	941	992	-1.064	-398	315
Cost Income Ratio (CIR)	37,7 %	30,7 %	89,3 %	50,6 %	54,7 %	-	-	-	-	-	-	-	-	68,3 %	69,2 %	129,8 %	92,5 %	77,1 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	23,8 %	37,2 %	-2,2 %	8,1 %	10,5 %	25,6 %	-26,3 %	-145,9 %	-73,9 %	-59,7 %	-	-	-	18,9 %	19,2 %	-23,3 %	-7,8 %	5,7 %
Segmentvermögenswerte	28.209	22.725	31.437	30.710	34.098	58.086	79.206	115.812	101.506	80.720	-32.079	-30.567	-25.281	180.111	202.913	231.219	226.609	214.684
Segmentverbindlichkeiten	11.313	13.577	27.113	28.379	30.630	46.447	71.597	105.232	78.960	55.522	-32.079	-30.567	-25.281	168.139	202.913	231.219	226.609	214.684

¹Vorjahreszahlen angepasst

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2010)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Amendment)	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ^{3,6}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS) ⁴					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	2004	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2003	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 27	rev. 2008	Consolidated and Separate Financial Statements	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IAS 28	rev. 2003	Investments in Associates	Anteile an assoziierten Unternehmen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 31	rev. 2003	Interests in Joint Ventures	Anteile an Joint Ventures	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 40	rev. 2003	Investment Property	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Amendment)	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ^{3,6}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁴					
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
SIC-12	2004 (2005)	Consolidation – Special Purpose Entities	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
1.4. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁵					
DRS 5-10	rev. 2009	n. r.	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	01.01.2010	n. r.
DRS 15	rev. 2009	n. r.	Lageberichterstattung	01.01.2010	n. r.
DRS 16	2008	n. r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n. r.
DRS 17	2007	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2010	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	31.12.2010	n. r.
FWBO	2010	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	31.12.2010	n. r.

Legende:

- ¹ Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.
- ² Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.
- ³ Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).
- ⁴ IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.
- ⁵ Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.
- ⁶ Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

An unsere Investoren
Unsere Geschäftsfelder
Unsere Verantwortung
Konzernlagebericht
Konzernabschluss
Weitere Informationen

I Gremien

Vorstände

Stefan Jütte, Bonn
Vorsitzender

Dr. Mario Daberkow, Bonn

Marc Heß, Bonn

Horst Küpker, Bad Honnef

Dr. Michael Meyer, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Aufsichtsrat

Rainer Neske, Bad Soden
seit 17. Dezember 2010
Vorsitzender seit 1. Januar 2011
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske*, Berlin
Stv. Vorsitzender seit 20. Juli 2010
Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Dr. Frank Appel, Königswinter
Vorsitzender bis 31. Dezember 2010
Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG

Michael Sommer*, Berlin
Stv. Vorsitzender bis 30. Juni 2010
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Wilfried Anhäuser*, Kerpen
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG

Marietta Auer*, Unterhaching
Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale

Dr. Hugo Bänziger, London
seit 1. Februar 2011
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Rolf Bauermeister*, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung

Wilfried Boysen, Hamburg
Kaufmann

Henry B. Cordes, Berlin
bis 5. November 2010
Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Unternehmensberater

Annette Harms*, Hamburg
Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Timo Heider*, Hameln
seit 1. Juli 2010
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse AG
und Postbank Finanzberatung AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und
derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung

Dr. Peter Hoch, München
Privatier

Elmar Kallfelz*, Wachtberg
Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG

Prof. Dr. Ralf Krüger, Kronberg
Unternehmensberater

Dr. Hans-Dieter Petram, Inning
Privatier/Berater

Lawrence A. Rosen, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG

Torsten Schulte*, Hessisch Oldendorf
bis 30. Juni 2010
Kaufmännischer Angestellter

Eric Stadler*, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG

Werner Steinmüller, Dreieich
Mitglied Group Executive Committee,
Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG

Gerd Tausendfreund*, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Renate Treis*, Brühl
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG

*Arbeitnehmersvertreter

I Glossar

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Basis Point Value (bpv)	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01 %) ändert.
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere, die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivum (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.

CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee e.V.)
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würde. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.

Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In diesen Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der ergebniswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
ICAAP	Interner Kapitalbemessungsprozess – internes Verfahren, nach dem Institute bankintern sicherzustellen haben, dass stets genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.

Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value at Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.
Liquiditätsrisiko	Ist das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“, verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over The Counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate)	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlustes nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapital- rendite	Grundsätzliche Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht- erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back- Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.

Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.
Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberechtigter (impaired) Kredite.
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0%) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten ergebniswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls ergebniswirksam vereinnahmt.
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.

I Adressen

Deutsche Postbank AG

Zentrale

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Tochtergesellschaften

Betriebs-Center für Banken AG

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

Betriebs-Center für Banken

Processing GmbH

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 959092-0
Telefax: 069 959092-200
E-Mail: info@bcb-processing.eu

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 101322
31781 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 101342
31763 Hameln
Telefon: 0180 2060-240
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Deutsche Postbank Financial Services GmbH

Ludwig-Erhard-Anlage 2–8
60325 Frankfurt am Main
Postfach 15 02 55
60062 Frankfurt am Main
Telefon: 069 789 86-0
Telefax: 069 789 86-58001
E-Mail: info.pfs@postbank.de

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31 - 1
Telefax: +352 34 95 32 - 550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

easyhyp GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0800 044 8888
E-Mail: info@easyhyp.de

PB Capital Corporation

230 Park Avenue
19 & 20th Floor
New York, NY 10169
USA
Telefon: +1 21 27 56-5500
Telefax: +1 21 27 56-5536
E-Mail: info@pb-us.com

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 50905-22
Telefax: 0180 50905-33
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 3040-636
Telefax: 0180 3040-696
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Direkt GmbH

Kennedyallee 62–70
53175 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5
31789 Hameln
Postanschrift:
31789 Hameln
Telefon: 01803 2881
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 01805 72 53-27
Telefax: 01805 72 53-28
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@posttransact.de

Postbank Support GmbH

Edmund-Rumpler-Straße 3
51149 Köln
Telefon: 02203 560-0
Telefax: 02203 560-4009

Postbank Systems AG

Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

VÖB-ZVD Bank für

Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH

Godesberger Allee 88
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

